



03|2014

Informationen zur Stadtentwicklung

Statistik, Berichte, Analysen, Konzepte

100 Jahre Städtestatistik in Ludwigshafen am Rhein

100 Jahre Städtestatistik in Ludwigshafen am Rhein

von Werner Appel

STADT LUDWIGSHAFEN AM RHEIN
Stadtentwicklung
Postfach 21 12 25
67012 Ludwigshafen

Tel. 06 21/5 04-30 12 und Fax -34 53

E-Mail:

werner.appel[at]ludwigshafen.de

<http://www.ludwigshafen.de>

*Eine Chronik schreibt nur derjenige,
dem die Gegenwart wichtig ist*

Johann Wolfgang von Goethe

Inhalt

Einleitung	1
Aufbau und Vorgehensweise	2
1 Der Beginn im Jahre 1914	5
1.1 Aufbau der Stadtstatistik in Deutschland	5
1.2 Startschuss in Ludwigshafen	7
2 Zählen, wählen und widrige Umstände – 1914 bis 1945	9
2.1 Aufbauarbeit und Zwangswirtschaft – 1915 bis 1921	9
2.2 „Hebung von Wirtschaft und Verkehr“ – 1922 bis 1929	19
2.2.1 Die Wirtschaftsförderung beginnt	20
2.2.2 Preise und Index-Ziffern – Wege durch die Krise 1923	21
2.2.3 „Mit vorher unbekanntem Massenaufgebot“ – Ausstellungsstadt 1925 bis 1929	24
2.2.4 Jedem Fremdenverkehr gewachsen	27
2.2.5 Das Ende des Hohenflugs	28
2.3 Not, Standard und Pflicht – 1930 bis 1945	31
2.3.1 Unter dem Druck der NSDAP	33
2.3.2 „ Völligen Gesinnungswandel vollzogen“ – ab August 1934	36
3 Besetzung, Wiederaufbau und Wachstum – 1945 bis 1964	43
3.1 Trümmer, Mangelverwaltung und erste Statistiken – 1945 bis 1950	43
3.2 Wachstum und technischer Fortschritt – die 50er Jahre	49
4 Forschen, entwickeln und fördern – 1964 bis heute	55
4.1 Anhaltendes Wachstum und Stadtforschung – die sechziger Jahre	55
4.2 Analysen, Prognosen und Konzepte: Stadtentwicklungsplanung ab 1970	57
4.3 Die Themenvielfalt wächst – die 80er und 90er Jahre	64
4.4 Kürzungen und Erweiterungen – Wandel seit 2002	70
5 Ausgewählte Aufgaben und historische Momentaufnahmen	77
5.1 Traditionen und Strohfeuer – die Publikationen im Wandel der Zeit	77
5.2 Wahlen nach 1945	83
5.3 Die Datenverarbeitung: von der Adrema zum Internet	88
5.4 Der Wandel in der Gliederung nach Stadtteilen	96
5.5 Ludwigshafener Zahlenspiegel	102
5.6 Der Schatten der Verwaltung und Dienst zum Glockenschlag	112
5.6.1 Ein ironisch-ernster Blick auf die Statistikämter Mitte der 20er Jahre	112
5.6.2 Momente des Ludwigshafener Arbeitsalltags der 20er Jahre	113
6 Zusammenfassung	117
Anhang	119
I Die Oberbürgermeister seit 1914	121
II Amtsleiter und Bereichsleiter	121
III Zeittafel der Amtsgeschichte	125
IV Personalbestände	126
V Ernährungsamt	127
VI Verzeichnis der Veröffentlichungen 1914 – 2014	128
VII Verzeichnis der Abkürzungen	164
VIII Literaturverzeichnis	164
IX Quellenverzeichnis	166
X Bildnachweis	167

Einleitung

Der Ludwigshafener Stadtrat beschloss am 20. Februar 1914 die Gründung des Statistischen Amtes, das die Keimzelle des heutigen Bereichs Stadtentwicklung bildete. Seine 100-jährige Geschichte soll mit der vorliegenden Schrift gewürdigt werden.

Das neue Amt nahm am 1. Oktober 1914, also wenige Wochen nach Beginn des Ersten Weltkriegs, seine Arbeit auf und schlitterte gleich in die durch Krieg und Nachkriegszeit gezeichneten Jahre bitterer Not. Der Anfang war also keineswegs normal und die geplanten statistischen Arbeiten mussten erst einmal viele Jahre zurückgestellt werden. Das sehr wechselhafte Tätigkeitsfeld der Anfangsjahre sollte für die folgenden Jahrzehnte charakteristisch sein. Eine solche vielfältige Amtsgeschichte war zu Beginn der Recherchen nicht unbedingt zu erwarten gewesen; bei Statistik wird doch eher an trockene wissenschaftliche Materie gedacht. Gerade die Erweiterung des Arbeitsgebiets um das Wirtschaftsreferat Anfang der zwanziger Jahre ließ Inhalte zutage treten, die unter „Statistik“ nicht eingeordnet worden wären. Das damalige Amt zählte zum Beispiel zu den Hauptverantwortlichen für die Entstehung des Ebertparks.

Der Titel „100 Jahre Städtestatistik in Ludwigshafen“ wurde bewusst gewählt, weil das Aufgabengebiet Statistik auslösender Faktor für die Gründung des Amtes war und bis heute eine tragende Säule des Arbeitsspektrums im Bereich Stadtentwicklung ist, obwohl sie möglicherweise nicht als solche wahrgenommen wird. Da die Amtsbezeichnungen in den zurückliegenden Jahrzehnten mehrfach gewechselt haben, wäre der Bezug nur zu einem Amtsnamen der hundertjährigen Geschichte nicht gerecht geworden.

Diese Schrift soll erstens einen chronologischen Abriss der vergangenen Jahrzehnte bieten. Sie versucht aber auch zweitens, die Auswirkungen der jeweiligen zeitgeschichtlichen Rahmenbedingungen auf das tägliche Leben in Ludwigshafen und im Statistischen Amt darzustellen. Das gilt vor allem für die Zeit vor 1950, die ohne Zweifel eine sehr ereignisreiche Phase im 20. Jahrhundert war. Da die Quellenlage für die ersten sechs Jahrzehnte deutlich besser ist als für die jüngere Zeit, bildet die erste Hälfte der Amtsgeschichte einen Schwerpunkt dieser Chronik.

Da der Autor mittlerweile fast 20 Jahre dieser Geschichte selbst miterlebt hat, bleibt es nicht aus, den einen oder anderen Querbezug aus der historischen zur heutigen Arbeit herzustellen. Manche Umstände der letzten Jahre hatten ihre ähnlichen Vorläufer in früheren Jahrzehnten. „Alles schon mal da gewesen“, wäre eine saloppe Umschreibung dafür. Zur Auflockerung tragen an manchen Stellen eingeflochtene ironische oder selbstkritische Anmerkungen sowie zeitgenössische Bilder bei, die direkt oder indirekt mit dem Arbeitsleben des Amtes zu tun hatten.

Diese Jubiläumsschrift hätte nicht erstellt werden können ohne die unermüdliche Unterstützung durch das Stadtarchiv Ludwigshafen. Besonderer Dank gilt Dr. Stefan Mörz für seine inhaltlichen Impulse und konstruktiven Anmerkungen sowie Karin Wagner für die kompetente Lösung aller Probleme beim Bildmaterial. Den ehemaligen Kollegen Harald Kühne und Thomas Breier sowie den heutigen Kolleginnen und Kollegen ist zu danken für zahlreiche Hinweise und Anregungen. Vom Verband Deutscher Städtestatistiker ist Herr Rudolf Schulmeyer zu nennen, der dankenswerterweise Material aus der Anfangszeit der deutschen Städtestatistik zur Verfügung stellte. Bei der Recherche der Veröffentlichungen hat der Auszubildende Stefan Wolf während seiner Zeit beim Bereich Stadtentwicklung sehr geholfen. Dafür sei ihm ebenso gedankt wie dem Kollegen Harald Kasperek, der das Layout erstellte.

Aufbau und Vorgehensweise

Die Anfänge des Statistischen Amtes wurden in einer Veröffentlichung anlässlich des 80-jährigen Bestehens im Jahr 1994 bereits einmal sehr kurz dargestellt (IzS, 1994). Damit fiel der Einstieg in die Recherchen leichter. Im Stadtarchiv befinden sich die zwei Hauptquellen für diese Amtsgeschichte: die Verwaltungsberichte der Stadt Ludwigshafen und die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes. Beide wurden vom Amt herausgegeben, sind lückenlos vorhanden und bieten eine sehr große Fülle wertvollen Materials. Die Verwaltungsberichte wurden 1974 leider eingestellt. Ab diesem Jahr ist die Quellenlage deutlich dürftiger und lückenhafter, weil auch sonstige Materialien entweder nur in kleinem Umfang vorhanden oder nicht archiviert erschlossen sind.

Die Verwaltungsberichte sind sicher nicht eine durchweg unvoreingenommene Quelle, da solche Eigenberichte tendenziell zu positiver Darstellung neigen und, je nach Zeit, starker politischer Einflußnahme unterlagen. Darin sind jedoch viele Passagen, die durchaus selbstkritische oder relativierende Aussagen machen. Außerdem überwiegt der dokumentarische Charakter im Sinne der Darstellung und Bilanzierung der jährlichen Arbeiten der Stadtverwaltung. In dieser Hinsicht bieten sie eine wertvolle Informationsfülle.

Die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes sind 1919 ins Leben gerufen worden. Es war von Beginn an eine der Aufgaben des Amtes, die Ergebnisse seiner Arbeit den politischen Vertretern, den anderen Ämtern und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Laufe der Jahrzehnte änderten sich die Anzahl und die Formate der Publikationen, es gab länger laufende Schriftenreihen und kürzere und es gab umfangreiche oder ganz knappe Versionen – aber bis auf wenige Kriegsjahre waren sie regelmäßig erschienen. In den Schriften schlug sich immer auch nieder, ob es gerade wirtschaftlich prosperierende oder schwierige Jahre waren. Unabhängig von diesen Einflüssen enthalten diese Veröffentlichungen einen gewaltigen Schatz von Zahlen, an denen sich die Entwicklung der Stadt aus vielen Blickwinkeln ablesen lässt. Dieses Zahlenwerk zu erläutern, zu analysieren oder gar zu interpretieren ist nicht Ziel dieser Schrift, das würde einen handhabbaren Umfang sprengen.

Über diese beiden Hauptquellen hinaus, wurden umfangreichere Recherchen nicht durchgeführt, denn das hätte den zur Verfügung stehenden Zeitrahmen deutlich überstiegen. Vereinzelt Akten im Stadtarchiv vor allem aus der Zeit vor 1950, diverse Artikel in den übrigen städtischen Publikationen (Stadtanzeiger, Neue Lu) und einige Zeitungsartikel runden das vorhandene Material ab. Für die Einordnung in die deutsche Städtestatistik konnte der Verband Deutscher Städtestatistiker wertvolles Material beisteuern.

Von zentraler Bedeutung war die Auflistung der Veröffentlichungen des Statistischen Amtes, weil diese ein Spiegel für die Arbeit des Amtes und den jeweiligen zeitgeschichtlichen Hintergrund sind und weil ein solches Verzeichnis bislang fehlte. Daher sind die Veröffentlichungen, soweit sie belegbar waren, für den interessierten Leser im Anhang vollständig aufgeführt.

Wenn auch die verschiedenen Abschnitte der letzten 100 Jahre durchgehend behandelt werden, so hat es sich als zweckmäßig erwiesen, zwei Schwerpunkte zu bilden: die ersten Jahre seines Bestehens bis zum Zweiten Weltkrieg und die Zeit der 50er bis 70er Jahre. Das spiegelt in etwa auch die Quellenlage wider. Daneben werden einige Themen gesondert dargestellt, weil sie im Laufe der Zeit eine herausgehobene Stellung hatten wie zum Beispiel die Wahlen, die Veröffentlichungen und die Datenverarbeitung. Viele häufig wiederkehrenden Arbeiten oder Projekte werden nicht alle detailliert dargestellt, sondern es werden einzelne, für die die Quellenlage es erlaubt, ausführlicher erläutert, die beispielhaft für die anderen gelten mögen.

Die zeitgeschichtlichen Zäsuren und Abschnitte werden in erster Linie auf ihre Folgen für die Arbeit des Statistischen Amtes beleuchtet. Hier wurde häufig aus den Dokumenten wörtlich zitiert. Denn die Verwaltungssprache der jeweiligen Zeit ist Teil des „Amtskolorits“, der verloren gehen würde, wenn die Texte in die heutige Sprache übertragen worden wären. Die im Text erwähnten oder zitierten Veröffentlichungen der Schriftenreihe „Informationen zur Stadtentwicklung“ können aufgrund ihres Titels und Erscheinungsjahres im Kapitel VI im Anhang aufgefunden werden.

Es geht hier nicht darum, die jüngere Geschichte von Ludwigshafen oder gar die Stadtentwicklung in diesem Zeitraum darzustellen oder zu erklären, wie es der heutige Name „Bereich Stadtentwicklung“ vielleicht vermuten lässt. Hierfür bietet die im Jubiläumsjahr 2003 erschienene Stadtgeschichte ausreichend Lesestoff.

1 Der Beginn im Jahre 1914

Für die Ursprünge der Statistik als wissenschaftliche Disziplin werden vier Wurzeln beschrieben, die ins 17. und 18. Jahrhundert zurückreichen und untrennbar mit den Zielen der Aufklärung verbunden waren, wie sie Heinz Grohmann vom Verband Deutscher Stadtstatistiker 2004 erläutert. Erstens wird die Sammlung von Daten für Staats- und Verwaltungszwecke im absolutistischen Staat genannt, um die Herrschaftsansprüche des Monarchen abzusichern; „unter den Stützen des Throns ist die Statistik nicht die geringste“. Zweitens entwickelte sich die deutsche Universitatsstatistik, die aus der Philosophie heraus entstand, aber den Schwerpunkt auf die verbale Beschreibung legte. Diejenigen, die lieber mit Zahlen hantierten, wurden als Tabellenknechte verspottet. Als drittes nennt Grohmann die Politische Arithmetik, die vorzugsweise Einsichten in die demographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gewinnen wollte. Eine bekannte Einsicht dieser Richtung war das Verhältnis der neugeborenen Knaben zu den Mädchen, das nicht 100:100, sondern 105:100 beträgt. Aus der Politischen Arithmetik entwickelte sich später die klassische Nationalökonomie. Die vierte Wurzel schließlich war die Wahrscheinlichkeitsrechnung, die sich hauptsächlich gestützt auf mathematische Methoden viel mit der Berechnung von Zufallsprozessen befasste. Alle vier zusammen legten das Fundament für das, „was wir heute Statistik nennen und enthielten bereits alle wesentlichen Elemente: Datensammlung als Grundlage zur Bewältigung praktischer Aufgaben, deskriptive und analytische Zielsetzungen und Methodenforschung“ (Grohmann, S.34).

Die Institutionalisierung der amtlichen Statistik begann 1805 mit der Gründung des preußischen statistischen Büros. Es folgten die Länder Bayern 1813, Würtemberg 1820, Sachsen 1831, Hannover 1848 und Baden 1852 (Grohmann, S.34). Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen die Spannungen in der Gesellschaft durch die rasante Industrialisierung und Verstädterung, den wachsenden Ausbau des Verkehrs und des Bankenwesens und die Auseinandersetzung um Liberalismus und Sozialismus zu. Parallel waren Auskunfte über die Entwicklung der Einwohner, der Arbeitswelt, der Wirtschaftssektoren und der sozialen Verhältnisse immer begehrt, was einen Bedeutungszuwachs für die Zahlenlieferanten nach sich zog. Neben der Reichs- und Landesstatistik bildete sich in den großen Städten dann eine eigenständige Stadtstatistik heraus (Grohmann, 35).

1.1 Aufbau der Stadtstatistik in Deutschland

Die ersten städtischen Ämter für Statistik wurden in den 1860er Jahren gegründet. Das erste war 1861 in Bremen, dann folgten 1862 Berlin, 1865 Frankfurt am Main, 1866 Hamburg und 1867 Leipzig. Bis 1879 kamen dann noch die Ämter in Altona und Lübeck (1871), Breslau und Chemnitz (1873), Dresden (1874) und schließlich München im Jahr 1875 dazu. Schon früh begann der Austausch unter den Ämtern. Im Jahr 1879 wurde zur „1. Konferenz der Direktoren der statistischen Bureaux deutscher Städte“ nach Berlin eingeladen. Es gab gerade 11 statistische Ämter. Bis 1904 hatten von den Großstädten (Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern) in Deutschland nur Stettin, Danzig, Halle, Krefeld und Kassel noch kein statistisches Amt. Im Südwesten erhielten folgende größeren Städte ihre Statistikämter: Straßburg (1888) Mainz (1893), Mannheim (1895) Karlsruhe (1896), Stuttgart (1896), Nürnberg (1900), Freiburg (1905), Wiesbaden (1907). Kaiserslautern, Darmstadt und Heidelberg besaßen bis in die 1930er Jahre kein ausgebautes statistisches Amt, sondern lediglich kleinere Stellen in einem anderen Amt. Kurz vor dem ersten Weltkrieg 1914 gab es immerhin 44 statistische Ämter, Ludwigshafen zählte hier bereits dazu. 1938 wurde ermittelt, dass lediglich acht Großstädte weder ein statistisches Amt noch eine statistische Stelle eingerichtet hatten (Meyer, S. 12).



Abbildung 1: Städtestatistiker 1929 in Köln, der Herr ganz links ist Dr. Otto Stabel aus Ludwigshafen

Die Gründe für die Einrichtung der Statistikämter waren in allen Städten nahezu die gleichen. Rasantes Wachstum der Einwohnerzahl (ob durch Zuwanderung oder Eingemeindung ist hierbei gleichgültig) und eine zunehmende Differenzierung kommunaler Aufgaben führten zu einem Bedarf an Strukturdaten. Dieser Bedarf konnte von den klassischen Verwaltungsstellen nicht nebenher bedient werden. Ludwigshafen fällt da nicht aus dem Rahmen. Das Gründungsjahr 1914 ist zwar im Vergleich mit den frühen Gründungen im 19. Jahrhundert relativ spät. Aber betrachtet man die Entwicklung der Stadt, befand sie sich in derselben Wachstumsphase wie die anderen frühen Amtsgründungen. Ludwigshafen entstand ja erst 1853 und hatte 1871 gerade 7800 Einwohner. 1900 waren es aber bereits fast 80 000 und im Jahr der Gründung 1914 wurden rund 94 000 Einwohner gezählt. Das sprunghafte Wachstum über die 50 000-Einwohner-Marke war charakteristisch für das 19. Jahrhundert und führte in fast allen Städten zu der Gründung statistischer Ämter. Nur wenige Städte warteten, bis sie zur Großstadt herangewachsen waren. Zum Beispiel hatten bei der Gründung ihrer statistischen Ämter die Städte Berlin über 500 000, Hamburg über 200 000, Dresden rund 200 000 und München rund 170 000 Einwohner.

Die erste Städte-Konferenz 1879 wird als Gründungsjahr des Verbandes Deutscher Städtestatistiker definiert, der sich 1903 eine Satzung gab und seither jährlichen Austausch pflegt. Der Verband besteht noch heute und ist eine wichtige Plattform für den fachlichen Austausch statistischer Fragestellungen und Erfahrungen. Die Städtestatistik blieb gegenüber der Landes- und Reichsstatistik immer eigenständig, wobei die Aufgaben der Städtestatistik bis heute dort erst anfangen, wo die Interessen der Länder und des Reichs bzw. Bunds aufhören. Denn Daten der Städtestatistik sollen innere Strukturen der Stadt aufzeigen, die für die übergeordneten Behörden ohne Interesse sind. Das ist übrigens heute noch sehr ähnlich, weshalb die Städte und Gemeinden von den Ergebnissen des Zensus 2011 fachlich womöglich nur einen geringen Nutzen ziehen können.

Ein weiterer Grund für den Aufbau statistischer Ämter war das Fehlen von entsprechend ausgebildetem Fachpersonal, da die klassische Verwaltungsausbildung nicht den Schwerpunkt der statistischen Fachbildung kannte. Diese Fachbildung war in allen Fällen die Voraussetzung für die Amtsvorstände und „wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, entweder auf der Grundlage der staatswissenschaftlichen, vereinzelt auch auf der Grundlage der mathematischen Bildung“ (Wuttke, 1904, S. 56). Die Anforderungen für die Mitarbeiter wurden 1904 so beschrieben: „Die besondere technische Schulung muss sich übrigens auch auf das Bureaupersonal beziehen, das Sicherheit im Rechnen, Fertigkeit in der Benutzung der rechnerischen Hilfsmittel, Geschick

für Auszählungsarbeiten und Tabellierung und einige Vertrautheit mit den statistischen Veröffentlichungen, insbesondere der eigenen Stadtgemeinde, besitzen muss“ (Wuttke, 1904, S. 56).

1.2 Startschuss in Ludwigshafen

Der Ludwigshafener Oberbürgermeister Friedrich Krafft konnte demnach auf die Erfahrungen der 43 bestehenden Ämter anderer Städte zurückgreifen. Am 20. Februar 1914 beschloss der Ludwigshafener Stadtrat die Bildung eines Statistischen Amtes, das die Keimzelle des heutigen Bereichs Stadtentwicklung bildete. Das damalige Polizeimeldeamt wurde in ein Statistisches Amt und Einwohnermeldeamt umgewandelt. Mit dem Beschluss des Stadtrates wurde auch eine komplette Geschäftsanweisung festgelegt, in der folgende Aufgaben genannt wurden¹:

1. Die der Stadtverwaltung vorschrittsgemäß übertragenen oder von ihr besonders angeordneten statistischen Erhebungen zu veranstalten;
2. sich fortlaufend mit der Sammlung desjenigen statistischen Materials zu befassen, welches für die Stadtverwaltung unmittelbar von Interesse ist;
3. für die wissenschaftliche Verarbeitung des statistischen Materials und für eine zweckentsprechende Veröffentlichung Sorge zu tragen;
4. die der Stadtverwaltung übertragenen Zählarbeiten, wie Volks-, Berufs- und Gewerbe-, Vieh-, Obstbaumzählungen und dergleichen vorzunehmen;
5. die Listen für öffentliche Wahlen, für das Schöffen- und Geschworenenamts und ähnliche Listen herzustellen;
6. die Zusammenstellung des Verwaltungsberichtes der Stadt zu besorgen;
7. die Tätigkeit eines Einwohnermeldeamtes der Stadt wahrzunehmen.

In der Vorlage der Verwaltung wurde angeführt, dass die Größe der Stadt und ihr schnelles Wachstum die systematische Erarbeitung von Statistiken durch eine zentrale Stelle mit entsprechend qualifiziertem Personal erforderlich mache. Die Übersicht über die städtischen Verhältnisse sollte durch eigene Erhebungen, die statistische Auswertung der Verwaltungstätigkeit und die Sammlung statistischer Zahlen anderer Stellen erarbeitet werden. Die Aufgaben des Statistischen Amtes waren jedoch nicht nur die Sammlung und Durchführung von Statistiken,



Abbildung 2: Protokollbuch 1914

sondern die eigentliche Aufgabe sollte in der wissenschaftlichen Auswertung der Statistiken liegen. So führt der erste Amtsdirektor in einem Bericht an den Stadtrat von Anfang 1915 aus: „Das Sammeln statistischen Zahlenmaterials ist nicht Selbstzweck des kommunalstatistischen Dienstes, sondern dass man sich jeweils nur mit den Unterlagen befasst, um gewisse wirtschaftliche, soziale und sonstige Erscheinungen und Zustände richtig beurteilen sowie erforderlichenfalls Reform- und Abhilfemaßnahmen in die Wege zu leiten“². Im selben Bericht, nannte er die Schwerpunkte der Arbeit:

¹ Große Teile dieses Kapitels sind aus „80 Jahre Amt für Stadtentwicklung“, 1994 in der Reihe Informationen zur Stadtentwicklung erschienen. Ratsbeschluss: StA, PA I 38, S. 116-121

² Bericht von Dr. Walter Klose an den Stadtrat, StA, LuA 588, S. 3-10

- Die Wohnungsnot der ärmeren Bevölkerung zu untersuchen, insbesondere die Missstände, die die allzu große Freiheit in der Art der Bebauung hervorgerufen hatten,
- die Notwendigkeit, die „künftige Errichtung von Schulen und Altersheimen aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur zu planen“,
- die Situation „der Armenpflege und Wohltätigkeit“ zu analysieren,
- die Ermittlung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gewerben, um die Notwendigkeit der Beschäftigung Arbeitsloser im Winter mit gemeindlichen Notstandsarbeiten betreiben zu können.

Einen Einblick in den kommunalpolitischen Hintergrund, der zur Errichtung des Statistischen Amtes führte, vermitteln die eingehenden Ausführungen über die notwendigen Informationen zur Lage auf dem Wohnungsmarkt. So ist die Rede von der Erarbeitung von Unterlagen für den Bau von „Kleinwohnungen für die eigenen Angestellten und Arbeiter oder die Vergabe von Darlehen an gemeinnützige Baugenossenschaften bzw. die Übernahme von Garantieleistungen für öffentliche Darlehensgeber (Landesversicherungsgesellschaften, Landeskulturrentbanken)“. Die aufzubauende Wohnungsstatistik müsse für die minderbemittelte Bevölkerung aus dem engen Beisammenwohnen in Mietskasernen sich ergebenden schweren Schäden aufdecken, um entsprechende Maßnahmen der Stadt einzuleiten.

Die Ausführungen, die zur Notwendigkeit des Aufbaus einer „Armenpflegestatistik“ gemacht werden, zeigen die hohe Bedeutung dieser Probleme für die Stadtverwaltung. Es wird für notwendig gehalten, „Untersuchungen über die individuellen Verhältnisse der in offener und geschlossener Armenpflege unterstützten Personen durchzuführen und so in sozialer Hinsicht Einblicke in ihre früheren und jetzigen Verhältnisse zu tun“. Daraus würden sich auch Erkenntnisse über „die Notwendigkeit eines kostenverringernenden Zusammenarbeitens der öffentlichen mit der privaten Armenfürsorge“ ergeben. Auch der Hinweis auf die Notwendigkeit, die Städte Ludwigshafen und Mannheim in ihrer gegenseitigen Beeinflussung zu sehen und eine enge Zusammenarbeit zu suchen, findet sich in der Denkschrift über die Aufgaben des Statistischen Amtes. Selbst die Auswirkungen des Geburtenrückganges beschäftigten schon damals die städtischen Planer.

Von vornherein war das Statistische Amt als Stabsstelle und Dienstleistungsstelle für die Stadtverwaltung, wie man dies heute ausdrücken würde, konzipiert. In der vom Stadtrat zusammen mit der Gründung beschlossenen Geschäftsanweisung wird dies an verschiedenen Stellen zum Ausdruck gebracht und dem Amt die notwendigen Kompetenzen gegeben. Von Interesse ist schließlich, dass der Stadtrat beschlossen hat, „die Stelle eines Vorstandes des Statistischen Amtes und Einwohnermeldeamtes für Männer mit akademischer Vorbildung und besonderer volkswirtschaftlicher bzw. statistischer Vorbildung öffentlich auszuschreiben“³. Probezeit war ein Jahr mit nachfolgendem Dienstvertrag. Das Anfangsgehalt sollte jährliche 3600 Mark betragen, steigend alle 2 Jahre um 300 Mark bis zum Höchstgehalt von 7200 Mark. Das war ein für die damalige Zeit sehr hohes Einkommen. Allerdings lagen die Gehälter der leitenden städtischen Beamten deutlich über dem Durchschnitt der Normalverdiener. Bis das Amt seine Arbeit im Oktober aufnehmen konnte, musste ein solcher Vorstand erst noch gefunden werden, denn damals war diese Vorbildung noch nicht sehr verbreitet. Schließlich wurde Dr. Walter Klose berufen, der vom Statistischen Amt aus München nach Ludwigshafen kam.

³ Die Bezeichnungen für die Leiter der städtischen Ämter variieren über die Jahre. Hier wurde von „Vorstand“ gesprochen, später taucht häufiger die Bezeichnung „Direktor“ auf. Manchmal hängt das an den Einstufungen im Tarifsysteem, es lag aber auch an dem jeweiligen Zeitgeist oder an den persönlichen Vorlieben der Amtsinhaber.

2 Zählen, wählen und widrige Umstände – 1914 bis 1945

Kurz nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs nahm das neue Amt am 1. Oktober 1914 seine Arbeit auf. In diesen ersten drei Monaten des Gründungsjahres wurden immerhin noch vier Zählungen durchgeführt: die Zählung der Arbeitslosen, eine Erhebung der Futtermittelvorräte, der Getreide- und Mehlvorräte sowie der Viehbestände. Außerdem wurde diese Zeit genutzt, um „das in den übrigen Sparten der städtischen Verwaltung verstreut vorhandene statistische Material“ zu sammeln und man „bereitete die regelmäßige Erstellung gewisser wichtiger statistischer Nachweisungen aus den Gebieten Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Wohlfahrts- und Verwaltungsstatistik so vor, dass mit ihrer Bearbeitung von Januar 1915 an begonnen werden konnte“ (VB 1914, S. 50).

Aus diesen wohl bedachten Plänen wurde jedoch vorerst nichts. Die stark wachsenden Arbeiten im Rahmen der Zwangswirtschaft während des Krieges und in den Nachkriegsjahren sowie die durch die französische Besatzung verursachten Repressalien ließen den Arbeitsalltag völlig anders aussehen.

2.1 Aufbauarbeit und Zwangswirtschaft – 1915 bis 1921

Anfang 1915 bezog das Statistische Amt neue Räume im gerade fertig gestellten Stadthaus Nord, weil die alten des Einwohnermeldeamtes im Stadthaus in der Ludwigstraße 67-69 durch die neuen Stellen der Statistikabteilung zu klein geworden waren. Aus den Haushaltsvoranschlägen der ersten Jahre geht eine Mitarbeiterzahl von 11 im Jahr 1914 bis hin zu 15 Personen im Jahr 1917 hervor (StA, Ds 7/24, 7/27). Die 15 Angestellten des Jahres 1917 wurden mit folgenden Funktionen beschrieben: 1 Vorstand, 1 Sekretär, 6 Büroassistenten, 2 Funktionäre, 3 Diktare, 1 Inzipient (Auszubildender) und 1 Amtsdienner. Die Stellen des Stadtschreibers und des Zuzugskontrolleurens waren gerade nicht besetzt.

Auf Anregung von SPD-Stadtrat Josef Huber⁴ verfasste Amtsdirektor Dr. Walter Klose Anfang 1915 eine Denkschrift über die Aufgaben und Tätigkeiten des Statistischen Amtes (StA, LuA 588). Darin hebt er folgende Aspekte hervor:

- Die Auszählungen sollten immer zum Jahresbeginn erfolgen, aus Gründen späterer Vergleichbarkeit.
- Geführt werden:
 - physikalische Statistik: Wetter, Rhein- und Grundwasserstände
 - Bevölkerungsstatistik: Geburten, Sterbefälle, Ehen, Wanderungen, Umzüge, Fremdenverkehr, Krankheiten
 - Wirtschaftsstatistik: Bautätigkeit, Grundbesitzveränderungen, Hafenverkehr, städtische Wirtschaftsbetriebe, Groß- und Kleinhandelsbetriebe
 - Wohlfahrtstatistik: Schlachtungen, Freibank, städtische Bäder, Zwangsmitteluntersuchungen, Wohnungsimpfaktionen, Arbeitsvermittlung, Krankenkassenausweise, freiwillige Sanitäter, Desinfektionen, Hausunratabfahren, Brände, Blitzableiterbestände
- Das Amt ist die geeignete Stelle für die Ausarbeitung von gutachtlichen Äußerungen, zu deren Anfertigung die Verwendung einwandfreier Zahlenangaben die Voraussetzung ist.
- Arbeiten und Veröffentlichungen müssen den Anforderungen entsprechen, die die statistische Wissenschaft an sie stellt.

⁴ Josef Huber (*1860, †1940), Oggersheimer Druckereibesitzer, war im Stadtrat (1899 – 1920), im bayerischen Landtag (1899 – 1905 und 1907 – 1920) sowie im Reichstag (1909 – 1912) und übte Funktionen auf SPD Bezirksebene aus.

- Sehr förderlich ist auch eine gut ausgestattete statistisch-volkswirtschaftliche Fachbibliothek, hierunter fällt auch der Austausch mit über 50 anderen statistischen Ämtern von Städten und Ländern.
- Seit 1. Januar 1915 ist die Schriftlichkeit von An- und Abmeldung beim Einwohnermeldeamt eingeführt worden.

Gerade der letzte Punkt, die Einführung der „Schriftlichkeit von An- und Abmeldungen beim Einwohnermeldeamt“, beflügelt die Phantasie, wie solche behördlichen Vorgänge wohl in der Zeit davor durchgeführt worden waren.

Als Dr. Walter Klose diese Denkschrift dem Oberbürgermeister Friedrich Krafft mit einem Schreiben vom 12. Januar 1915 überreichte, fügte er noch die Anregung hinzu, „außer den Stadträten je ein Exemplar der zu vervielfältigenden Denkschrift den Vorständen der einzelnen städtischen Sparten zuzustellen. Das erscheint mit Rücksicht auf die Tatsache zweckdienlich,

„dass über die Tätigkeit des Statistischen Amtes in den Kreisen der Beamtschaft (und darüber hinaus) vielfach irrtümliche Anschauungen verbreitet sind, die auf diese Weise am besten berichtigt werden können“ (StA, LuA 588, S.2).



Abbildung 3:
Oberbürgermeister Friedrich Krafft

Obwohl seit August 1914 der Erste Weltkrieg in vollem Gange war, setzten die durch den Krieg notwendig gewordenen wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichs- und bayerischen Staatsregierung erst mit dem Beginn des Jahres 1915 ein (VB 1914, S.51). Schnell dominierten sie die Arbeit und führten zu erheblichen Einschränkungen in der gesamten Verwaltung. Vor allem die zunehmende Einberufung der Beamten in das Heer reduzierte die Beschäftigtenzahl, und die Dagebliebenen mussten die Mehrarbeit auffangen.

Oberbürgermeister Krafft erklärte im Dezember 1915, dass die zahlenmäßigen Übersichten im Verwaltungsbericht für das Jahr 1914 weggelassen werden muss-

Systematisches Inhalts-Verzeichnis.	
I. Teil.	
Bericht über den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten.	
I. Allgemeiner Rückblick.	Seite
1. Die Maßnahmen der Stadtgemeinde Ludwigshafen a. Rh. aus Anlaß des Krieges	9
2. Sonstige bemerkenswerte Vorkommisse	22
II. Stadtgebiet und Bevölkerung.	
1. Stadtgebiet	27
2. Witterung und Wasserstand	27
3. Stand und Bewegung der Bevölkerung	32
III. Die Gemeindeverwaltung im engeren Sinne.	
1. Das Stadtratskollegium	38
2. Steuer- und Rechnungswesen	43
3. Stadtkasse	46
4. Kasse der Sozialarmenpflege und des Krankenhauses	48
5. Kassenkontrolle	49
6. Rechnungsrevision und Materialverwaltung	49
7. Statistisches Amt und Einwohner-Meldeamt	50
8. Polizeiwesen	52
9. Stadtkonami:	
Straßenbau-Abteilung	53
Abteilung für Hochbau und Kanalarbeit	59
Abteilung für Kanalisation	66
Abteilung für Vermessungswesen	73
10. Stadtgärtnerei	80
11. Militär-Angelegenheiten	81
12. Heimats-, Bürgerrechts- und Staatsangehörigkeits-Erwerbungen	82
13. Pensionsanhalt	83
IV. Erziehung und Bildung.	
1. Gymnasium	87
2. Oberrealschule	88
3. Höhere Mädchenschule	89
4. Volksschulen	90
5. Gewerliche und kaufmännische Fortbildungsschule	95
6. Stadt-Volksbibliothek	96
7. Stadtbibliothekische Sammlung	97
V. Soziale Fürsorge.	
1. Öffentliche Armenpflege und sonstige städtische Wohlfahrtspflege	99
2. Gemeinlicher Vollzug der Sozialgesetzgebung	116
3. Arbeitsamt	117
4. Gewerbe- und Kaufmannsgericht	122
5. Sparkasse	128
VI. Öffentliche Sicherheit.	
1. Stadt-Feuerwehr	134
2. Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz	135
VII. Öffentliche Gesundheitspflege.	
1. Öffentliche Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel	137
2. Schlachthof	141
3. Krankenhaus	145
4. Stadt- und Schularzt	149
5. Desinfektionsanstalt	151
6. Badeanstalten	151
7. Fäkalien-Abfuhranstalt	151
VIII. Privatwirtschaftliche Betriebe.	
1. Gaswerk	152
2. Elektrizitätswerk und Straßenbahn	157
3. Wasserwerk	162

Abbildung 4: Inhalt des Verwaltungsberichts 1914

ten, „weil gewisse statistische Darstellungen nicht erhältlich waren oder gegenwärtig nicht veröffentlicht werden dürfen“. Dennoch ließ man sich nicht von ehrgeizigen Plänen abhalten: „Es ist beabsichtigt, den bisherigen statistischen Teil des Verwaltungsberichtes in Zukunft zu einem ‚Statistischen Jahrbuch der Stadt Ludwigshafen am Rhein‘ auszubauen“ (VB 1914, S. 4). Es dauerte dann allerdings noch fast 50 Jahre, bis ein solches Jahrbuch 1963 erstmals erschien.

Das junge Amt hatte in den Anfangsjahren drei Kernaufgaben: Herausgabe des Verwaltungsberichtes, die Lebensmittelversorgung und die Kommunalstatistik. Die Verwaltungsberichte wurden vor 1915 vom Bürgermeisteramt selbst erstellt. In der Regel hatten sie drei Teile: der erste Teil enthielt die Berichte der Ämter, der zweite die Kassen- und Rechnungsergebnisse. Der dritte Teil enthielt neben Stadtgeschichtlichem viele der Statistiktabelle, die später in den Vierteljahresberichten veröffentlicht wurden. Die Tabellen zur Einwohnerentwicklung zeigte der erste Teil im Abschnitt „Stadtgebiet und Bevölkerung“. Dem Statistischen Amt fiel die Aufgabe zu, die Berichte von den anderen städtischen Ämtern einzusammeln und redaktionell zusammenzufügen. Mit Beginn des Krieges gab es Überlegungen, ob es sinnvoll sei, den Bericht bis nach dem Kriege einzustellen. Allerdings wurde entschieden, „alle Zweige ‚friedensmäßigen Schaffens‘ in der Stadtverwaltung so eingehend wie früher“ darzustellen, „um sie in den jetzigen Zeiten großen Erlebens vor dem Schicksal zu bewahren, später ganz in Vergessenheit zu geraten oder als nebensächlich nicht genügend gewürdigt zu werden“ (VB 1915, Vorbemerkung). Konsequenterweise wurde dann für jedes Jahr ein „Kriegs-Verwaltungsbericht“ herausgegeben, wenn auch mit zum Teil erheblicher Verspätung. So erschien der Bericht für das Jahr 1917 erst im Juli 1919 und der für 1918 im März 1920.

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung bildete ab 1915 die zweite Kernaufgabe. „Dem Statistischen Amt wurde die periodische Verausgabung der zur Einführung gelangenden Lebensmittelmarken, sowie die Zuteilung von Lebensmitteln [...], ferner die Erstellung von preisstatistischen und sonstigen Unterlagen für die städtische Preisprüfungsstelle übertragen“ (VB 1915, S. 64). Am 10. März 1915 wurde die Brot- und Mehilverrechnungsstelle eingerichtet, die die Verteilung der für einen Monat gültigen Brotmarkenhefte zu organisieren hatte. Folgende Schilderungen lassen den großen Aufwand ansatzweise erkennen. „In den ersten Monaten nach ihrer Einführung wurden die Brotmarken von der hiesigen Lehrerschaft und von Schülern aus den oberen Klassen der hiesigen Mittelschulen den einzelnen Haushaltungen zugestellt. Um jedoch deren fortgesetzte Inanspruchnahme zu vermeiden, zumal ihre dankenswerte Mitwirkung bei den rasch einander folgenden Bestandsaufnahmen ebenfalls erforderlich war, wurde das Zustellgeschäft der Brotmarkenhefte der Schutzmannschaft übertragen“ (VB 1915, S. 66).

Ausgegeben wurden 233 766 Karten an Privathaushalte, 754 Mahlscheine⁵ und 1665 Backscheine an Selbstversorger, an 6 Lazarette, an 11124 Militärurlauber und im Monat durchschnittlich an 276 Kriegsgefangene und Schiffer. Ferner tauschten 5331 Personen von Juni bis Dezember ihre Brotmarken in Landesbrotmarken um und 209 427 Personen erhielten Schwerarbeiterzulagen. Schließlich gab es durch Um-, Zu- und Wegzüge ungefähr 30 000 Rückfragen. Hinzu kam die Zuweisung von Mehl an Bäckereien und Kleinhandelsgeschäfte, was auch 5150 Zuweisungsscheine zur Folge hatte. Die Einreichung der Brotmarken seitens der Bäcker und Händler bei der Stadtverwaltung musste ebenfalls organisiert werden (VB 1915, S.66). Im September 1915 kamen noch die Preisprüfungsstelle und die durch Bundesratsverordnung geforderte Nahrungsmittelpreiskommission hinzu, die den Aushang von Preisen für Gegenstände des täglichen Bedarfs ordnen sollte. Beide hielten zusammen 15 Sitzungen ab, die ebenfalls vom Amt koordiniert wurden. Hierzu gehörten auch die Prüfung und Abstempelung der einheitlich abgefassten Preisplakate für die Geschäfte sowie die monatlich zweimal erstellten Übersichten über höchst-, niedrigst- und meistbezahlte Preise, die der Preisprüfungsstelle vorgelegt wurden (VB 1915, S. 67).

⁵ Mit Mahlscheinen wurde die Berechtigung zum Mahlen von Getreide geregelt.



Abbildung 5: Haushaltkarte für fünf Personen, Juni 1919

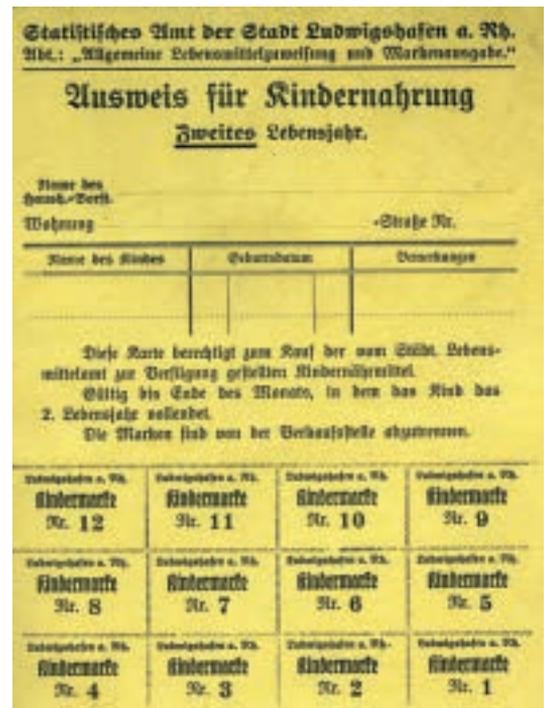


Abbildung 6: Ausweis für Kindernahrung für Kinder im zweiten Lebensjahr



Abbildung 9: Mahlschein



Abbildung 7: Ausweis zum Bezug für Weißbrot

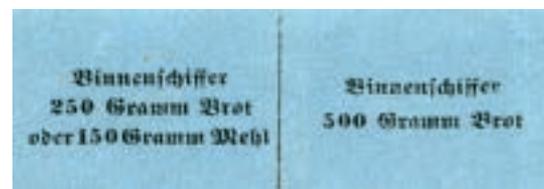


Abbildung 8: Marken für Binnenschiffer

Schalterstunden für den Parteienverkehr:
Vorm. 8¹/₂ bis 12 Uhr, nachm. 2 bis 4¹/₂ Uhr, Samstags 8¹/₂ bis 12¹/₂ Uhr.

Wegweiser.
Kriegswirtschaftliche Sparten des städt. statistischen Amtes
Verteilung der Lebensmittel durch Ausgabe von Marken, Führung von Kundenlisten usw.
Leitung Dr. Klöse, Amtsvoestand, Stadthaus-Nord, Zimmer 15,
Telephonruf: Nebenstelle 23.

Abteilungen:

I. Allgemeines	Funktionär Jung, Stadthaus-Nord, Zimmer 14, Telephon- ruf: Nebenstelle 25.
II. Allgemeine Lebensmittelmarken - Verteilung a) Brotmarken usw. — ohne Fleisch- und Kar- toffelmarken —, Reichsreisebrotmarken, Back- und Mahlscheine, Kinderkarten b) Militärtauler, Schwer- und Schwerstarbeiter,	Büroassistent Becker, für a) Am Brückenauf- gang 10, Telephonruf: für b) Am Brückenauf- gang 14, Rückgebäude.
III. Krankenernährung	Oberarzt Dr. Flach (arztl. Beirat), Stadthaus-Nord, Zimmer 17c, Telephon- ruf: Nebenstelle 32.
IV. Markenkontrolle und Lebensmittelzuweisung	Frau Schull, Kaiser-Wilhelm-Str. 161 Telephonruf 477, direkt beim Telephonamt.
V. Kundenlisten (für Kolonialwaren, Butter, Eier und Käse)	Am Brückenaufgang 14 Telephonruf 224, direkt beim Telephonamt.
VI. Fleisch (Fleischmarken, Kundenliste, Haus- schlachtungen)	Frau Leibert, Am Brückenaufgang 14 Telephonruf wie vorstehend mittels Umschaltung.
VII. Milch (Milchkarten)	
VIII. Futtermittel (Zuweisungscheine)	
IX. Kartoffeln (Kartoffelmarken, Kundenliste)	

Die städt. Verkaufsläden Schulstraße 19 und Prinzregentenstraße 58 sind geöffnet von 9 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr.
Die städt. Verkaufsstellen 1. Loew'sche Halle (Frankenthaler Straße 3a), 2. Moltstraße 8 und 3. Ludwigplatz von 8 bis 12 und von 1 bis 4¹/₂ Uhr.

Abbildung 11: Wegweiser aus Haushaltkarte, Dezember 1917

Stadt Ludwigshafen am Rhein.

Butter - Marke Nr. 6
Berechtigt zum Bezuge von
Butter, Butterschmalz und
Margarine
im **September 1917.**
Nur verwertbar, soweit Vorrat!

Stadt Ludwigshafen am Rhein.

Butter - Marke Nr. 5
Berechtigt zum Bezuge von
Butter, Butterschmalz und
Margarine
im **September 1917.**
Nur verwertbar, soweit Vorrat!

Abbildung 10: Butter-Marken, September 1917

Schüler-Milchkarte No. 3.

Name

Wohnung

1/2 Liter
(Änderungen vorbehalten)

Milchhändler

Bezugs - Ausweis.

Schüler-Milchkarte No. 3.

Name

Wohnung

Klasse **Schule**

Berechtigt, soweit Milch vorhanden, zum Bezug
von täglich **1/2 Liter Milch.**
(Änderungen vorbehalten).

Milchhändler

Diese Karte ist einer zu wählenden Milchhandlung einzuliefern.

Abbildung 12: Schüler-Milchkarte

In den folgenden Kriegsjahren kamen weitere kriegswirtschaftliche Aufgaben hinzu: Ausgabe- stellen für Lebensmittel-, Kartoffel-, Fleisch- und Milchmarken, Verteilungsstellen für Lebens- mittel, Fleisch, Milch und Futtermittel, Abteilung für Krankenernährung und Bekleidungsstelle. In den Verwaltungsberichten wurden diese Aufgaben im Kapitel „Die Maßnahmen der Stadt- gemeinde Ludwigshafen am Rhein aus Anlass des Krieges“ zusammengefasst. Vordringliche Aufgabe blieb die Lebensmittelversorgung. Sie war einerseits mit dem Lebensmittelamt direkt beim Bürgermeisteramt angegliedert, andererseits gab es die kriegswirtschaftlichen Sparten beim Statistischen Amt (VB 1917, S. 9). Ein Dokument vom September 1918 belegt, dass unter diese Arbeiten zumindest stichprobenartig auch die Überwachung der privaten Vorräte zählte. Bei einer Hausdurchsuchung wurden folgende Vorräte entdeckt: „20 Pfd. ausgelassenes Schweinefett, 10 Pfd. Hartwurst, 25 Pfd. Weizenschrot, 6 Pfd. Weizenmehl, 3 Pfd. selbsther- gestellte Seife“. Lebensmittel und Seife unterlagen den Regeln der Rationierung und daher musste eingeschritten werden (StA LuA 588, S.302).



Abbildung 13: Lebensmittelausgabe 1919



Abbildung 14: Butter- und Eierausgabe, Handlung Leininger Oggersheimer Straße (heute Bahnhofstraße)

Wenn es im Ersten Weltkrieg in Ludwigshafen kaum zu direkten Kriegshandlungen gekommen war, so waren die Jahre von Krieg und Nachkriegszeit doch geprägt von bitterer Not und Hunger der Bevölkerung. Angesichts solcher umfangreicher „Notarbeiten“ wird schnell klar, dass die eigentlich beabsichtigten statistischen Arbeiten auf das Notwendigste reduziert werden mussten oder sogar ganz ausblieben. „Kein Wunder, wenn die unruhevolle und aufreibende Arbeit dieser kriegswirtschaftlichen Sparten, durch die das Amt zu einem großen Apparat mit 142 Kräften im Jahr 1918 wurde, die eigentlichen im wissenschaftlichen Sinne höheren Aufgaben sehr in den Hintergrund drängte. Nur langsam konnte nach Kriegsende der Abbau dieser kriegswirtschaftlichen Einrichtungen und der innere Aufbau des Amtes durchgeführt werden“ blickte Amtsleiter Dr. Albert Zwick im Jahr 1924 zurück (SVJ, 1924, Nr. 4, S. 2).

Die regelmäßigen Arbeiten der Kommunalstatistik waren neben dem Verwaltungsbericht und der Lebensmittelversorgung die dritte wichtige Kernaufgabe, wobei die meisten Erhebungen übergeordnete Stellen veranlassten. Von den in Abb. 7 aufgelisteten Zählungen von 1915 waren lediglich zwei von der Stadt veranlasst, alle übrigen von Reich oder bayerischem Staat für das Ziel der Ernährungssicherung. Erwähnenswert ist die überlieferte Schilderung, wie diese umfangreichen Zählungen bewältigt wurden: „Bei obigen Erhebungen wurde das Amt, soweit zu ihrer praktischen Durchführung eine Umfrage in sämtlichen Haushaltungen der Stadt geboten war, durch städt. Beamte, die Lehrerschaft und die Oberklassen hiesiger Mittelschulen in dankenswerter Weise unterstützt. Im Übrigen wurden die von den Zählungen veranlassten Umfragen durch die Schutzmannschaft erledigt“ (VB 1915, S.65).

Kurz nach Ende des Krieges, am 21. Dezember 1918, beklagte das Statistische Amt dem Statistischen Landesamt in München (Ludwigshafen gehörte ja noch zu Bayern) die Lage durch die Besatzung und die Absperrmaßnahmen zur rechten Rheinseite hin. Eine „rechtzeitige und regelmäßige Abwicklung der Zählungsangelegenheiten ist in keiner Weise mehr gewährleistet“, denn Briefe aus dem rechtsrheinischen Bayern kommen hier nicht oder verspätet an. „Ich bitte ergebenst dies in den künftigen Monaten würdigen zu wollen, wenn das diesseitige Amt mit seinen Arbeiten im Rückstand bleibt“, schrieb Direktor Walter Klose nach München (StA, LuA 588, S. 299f.).

1. Aufnahme der Vorräte an Brotgetreide und Mehl am 1. Februar 1915.
2. Zählung der Haushaltungen am 20. Februar 1915.
3. Aufnahme der Hafervorräte im Februar 1915.
4. Aufnahme der Bestände an Gerste und Mengkorn am 12. März 1915.
5. Erhebung der Kartoffelvorräte und der Schweine am 15. März 1915.
6. Erhebung der Vorräte an Malz und Malzkeimen am 27. März 1915.
7. Erhebung der Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei am 29. März 1915.
8. Erhebung der Futtermittelvorräte am 31. März 1915.
9. Zwischenzählung der Schweine am 15. April 1915.
10. Erhebung der Leder- und Häutevorräte am 1. Mai 1915.
11. Erhebung der Vorräte an Getreide und Mehl am 9. Mai 1915.
12. Erhebung der Vorräte an Kartoffeln am 15. Mai 1915.
13. Erhebung der Mühlen und Lagerhäuser Anfang Juli 1915.
14. Ernteflächenerhebung am 1.—4. Juli 1915.
15. Erhebung der Vorräte an Ölen und Fetten am 15. Juli 1915.
16. Erhebung der Gerstenvorräte am 10. September 1915.
17. Personenstandsaufnahme am 19. September 1915.
18. Viehzwischenzählung am 1. Oktober 1915.
19. Erhebung der Hülsenfrüchte am 1. Oktober 1915.
20. Erhebung der Leder-, Schuh- und Schuhreparaturpreise am 1. Okt. 1915.
21. Erhebung der Kartoffelvorräte am 9. November 1915.
22. Erhebung der Getreide-, Mehl- und Hafervorräte am 16. November 1915.
23. Erhebung von Butter und Speisefetten am 16. November 1915.
24. Viehzählung am 1. Dezember 1915.
25. Zählung der leerstehenden Wohnungen am 9. Dezember 1915.

Abbildung 15: Zählungen 1915 (VB 1915, S. 65)

Die schwierigen Kriegsjahre forderten schließlich auch menschlichen Tribut. Am 25. Februar 1919 starb Dr. Walter Klose, der erste Leiter des Statistischen Amtes, „körperlich geschwächt durch die Arbeitslast der Kriegsjahre“ innerhalb weniger Tage an der Grippe, kurze Zeit später auch seine Frau und seine Tochter (IzS, 80 Jahre, 1994, S.4).

Seit Mai 1919 leitete Dr. Albert Zwick das Statistische Amt und gestaltete, entlastet von der allmählich zurückgehenden Zwangswirtschaft, maßgeblich den Aufbau der statistischen Arbeiten. Am 8. Oktober 1919 war mit der Reichs-Volkszählung die erste Großerhebung vom jungen Amt zu organisieren. Ludwigshafen ging nicht den Weg vieler anderer Städte, die die Zählung mit der Ausgabe von Lebensmittelkarten verknüpften, sondern ging wie üblich vor und warb um Zähler. Das Stadtgebiet wurde eingeteilt in 409 Zählbezirke, von denen jeder etwa 50 Haushaltungen hatte, die von einem Zähler bewältigt werden konnten. Erstmals gab es keine ehrenamtlichen Zähler, sondern es wurde „durchweg für den Bezirk die Summe von acht Mark vergütet“⁶. Die Zusammensetzung der Zählerschaft gibt Tabelle 1 wieder.

Tabelle 1: Zusammensetzung der Zähler, Volkszählung 1919⁷

Zähler	männlich	weiblich	Summe
Städtische Beamte	99	13	112
Sonstige Beamte	7	-	7
Lehrer der Volksschule	75	22	97
Lehrer der höheren Schule	6	-	6
Polizei	53	-	53
Selbstständige Gewerbetreibende	3	-	3
Privatangestellte	51	1	52
Erwerbslose	19	12	31
Schüler	29	-	29
Sonstige	9	4	13
Summe	351	52	403

Entgegen früheren Zählungen stellte diesmal die Lehrerschaft nicht mehr das Hauptkontingent der Zähler. Dagegen waren die Polizeimannschaften fast vollständig dabei. Die Lücken wurden dann mit den Schülern der Oberklassen gefüllt. Zur Zählergewinnung gab es „Aufrufe in der Tagespresse, Rundschreiben des Bürgermeisteramts an städtische Dienststellen, staatliche Behörden, Schulen und Privatunternehmen“⁸.

Exkurs: Volkszählungen in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg

Den Ergebnissen der Volkszählung in Ludwigshafen vom Oktober 1919 hat das Statistische Amt einige Ausführungen über die früheren Volkszählungen vorangestellt, die hier kurz zusammengefasst wiedergegeben werden⁹.

⁶ Die Volkszählung am 8. Juni 1919 in Ludwigshafen am Rhein, StA, Ds 242-36

⁷ siehe Fn 4, S. 9

⁸ siehe Fn 4, S. 10

⁹ siehe Fn 4, S. 1-8

Zunächst wurde an ganz frühe Zählungen unter anderem in China vor unserer Zeitrechnung erinnert. Die Zählungen hatten von Anfang an keinen Selbstzweck, sondern dienten entweder militärischen oder fiskalischen Absichten. Das ist gut nachvollziehbar, denn bevor ein Landesherr eine Fehde mit dem Nachbarn begann, war es für ihn wichtig zu wissen, ob er genug Geld eintreiben konnte und ob es genug Waffenträger gab. Die ordentlichen Volkszählungen begannen im frühem 19. Jahrhundert. In Preußen wurde seit 1816 in einem dreijährigen Intervall gezählt. Ein methodisches Problem bestand in der Unterschiedlichkeit der erhobenen Merkmale von Land zu Land. Im deutschen Zollverein gab es erstmals ab 1834 einheitliche Bestimmungen für die Erhebung. Denn die Volkszahl bildete die Grundlage für die Verteilung der gemeinsamen Zoll- und Steuereinnahmen. Die ermittelte Bevölkerung war die „Wohnbevölkerung“ oder auch die „dauernd Anwesenden“. Sie wurde auch „Zollabrechnungsbevolkerung“ genannt. Nach der Reichsgründung 1871 wurden für die erste Zählung im selben Jahr Grundsätze beschlossen, die im Wesentlichen in den 1920er Jahren noch galten. Von 1875 an galt eine fünfjährige Zählperiode, die erstmals durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen wurde. Hinsichtlich der Wortwahl wurde angemerkt, die Bezeichnung „Bevolkerungszahlung“ wäre für die Methode richtiger. Aber dieser Begriff hatte sich damals und bis heute nicht durchsetzen können.

Durch die zunehmende Verkehrsentwicklung und die wachsende Mobilität der Bevölkerung bildete die am Ort gemeldete Bevölkerung immer weniger die tatsächlich anwesende Bevölkerung ab. Daher ging man dazu über, an einem Stichtag die ortsanwesende Bevölkerung zu zählen. Jeder wurde dort gezählt, wo er sich gerade aufhielt. Dieser Stichtag war in Deutschland immer der erste Dezember, weil man davon ausging, dass im Winter die Menschen weniger unterwegs sind und sich vor Weihnachten im Kreise der Familie aufhielten. Die Volkszählung 1919 wurde erstmals auf Anfang Oktober terminiert, mit der Folge, dass die Zählung in einzelnen Städten, auch in Ludwigshafen, gegenüber der tatsächlichen Wohnbevölkerung zu geringe Einwohnerzahlen ergab.

Die Rohdaten einer Zählung wurden schnell zusammengestellt, um bald danach ein vorläufiges Ergebnis zu erhalten. Die „Ausbeutung des gewonnenen Materials“ nahm aber oft noch Jahre in Anspruch. In diesem letzten Punkt sind die Umstände bis heute unverändert.

Im Januar 1920 konnte der Amtsdirektor den wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Rudolf Schwander einstellen, mit dessen Hilfe die Kommunalstatistik weiter ausgebaut wurde. Die erste reguläre Veröffentlichung gelang im Juni 1919 mit Heft Nr. 1 der statistischen Monatsberichte (Abb. 8).



Abbildung 16: Titel der ersten Veröffentlichung des Statistischen Amtes 1919

Diese ursprünglich für 1915 geplante Publikation hatte also kriegsbedingt noch fünf Jahre warten müssen. Es reichte jedoch nur für acht Ausgaben. Im Juli 1920 wurde die Reihe aus Kostengründen in Statistische Vierteljahresberichte umgewandelt, die ihrerseits dann aber bis 1930 regelmäßig erschienen.

Die Monatsberichte enthalten auf 18 Seiten Tabellen zu den Witterungsverhältnissen, den Rhein- und Grundwasserständen, Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle, Todesursachen, meldepflichtige Krankheiten, Um-, Zu- und Wegzüge, Stand der Bevölkerung, Verkehr (Schiffe, Hafen, Straßenbahn, Fremden-), kriegswirtschaftliche Ämter, Preise, städtische Betriebe (Schlachthof, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk, Fuhrpark, Sparkasse), Grundbuchamt, Bautätigkeit, Wohnungsnachweis, Mitgliederstand der Krankenkassen, Arbeitsmarkt, Rechtsauskunftsstellen, Armenpflege, Berufsvormundschaft, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Vermittlungsamt, Mieteinigungsamt, Staatsangehörigkeitsverleihungen, Angestellten- und Arbeiterversicherung, Polizei, Untersuchungsanstalt für Lebensmittel, Desinfektionsanstalt, Krankenhaus, Begräbniswesen, Müllabfuhr, Brandstatistik, Sanitätswache und Bäderbesuch¹⁰.

1920 veröffentlichte das Amt die erste größere wissenschaftliche Arbeit des neuen wissenschaftlichen Mitarbeiters Dr. Rudolf Schwander: „Eine Untersuchung über Preis- und Besitzentwicklung und hypothekarische Belastung des Grund und Bodens in Ludwigshafen am Rhein“. Sie war seine Promotion an der Universität Heidelberg von 1919¹¹. Eines der Probleme, die zur Gründung des Amtes beitrugen, die Frage der Wohnungsnot in Ludwigshafen und deren Milderung, hatte zu dieser Untersuchung geführt. Ausführlich werden Wege aufgezeigt, um das Hauptübel dieser Zeit, die Spekulation mit Grund und Boden, zu bekämpfen. Ohne näher auf die unterschiedlichen Inhalte und Folgerungen dieser umfangreichen Arbeit einzugehen, wird aber klar, welchen Stellenwert der Milderung der wachsenden Wohnungsnot, die ja durch die Kriegsheimkehrer noch zugenommen hatte, beigemessen wurde. Eine der Maßnahmen war dann die Gründung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft GAG ebenfalls im Jahre 1920. Durch sie konnte viel mehr Einfluss auf die Wohnungssituation genommen werden, als dies einer Stadtverwaltung möglich gewesen wäre.

Die Aufgaben der Zwangswirtschaft beanspruchten auch nach Kriegsende noch einige Jahre das Amt. Für das Jahr 1920 werden neben den Arbeiten zur Statistik noch unter der Überschrift „Zwangswirtschaft“ genannt: das Preisprüfungsamt, die Handelszulassungsstelle, das Lebensmittelamt, die Brotversorgung, die Milchversorgung, die allgemeine Lebensmittelzuweisung – Markenausgabe – Markenberechnung sowie das Brennstoffamt (VB, 1921, S. 57-70). Allein diese Felder werden auf 13 Seiten im ansonsten eher knapp gehaltenen Verwaltungsbericht beschrieben. Das ist nach wie vor ein erheblicher Umfang, obwohl bereits erste Anzeichen des Abbaus der Zwangswirtschaft erkennbar waren. Schließlich erfolgte erst im Juli 1926 die offizielle Aufhebung der Preisprüfungsstelle, aber das „hatte nur formellen Charakter, da die Preisprüfungsstelle schon längst nur noch ein Scheindasein führte“ (VB 1926, S. 40). Die anhaltenden Notzeiten belasteten den Arbeitsalltag weiterhin noch sehr. Verwaltungsbericht und Statistische Vierteljahresberichte wurden zwar produziert, nur „größere wissenschaftliche Abhandlungen wurden im Hinblick auf die Unmöglichkeit, sie im Druck erscheinen zu lassen, nicht geschrieben“ (VB 1922, S. 38).

Bemerkenswert war die Fortschreibungszahl der Bevölkerungsentwicklung, denn Ende 1921 betrug diese 100 281 Einwohner. „Danach wäre Ludwigshafen unter die Reihe der Großstädte zu zählen; doch die Erfahrung hat gelehrt, dass die Fortschreibungsziffer den tatsächlichen Stand der Bevölkerung stets etwas übertrifft, da sich viele Ausländer bei ihrer Ankunft den Vorschriften gemäß anmelden, bei ihrer Abreise jedoch nicht abmelden“. Gerade in der Besatzungszeit ist dieses Vorgehen für Ausländer von Vorteil, weil sie damit ihren Ausweis behalten.

¹⁰ Heft 1 der Statistischen Monatsberichte, Juni 1919. Weitere Angaben siehe unter Kapitel 5.1.

¹¹ VdSA, Heft 1, 1920 und Meyer 1938, S. 117

Diese Bescheinigung ist sorgfältig aufzubewahren, da sie bei der Ortspolizei-
behörde des nächsten Aufenthalts-Ortes vorgezeigt werden muß.

Abzugsbescheinigung.

Auf Grund der amtlichen Einwohnerlisten wird bestätigt, daß

(Vor- und Zuname) Koffmann Albat

Familienstand: ledig

Beruf: Revisor Glaubensbekenntnis: ev.

geboren am 9. 9. 1904

in Ludwigshafen (Bezirk und Land) ev.

Staatsangehörigkeit Preuss.

hier vom 11. 5. 22 bis 1. 6. 22

und vom _____ bis _____

zum Aufenthalt gemeldet war und daß ^{er} sich _{sich}

*) _____

am 14. Juni 1922 nach Heidelberg

(Bezirk und Land) ev. abgemeldet hat.

Ludwigshafen am Rhein, den 12. 6. 1922

Das Einwohnermeldeamt:

Gebührenfrei.

*) Wenn zugleich Dienstverpflichtete abgemeldet werden, sollen sie hier einzeln - unter Angabe des
Vor- und Nachnamen, Geburtsort u. j. m. anzugeben.

Heidelberg
14. JUNI 1922
Einwohnermeldeamt

Abbildung 17: Abzugsbescheinigung 1922

und Wirtschaftsamt, beide verbunden durch die Verwaltungsabteilung, die Kanzlei. Fortan nannte sich der Direktor in entsprechenden Publikationen auch gerne Wirtschaftsreferent, gleichwohl hieß das Amt offiziell „Statistisches Amt und Wirtschaftsamt“. Die Tätigkeiten des Wirtschaftsamttes würde man heute als Wirtschaftsförderung bezeichnen. Es gab also schon sehr früh, gerade mal sieben Jahre nach der Gründung, eine thematische Erweiterung über die reine Statistik hinaus.

2.2 „Hebung von Wirtschaft und Verkehr“ – 1922 bis 1929

Den zweiten Abschnitt der 20er Jahre kennzeichnet der Übergang von den kleiner werdenden kriegswirtschaftlichen Sparten zur eigentlichen statistischen Arbeit und zum neuen Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung. Kaum damit begonnen, sorgte das Krisenjahr 1923 erneut für eine sehr chaotische Phase, bis dann ab 1924 tatsächlich umfangreiche Fortschritte bei der „Hebung von Wirtschaft und Verkehr“ erzielt werden konnten (VB 1924, S. 74). Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Betrachtungen wurde häufig die Funktion Ludwigshafens als Verkehrsknotenpunkt betont, wobei der Hafen eine zentrale Rolle spielte. Mannheim/Ludwigshafen war bis Ende des 19. Jahrhunderts der Endpunkt der Großschifffahrt auf dem Rhein und somit südwestdeutsches Verteilzentrum für ankommende und abzusetzende Waren. In den zwanziger Jahren nannte sich die Stadt häufig auch „größter Binnenhafen links des Rheins“.

„Es ist naturgemäß erst nach Verlauf eines längeren Zeitraums möglich, diesen Fehler auszumerzen“ (VB 1921, S.40). Diese Erscheinung war beim Zensus 2011 auch zu beobachten. Abb. 9 zeigt eine Bescheinigung eines Umziehenden von Ludwigshafen nach Heidelberg aus dem Jahr 1922.

Die intensive Mitarbeit an den kriegswirtschaftlichen Aufgaben „führte ganz von selbst dazu, dass dem Amt allmählich auch die Bearbeitung sonstiger kommunalwirtschaftlicher Fragen übertragen wurde“ (SVJ, 1924, Nr. 4, S. 2). Im April 1921 wurde mit einer bürgermeisteramtlichen Verfügung ausgesprochen, was schon Tatsache war: Die Bildung des Wirtschaftsreferats mit den Abteilungen Statistisches Amt

2.2.1 Die Wirtschaftsförderung beginnt



Abbildung 18: Katalog Wärmewirtschaftsausstellung

Die neue Wirtschaftsabteilung führte auch zu einer spürbaren Vergrößerung des Amtes, die Mitarbeiterzahl wuchs auf 22 Personen. Sie kümmerte sich sowohl um Wirtschaftsfragen als auch um Verkehrsfragen. Die ersten deutlich sichtbaren Ergebnisse zeigten sich in der 1922 veranstalteten Südwestdeutschen Wärmewirtschafts- und Wärmeindustriemuseum. Das zunächst merkwürdig klingende Thema der Ausstellung erschließt sich schnell, wenn man den gesellschaftlichen Hintergrund näher betrachtet. Der Verlust eines Teiles von Oberschlesien und von Lothringen (als ein Resultat aus dem Versailler Vertrag) kappte ein Viertel der deutschen Kohleförderung. Die zusätzliche zeitweilige Abtrennung der Saargruben führte zu einer großen Brennstoffnot. Sowohl den Endverbrauchern („bürgerliche und Arbeiterhaushalte“) als auch den kleinen und mittleren Betrieben sollte die „allergrößte Notwendigkeit“ nahe gebracht werden, möglichst sparsam Kohle einzusetzen. Damals war Kohle einer der Hauptrohstoffe für

die private und betriebliche Energieerzeugung. Den Kern dieser Ausstellung hatte die Bayerische Landeskohlenstelle erstmals in München gezeigt, als Wanderausstellung kam sie u. a. über Berlin und Düsseldorf nach Ludwigshafen (Katalog 1922, S. 19).

Diese Ausstellung blieb jedoch vorläufig die einzige. Im Jahr 1922 deutete sich die zunehmende Inflation immer stärker an. Der Verwaltungsbericht nennt den stark gewachsenen Umfang der Lohn- und Preisstatistik. Die in schnellerem Tempo wachsende Teuerung zog häufigere Preishebungen nach sich. Die Lohnverhandlungen fanden häufiger statt, sodass auch die Indexziffer der Lebenshaltungskosten in viel stärkerem Maße nachgefragt wurde und hinzu kamen zahlreiche Gutachtenanforderungen von vielen Stellen (VB 1922, S. 39).

Ein kleines Detail soll die Dynamik der Preissteigerungen bereits im Jahr 1922 anschaulich machen. Die ursprünglich für eine Mark pro Heft angebotenen Vierteljahresberichte kosteten im Sommer 1922, zwei Jahre nach ihrem ersten Erscheinen bereits 50 Mark. 1923, als die Inflation ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurden dann auf den Heften keine Preise mehr angegeben. Vermutlich hätte sie in dieser Not ohnehin niemand gekauft.



Abbildung 19: Kopf vom Titelblatt Vierteljahresbericht 1922, Nr.3

Das Jahr 1922 war aus Sicht des Statistischen Amtes, aber auch des Oberbürgermeisters Dr. Christian Weiß aus einem anderen Grund von großer Bedeutung. Ludwigshafen hatte zum ersten Mal in seiner Geschichte die magische Grenze von 100 000 Einwohnern überschritten. Zum 30. April 1922 wies die Fortschreibung des Statistischen Amtes 101 852 Einwohner aus.

Es gab zwar zuvor immer mal wieder bei einzelnen Zählungen und Fortschreibungen Werte über der Großstadtgrenze, aber aufgrund der methodischen Unsicherheiten bei Fortschreibungen war das Statistische Amt sehr zurückhaltend. Erst als mehrere Quellen (Wohnungsamt, Steuerzählung) dies bestätigten ging man an die Öffentlichkeit und feierte den Eintritt in den Kreis der deutschen Großstädte. Der Direktor des Statistischen Amtes Dr. Zwick nannte als Gründe die gute industrielle Beschäftigung, die stetig wachsende Zahl von „auswärts Zuziehenden“ und den Wiederaufbau von Oppau¹². Die Tageszeitungen widmeten dem Ereignis große Aufmerksamkeit, der Generalanzeiger erstellte sogar ein zweiseitiges Extrablatt¹³. Da diese Einwohnerzahl „nur“ aufgrund der Fortschreibungen des Statistischen Amtes ermittelt wurde, die amtliche Einwohnerzahl aber ausschließlich durch Volkszählungen festgestellt werden durfte, vertröstete man sich auf die für 1923 geplante Zählung. Die fand aber erst 1925 statt, sodass in späteren Publikationen die offizielle „Großstadtwerdung“ mit dieser Volkszählung 1925 gleich gesetzt wurde¹⁴.

2.2.2 Preise und Index-Ziffern – Wege durch die Krise 1923

Die Ludwigshafener Indexziffer für die Lebenshaltungskosten war in diesen Jahren ein sehr wichtiges und stark nachgefragtes Produkt, das der Preisprüfungskommission und den Lohnverhandlungen als wertvolle Grundlage diente. Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Otto Stabel hatte die Berechnungen ab 1920 offenbar selbst entwickelt, denn er promovierte 1922 in Heidelberg über die Ludwigshafener Indexziffer (Meyer 1938, 117). Sie basierte auf den Ausgaben einer fünfköpfigen Familie (zwei Erwachsene, ein 10-jähriges, ein 5-jähriges Kind und ein Säugling). Der Gesamtverbrauch gliedert sich in fünf Gruppen: Ernährung, Wohnung, Heizung/Beleuchtung, Kleidung und Sonstiges. Angaben zur Ernährung basieren auf dem „einfachsten Bedürfnissen entsprechenden friedensmäßigem Bedarf“, für Kosten der Wohnung wird eine 2-Zimmerwohnung mit Küche angesetzt, für Heizung 5 Zentner Brennstoffe und für Beleuchtung 5 Kilowattstunden. Bei der Kleidung sind nur „die nötigsten Mengen“ angenommen, mit „denen die Familie bei Vorhandensein eines normalen Bestandes und bei äußerster Sparsamkeit gerade noch auskommen kann“. Unter Sonstiges fallen alle anderen Ausgaben für „Vereine, Krankenkasse, Einkommenssteuer, Bildung, Kulturbedürfnisse und Vergnügen“. Damit die Berechnungen auch nahe an den Ist-Verbrauch herankommen, wurden „Haushaltungsbücher“ ausgegeben, in denen die Ausgaben verzeichnet wurden¹⁵.

Die Preisprüfungsstelle musste jedoch vor den schwindelerregenden Preissteigerungen im Sommer des Jahres 1923 kapitulieren. 1922 wurden die Preise noch monatlich erhoben, ab Juli 1923 dann wöchentlich. Die Preiserhebungen gestalteten sich „in jeder Hinsicht äußerst schwierig; dem Preisunterschied von Tag zu Tag standen Preisunterschiede von Stadtteil zu Stadtteil, von Straße zu Straße, ja von Geschäft zu Geschäft gegenüber, je nach der Schnelligkeit, mit der sich die Kenntnis von der Preiserhöhung einer Ware verbreitete“. Dennoch ge-

¹² Das Explosionsunglück im BASF-Werk Oppau am 21. September 1921 hatte große Teile der Bebauung von Oppau zerstört.

¹³ GA, 3.6.1922. Die Pfälzische Post hatte am 3. Juni (Pfingsten) zwei Seiten, die Pfälzische Rundschau vier Seiten darüber berichtet. Die Neue Pfälzische Landeszeitung brachte am 10. Juni eine zweiseitige Beilage. Es war sicher kein Zufall, dass diese Meldung während der großen Wärmewirtschaftsausstellung platziert wurde.

¹⁴ So schreibt Otto Stabel 1927, Ludwigshafen sei im Juni 1925 „amtlich“ an 46. Stelle in die Liste der deutschen Großstädte und an 4. Stelle in Bayern eingetreten (Stabel 1927, S. 20).

¹⁵ Die Erläuterungen zur Indexziffer sind entnommen aus SVJ, Nr. 3, 1921. Die Indexziffer wurde regelmäßig als Tabelle in den Vierteljahresberichten veröffentlicht und der Presse mitgeteilt, die ebenfalls regelmäßig darüber berichtete. Manchmal sehr ausführlich, manchmal nur ganz knapp.

lang es, eine Ziffer zu errechnen, „zu der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Vertrauen haben konnten, so dass die Berechnungen als Grundlage für Lohnverhandlungen dienen konnten“ (VB 1923, S. 36).

Die wirtschaftlichen Belastungen nahmen dann im Laufe des Jahres 1923 bedrohliche Ausmaße an. „Infolge der Besetzung des Ruhrgebiets (14. Januar 1923, „Ruhrkrise“) und der Bedrängnisse des gesamten besetzten Gebiets durch die Franzosen und Belgier und des als Verteidigungsmittel einsetzenden ‚passiven Widerstands‘ (ab 3. März) verschlimmerte sich diese Lage derart, dass mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch gerechnet wurde. Die Bevölkerung nahm Angstkäufe im größten Stile vor. Dazu kamen umfangreiche Käufe von valutastarken Ausländern, so daß eine allgemeine Warenknappheit einsetzte“ (VB 1923, S. 59).

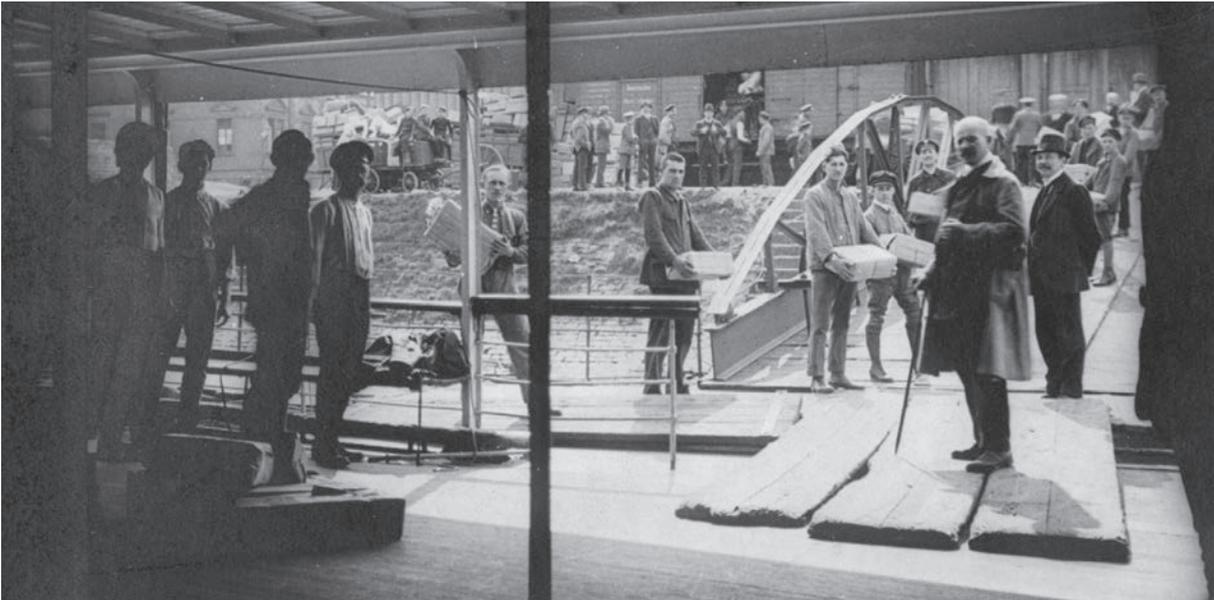


Abbildung 20: Umgehung der Besetzung 1923: Die Post wird auf Schiffe verladen, Schiffspost Vorderpfalz – Rheinland



Abbildung 21: Grenzposten auf der Rheinbrücke

Trotz aller Einschränkungen sollte die statistische Berichterstattung auch in größter Not weitergehen. Da offenbar alle Ressourcen fehlten, die Zahlen und Inhalte aber vorhanden waren, erstellten die Beamten die Statistischen Vierteljahresberichte eben mit Lineal und Feder in Handschrift (siehe Abb. 57, S. 78).



Abbildung 22: 5 Billionen Schein Ludwigshafen, höchste Nominale in Ludwigshafen

Den sichtbaren Verfall der Reichsmark dokumentieren die Notgeldscheine von Städten und Firmen, da die Reichsbank mit dem Drucken nicht mehr nachgekommen war. Abb. 14 zeigt den Schein mit dem höchsten nominalen Wert, der je in Ludwigshafen ausgegeben wurde. Weitere Ausgabestellen waren neben der Stadt Oggersheim zum Beispiel die Firmen BASF und Waldkirchverlag.

Die statistischen Aufgaben gingen parallel zur Zunahme der Krisenerscheinungen erwartungsgemäß zurück. 1922 wurden vier Zählungen durchgeführt: Erhebung der Getreideanbauflächen, Ernteschätzung, Viehzählung und Mehlbestandsaufnahme. 1923 waren es nur noch zwei: Viehzählung und Ernteschätzung. Hier lässt sich ein Phänomen fast der gesamten Amtsgeschichte ablesen. Die Ermittlung von landwirtschaftlichen Produkten war und ist eine der Konstanten in der Arbeit, auch (oder gerade) in Zeiten größter Not. Die Erhebungen zur Landwirtschaft werden übrigens heute noch regelmäßig im Auftrag des Statistischen Landesamtes durchgeführt.



Abbildung 23: Separatistische Zensur: Schreiben der Rheinischen Republik Autonome Pfalz an den Waldkirchverlag,

Die Preis- und Lohnstatistik erreicht „im Jahre 1923 Ausmaße, wie sie wohl niemand vermutet hätte“ (VB 1923, S. 35), daher blieb für viel mehr anderes kein Platz. Dennoch wurden die üblichen Tabellen über Bevölkerungsentwicklung, Fremdenverkehr, Wirtschaftsstatistik, Soziale Verhältnisse, Verwaltung (Polizei, Krankenhaus) und die Ludwigshafener Indexziffer weiterhin veröffentlicht.

In der Pfalz herrschten durch die Separatistenbewegung um den Jahreswechsel 1923/24 noch zusätzlich chaotische Verhältnisse. Die in Speyer sitzende „Autonome Regierung der Pfalz“ versuchte die öffentliche Darstellung in Presse und Verwaltungen zu beeinflussen, ohne dauerhaften Erfolg (Abb. 15). Nach dem Ende von Inflation, Ruhrkrise und Separatistenbewegung sowie der einsetzenden Entspannung in den europäischen außenpolitischen Beziehungen kehrten im Jahr 1924, immerhin erst 10 Jahre nach der Gründung (!), einigermaßen normale Verhältnisse ins Arbeitsleben des Statistischen Amtes ein. Die wissenschaftlichen und statistischen Aufgaben blieben aber vorerst auf der Ebene von Standardangelegenheiten: Die üblichen Tabellen und Übersichten erschienen in den Vierteljahresberichten und die ausführlicheren Publikationen stellten ausschließlich Ergebnisse von Wahlen und Volksbegehren dar.

Eine große Herausforderung war die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925: „Die größte statistische Erhebung, die wohl je in einem Staate vorgenommen wurde“ (VB 1925, S.52). Schon die monatelange Vorbereitungszeit, zu der die am 10. Mai 1925 durchgeführte Grundstücks- und Wohnungszählung als Vorerhebung diente, war eine arge Belastung. Ähnlich wie 1915 gab es für die eigentliche Durchführung tatkräftige Unterstützung: „Zur Durchführung und zur Überprüfung des Materials mussten zahlreiche Aushilfskräfte eingestellt werden. Das Austragen und Einsammeln des Zählmaterials erfolgte für die Wohnungszählung durch Polizeimannschaften, während bei der eigentlichen Zählung freiwillige und ehrenamtliche Zähler, namentlich aus den Kreisen der Lehrerschaft, dieses Amt übernahmen“ (VB 1925, S.52).

2.2.3 „Mit hier vorher unbekanntem Massenaufgebot“ – Ausstellungsstadt 1925 bis 1929

Sehr in den Vordergrund und damit auch in die Öffentlichkeit trat zunehmend die Wirtschaftsförderung. „Im Hinblick auf die Notwendigkeit, Handel und Wandel, Wirtschaft und Verkehr zu heben, traf das Bürgermeisteramt, zum Teil anknüpfend an Besprechungen, die wegen der unsicheren Inflationsjahre zu keinem Ergebnis geführt hatten, Vorbereitungen zur Durchführung einer Reihe größerer Ausstellungen und Veranstaltungen“ (VB 1924, S. 74). Da gleichzeitig erstmals seit 1914 davon gesprochen wurde, dass die Arbeiten der Lohn- und Preisstatistik „eine wesentliche Entlastung“ erfuhren und insgesamt „ruhiger und einfacher“ wurden, waren Kapazitäten frei für die Förderung des Wirtschaftslebens (VB 1924, S.51). Neben dem Ausstellungswesen wurde mit der Erschließung der Gewerbeachsen Industriestraße und Bruchwiesenstraße und der dadurch verfügbaren Flächen für Gewerbeansiedlungen an der Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis gearbeitet. Im November 1924 genehmigte der Bau- und Finanzausschuss Gelder für die Herstellung eines „Stadtfilms“¹⁶. Die Europa Film AG aus Berlin wurde beauftragt, die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt Ludwigshafen als Film zu dokumentieren und in einen geplanten Film über die Pfalz einzubauen. „Die Stadt Ludwigshafen muss ihre Verkehrs- und Wirtschaftsinteressen immer mehr in den Vordergrund stellen, um mit den konkurrierenden Städten und Wirtschaftszentren standhalten zu können“, begründete Dr. Zwick den Auftrag (StA, PA I 121, S. 31f.). Zum weiteren Fortgang des Projekts und zum Film wurden leider keine Dokumente gefunden.

¹⁶ Der Ausschuss bewilligte mindestens 2000 und höchstens 3000 Mark für dieses Projekt.

Im Sommer 1924 trug die Kreisbauernkammer den bereits 1921 geäußerten Wunsch für eine Landwirtschaftsausstellung erneut an die Stadtverwaltung heran. Da Anliegen der Wirtschaftsförderung damals eine hohe Priorität hatten, reagierte Oberbürgermeister Dr. Christian Weiß unverzüglich. Er berief im August 1924 ein Treffen ein, bei dem die verantwortlichen Leiter der Bauämter und des Statistischen Amtes über Standort, Grundstückserwerb und Finanzierung einer Landwirtschaftsausstellung diskutierten. Festgelegt wurde der Standort „östlich der Riedsaumwiesen“, der Nordteil des heutigen Ebertparks. Dort war schon länger ein Stadion geplant, daher war diese Fläche den Planern gut bekannt. Besonders vorteilhaft galten der über die Hohenzollernstraße leicht herzustellende Straßenbahnanschluss und die landschaftliche Umgebung. Der Oberbürgermeister erteilte Auftrag, die Sache als „vordringliche Angelegenheit“ zu behandeln und die erforderlichen Unterlagen mit der „größten Beschleunigung zu beschaffen“, um sie dem Bau- und Finanzausschuss und dem Stadtrat zur grundsätzlichen Aussprache und Beschlussfassung im Herbst 1924 vorlegen zu können (StA, ZR II, 3240, S. 5). Im November 1924 hatten sich die Kreisbauernkammer für die Landwirtschaftsausstellung und der Landesverband Pfalz e.V. der Gartenbauzunft für eine Süddeutsche Gartenbauausstellung (SÜGA) in Ludwigshafen offiziell ausgesprochen. Hinzu kamen ein pfälzisches Sängerefest, ein Turnfest, eine Kunstausstellung, mehrere Tieraussstellungen und Sportveranstaltungen, damit der Ausstellungssommer eine entsprechende Anziehungskraft in der Region ausübte.

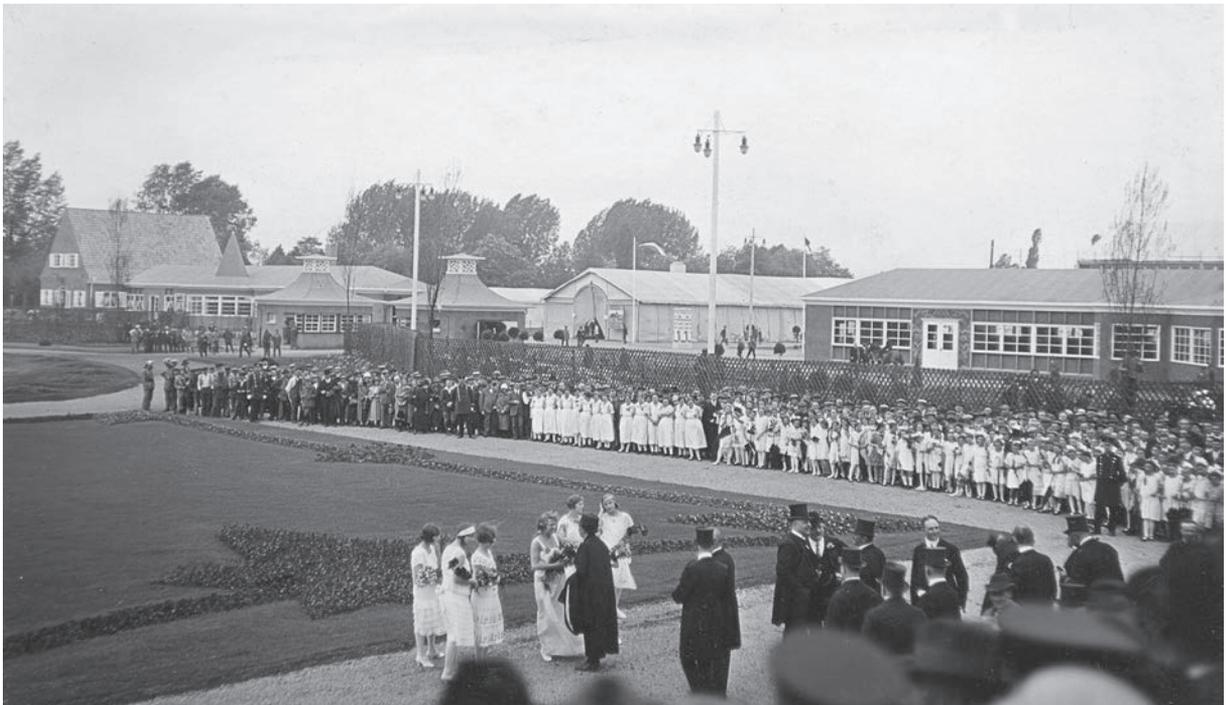


Abbildung 24: Eröffnung der SÜGA am 28. Mai 1925



Abbildung 25: SÜGA – Ansichtskarte



Abbildung 26: Landwirtschaftsausstellung im SÜGA-Gelände

Treibende Kraft für diesen Veranstaltungsreigen war die Wirtschaftsförderung im Amt für Wirtschaft und Statistik. Die Schaffung von Ausstellungsgelände hatte eine hohe Priorität. Obwohl am Ende der damals vielfach bewunderte Ebertpark dauerhaft für die Ludwigshafener übrig geblieben war, wurde in der Zeit von Sommer bis Ende 1924 nicht über die Schaffung einer Grünfläche nachgedacht. Das kam erst, nachdem die Planungen für die Gartenbauausstellung im Januar 1925 konkretere Formen annahmen und der Verlauf der SÜGA den Wert als Erholungspark spürbar machte.

Während die Landwirtschaftsausstellung, das Sänger- und das Turnfest am Ende auch finanziell gute Ergebnisse brachten, war die SÜGA die einzige, die mit einem finanziellen Fiasko endete. Mit Grunderwerb, Baukosten im Parkgelände, Erschließung und Übernahme des Defizits der SÜGA GmbH hatte die Stadt rund zweieinhalb Millionen Mark aufzubringen, eine riesige Summe. Der Stadtrat tat sich nicht leicht, am Ende auch noch die Schulden zu übernehmen. Letztendlich entschied man sich nach „hässlichen Diskussionen“ soweit zu helfen, dass die ausstehenden Rechnungen zu 75 % beglichen werden konnten, der Ebertpark nicht wieder teilweise abgebaut werden musste und nicht der Verödung preisgegeben war¹⁷. Wie gespalten der Stadtrat in der Frage der Schuldenübernahme tatsächlich war, belegt das Abstimmungsprotokoll unter den Räten von 20 gegen 20 Stimmen, erst der Stichentscheid des Vorsitzenden sicherte die 75-prozentige Entschädigung. (StA, PA I, 47, S.513).

Die umfangreiche Pressearbeit des Ausstellungsjahres 1925, die damals „nebenbei“ vom Amt für Wirtschaft und Statistik erledigt wurde, hatte die Institutionalisierung der Pressearbeit zur Folge. „Der bisher schon im Amt mit Erfolg gepflegte Verkehr mit der Presse führte 1925 zur Einrichtung der bürgermeisteramtlichen Pressestelle innerhalb des Amtes. Sie stellte in harmonischer Zusammenarbeit mit den Redaktionen der Ludwigshafener Tageszeitungen¹⁸ die Verbindung her zwischen Bürgermeisteramt und breiter Öffentlichkeit“ (VB 1925, S. 48).

¹⁷ Mörz, 2007, S. 75-77

¹⁸ Mitte/Ende der 20er Jahre gab es in Ludwigshafen 5 „große“ Tageszeitungen: Generalanzeiger, Pfälzische Post, Pfälzische Rundschau, Neue Pfälzische Landeszeitung und Arbeiter-Zeitung. Hinzu kamen weitere Lokalblätter wie der Mundenheimer Anzeiger und in den Vororten der Oggersheimer Anzeiger, das Rheingönheimer Tageblatt und der Oppau-Edigheimer Anzeiger (Mörz, 1994, S.217).

2.2.4 Jedem Fremdenverkehr gewachsen

Das darauffolgende erste „normale“ Jahr des jungen Ebertparks verlief sehr erfolgreich im Sinne der Wirtschaftsförderung. „Die Bemühungen zur Herbeiziehung von Ausstellungen und Tagungen waren vielfach von Erfolg“ bilanzierte das Statistische Amt (VB 1926, S. 38). Das Hochbauamt, in dessen Unterhalt der Ebertpark damals war, hielt euphorisch fest: „Das erste Betriebsjahr war ein voller Erfolg. Die Besucherzahl belief sich insgesamt auf 450 000 Personen, ohne die Kinder bis zu 14 Jahren. Sowohl die regelmäßigen Konzerte als auch die besonderen Veranstaltungen waren durchweg sehr gut besucht und fanden den Beifall des Publikums, das im Laufe der ersten Saison den Park als Erholungs- und Vergnügungsstätte schätzen lernte“ (VB 1926, S. 71). Damit war offenkundig, dass trotz aller Schwierigkeiten nach der SÜGA nun doch ein sehr wertvoller Grün- und Erholungsbereich entstanden war, der für die zukünftige Stadtentwicklung positiv sein wird.

Von den anderen Tätigkeitsfeldern des Amtes wurde die Pressearbeit hervorgehoben: „Die dem Amt angegliederte Pressestelle unterhielt in der üblichen Weise die Verbindung zwischen Bürgermeisteramt und Presse“ (VB 1926, S. 37). Die „meiste Aufmerksamkeit“ galt den Verkehrsfragen, „im Vordergrund stand die Erbauung einer neuen Rheinbrücke. Zahlreiche Eingaben, schriftliche und mündliche Verhandlungen bezwecken, diese für Ludwigshafen äußerst wichtige Frage so rasch wie möglich zum Abschluss zu bringen“ (VB 1926, S. 39). Die technische Planung war begonnen, aber Fragen der Kostenteilung und das Verhältnis zu Brückenprojekten bei Speyer und Worms zögerten die Entscheidung weiter hinaus. Ein Jahr darauf wurde resigniert festgehalten, dass die Bauarbeiten „nicht einmal in greifbare Nähe gerückt seien“ (VB 1927, S.42).

1927 war weiterhin ein sehr produktives Jahr auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung. In städtischer Regie wurde „mit bestem Erfolg“ im Ebertpark eine Hygieneausstellung des Deutschen Hygiene-Museums und der Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums organisiert, die von 53 000 zahlenden Besuchern besichtigt wurde (VB 1927, S.42).

Es gab auch zwei Ausstellungen gewerblicher Art. Die erste große Ausstellung für das „Hotel- und Gastwirts-fach“ und die Ausstellung des „Kochkunst- und Metzger-gewerbes“, letztere mit immerhin 70 Ausstellern aus Süddeutschland. Daneben gab es sechs zweitägige Landwirtschaftsausstellungen (meist Tierschauen) und fünf Kunstausstellungen (VB 1927, S. 299). Wie sehr in



Abbildung 27: Werbemarke Ausstellung Hotel- und Gastwirtschaft, 1927

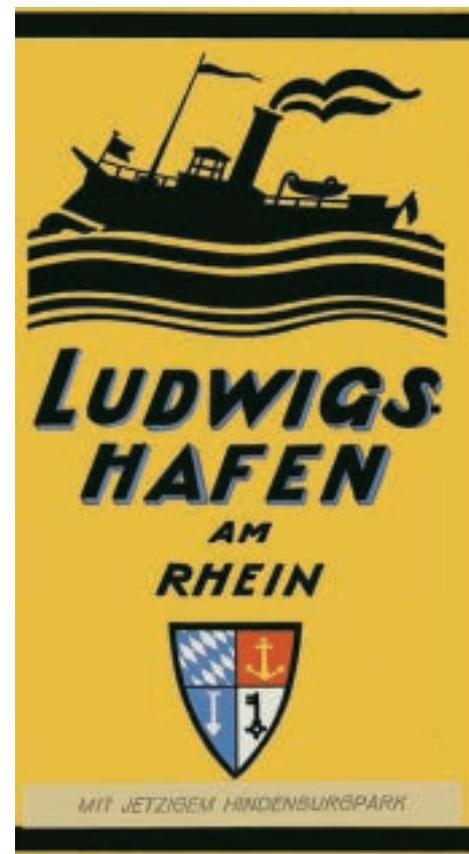


Abbildung 28: Titelblatt Stadtführer 1927

diesen Jahren der Ebertpark mit der Wirtschaftsförderung immer noch verquickt war, belegt die Zuordnung der Berichte im Verwaltungsbericht. Das Statistische Amt erläutert stellenweise viel ausführlicher die Veranstaltungen und den Verlauf im jeweiligen Jahr, während das Hochbauamt dagegen die baulichen Veränderungen nur kurz schildert.

1927 erschien auch ein offizieller Stadtführer des Verkehrsvereins, der die Stadt in prächtigem Licht erscheinen lässt. Den Text über Stadtgeschichte und aktuelle Angebote für die Wirtschaft und Kultur hatte Direktor Dr. Albert Zwick verfasst. Darin resümierte er über den Erfolg des Ausstellungsgeschäftes, „mit hier vorher unbekanntem Massenaufgebot“. Fast etwas übermütig fasste er zusammen: „Der Beweis ist vollauf geglückt, dass Ludwigshafen jedem Fremdenverkehr gewachsen ist“ (Verkehrsverein, 1927 S. 35). Dr. Albert Zwick wollte es nicht nur bei reinem Fremdenverkehr belassen. Ihm gelang es, für die Reihe „Monographien Deutscher Städte“ mit Band 21 ein umfangreiches Buch über Ludwigshafen 1927 herauszugeben. Die über viele Jahre hinweg erschienene Reihe des Deutschen Kommunalverlags aus Berlin stellte umfangreiche Beiträge zu Geschichte, Planung, Wirtschaft, Verkehr, Kultur und Sozialfürsorge zusammen. Die Autoren waren die Ludwigshafener Verantwortlichen zu den Themenfeldern. Dieses Buch ist eine sehr aufschlussreiche Quelle für die Situation in Ludwigshafen in den 20er Jahren.

Amtliche Zählungen wurden in diesen Jahren relativ wenige durchgeführt. 1927 war die Rede von zwei regelmäßig anstehenden Erhebungen, die Anbauflächenerhebung und die Viehzählung. Hervorgehoben wurde allerdings die Reichswohnungszählung und die Feststellung der Wohnungssuchenden, eine umfangreiche Auftragsarbeit, „zu der zahlreiche stellenlose Kaufleute aus-hilfsweise eingestellt wurden“ (VB 1927, S. 40). Seit Beginn der 20er Jahre wurde auch regelmäßig nicht ohne Stolz über das Anwachsen der volkswirtschaftlichen Bibliothek des Amtes berichtet. Ihr Bestand war 1927 auf rund 3000 Bände angestiegen. Systematisch geordnet und nach Verfasser und Titel katalogisiert, konnte sie von „städtischen Beamten, Studierenden und im Wirtschaftsleben stehenden Personen“ genutzt werden (VB 1927, S. 41). Aus diesem Bestand gibt es noch heute etliche Bücher im Stadtarchiv.

2.2.5 Das Ende des Höhenflugs

Als das Amt im November 1927 seinen Direktor ins Statistische Amt nach Köln ziehen lassen musste, bedeutete das einen spürbaren Verlust von Aktivitäten und Bedeutung des Amtes. Über die Gründe seines Weggangs kann nur spekuliert werden. Offensichtlich ist aber, dass ein so ehrgeiziger und zielstrebigter Fachmann in Köln sicherlich aussichtsreichere Ausgangsbedingungen für seine Karriere vorfand als in der pfälzisch-bayerischen Provinz. Für diese Zielstrebigkeit spricht seine Mitwirkung im Vorstand des Verbands Deutscher Städtestatistiker, durch die er über Aufstiegschancen in anderen Städten sicher bestens informiert war.

Obwohl (oder gerade weil) das Statistische Amt im Verantwortungsbereich des Oberbürgermeisters verblieb, musste es in der Folgezeit einen einschneidenden Bedeutungsverlust hinnehmen. Zunächst wurde die Leitungsstelle aus Einsparungsgründen nicht wiederbesetzt, sondern die Aufgabe dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Otto Stabel übertragen. Immerhin blieb das Amt erhalten, denn in den zwanziger Jahren fielen solche Ämter vereinzelt der Einsparung vollständig zum Opfer. Es gab auch Änderungen in der Organisation. Die Bearbeitung des Adressbuches wurde dem Gewerbeamt, die Industrieansiedlung der Grundstücksverwaltung, das Musikreferat dem Finanzreferenten und die Musikbücherei der Stadtbibliothek übertragen (VB 1927, S. 40). Sicher lässt sich damals wie heute ernsthaft hinterfragen, ob ein Musikreferat zum Statistischen Amt passt. Aber Dr. Zwick war auch ein sehr der Kultur zugewandter Mensch, gehörte er doch zu den Gründungsmitgliedern des Pfalzorchesters. Er erkannte, dass die junge Großstadt auch gehobene kulturelle Einrichtungen brauchte, damit die „bessere Kultur nicht dauerhaft in Mannheim erledigt“ werden musste (Verkehrsverein, 1927, S. 39).

Die Ausstattung des Amtes schildert Dr. Otto Stabel in einem Schreiben an den Kollegen der Stadt Linz vom März 1928. Das elfköpfige Personal (zwei Stellen waren gerade nicht besetzt) setzte sich zusammen aus dem Amtsleiter (Akademiker), einem Inspektor, fünf Obersekretären (darunter ein Akademiker), zwei Kanzleihilfinnen (davon eine für Schreibmaschine), einem Diätar und einem Amtsdienner. Unter den 11 Personen waren also zwei Beamtinnen. An Maschinen standen dem Amt zur Verfügung: eine Additionsmaschine („Goertz A“ mit elektrischem Antrieb), eine Rechenmaschine für alle Rechnungsarten („Mercedes-Euklid“), ein Vervielfältigungsapparat („Rotary-Cyclostyle“) und zwei Schreibmaschinen (StA, LuA 588, S. 164f.). Die Mitarbeiterzahl ging in den Folgejahren kontinuierlich zurück. 1926 waren es noch 18 Beschäftigte, 1929 13 und 1930, sicherlich auch bedingt durch die Weltwirtschaftskrise, nur noch 9 Beschäftigte. Diese Größenordnung blieb bis 1940 weitgehend unverändert¹⁹. Der Frauenanteil veränderte sich nicht aufgrund ihrer Zahl sondern nur in Relation zur Gesamtzahl: 1922 waren bei 16 Beamten zwei Beamtinnen, 1928 bei 10 drei Beamtinnen und 1936/37 bei 11 ebenfalls drei Beamtinnen, ihre Funktion hieß „Kanzleihilfin“ (StA, LuA 588). 1929 zog das Amt vom bisherigen Sitz in der Limburgstraße 10 um in das Gebäude Wredestraße 1.



Abbildung 29: Linkes Gebäude: Wredestraße 1, Amtssitz 1929 bis zur Zerstörung; Aufnahme aus der Zeit vor 1914

Für das gesellschaftliche und kulturelle Leben in Ludwigshafen brachte das Jahr 1928 mit der Einweihung des Pfalzbaus einen großen Fortschritt. Das Amt für Wirtschaft und Statistik hatte fortan Ludwigshafen auch als Tagungsort bekanntzumachen. Der Verkehrswerbung öffnete sich zudem ein dankbares Feld, da die Stadt ihr 75-jähriges Stadtjubiläum mit vielen Veranstaltungen über das Jahr feierte. Gleichwohl stellte sich eine erste Ernüchterung bei der Fremdenwerbung ein. „Da Ludwigshafen als ausgesprochene Fremdenverkehrsstadt in absehbarer Zeit kaum werben kann, war die Werbung vorwiegend auf die Empfehlung des sonntäglichen Besuchs der Bewohner in der Umgebung und zum gelegentlichen Besuch der Mannheim und Heidelberg passierenden Gäste abgestellt“ (VB 1928/29, S. 43). Der Ausstellungssektor zeigte

¹⁹ Eicke 1932, Anlage 2a und StA, Ds 315/3

auffällige Ermüdungserscheinungen. Für 1928 wurden im Amtsbericht außer den Jubiläumsfeierlichkeiten keine weiteren Ausstellungen oder Messen näher beschrieben. Lediglich im Jahresrückblick wurde die erste Süddeutsche Wochenendausstellung erwähnt.

1929 werden lediglich die dreiwöchige Ausstellung „Der Mensch und der Sport“ des Deutschen Hygienemuseums Dresden und eine Tagung des Bayerischen Lehrervereins Ende Juli erwähnt, die 2.000 Übernachtungen den Ludwigshafener Hotels und Privatquartieren bescherte (VB 1928/29, S. 43). Gewissermaßen ein Symbol für das nahezu bedeutungslose Ausstellungsgeschäft ist die Heimat-Ausstellung im Ebertpark (Mai bis Juli 1929), denn es wurden nur Exponate aus den eigenen Sammlungen gezeigt (StA, V 422b). Das war sicher nicht ein Angebot, dass zu einem Massenandrang wie in den Jahren 1925 bis 1927 führen konnte. Es darf aber nicht übersehen werden, dass 1929 erste Anzeichen der drohenden Krise aufkamen, bis es dann im Oktober zum bekannten Börsenabsturz und der Weltwirtschaftskrise kam.

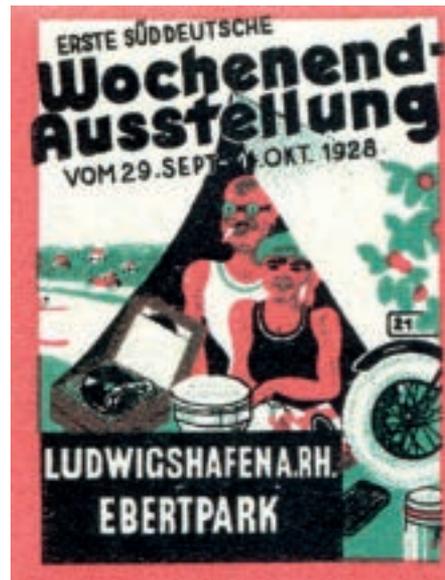


Abbildung 30:
Werbemarke Wochenendausstellung

Stimmzettel für die Reichstagswahl am 20. Mai 1928			
Wahlkreis „Pfalz“.			
1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Soffmann — Jacobsbagen — Wagner — Frau Wolf	1	<input type="radio"/>
2	Deutschnationale Volkspartei Feldt — Helfferich — Schmitz — Dr. Wehler	2	<input type="radio"/>
3	Zentrum und Bayerische Volkspartei Dr. Bayersdorfer — Hofmann — Frank — Dr. Eiben	3	<input type="radio"/>
4	Deutsche Volkspartei Janßen — Dr. Japp — Eptisfadem — Frau von Buhl	4	<input type="radio"/>
5	Kommunistische Partei Remmele — Wolf — Dehleschläger — Kaufsch	5	<input type="radio"/>
6	Deutsche Demokratische Partei Dr. Hellpach — Dr. Nitterspacher — Frau Rubin — Scheu	6	<input type="radio"/>
8	Alte Kommunistische Partei Frenzel — Stahltschmidt — Brill — Wattern	8	<input type="radio"/>
9	Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) Ballmann — Pegel — Schreyer — Krehmann	9	<input type="radio"/>
10	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung) Dr. Fried — Uebel — Heß — Straßer	10	<input type="radio"/>
11	Deutsche Bauernpartei Rafziger — Mitschuh — Braun — Bohlender	11	<input type="radio"/>
12	Völkisch-Nationaler Block Gerber — Drexler — Bindewald	12	<input type="radio"/>
15	Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei Hepp — von Sydell	15	<input type="radio"/>
16	Volkrechtspartei (Reichspartei für Volkrecht und Anwerfung) Beamtengruppe Kratochvil Foladovsky-Begner — Keller — Schäfer — Ruellius	16	<input type="radio"/>
17	Christlich-Soziale Reichspartei Geller — Böhmer — Nikolaus — Gilbert	17	<input type="radio"/>
18	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschl. Liebnecht — Frau Raftz — Fischer	18	<input type="radio"/>
19	Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands Winnig — Rietisch — Drexel — Feldt	19	<input type="radio"/>

Abbildung 31: Stimmzettel der Reichstagswahlen 1928

Ein anderes wichtiges Dauerthema im Bereich Verkehr konnte 1929 erste Erfolge verbuchen. Im Reichshaushaltplan wurden erstmals Mittel für den Bau der drei südwestdeutschen Rheinbrücken (Worms, Ludwigshafen, Speyer) eingestellt und Ende Januar 1929 wurden die Planentwürfe eines Wettbewerbs der Reichsbahngesellschaft der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Entscheidung fiel erst im Sommer 1929, weil die interalliierte Botschafterkonferenz zögerlich war (VB 28/29, 29/30, S. 43).

Aufwändiger gestalteten sich die Arbeiten zu den bevorstehenden Urnengängen. Einerseits mussten die politischen Wahlen bewältigt werden. Das waren Wahlen zum Reichs-, Land-, Kreis- und Bezirkstag im Mai 1928, zwei Volksbegehren im Oktober 1928 und ein Volksentscheid im Dezember 1929. Diese Abstimmungen wurden vom Statistischen Amt auch für den Kreis organisiert. Ferner gab es eine Stadtratswahl im Dezember 1929. Andererseits erledigte man auch andere Wahlen, so die Wahl zur Industrie- und Handelskammer im Dezember 1929, zu ihrem Ausschuss der Kleingewerbetreibenden und zu ihrem Angestellten-Ausschuss im Januar 1930 (VB 1928/29, S. 42).

Das Jahr 1929 markiert schließlich in zweierlei Hinsicht einen Einschnitt in der Amtsgeschichte. Erstens machte sich der Bedeutungsverlust nach dem Weggang von Direktor Dr. Albert Zwick nachhaltig bemerkbar: Reduziertes Personal und eingeschränkte Arbeitsgebiete ließen die Wirtschaftsförderung in die Bedeutungslosigkeit absinken. Zweitens wurde diese Tendenz durch die Weltwirtschaftskrise sehr verstärkt.

2.3 Not, Standard und Pflicht – 1930 bis 1945

Es ist nicht verwunderlich, dass die Weltwirtschaftskrise die Arbeiten im Rathaus massiv einschränkte. Selbst eines der langjährigen Hauptprodukte des Statistischen Amtes, der Verwaltungsbericht, erschien ab 1929 nicht mehr, die Druckkosten konnten nicht bezahlt werden. Erst 1932 konnten die Jahre 1928/29 und 1929/30 mit den „vorhandenen Einrichtungen des Bürgermeisteramts als Füllarbeit besorgt werden“ schreibt Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius im Dezember 1932. Über die folgenden Jahre wurde ebenfalls nicht mehr regelmäßig berichtet. Im September 1936 erläutert Dr. Karl Moll, dem am 12. August 1933 die Amtsleitung übertragen worden war, im Vorwort des Verwaltungsberichts 1930/31/32: „Der vorliegende Bericht gibt Aufschluss über die Tätigkeit der Stadtverwaltung Ludwigshafen in der Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1933. Er schließt damit die Lücke, die bisher in der Reihe noch bestand. Dem Bericht kommt zwar keine unmittelbare Bedeutung als Rechenschaftsbericht gegenüber der Bürgerschaft zu, einmal wegen des bedeutenden Zeitabstandes seiner Herausgabe, zum anderen wegen der mit dem Jahre 1933 begonnen grundlegenden Änderung unseres öffentlichen Lebens. Trotzdem erfolgt die Veröffentlichung, um der Aufgabe der Verwaltungsberichte, als Quellenmaterial zu dienen, gerecht zu werden“. Aus heutiger Sicht eine sehr lobens- und dankenswerte Absicht.

Die Verwaltungsberichte über die Jahre 1928 bis 1932 fallen auch entsprechend kurz und knapp aus. Unentwegt klagte das Amt über die finanzielle Not. Kaum eine wissenschaftliche Arbeit wurde mehr angestellt und schon gar nicht veröffentlicht. 1931 wurden die Statistischen Vierteljahresberichte reduziert auf die „Ludwigshafener Wirtschaftszahlen“, die wenigstens die nötigsten Daten anbieten sollten. Das Druckformat wurde auch stark eingeschränkt. Die Aus-



Abbildung 32: Abziehende Truppen der Franzosen 1930 am Brückenkopf

stellungsaktivitäten kamen fast zum Erliegen. Für die drei Jahre von 1930 bis 1932 wurden lediglich drei „erwähnenswerte“ Veranstaltungen genannt. Auch die Werbetätigkeit blieb „aus finanziellen Gründen aufs knappste beschränkt“ (VB 1930/31/32, S. 26). Nachdem am 30. Juni 1930 die Besetzung des Rheinlands offiziell beendet war, entfielen zwar die vielen Einschränkungen des Wirtschaftslebens, aber die Weltwirtschaftskrise verhinderte den erhofften Nutzen durch den Wegfall der Besetzungsgrenzen.

Vor dem Hintergrund der politisch und wirtschaftlich sehr chaotischen Zeit Anfang der 30er Jahre wundert es nicht, dass eine Kernaufgabe des Amtes Hochkonjunktur hatte: die Durchführung von Wahlen. Neben den vier Wahlen zum Reichstag zwischen September 1930 und März 1933, kamen die zwei Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl März/April 1932 und die Wahl zum bayerischen Landtag April 1932. Bei Reichstagswahlen wurde noch der Wahlkreis Nummer 27 für die Pfalz mitbetreut. Zudem wurden noch die Wahlen zur Industrie- und Handelskammer und deren Ausschüsse im Dezember 1932 organisiert (VB 1930/31/32, S. 26). Die frühen 30er Jahre brachten für Ludwigshafen prominenten Wahlkampfbesuch. Im August 1930 sprach Wahlkämpfer Adolf Hitler und im Juli 1932 Kanzler Heinrich Brüning im Ebertpark²⁰.

Für das Jahr 1932 berichtete man endlich von einem wichtigen Fortschritt für die Ludwigshafener Verkehrsinfrastruktur: Die Inbetriebnahme der neu erstellten Eisenbahnbrücke über den Rhein im Juni. Die zur Straßenbrücke umgebaute ehemalige Eisenbahntrasse wurde im November 1932 „in feierlicher Weise dem Verkehr übergeben“ (VB 1930/31/32, S. 27). Im selben Jahr, während der Hochphase der Weltwirtschaftskrise, hatte Oberbürgermeister Ecarius einen externen Berater beauftragt, nach Neuordnungsmöglichkeiten unter dem Diktat der Einsparung zu suchen. Der Berater Dr. Theodor Eicke²¹ kommt in einem rund 400-seitigen Gutachten schließlich zum Ergebnis, es könne durch Reorganisation und Rationalisierung etwa 500 000 Reichsmark jährlich eingespart werden. Das ist eine stolze Summe für die damalige Zeit. Allerdings scheint der Berater ziemlich oberflächlich vorgegangen zu sein. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls der Amtsdirektor Dr. Otto Stabel in einer 20 Seiten umfassenden Stellungnahme zu den Vorschlägen der Reorganisation (StA, LuA 588, S. 85-107). Dr. Eicke selbst war im Amt gar nicht erschienen, er schickte einen Mitarbeiter, der „sich beim Amt im ganzen etwa 2 bis 3 Stunden aufhielt, den Amtsvorstand und die einzelnen Beamten befragte, ohne sich Notizen zu machen. Bei aller Intelligenz und selbst bei größerer fachlichen Erfahrung ist es unmöglich, auf Grund dieser kurzen Untersuchung und der wenigen Unterlagen, ein einwandfreies Urteil zu bilden über ein Amt mit so vielseitigen Aufgaben wie beim Amt für Wirtschaft und Statistik in Ludwigshafen“ (StA, LuA 588, S.85). Offensichtlich waren die Einwände stichhaltig, denn die vorgeschlagenen Einsparungen für das Amt wurden nicht umgesetzt. Ludwigshafen war nicht alleine bei der kritischen Sicht auf solche Gutachten. Der Direktor des Statistischen Amtes von Frankfurt am Main schrieb 1932 nach Ludwigshafen: „Wie Sie wissen, neige ich diesen sogenannten Organisatoren deswegen nicht sehr zu, weil mir nicht recht klar ist, woher diese Herren die für Reformen dringend notwendigen Einzelkenntnisse haben wollen“ (StA, LuA, 588, S. 109). Die Qualität der Arbeit externer Berater oder wie damals genannt, „Organisatoren“, wurde also bereits vor 80 Jahren bezweifelt. Hier lassen sich durchaus Parallelen bis in die heutige Zeit erkennen. Die Tätigkeiten der Stadtverwaltung in den Jahren 1933 bis 1938 veröffentlichten wieder die Verwaltungsberichte im regulären jährlichen Turnus.

²⁰ Der Ebertpark wurde am 20. März 1933 in Hindenburgpark, die Ebertstraße in Adolf-Hitler-Straße umbenannt. Beide Benennungen wurden im April 1945 wieder rückgängig gemacht.

²¹ Theodor Eicke war ab Mitte der 20er Jahre bei den IG Farben beschäftigt. Ab 1928 baute er die SS in der Pfalz auf und stand daher später im Konflikt mit Gauleiter Josef Bürckel. Er wurde kurz nach der Abgabe des Gutachtens für Ludwigshafen verhaftet und floh dann nach Italien. Ab Juni 1933 wurde er von Himmler zum Lagerkommandant in Dachau ernannt. Im Dezember 1934 war Inspekteur der Konzentrationslager und anschließend Führer der SS-Totenkopfverbände. Er starb 1943 in der Ukraine.

2.3.1 Unter dem Druck der NSDAP

Die Jahre 1929 bis 1933 waren für das Amt überwiegend geprägt durch die Bewältigung einer der schwersten Wirtschaftskrisen und die Durchführung zahlreicher Wahlen. Statistische oder wissenschaftliche Arbeiten wurden nur sehr reduziert und über den Standard hinaus gar nicht durchgeführt. Wahlen waren bis zum 5. März 1933 noch ein ernstzunehmendes Thema. Danach und im bayerischen Ludwigshafen nach dem 9. März, dem Tag der Einsetzung des Reichsstatthalters für Bayern, begann eine Phase des gewaltsamen Umbruchs. Er war alles andere als ein parlamentarisch getragener Machtwechsel, wie es die Protagonisten der NSDAP immer wieder beteuert hatten. Da die legalen Wahlen nicht das erhoffte Ziel der parlamentarischen Mehrheit erreichten, reagierte die Parteibasis zunehmend ungeduldig und wollte mit allen Mitteln ihre „alten Kämpfer“ in den Rathäusern und staatlichen Behörden unterbringen. In Ludwigshafen ist zunächst das politische Überleben des Oberbürgermeisters Dr. Fritz Ecarius sehr bemerkenswert. Als einer von insgesamt nur acht Oberbürgermeistern in den 51 Städten mit über 100 000 Einwohnern im Deutschen Reich überstand er die gewaltsamen Umbrüche der Jahre 1933-34. Ausschlaggebend waren dabei sowohl das Vertrauen des Gauleiters Josef Bürckel als auch die mangelnden Alternativen in der Ludwigshafener NSDAP. Vorteilhaft waren sicher auch seine Parteilosigkeit seit seiner Wahl im Jahr 1930, wobei er dem konservativen Lager nahe stand, und sein Ruf als unpolitischer Technokrat sowie gewissenhafter Jurist (Meinzer, 58f.).

Sein Hauptwidersacher, Heinrich Foerster, alter Kämpfer der NSDAP, war seit 1930 Vorsitzender der dreiköpfigen NSDAP-Stadtratsfraktion. Er versuchte ab Januar 1933 mehrmals Ecarius zu verdrängen und fiel dadurch auf, dass er seit Jahren im Stadtrat einen „Flugtag“ für die Stadtverwaltung ankündigte, an dem alle politisch unliebsamen Beschäftigten entfernt werden sollten. In der Zeit zwischen 30. Januar und 9. März 1933 blieb es jedoch zunächst weitgehend ruhig in Ludwigshafen. Ab dem 10. März 1933, nach der Gleichschaltung des Landes Bayern, setzten die angekündigten „Säuberungswellen“ in der Stadtverwaltung und anderen Behörden ein. Noch in der Nacht zum 10. März 1933 begannen die Verhaftungen und Gewaltakte gegen SPD und Presse. Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius trat in der Zeit bis zum August 1933 völlig in den Hintergrund und war intensiv bemüht, sein Amt zu retten. Sein Stellvertreter Heinrich Foerster spielte in den folgenden Akten die Hauptrolle (Meinzer, 59). In einem ersten Akt ver-



Abbildung 33: Erste Stadtratssitzung 1933, in der Mitte Dr. Fritz Ecarius

loren bis zum 15. März neben Bürgermeister Paul Kleefoot und Rechtsrat Dr. Otto Weiler auch zahlreiche Beschäftigte im Wohlfahrtsamt ihren Arbeitsplatz unter dem Vorwand, sie hätten NSDAP-Leute bei der Wohnungsvergabe benachteiligt – also reine Racheakte. Ab 20. März setzte eine zweite Säuberungswelle ein, die weiteren Beamten in diversen Stellen und 35 Beschäftigten des Arbeitsamtes den Arbeitsplatz kosten sollten.

Nach einigen Wochen wurde Ecarius ab dem 23. Juni erneut selbst das Ziel von Försters Amtsenthebungen, jedoch ohne Erfolg. Gleichzeitig sollten aber 150 Beschäftigte der Stadt entfernt werden. Um dies reibungslos durchführen zu können, sei es erforderlich, zuerst die Kernverwaltung, dort insbesondere das Personalamt, umfangreich zu säubern. Bis 12. August waren dann 13 der 28 Dienststellenleiter ausgewechselt²². Das Statistische Amt blieb von diesen umfangreichen „Säuberungswellen“ verschont. Am 12. August 1933 wurde sein Leiter Dr. Otto Stabel zum Chef der Finanzverwaltung und sein Stellvertreter Dr. Karl Moll zum „Direktor“ des Statistischen Amtes berufen. Diese Position hatte er bis zur Pensionierung 1964 inne.

Die Säuberungswellen hatten den Zweck, gegnerische Zeitgenossen zu beseitigen und Gefolgsleute der NSDAP in die Machtpositionen in der Stadtverwaltung zu bringen. Die zur Verfügung stehenden eigenen Parteileute waren aber überwiegend recht jung oder hatten nicht die Fachkenntnis für die notwendigen Arbeiten. Daher wundert es nicht, dass das Statistische Amt nicht in den Fokus der Säuberungen geraten war. Denn es hatte bereits viele Wahlen (auch am 5. März 1933) und im Juni 1933 die Volkszählung organisiert. Da Dr. Moll sich selbst als sehr pflichtbewussten Beamten beschrieb und in seinem Metier sehr erfahren war, immerhin arbeitete er seit 1921 im Statistischen Amt, konnte er den neuen Machthabern wertvolle Dienste leisten. Gleichzeitig biederte er sich aber nicht an und war nicht aktiv in der neuen „Bewegung“. Noch 1939 unterschrieb er, keiner Partei anzugehören²³.

Bemerkenswert bei diesen Entlassungswellen war wieder die Rolle von Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius. Die meisten personellen Maßnahmen überließ er seinem eigenmächtig agierenden Rivalen und ehrenamtlichen Stellvertreter Foerster, der oft unter Missachtung geltender Regeln und Gesetze handelte. Ecarius hatte dann nachträglich die Personalentscheidungen von den Gremien legitimieren lassen. Dabei wird überaus deutlich, dass er sein eigenes politisches Überleben weit höher einstufte, als die korrekte Behandlung seiner Mitarbeiter, wo er sonst doch sehr auf juristisch einwandfreies Vorgehen Wert legte. Die rechtliche Überprüfung der wilden Säuberungsaktionen führte dann aber dazu, dass zahlreiche Beschäftigte wieder in den Dienst kamen. Am Ende waren 4% der städtischen Beschäftigten rechtskräftig entlassen worden (Meinzer 153, in München waren es 2%). Wenn auch die Maßnahmen hinter den Erwartungen der Partei zurückblieben, so war man doch zufrieden, wie es Stadtrat Weinmann formulierte: „Er möchte heute den Beamten sehen, der noch gegen den Staat arbeiten wollte.“ (Meinzer, 154). Da aber die zwischenzeitlich eingestellten NSDAP-Gefolgsleute nicht wieder auf die Straße geschickt werden sollten, erhöhte sich die Zahl der Angestellten deutlich gegenüber der Zeit vor 1933, was den Finanzen der Stadt eine arge Schieflage bescherte. Die von der neuen Führung angekündigten Sparmaßnahmen waren also recht früh illusorisch geworden (Meinzer 151).

Noch während den gewaltsamen und gesetzeswidrigen Eingriffen der NSDAP in die Stadtverwaltung begannen die „normalen“ Arbeiten des Amtes für Wirtschaft und Statistik unter den neuen Bedingungen der Diktatur. Die von Jahr zu Jahr verschobene Volks-, Berufs- und Betriebszählung wurde im Juni 1933 durchgeführt. „Für die Reichserhebung stellten sich 776 Zähler ehrenamtlich zur Verfügung; zur Nachprüfung und örtlichen Bearbeitung des Zahlenmaterials wurden bis zu 37 Arbeitslose herangezogen“. Als Ergebnis wurde die Einwohnerzahl (Wohnbevölkerung) von

²² Meinzer, S. 143. Die einzelnen betroffenen Ämter und Personen werden ausführlich dargestellt bei Meinzer, S. 134-154 und bei Mörz, 2007, 111-117

²³ Personalakte Dr. Moll, StA, LuN 5102, siehe auch Exkurs S. 53

107 339 Personen pathetisch als „Eröffnungsbilanz des neuen Reiches“ festgestellt (VB 1933, S. 17). Die Statistiker hatten also nicht lange gebraucht, um eine gewisse Annäherung an die neuen Zeiten zu äußern – was wäre ihnen auch anderes übrig geblieben²⁴.

Auf dem Feld der Verkehrsentwicklung wurde ein weiterer Erfolg gewürdigt. Endlich war es gelungen, nach langjährigen Bemühungen, die Lokalbahn wenigstens aus dem inneren Stadtgebiet zu entfernen. Im Juni 1933 wurde der Ast nach Mundenheim und im Oktober der Betrieb nach Friesenheim eingestellt (VB 1933, S. 18).



Abbildung 34: Letzte Fahrt der Lokalbahn in der Mundenheimer Straße

Die Pressearbeit wurde im April 1934 in ein eigenständiges neu gegründetes Presseamt ausgliedert. Damit wurde dem zukünftig alleinigen Einfluss der NSDAP bei der öffentlichen Berichterstattung Rechnung getragen und man wollte dies nicht allein den rein verwaltungsorientierten Statistik-Beamten überlassen. Die Statistik hatte weiterhin eine wichtige Funktion bei der Ermittlung des Zahlenmaterials, das erforderlich war, um die grundlegende Wende zu untermauern und für zukünftige Maßnahmen eine sachliche Basis zu liefern. Der Kampf um die „deutsche Nahrungsfreiheit“ machte die Beschaffung ausreichenden Zahlenmaterials auf dem Gebiet der Landwirtschaftsstatistik erforderlich, das durch 16 Zählungen und Erhebungen gewonnen wurde (VB 1934, S. 29).

Der Ausstellungssektor war beim Amt für Wirtschaft und Statistik vollends verkümmert. Lediglich eine „Braune Messe“ des Instituts für Wirtschaftspropaganda und ein Soldatentreffen erwähnt der Verwaltungsbericht 1934. Wahlen gab es bekanntlich nur noch wenige zu organisieren. Die drei noch folgenden Reichstagswahlen konnten nur noch als Scheinwahlen gelten. Als letzten Akt der demokratischen Verfassung mit noch nennenswerten Gegenstimmen gab es die Volksabstimmung zur Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Adolf Hitlers am 19. August 1934. Damit war bekanntlich auf allen staatlichen Ebenen im Reich die Machtfestigung durch die NSDAP abgeschlossen.

²⁴ Was hier nicht geklärt werden kann, ist die Frage, ob die Amtsberichte tatsächlich von den jeweiligen Ämtern verantwortet wurden oder ob nicht auch seitens des Oberbürgermeisters, seines Stellvertreters oder von Parteileuten einige Sätze diktiert wurden.

2.3.2 „Völligen Gesinnungswandel vollzogen“ – ab August 1934

Mit den Worten „völligen Gesinnungswandel vollzogen“ beschreibt Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius begeistert das Ergebnis der sogenannten Volksabstimmung vom 19. August 1934. „In der Stadt der Arbeit, der ehemaligen Hochburg des Marxismus“, habe sich „in der kurzen Zeit seit dem nationalsozialistischen Umbruch ein völliger Gesinnungswandel vollzogen“, die Bürgerschaft stehe mit „Herz und Hand zum neuen Reich“ (VB 1934, S. 13). Der reibungslose Ablauf der Volksabstimmung brachte dem Statistischen Amt ein großes Lob des Oberbürgermeisters ein. Obwohl die einzelne Beschwerde eines Bürgers in den Tagen vor der Wahl Dr. Karl Moll unterstellte, er habe gesagt: „Das macht gar nichts, ob die Frau wählt oder nicht, das spielt keine Rolle“. Solch eine Bemerkung war in dieser Zeit ausgesprochen kühn, konnte aus ihr doch abgeleitet werden, hier verlaufe etwas nicht nach den Regeln. Denn die neuen Machthaber legten in der Anfangsphase der Diktatur größten Wert darauf, dass alle politischen Vorgänge absolut korrekt, gesetzestreu und mit größtmöglicher Beteiligung verlaufen mussten. Der Vorwurf gegen den Direktor des Statistischen Amtes konnte jedoch entkräftet werden und wurde am 20. August abgeheftet, nachdem auch die Kreisleitung der NSDAP nichts einzuwenden hatte.

Die folgenden Jahre bis 1937 waren beim Statistischen Amt durch Standardaufgaben aber auch durch Bedeutungsgewinn gekennzeichnet. Das Amt erledigte die angetragenen Aufträge pflichtbewusst. Das Veröffentlichungswesen stand in den Jahren der Wirtschaftskrise nach

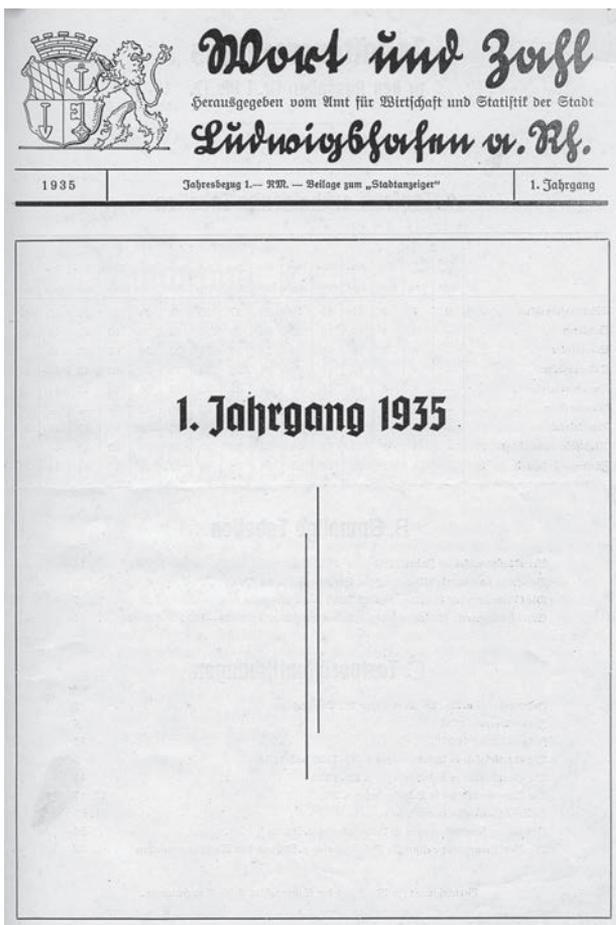


Abbildung 35: Titelblatt erste Ausgabe vom Monatsbericht *Wort und Zahl*

1929 einige Jahre fast komplett still. Mit Beginn des Jahres 1935 startete dann die neue Schriftenreihe „Wort und Zahl“, ein monatliches Mitteilungsblatt als Beilage zum Stadtanzeiger. Ein „lang gehegter Wunsch das statistische Material einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzugeben“ ging in Erfüllung (VB 1934, S. 30). Allerdings konnte das geplante statistische Taschenbuch aufgrund zu knapper Mittel nicht realisiert werden.

An besonderen Arbeiten wurden daneben aufgezählt: Untersuchungen zur Wohnungsfrage, zur Altstadtanierung, zu Umlandverflechtungen, über Unterstützungsempfänger sowie die Reichserhebung über Sportverhältnisse und die bayerische Erhebung über Wanderarbeiter“ (VB 1935 S. 27). Das Feld der Verkehrswerbung wurde stark ausgebaut, da der Oberbürgermeister fortan den Vorsitz des Verkehrsvereins inne hatte und die Geschäftsführung dem Amt für Wirtschaft und Statistik übertrug. Damit lag „die gesamte allgemeine Werbung für Ludwigshafen in einer Hand“, in der des Amtes für Wirtschaft und Statistik²⁵ (VB 1934, S.30). Dies nutzte das Amt gleich für die Feierlichkeiten zum 75-jährigen Jubiläum der Stadt-

²⁵ Die Arbeitsfelder Werbung (heute Marketing/Wirtschaftsförderung) und Pressearbeit waren inhaltlich und organisatorisch getrennt.

rechte. Im Dezember 1934 wurde eine große Werbeaktion organisiert, die zu einer „gewaltigen Belebung des Weihnachtsgeschäftes führte“, (VB 1934, S.30). In den Hauptgeschäftsstraßen der Innenstadt und der Stadtteile Nord, Friesenheim und Mundenheim verbreiteten zahlreiche Lichterketten ein festliches Licht. Das war der Beginn der heute noch alljährlich installierten Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt, dessen „Erfinder“ das Amt für Wirtschaft und Statistik war.

In den 30er Jahren kamen auch den Lebenshaltungskosten und den Preisstatistiken wieder mehr Bedeutung zu, die anfangs „teilweise mit besonderen Schwierigkeiten verbunden waren, da sich ein großer Teil der für verschiedene Waren, besonders Textilien, in Frage kommenden Geschäfte noch in jüdischen Händen befand“ (VB 1935, S. 26). In der zweiten Jahreshälfte 1935 war es gelungen, „eine Reihe größerer Einzelhandelsgeschäfte der Innenstadt aus jüdischem Besitz in deutsche Hände zu überführen. Die bisher bestandene Vorherrschaft des jüdischen Handels konnte damit gebrochen werden“ (VB 1935, S.29). Diese Aussage zum Einzelhandel folgt ganz und gar der NSDAP-Ideologie, obwohl im September 1933 das Statistische Amt noch deutlich distanzierter und sachlicher die Veränderungen im Innenstadthandel beurteilte. In einer ausführlichen und für diese Zeit bemerkenswert mutigen und forschenden „Denkschrift über die Lage des Einzelhandels in Ludwigshafen am Rhein“ rechnete Dr. Karl Moll tatsächlich den finanziellen Schaden des Boykotts jüdischer Geschäfte in Ludwigshafen aus²⁶. Die Gemeinde müsse mit einem Gesamt-Steuerausfall von 200 000 bis 300 000 Reichsmark jährlich rechnen. Dabei nicht eingerechnet seien Einnahmeausfälle durch geringere Bürgersteuer, geringere Umsätze der deutschen Händler infolge der entlassenen Beschäftigten der jüdischen Geschäfte usw., die noch einmal einen fünfstelligen Betrag bedeuten. Auch stellte er fest, dass der Zweck des Boykotts, die Förderung deutscher Händler, bei weitem nicht eingetreten ist. Zum einen seien gar nicht die entsprechenden Geschäfte vorhanden (so gab es keinen nichtjüdischen Anbieter für Damenkonfektion) und zum anderen komme der Verlust in Ludwigshafen überwiegend dem Mannheimer Handel zugute. Dort war der Boykott bei weitem nicht so heftig. Mutig fasste er zusammen: „Für Ludwigshafen, das wie die ganze Pfalz noch heute an den durch Besatzung und Separatismus erlittenen tiefen Wunden seines Wirtschaftskörpers leidet, wirkt sich der stille Boykott besonders schwer aus. Vor allem lähmt er auch den allgemeinen Unternehmungsgeist und zerstört so den von der Regierung mit aller Kraft angelegten Willen zur Mitarbeit an der Überwindung der großen Volksnot“ (StA, Ds 662-1, S. 18). Aber weder solche Warnungen noch die von der Reichsregierung und den Parteistellen betonte Unzulässigkeit wirtschaftsschädlicher Maßnahmen, hier konkret der Boykott jüdischer Händler, konnten die Ludwigshafener Basis von SA und SS zähmen und das Leid der jüdischen Unternehmer lindern²⁷. Ein weiterer Rückschlag für die wirtschaftlichen Verhältnisse sollte die Aufhebung der Reichsbahndirektion für die Pfalz in Ludwigshafen werden. Das Amt für Wirtschaft und Statistik rechnete zwar eilig die negativen wirtschaftlichen Folgen aus, konnte aber den Entschluss der Reichsbahn nur kurz aufschieben.

Das Amt erfuhr durch die Neuordnung des Staates eine neue Wertschätzung, denn „die zunehmende Regelung und Ordnung unserer Lebensverhältnisse stellte erhöhte Anforderungen an die Statistik, die vor allem zahlenmäßige Unterlagen zu liefern hatte für die Beurteilung der Maßnahmen auf dem Gebiete des unmittelbaren Lebensbedarfs, ihre Voraussetzung, ihr Ausmaß und ihren Erfolg“ (VB 1935, S. 26). Für die zunehmenden statistischen Arbeiten konnte die Einteilung der Stadt in statistische Bezirke vervollständigt werden. Auch das tägliche Geschäft der Einwoh-

²⁶ StA, Ds 662-1. Da die Denkschrift nicht in den damals üblichen Formaten gedruckt ist, ist ziemlich sicher, dass sie auch nicht veröffentlicht wurde. Sie war also für den internen Gebrauch bestimmt.

²⁷ Über die Verdrängung der Ludwigshafener Juden aus dem Wirtschaftsleben schreibt ausführlich Ulrike Minor (1992)

nermeldevorgänge wurde durch den Einsatz einer Plattenkartei rationalisiert. Die „Einwohnerplatte“ ist eine von der Papierform überführte Urkartei, in der für jeden Einwohner eine metallene Platte mit der Prägemaschine einer Adrema-Anlage angefertigt wurde (siehe auch Kapitel 5.3). Im Jahr 1936 durfte das Wahlamt die neue Technik bei der Reichstagswahl am 29. März einsetzen, die sich „sehr gut bewährte“, wie alle Wahlvorstände berichteten (VB, 1935, S. 29).

Bei den statistischen Erhebungen war die Landwirtschaft ein besonderer Schwerpunkt, sieben Zählungen fanden 1935 statt. Die Ernährungssicherstellung im Deutschen Reich war ein wichtiges politisches Ziel, für dessen Erreichen genügend Zahlenmaterial notwendig war. Deutschland war damals unter anderem für die Fettversorgung auf Lieferungen aus dem Ausland angewiesen. Um eine gleichmäßige Verteilung zu erzielen, wurden Kundenlisten bei den Händlern und Metzgern eingerichtet, die dafür erforderlichen Haushaltsnachweise stellte das Amt für Statistik aus (VB 1936, 29). Besonders erfreut stellte die Stadtverwaltung fest, dass aufgrund des starken Ausflugs- und Geschäftsverkehrs im Oktober 1936 Ludwigshafen offiziell zur Fremdenverkehrsstadt erklärt wurde (VB 1936, 27).

Das Amt für Wirtschaft und Statistik stand unter Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius in einem guten Licht. Dieser aber musste sich mehrfach gegen seine von der Parteibasis geforderte Absetzung wehren und konnte nur durch intensive Gespräche mit dem Gauleiter und der bayrischen Regierung seine Haut retten. Seine überaus sachliche und juristische Ausrichtung wurde ihm aber dann zum Verhängnis, als er seine Aufgabe, für die Interessen der Stadt Ludwigshafen einzutreten, gegen die Ziele des Gauleiters richtete. In den Verhandlungen um die Gasversorgung für die Stadt 1936/1937 wehrte sich Ecarius gegen die Fremdversorgung und Schließung des städtischen Gaswerks. Die Gauleitung wollte genau das Gegenteil. Somit wurde der Oberbürgermeister fallen gelassen, musste am 1. März aus dem Amt scheidend und bekam eine Anstellung bei den IG Farben. Sein Nachfolger, der gerade 30-jährige Dr. Erich Stolleis, schreibt selbst ein Jahr später: „Anfang Mai 1937 wurde mir durch das Vertrauen des Gauleiters die Leitung der Stadt übertragen (VB 1937, Vorwort). Vorher war er Bürgermeister in Landau und übte mehrere Funktionen in der NSDAP aus. Dr. Erich Stolleis hat ebenfalls recht früh das Vertrauen des Gauleiters verloren und „flüchtete“ zur Wehrmacht, wo er in Gefangenschaft geriet. Nach ihm wurden dann kurz nacheinander drei kommissarische Oberbürgermeister von der Gauleitung eingesetzt. Der letzte davon gestand seine Unfähigkeit unverblümt öffentlich ein, als er im März 1943 vorm Stadtrat sagte, „große neue Aufgaben werden ja nicht durchzuführen sein, alles was zu machen ist, ist durch die Kriegsverhältnisse bedingt“ (Mörz 2003, S. 359).

Auch unter der neuen Führung von Oberbürgermeister Dr. Erich Stolleis behielt die Statistik ihre große Bedeutung, „einerseits als Grundlage für die Planung, andererseits als Maßstab für den Fortgang und die Beurteilung der Ergebnisse“ (VB 1937, 41). Viel Arbeit brachten die Eingemeindungen von Oppau (mit Edigheim), Oggersheim, Maudach und Rheingönheim am 8. Februar 1938, die in die Ludwigshafener Statistik eingegliedert werden mussten²⁸. Diese Eingemeindungen waren in der Diktatur eine hoheitliche Anordnung. Bei der Eingemeindung von Friesenheim und Mundenheim gab es immerhin eine Art Bürgerversammlung mit Abstimmungen für die Eingliederung nach Ludwigshafen. Da für Mai desselben Jahres eine weitere Volks-, Berufs- und Betriebszählung geplant war, waren neue Zählbezirke in den neuen Stadtteilen einzurichten. Da aber wegen dem Anschluss Österreichs kurzfristig für April 1938 eine Volksabstimmung angesetzt war, wurde die Volkszählung erst verschoben und wegen des Kriegs dann nicht mehr durchgeführt.

²⁸ Edigheim war zu diesem Zeitpunkt bereits ein Stadtteil von Oppau, seine Eingemeindung war im April 1928 vollzogen, der offizielle Gemeindename war Oppau.



Abbildung 36: Eingemeindungsfeierlichkeiten 1938

Eine neue Geschäftsverteilung der Stadtverwaltung brachte auch für das Statistische Amt umfangreiche Änderungen: Die Sachgebiete Wirtschaft und Verkehr wurden Ende 1937 in ein eigenes Verkehrs- und Wirtschaftsamt ausgegliedert und nahmen die Geschäftsführung für die Stadtreklame und den Verkehrsverein mit. Aufgrund der Reichsverordnung des Innenministeriums wurde die Verwaltungspolizei, zu deren Tätigkeiten auch das Einwohnermeldewesen gehörte, den Ländern zugeordnet, in der Pfalz wurde dies aber erst Anfang 1942 vollzogen. Das übrig gebliebene Amt erhielt den Namen „Statistisches Amt und Wahlamt“ mit vier Abteilungen: Statistik, Wahlen, Karteistelle und Fettversorgungsstelle.

In dieser Phase geriet nun der Amtsleiter Dr. Karl Moll in schwieriges Fahrwasser, weil er die Anforderungen des Amtes über die der Partei und ihrer Organisationen stellte²⁹. Mehrere aus seiner „Gefolgschaft“, wie man eine Belegschaft damals im Sinne der „Bewegung“ nannte, hatten Ende 1938 gegen ihn Beschwerde eingelegt. Er hatte den beantragten Sonderurlaub von 18.30 bis 19 Uhr nicht genehmigt, den die Mitarbeiter benötigten, um Veranstaltungen von NSDAP und anderen Organisationen (z.B. Luftschutz) besuchen zu können. Diese Parteitermine wurden generell auf 19 Uhr festgelegt. Der Amtsdirektor verweigerte den Sonderurlaub, weil er den Dienst im Amt höher einstufte. Seine Gründe lauteten: „Luftschutz sei dasselbe wie ein Gesangverein“ und „ihr Amt als Zellenleiter bei der NSDAP ist Privatsache, wenn sie es nicht nach dem Dienst bis 19 Uhr ausführen können, müssen Sie es ihrem Ortsgruppenleiter wieder zur Verfügung stellen“ oder „der Erwerb des SA-Sportabzeichens ist wie ein Turnverein eine Privatsache, für die es keinen Sonderurlaub geben könne“. Selbst Aufforderungen der Kreisleitung des Reichsluftschutzbundes stimmten ihn nicht um. Am Ende der umfangreichen Vernehmungen und Stellungnahmen wurde ihm angelastet, dass „alle Äußerungen einen solchen Mangel an Verständnis für die Bewegung erkennen lassen, dass allein hieraus einem deutschen Beamten ein schwerer Vorwurf gemacht werden muss“. Schließlich bekam Dr. Moll

²⁹ Alle Zitate des folgenden Absatzes aus Personalakte Dr. Moll, StA, LuN 5102



Abbildung 37: Ernährungsamt 1939



Abbildung 38: Karteistelle 1939

am 26. Juni 1939 einen Verweis durch den Oberbürgermeister Dr. Erich Stolleis. Von einer schwereren Strafe sah der Oberbürgermeister ab, weil „Dr. Moll als Spezialist für das Statistische Amt tätig ist, dort immer außerordentlich eifrig gearbeitet und ausgezeichnete Leistungen erzielt hat. Aus dieser Tatsache kann trotz der in seinen Äußerungen zum Ausdruck gekommenen Gesinnung auf eine positive Grundhaltung zum nationalsozialistischen Staat geschlossen werden“. Dieser strafende Verwaltungsakt schadete seiner Karriere nicht und scheint mehr dafür gedacht gewesen zu sein, die Parteibasis der NSDAP zu beruhigen, die den parteilosen Direktor argwöhnisch beäugte. Denn einen Tag später, am 27. Juni 1939, wird Dr. Karl Moll die Leitung des Ernährungsamtes übertragen und nicht einmal ein Jahr später wird er erneut be-

fördert. Die Leitung des Ernährungsamtes bewältigte er offensichtlich ebenfalls einwandfrei. Denn im Herbst 1945 erhielt er das Angebot ins Oberregierungspräsidium nach Neustadt zu wechseln, um die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung in den ausgebombten Städten zu organisieren.

Das Monatsheft Wort und Zahl erschien 1938 noch in allen 12 Ausgaben, 1939 wurde es dann eingestellt. Die letzte Veröffentlichung des Statistischen Amtes war der Verwaltungsbericht 1937, der erst im Juli 1939 gedruckt wurde. Da am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg begann, wurden sämtliche Publikationen und der Verwaltungsbericht eingestellt. Neben dem Mangel an Personal und Geld dürften sicher auch Gründe der Geheimhaltung eine Rolle gespielt haben³⁰.

In den Jahren 1938 und 1939 fertigte das Statistische Amt noch zwei denkwürdige Listen an, die aber nur für den internen Gebrauch verwendet wurden, zumindest sind keine Belege bekannt, die für eine Veröffentlichung sprechen³¹. 1938 wurde im Januar ein „Verzeichnis der in Ludwigshafen a.Rh. wohnenden Juden, Judenmischlinge und mit Juden Verheirateten – Stand Anfang Januar 1938“ und ein Jahr später mit Datum 20. Januar 1939 ein „Verzeichnis der in Ludwigshafen a.Rh. ansässigen Judenfamilien – Stand 1. Januar 1939“ aufgestellt. Detailliert werden neben den Namen auch die Wohnorte aufgelistet. Es ist zu vermuten, dass solche Listen das Statistische Amt nicht ohne Auftrag erstellt hat. Möglicherweise wurden sie im ganzen Reich oder zumindest im Saar-Pfalz-Gau erstellt. Erwähnenswert ist nämlich, dass der Gauleiter Josef Bürckel das 1933 formulierte Ziel Hitlers, in zehn Jahren ein judenfreies Deutschland zu haben, für seinen Gau deutlich schneller erreichen wollte (Minor 164). Oberbürgermeister Dr. Erich Stolleis war in dieser Frage ebenfalls sehr eifrig. Immerhin hatte er Ende der 30er Jahre zugezogene Juden sogar entgegen der Weisung der Gestapo-Leitung in Neustadt wieder ausweisen lassen. Offenbar waren Gauleiter und Oberbürgermeister sehr bemüht, möglichst früh ein „judenfreies Ludwigshafen“ verkünden zu können. Dafür waren die Listen des Statistischen Amtes unverzichtbare Hilfsmittel. Die Absichten, die hinter solchen Listen steckten und die folgenden Vertreibungen und Ermordungen waren schlimmste Verbrechen.

Die Doppelwertigkeit solcher Dokumente aber zeigt sich an ihrem Nutzen heute. Denn diese Listen sind wichtige Quellen für die aktuelle Erinnerungsarbeit, wie sie in Ludwigshafen seit 2006 auch durch den Arbeitskreis „Ludwigshafen setzt Stolpersteine“ gefördert wird. Mittlerweile sind 166 Einzelschicksale aus Ludwigshafen erforscht und im Gedenkbuch im Internet dokumentiert³².

In den letzten Kriegsjahren beschränkte sich die Arbeit des Amtes überwiegend auf die Versorgung der Ludwigshafener Bevölkerung mit lebensnotwendigen Produkten. Das Ernährungsamt war eine der wichtigsten kriegswirtschaftlichen Einrichtungen in Ludwigshafen geworden. Das blieb es noch einige Jahre über die Niederlage von 1945 hinaus. Da die Unterlagen des Ernährungsamtes bei einem Fliegerangriff 1943 vollständig vernichtet wurden, kann seine Arbeit erst ab 1945 dargestellt werden.

³⁰ Das beschreiben zum Beispiel die Kollegen aus Nürnberg, in: Stadt Nürnberg, Nürnberger Perspektiven zum 100. Geburtstag des Statistischen Amtes, 2000, S. 163

³¹ Obwohl Ulrike Minor (1992, S. 155) von „veröffentlicht“ spricht, liegen dafür keine Belege vor. Die im Jahr 1938 noch erscheinenden Monatshefte „Wort und Zahl“ enthalten keine Informationen über die Judenlisten, obwohl durchaus öfter auch Textbeiträge zu Sachthemen eingebaut wurden. Das Aussehen der Listen entspricht auch keinem damals üblichen Veröffentlichungsformat. Veröffentlicht wurden dagegen 1937 die Ergebnisse der Volkszählung von 1933. Hierbei wurden Auswertungen des Statistischen Reichsamtes über die Glaubensjuden in Ludwigshafen dargestellt, allerdings ohne Daten von Einzelpersonen zu nennen.

³² Quelle: <http://www.Ludwigshafen-setzt-stolpersteine.de>. Das Gedenkbuch über die Ludwigshafener Schicksale ist über den folgenden Link einsehbar: <http://www.erinnerungen-bewahren.de/startseite/> (abgerufen März 2014)

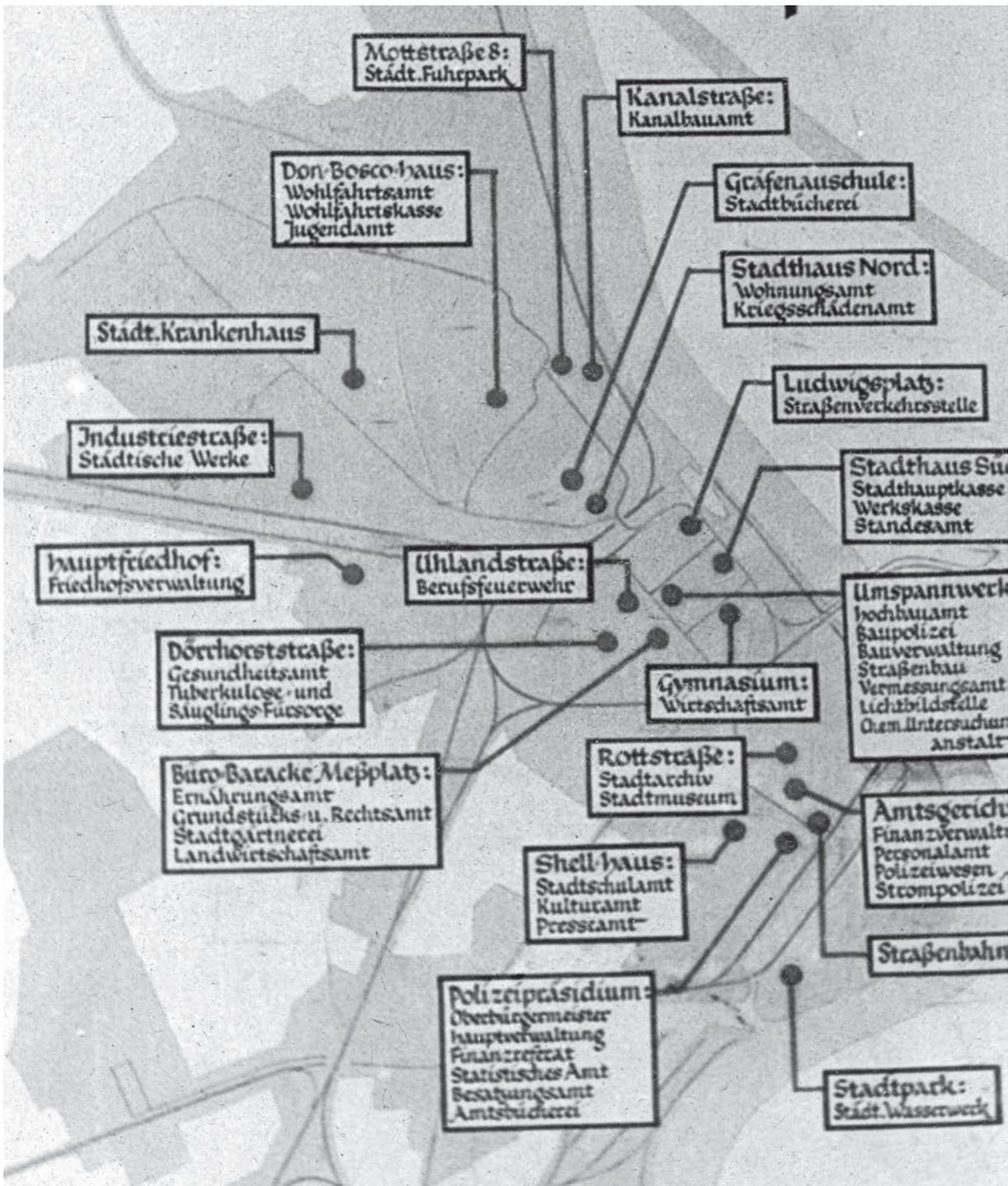


Abbildung 39: Städtische Dienststellen nach 1945 im inneren Stadtgebiet

3 Besetzung, Wiederaufbau und Wachstum – 1945 bis 1964

Die amerikanischen Streitkräfte hatten am 23. März 1945 um 16 Uhr Ludwigshafen vollständig besetzt. Der Zweite Weltkrieg war mit diesem Tag in Ludwigshafen beendet, etwa sieben Wochen vor der deutschen Kapitulation. Das öfter gebrauchte Wort „Zusammenbruch“ wäre falsch. Wenn es einen Zusammenbruch gegeben haben sollte, dann 1933. Nun begann der schrittweise Aufbau des städtischen Lebens. Der Leiter des Statistischen Amtes und des Ernährungsamtes, Dr. Karl Moll, gehörte neben Dr. Otto Stabel, Valentin Bauer und anderen zu den wenigen noch anwesenden Verantwortlichen der Stadt, die sich im Keller des zerstörten Polizeipräsidiums „zum Zwecke der ordnungsmäßigen Übergabe der Stadt aufhielten“³³. Die meisten leitenden Beamten der Stadtverwaltung, vor allem die mit Uniform, waren über den Rhein geflüchtet. Am ersten Tag nach der Besetzung, am 24. März 1945, erschienen die ersten Vertreter der amerikanischen Zivilverwaltung. Sie setzten zunächst als Spitze der deutschen Verwaltung den Kämmerer Dr. Otto Stabel und als sein Stellvertreter den Leiter des Statistischen Amtes, Dr. Karl Moll, ein. Aber die anstehenden Aufgaben schienen kaum lösbar, es herrschten auf fast allen Gebieten chaotische Zustände.

Bereits am 20. April wurden beide abgelöst durch Dr. Hans Hoffmann, dem die Geschäfte des Oberbürgermeisters übertragen wurden. Nachdem dieser Chef des Regierungspräsidiums Pfalz geworden war, ernannte die mittlerweile zuständige französische Militärregierung am 4. September 1945 den Sozialdemokraten und Vorstand der Wohnungsbaugesellschaft GAG, Valentin Bauer, zum Oberbürgermeister für die Dauer von zehn Jahren.

3.1 Trümmer, Mangelverwaltung und erste Statistiken – 1945 bis 1950

Die übrig gebliebenen Beschäftigten der Stadtverwaltung standen nun vor dem Trümmerhaufen Ludwigshafen. Da viele der städtischen Verwaltungsgebäude zerstört, beschädigt oder von anderen staatlichen Stellen benötigt wurden, waren die Dienststellen im inneren Stadtgebiet verstreut. Der Oberbürgermeister, die Hauptverwaltung und das Statistische Amt hatten ihren notdürftigen Sitz im teilweise zerstörten Polizeipräsidium in der Wittelsbachstraße. Das Gebäude, in dem das Amt vorher untergebracht war, die Wredestraße 1, war völlig zerstört und mit ihm leider auch ein großer Teil der in vielen Jahren gesammelten Zahlenunterlagen, deren Neuaufbau noch viel Zeit in Anspruch nehmen sollte.

Die Bevölkerung von Ludwigshafen war stark zurückgegangen. Bei der Lebensmittelausgabe im April 1945 hatten sich nur 56 500 Personen in der Stadt befunden. Die erste Personenaufnahme am 6. Mai 1945 ergab 61 372 anwesende Einwohner. Die letzte Vorkriegszählung im Mai 1939 ermittelte eine Einwohnerzahl von 143 934. Am Ende des Zweiten Weltkriegs hatte Ludwigshafen also nicht einmal mehr die Hälfte seiner Vorkriegsbevölkerung³⁴. Die geringe Zahl war aber nur von kurzer Dauer, da die vor den Luftangriffen geflohenen und zur Sicherheit evakuierten Menschen rasch in die Stadt zurückkehrten. Die erste Volkszählung in allen westlichen Besatzungszonen am 29. Oktober 1946 brachte für Ludwigshafen bereits rund 107 000 Einwohner. Im Frühjahr 1947 befanden sich noch 3800 Angehörige von Ludwigshafener Einwohnern in Kriegsgefangenschaft und von weiteren 2000 fehlte seit langem ein Lebenszeichen.

³³ StA, LuN 59. Die Akte LuN 59 im Stadtarchiv enthält eine Reihe von sehr wertvollen Berichten über die Verhältnisse in Ludwigshafen in den Jahren 1945 bis 1950, die fast alle von Dr. Karl Moll, dem Leiter des Statistischen Amtes geschrieben wurden. Besonders hervorzuheben sind folgende Texte: „Ludwigshafen am Ende des Krieges 1945“, „Ludwigshafen und seine Bevölkerung“ und „Not und Elend in Ludwigshafen“.

³⁴ Die Angaben im Kapitel 3.1 beziehen sich überwiegend auf die bereits erwähnte Quelle StA, LuN 59.

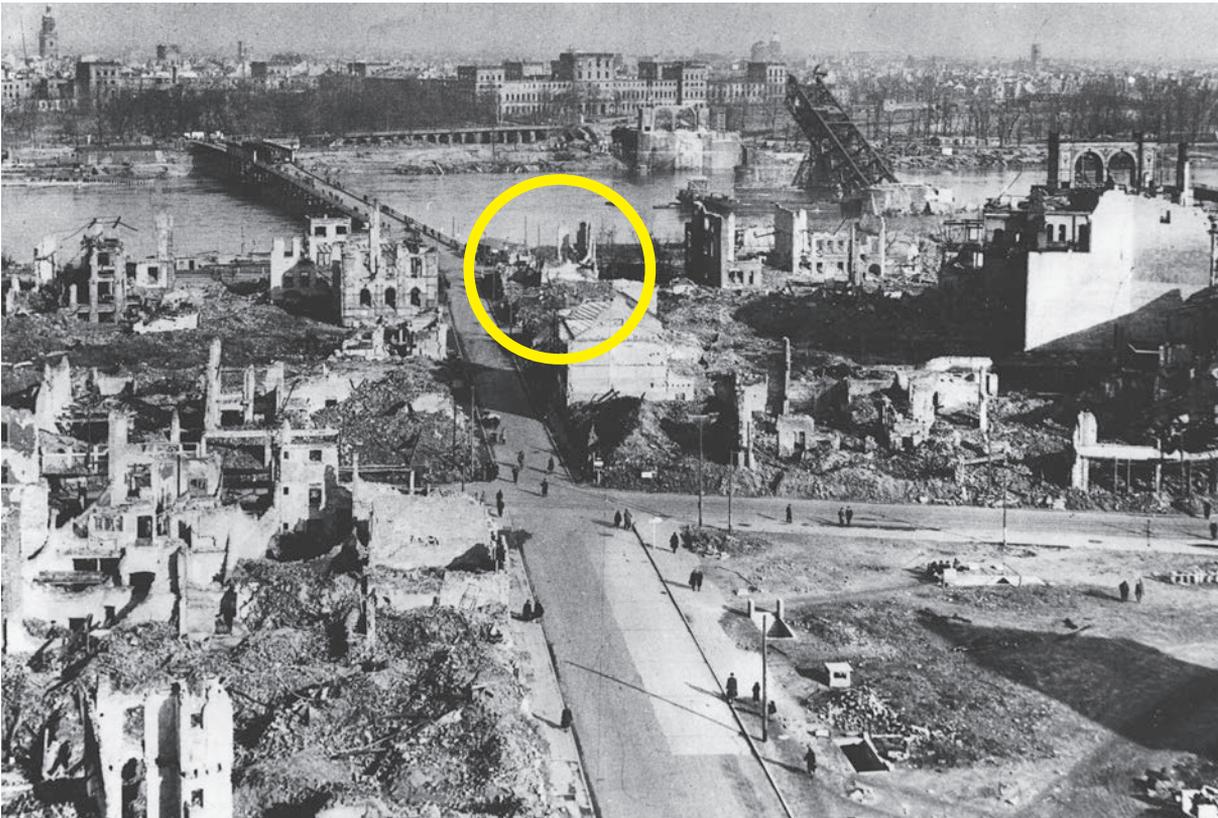


Abbildung 40: Die Innenstadt 1945. Der Kreis kennzeichnet die zerstörte Wredestraße 1

An „normale“ Statistiken war außer den notwendigen Zählungen in den ersten Monaten nicht zu denken, es galt das tägliche Überleben zu organisieren. Hier spielte Dr. Karl Moll als Leiter des Ernährungsamtes eine der Hauptrollen. Aber er konnte auch nur den Mangel verwalten. Fehlende Brennstoffe zum Heizen, kaum Lebensmittel und Kleider sowie viel zu wenige Wohnungen kennzeichnen die bittere Not der ersten Nachkriegsjahre. Zwei Jahre später, im Juli 1947, schrieb er diese Umstände im Bericht „Not und Elend in Ludwigshafen am Rhein“ nieder. Aus diesem Bericht stammen die folgenden Schilderungen (StA, LuN 59):

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Gas, Wasser und Strom war bis zur feindlichen Besetzung gesichert, doch fehlten in der Stadt selbst ausreichende Vorräte für die nächste Zeit. Viele Vorräte lagerten an Orten außerhalb der Stadt und waren wegen der Besetzung nicht mehr erreichbar. Ohne Wasser und Strom war die Stadt nur vom 23. bis 25. März 1945. Am 25. März lieferte ein großes Industrierwerk Strom und am selben Tag hatte die Versorgung mit Wasser begonnen, das aber ziemlich lange nur abgekocht genossen werden durfte, da eine Filterung des aus dem Rhein und dem Grundwasser stammenden Wassers unmöglich war.

Die Zuteilung von Lebensmitteln durch die französische Besatzungsmacht berechnete sich nach dem Kaloriengehalt. Die Mitarbeiter im Ernährungsamt stellten aber regelmäßig fest, dass die zugewiesene Kalorienmenge nicht zum Erhalt des Körpergewichts ausreichte. Nach Angaben des Völkerbundes wären für einen Erwachsenen zur Aufrechterhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft täglich 2400 Kalorien notwendig. In Ludwigshafen waren offiziell täglich 1200 bis 1300 Kalorien zur Verteilung vorgesehen, bei den Menschen angekommen sind aber oft nur 1100, in manchen Monaten sogar nur rund 800 Kalorien. Die rechnerischen Kalorienwerte wurden weiter reduziert zum einen durch die schlechte Qualität, zum Beispiel „waren die Hülsenfrüchte syrische Linsen, die sehr stark mit Schmutz und Käfern durchsetzt und meist ungenießbar waren“, und zum anderen durch die Tatsache, dass die Kalorienangaben der Besatzungsbehörden immer Bruttowerte für unzubereitete Lebensmittel waren, zum Beispiel beim Fleisch also noch die Knochen abgezogen werden mussten.

Bei solchen Ernährungsbedingungen wunderte eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Menschen nicht. Die Betriebsärzte stellten beispielsweise fest, die normale Arbeitskraft überstieg kaum die Invaliditätsgrenze von 50% der Arbeitsfähigkeit. Das staatliche Gesundheitsamt ermittelte bei 165 bis 180 cm großen Erwachsenen häufig Körpergewichte von 35 bis 40 Kilogramm. Nach Untersuchungen der Amtsärzte waren im Jahr 1946 40% von den Schul- und Kleinkindern in schlechtem Ernährungszustand gegenüber 12% im Jahr 1938. Die allgemeine Sterblichkeit hat sich erstaunlicherweise nicht besonders erhöht, was mit dem Ausbleiben von Epidemien erklärt wurde. Gerade deshalb war die besorgniserregende Ausnahme das starke Anwachsen der Säuglingssterblichkeit. Vor dem Krieg betrug sie 6% und stieg im ersten Halbjahr 1947 auf rund 14%.

Die viel zu geringe Zuteilung von lebensnotwendigen Dingen zog sich durch alle Bereiche und war in der französischen Zone deutlich ungünstiger als in den anderen Zonen, vor allem als in der amerikanischen Zone in Mannheim. Darüber haben die Beamten des Ernährungsamtes immer wieder Vergleiche angestellt ohne jedoch eine Besserung zu erreichen. Bei vielen Zuteilungen (Brennstoff, Holz, Lebensmittel) wurden zuerst die Bedürfnisse der Besatzung befriedigt, dann kam die deutsche Bevölkerung an die Reihe. Der Mangel an Brennstoffen, zum Heizen durfte in „höchst unwirtschaftlicher Weise“ nur Holz verwendet werden, führte im Winter zur Schließung von Schulen und in den Behörden wurde im Mantel gearbeitet. Oft wurden Kunden gebeten, beim Besuch von Behörden oder Arztpraxen Briketts zum Heizen mitzubringen. Die Stadtverwaltung hatte eine „Holzaktion“ im Elmsteiner Wald organisiert, die letztlich kaum eine Linderung erreichte. Obwohl zahlreiche Lastwagen von den Firmen abgestellt wurden, waren es zu wenig für den Transport zur Bahn und die vom Arbeitsamt abgestellten Arbeitskräfte kamen oft nicht oder waren ungeeignet. Zeitweise lagerten einige Hundert Ster Brennholz abfuhrbereit im Wald, kamen aber nicht in Ludwigshafen an (StA LuN 1605).

Bei aller Hoffnungslosigkeit der Menschen sorgten einige Hilfslieferungen aus dem Ausland für Linderung. Eine Lieferung aus der Schweiz mit Wäsche aus aufgelösten Lazaretten verbesserte die Verhältnisse in den Krankenhäusern spürbar. Die amerikanischen Quäker halfen mit Kleidern und Wäsche den unter großer Not leidenden Kindern. Auch Lebensmittelspenden trafen ein. Im Februar 1946 erhielt Ludwigshafen eine erste Spende von Speck und Zucker aus Irland und kurz darauf mehrere Waggons mit Sauerkraut und Frischgemüse aus der „Schweizer-spende“. Im Winter 1946/47 bekamen die Schulkinder eine regelmäßige Speisung aus einer Schweizer Hilfsaktion, die nach März 1947 von nordamerikanischen Mennoniten fortgesetzt



Abbildung 41: Speck-Lieferung der Irland-Spende

wurde. Die amerikanischen Quäker sorgten auch dafür, dass die nicht schulpflichtigen Kinder mit Lebensmitteln und Kleidung weiter versorgt wurden.

Was aus heutiger Sicht kaum vorstellbar ist, war damals Alltag. Aufgrund der zerstörten Wohnungen und des verlorengegangenen Hausrats hatten viele Menschen schlicht nichts mehr. Die Lieferungen für Einrichtungsgegenstände und Kleidung blieb weit hinter dem Bedarf zurück. Im Herbst 1946 wurde nach den Schuhen der Schüler in den Volksschulen geschaut. Von den 12 400 Schülern hatten rund 51% entweder gar keine Schuhe, Schuhersatz oder schlechte Schuhe. Mit am Schlimmsten traf es die schwangeren Frauen. Hierzu schreibt Moll: „Man kann sich die seelische Not der vielen Mütter, vor allem der Erstgebärenden, kaum vorstellen, wenn ihre immer und immer wieder gestellten Anträge auf Wäsche für das erwartete Kind in den allermeisten Fällen abgelehnt wurde. Und es verlangt von den Ärzten und Beamten fast übermenschliche Kraft, den hilfessuchenden unglücklichen Schwangeren ihre eigene Hilflosigkeit zu erklären und Trost oder Rat zu geben“.



Abbildung 42: Verteilung von Lebensmitteln



Abbildung 43: Schutträumung in der heutigen Bahnhofstraße (westlich der Heinigstraße)

Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Waren war die Unterbringung in Wohnungen das zweite drängende Problem. Die kurz nach dem Krieg ermittelten Zerstörungen im Wohnungsbestand waren zunächst überhöhte Zahlen. Das ließ „sich im Laufe der Zeit zwar erkennen, doch mangels besserer Unterlagen nicht berichtigen“³⁵. Diese Lücke zu schließen gelang schließlich erst im Jahre 1955 mit der Auswertung der Ablesebögen der Stadtwerke, die für die Jahre 1942/43, also vor den Luftangriffen, und ab Mai 1945 vorhanden waren

und dem Vergleich mit der Gebäudedatei des Statistischen Amtes. Daraus konnte nicht nur die Zahl der Gebäude und Wohnungen, sondern aufgrund der Tarife auch die Zahl der Wohnräume festgestellt werden. Damit lagen verlässliche Zahlen vor, die aber überwiegend nur noch doku-

³⁵ Der Wohnungsbestand in Ludwigshafen vor und nach dem Kriege 1939/45. Ergebnisse einer Sonderauszählung. VdSA, 1956, Heft 13, S. 5



Abbildung 44: Rauchendes Ofenrohr einer „Kellerwohnung“, Lagerhausstraße 1947

denen die nur teilweise beschädigten Häuser hätten repariert werden können. Die Folge war eine weitere Zerstörung von Häusern und Wohnungen durch die ungehinderten Witterungseinflüsse.

Über diese schlimmen Zustände musste der Oberbürgermeister seit Anfang 1946 regelmäßig an die französische Militärregierung Bericht erstatten. Anfangs nahmen das einige Stadtoberhäupter nicht sehr ernst, sodass der Oberregierungspräsident Dr. Otto Eichenlaub von der Militärregierung zu mehr Nachdruck aufgefordert wurde, was er mit einem Schreiben Anfang April 1946 pflichtgemäß tat. Zum 15. des Folgemonats waren Lageberichte abzugeben, deren Themen von den Franzosen genau vorgegeben wurden.

Darin mussten die allgemeine Lage, Veränderungen bei den öffentlichen Behörden, die Stadtwerke, der Straßen- und Städtebau, das Wohnungswesen, das politische Leben, die städtischen Entscheidungen, die Ernährungslage, die Bevölkerungsentwicklung sowie das öffentliche und private Wohlfahrtswesen beschrieben werden. Neben Statistischem Amt und Ernährungsamt lieferten zehn weitere Dienststellen ihre Meldung an die Hauptverwaltung, die den Dolmetscher für die Übersetzung beauftragte, damit am Ende der Oberbürgermeister den Bericht abgeben konnte. Auf Pünktlichkeit legten die Besitzer größten Wert. Zusätzlich mussten auch noch Vierteljahresberichte abgeliefert werden (StA LuN 63,64). Nebenbei sei angemerkt, dass die Schreiben der Militärregierung ausnahmslos in französischer Sprache verfasst wurden.

mentarischen Zwecken dienten. Von den Wohngebäuden waren nach dem Krieg rund 26%, von den Wohnungen rund 36% und von den Wohnräumen rund 38% völlig oder teilweise zerstört. Die Zerstörungen waren sehr ungleich verteilt. Während in der Innenstadt in einigen Blöcken eine vollständige Zerstörung zu beklagen war, wurden die Stadtteile deutlich weniger getroffen. Der Wiederaufbau hätte deutlich schneller ablaufen können, wenn nur ausreichendes Baumaterial vorhanden gewesen wäre. Besonders bitter war das Fehlen von Bauholz und Ziegeln, mit

Rapp. Mens.
GOUVERNEMENT MILITAIRE
DE LA
ZONE FRANÇAISE D'OCCUPATION
DÉLÉGATION SUPÉRIEURE
DE PALATINAT
DÉLÉGATION DU CERCLE DE LUDWIGSHAFEN

2. Mai 1947
Ludwigshafen, le

L'Administrateur Robert CARDON
Délégué du Cercle de Ludwigshafen

N° 453 / 1-A
B 1272

Tél. 411-455

Monsieur l'Oberbürgermeister

2 MAI 1947

302 03

Veillez à l'avenir me fournir pour le 15 de chaque mois le rapport mensuel comprenant les points suivants:

- 1.) Examen de la situation générale pendant la période écoulée
- 2.) Modifications apportées aux pouvoirs publics et aux collectivités publiques
- 3.) Les services publics.
- 4.) Voirie et urbanisme
- 5.) Logement
- 6.) Vie politique
- 7.) Décisions prises par les autorités allemandes et soumises à un contrôle des autorités françaises
- 8.) Alimentation en général.
- 9.) Démographie
- 10.) Assistance publique et privée.

L'Attaché d'Administration J. C. DUBOIS
Adjoint au Délégué de Cercle

GOUVERNEMENT MILITAIRE
LUDWIGSHAFEN AM L. RHEN

Abbildung 45: Schreiben der Militärregierung an den Oberbürgermeister, Mai 1947



Abbildung 46: D-Markschein 1948, Vorder- und Rückseite

Am Sonntag, den 20. Juni 1948, fand die Währungsreform, der Umtausch von Reichsmark in die D-Mark, statt. Die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung hatte der Direktor des Statistischen Amtes (StA LuN 60, auch für das folgende). Er musste für die Einrichtung der Umtauschstellen sorgen, die Stadtparkasse übernahm die Verteilung des neuen und die Entgegennahme des alten Geldes. Am Freitag, 18.6.1948, wurde in Deutschland in den Abendnachrichten um 19.45 Uhr bekanntgegeben, dass der Umtausch am Sonntag, dem 20.6.1948, zwischen 8 und 20 Uhr, erfolgt. Das war eine Woche früher als intern angenommen worden war. Für die Durchführung wurde die „Infrastruktur“ des Ernährungsamtes und seine Erfahrung mit der „Ausgabe von großen Mengen“ genutzt. Am Samstag wurden die 79 Zahlstellenleiter und die Alt- und Neugeldkassierer informiert. Am Sonntag um 6 Uhr sortierten die Kassierer das neue Geld in die eisernen Wahlurnen vom Statistikamt und wurden in 4 Omnibussen und 30 Personenwagen mit ausreichend Polizeischutz in die Zahlstellen gebracht. Diese waren in Schulhäusern untergebracht, je Personenkreis einer Kartenausgabestelle des Ernährungsamtes waren 4 bis 5 Zahlstellen zugeordnet. Jede Zahlstelle versorgte bis zu 1500 Personen mit dem festgelegten Kopfgeld von 60 DM (40 DM wurde sofort ausgegeben, 20 DM später). Dr. Moll hielt am Ende seines Protokolls fest, alle hätten „mit Eifer ihr Bestes“ gegeben und waren „wegen der außerordentlichen Strapazen sehr erschöpft“. Insgesamt wurden in Ludwigshafen etwa 65 Millionen Reichsmark umgetauscht und 849 Millionen Reichsmark als Bankguthaben angemeldet. „Ausdrücklich möchte ich betonen, dass nicht der geringste Verdacht absichtlicher Geldhinterziehung besteht“, war sein abschließendes Fazit.

Durch die Währungsreform von 1948 erhielt die Mark wieder den Wert eines funktionierenden Zahlungsmittels und die Wirtschaft konnte sich langsam entfalten. Der Hauptgrund für die Zwangsbewirtschaftung und die Preisbindung war somit entfallen und die Wirtschafts- und Ernährungsämter wurden aufgelöst. Lediglich bei einigen besonderen Gütern gab es noch bis 1950 gewisse Einschränkungen. Als Restarbeiten des Ernährungsamtes stellte das Statistische Amt im Jahr 1950 für Reisende in die sowjetische Besatzungszone 84 Bescheinigungen aus, da sie für die Dauer ihrer Abwesenheit keine Lebensmittelmarken erhalten (VB 1950, S. 26). Neben dem Ernährungsamt gewann eineinhalb Jahre nach Kriegsende eine Kernaufgabe des Amtes wieder an Bedeutung: die Durchführung von Wahlen. Im September 1946 fanden die erste Stadtratswahl und die erste Kreistagswahl statt³⁶. 1947 war Landtagswahl, 1948 erneut eine Stadtratswahl und 1949 die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag. Erst 1950 war das erste Jahr ohne eine Wahl. In der Monatsschrift „Wort und Zahl“ gab es zwei Sonderausgaben über die Wahlen von 1946 und ab dem Jahr 1947 wurde sie wieder regelmäßig herausgegeben. Die Reihe „Veröffentlichungen des Statistischen Amtes“ begann mit den Ergebnissen der zweiten Stadtratswahl 1948 wieder zu erscheinen. Die Stadtratswahl von 1946 hatte noch eine Be-

³⁶ Die Wahl zum Kreistag fand nur einmal in Ludwigshafen statt, danach wurde nicht mehr zum Kreistag gewählt, VdSA, Heft 20, S. 5

sonderheit bei der Feststellung der Wahlberechtigten. Aufgrund des Wahlgesetzes wurden ehemalige Mitglieder der NSDAP von der Wahl ausgeschlossen, das betraf 2388 Personen. Für alle Wahlen kurz nach dem Krieg traf auch die Besonderheit zu, dass es regelmäßig einen Frauenüberschuss bei den Wahlberechtigten gab wegen der „männermordenden Kriege“ (VdSA, Heft 9, S.11). Nach der Währungsreform und der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag normalisierten sich langsam auf vielen Gebieten die Verhältnisse.

3.2 Wachstum und technischer Fortschritt – die 50er Jahre

Im Jahr 1951 ließ Oberbürgermeister Valentin Bauer eine langjährige Tradition wieder aufleben. Der Verwaltungsbericht wurde für das Jahr 1950 erstmals nach dem Krieg erstellt und sollte noch bis 1974 jährlich erscheinen. Das Zusammenstellen des Berichts übernahm traditionell das Statistische Amt. Die zwölfjährige Lücke von 1938 bis 1949, „auszufüllen, bleibt einer späteren, mehr geschichtlich ausgerichteten Darstellung vorbehalten“ (VB 1953, S. 35). Diese Lücke ist jedoch nie mehr geschlossen worden. Im Vorwort des ersten Verwaltungsberichts für 1950 schreibt Oberbürgermeister Valentin Bauer über die sich langsam bessernde Lage in der Stadt: „Trümmer zu beseitigen war auch im sechsten Jahr seit Kriegsende die hauptsächliche Aufgabe der Stadtverwaltung, eine Aufgabe, der auf vielen Gebieten Erfolge beschieden waren“ und „alle Planung stand unter dem Druck der Finanznot, die sich über den allgemeinen Stand hinaus in Ludwigshafen verschärft auswirkt durch den Ausfall an Gewerbe- und Grundsteuer und die geringen Zuweisungen des Landes, das seine für kommunale Zwecke verfügbaren Mittel bevorzugt anderen Plätzen zuleitete“ (VB 1950, S. 5f.). Zu den Schwerpunkten zählte weiterhin die Schaffung von Wohnraum, um den Evakuierten die Rückkehr nach Ludwigshafen zu ermöglichen. Die Entwicklung des Einzelhandels machte wegen des schleppenden Wiederaufbaus in der Innenstadt große Sorgen. Mit den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln sollte der Ausbau der Volkshochschule und der Erhalt des Pflzorchesters gesichert werden³⁷.

Das Presse- und Werbeamt wurde am 1. Oktober 1950 neu gegründet. Es ging hervor aus der Pressestelle des Kulturamtes und den Abteilungen Verkehrs- und Wirtschaftsförderung sowie Stadtreklame vom Statistischen Amt (VB 1950, S. 23). Das organisatorisch zum Kämmerer Dr. Otto Stabel gehörende Statistische Amt verlor dadurch die Wirtschaftsförderung und legte fortan den Schwerpunkt auf Arbeiten der Statistik und der Wahlen. „Besondere Bedeutung kam dem umfassenden Zählungswerk vom 13. September 1950 zu, durch das im Rahmen einer Weltzählung auch in allen vier Besatzungszonen Deutschlands gleichzeitig eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung vorgenommen wurde“ (VB 1950, S. 25). Mittels der im Juli desselben Jahres durchgeführten Gebäudeerhebung ist das Stadtgebiet in Zählbezirke eingeteilt worden. „Für die Hauptzählung konnten in mühevoller Kleinarbeit 412 Zähler, davon 270 aus dem Kreise des städtischen Personals, gewonnen werden“ (VB 1950, S. 26). Die Ergebnisse wurden zwar zentral beim Statistischen Landesamt ausgewertet, die Städte erhielten aber auch Zahlen für kleinere Stadtbezirke. Die Ergebnisse wurden wie üblich in den Schriftenreihen veröffentlicht.

Die sich langsam bessernden Verhältnisse beschreibt Dr. Karl Moll 1952. „Der schier unersättliche Zahlenhunger, der in den ersten Nachkriegsjahren überall bestand, konnte nun allmählich gestillt werden“, hierbei halfen besonders die inzwischen vorliegenden Ergebnisse der Zählung von 1950 (VB 1952, S. 22). Auch stand mittlerweile der Rahmen der regelmäßig zu führenden Statistiken fest, sowohl für die Auftragsstatistik als auch für die eigene. Nach fast vierzig sehr turbulenten Jahren mit zwei Weltkriegen, mehreren schwerwiegenden Krisen und wechselhaften staatlichen Verhältnissen begann nun die zweite Hälfte der hundertjährigen Amtsgeschichte,

³⁷ Aus dem Pflzorchester ging die heutige Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz hervor.

die ohne existentielle Krisen und mit deutlich ruhigeren „Amtsgeschäften“ verlaufen sollte. Oberbürgermeister Bauer stellte erleichtert fest, „die weiterhin günstige Entwicklung unserer heimischen Wirtschaft gab auch im Jahre 1952 der Stadtverwaltung die finanziellen Möglichkeiten zur Durchführung umfangreicher Arbeiten“, gemeint waren vor allem der Wohnungsbau und der Wiederaufbau der Innenstadt. Im selben Jahr stieg das Steueraufkommen beim Finanzamt Ludwigshafen von 30 auf 83 Millionen DM. Erstmals wird als größter Steuerzahler die BASF genannt, nachdem sie durch Aufteilung der IG Farben ab Juni 1952 wieder zu einem selbständigen Unternehmen mit Sitz in Ludwigshafen geworden war. Für die Zukunft könne mit einer günstigen Entwicklung und daher „mit einem gegenüber bisher wesentlich erhöhten und stabilen Steueraufkommen gerechnet werden“ (VB, 1952, S. 6).

Für die auf zahlreiche provisorische Ausweichquartiere verstreuten Ämter der Stadtverwaltung besserte sich die Lage. Oberbürgermeister Valentin Bauer, Bürgermeister Dr. Ludwig Reichert und acht weitere Ämter zogen 1950 in das Stadthaus Jubiläumsstraße ein (heute Bismarckstraße 29). Jahr für Jahr gelang es, die Dienststellen in den eigenen Stadthäusern unterzubringen (Stadthaus Nord, Stadthaus Ludwigstraße und Stadthaus Jubiläumsstraße). Das Statistische Amt erhielt als eines der letzten sein neues Domizil im städtischen Haus Limburgstraße 10 (direkt neben dem Stadthaus Nord, nachdem dort das Hauptzollamt ausgezogen war). Somit hatte sich die miserable Bürosituation gebessert, die im Arbeitsalltag spürbaren Folgen des Kriegs waren erst einmal beseitigt (VB 1953, S. 34).

Das Statistische Amt stellte im April 1956 fest, mit 41 773 vorhandenen Wohnungen Ende des Jahres 1955 war der Kriegsverlust an Wohnungen nahezu beseitigt. Die noch notwendigen 1500 Wohnungen würden aufgrund bestehender Bauvorhaben bis Ende 1956 realisiert. Es dauerte also 10 Jahre, bis die großen Schäden im Wohnungsbestand einigermaßen behoben waren.

In den 1938 eingemeindeten Stadtteilen und im alten Ludwigshafen existierten zahlreiche Straßennamen mehrfach, was zu wachsenden Orientierungsproblemen führte. Besonders die Post und die Rettungsdienste beklagten die untragbaren Zustände. Im August 1955 endlich bildete Bürgermeister Ludwig Reichert ein „Drei-Männer-Kollegium“ für die Um- und Neubenennung von Straßen. Zu diesem Gremium gehörten neben dem „Chef“, dem Stadtarchivar Dr. Kurt Oberdorffer, und dem Leiter des Vermessungsamtes, Rudolf Heilbrunn, auch der Leiter des Statistischen Amtes, Dr. Karl Moll (Mörz 2013, S. 103). Letzterer war mit von der Partie, weil in seiner Verantwortung das Straßenverzeichnis geführt wurde. Diese große Umbenennungsaktion dauerte einige Jahre und war 1962 abgeschlossen. Anschließend brachte das Statistische Amt seit langem wieder ein Straßenverzeichnis heraus, diesmal im Postkartenformat. Die Mitarbeit bei Straßennamen wurde auch nach der Gründung des für Straßenbenennungen zuständigen Unterausschusses vom Bau- und Grundstücksausschuss fortgeführt und endete erst mit der Auflösung des Unterausschusses im Jahr 1984. Das offizielle Straßenverzeichnis von Ludwigshafen wird indes bis heute im Bereich Stadtentwicklung geführt.

Bis Ende der 50er Jahre gingen die Arbeiten im Statistischen Amt ihren gewohnten Gang. Wahlen, Zählungen und verschiedene Sonderhebungen wechselten sich ab. Die Ergebnisse wurden regelmäßig in den eigenen Schriftenreihen veröffentlicht. Die kurz vor dem Krieg eingemeindeten Stadtteile Oppau (mit Edigheim), Oggersheim, Maudach und Rheingönheim erhielten 1955 Ortsbeiräte, deren Vorsitz jeweils ein Ortsvorsteher ausübte. Da die Besetzung der Ortsbeiräte aufgrund des Wahlergebnisses der Stadtratswahl im betreffenden Stadtteil erfolgte, waren keine Änderungen bei der Wahldurchführung nötig. Die übrigen Stadtteile bekamen dann 1965 ihre Ortsbeiräte aufgrund der Stadtratswahl von 1964 (siehe auch Kap. 5.2).

Eine nennenswerte technische Neuerung, die es bereits in den 30er Jahren schon einmal gegeben hatte, war der Aufbau der „neuzeitlichen“ Einwohnerplatte mit der bekannten Adrema-Anlage (siehe auch Kapitel 5.3). Aufgrund dieser neuen Einrichtung kamen ab 1. November 1958 neben der Ausgabestelle für Lohnsteuerkarten auch die zentrale Verwaltungsplatte für Personal- und Steuerzwecke zum Amt. Fortan spielte das Statistische Amt als Dienstleister für andere Stellen eine zunehmende Rolle. In den sechziger Jahren kamen weitere umfangreiche Listenarbeiten hinzu. 1963 wurden Listen der männlichen Angehörigen des Geburtsjahrgangs 1945 für die Wehreffassung und die zur Einschulung kommenden 1957/58 hier geborenen Kinder erstellt. Schließlich versetzte eine Liste der 1942 Geborenen (also der 21-jährigen) den Oberbürgermeister in die Lage, zur Gratulation einen „Jungbürgerbrief“ zu versenden (VB 1963, S. 20). Neue gesellschaftliche Entwicklungen erschwerten jedoch gleichzeitig das Einwohnermeldewesen, „in erster Linie durch den Zuzug südeuropäischer Arbeiter, zu denen neben Italienern, Spaniern, Jugoslawen und Griechen nun auch Türken kamen. Um Missverständnisse zu vermeiden, die mit diesen Gastarbeitern wegen der Einhaltung der Meldevorschriften, der richtigen Schreibweise der Namen und Heimorte sowie der Feststellung der zutreffenden Steuerklasse oftmals entstanden, wurden die Arbeitgeber veranlasst, die Steuerkarten durch die Dolmetscher zu beantragen“ (VB 1961, S. 18).



Abbildung 47: Türkische Arbeiter 1964,
Maikundgebung im Ebertpark

Ende der 50er Jahre gab es aus Sicht der Beschäftigten positive Veränderungen im Arbeitsalltag des Rathauses. Im Oktober 1957 wurde die 48 Stunden Woche auf 45 Stunden reduziert und ab Mai 1958 galt die 5-Tage-Woche: der Samstag war für die Stadtverwaltung offiziell kein Arbeitstag mehr (VB 1957, S. 17, RP 29.5.1958).

Bei der am 25. September 1956 durchgeführten Bundeswohnungszählung gestaltete sich die Vorbereitung besonders schwierig, weil sie in die Haupturlaubszeit im Sommer fiel und weil die Mitarbeit der öffentlich Bediensteten trotz einer bescheidenen Vergütung stetig abnahm. „Nur ein Viertel der Zähler gehörte den staatlichen Verwaltungen

und Schulen an, siebenzig Prozent aber der Stadtverwaltung, lediglich vier Prozent kamen aus der Wirtschaft (einschließlich der Arbeitslosen)“ (VB 1956, S. 24). Nach elf Jahren war wieder eine Volkszählung zu organisieren. Für die Erhebung am 6. Juni 1961 war die Gewinnung von Helfern erstmals leichter, denn eine Anordnung der Staatskanzlei erlaubte, auf „nichtstädtische Behördenbedienstete und auf die Schüler der Oberstufen der Knaben-Gymnasien zurückzugreifen“. 1353 Zähler und 225 Gruppenzähler trafen auf eine mithelfende Bevölkerung, die bereitwillig und nach bestem Wissen die Erhebungspapiere ausfüllte. Dennoch dauerten die Nacherhebungen noch Monate, in denen bis zu zwanzig Aushilfsangestellte beschäftigt waren. Zu den Kosten für die Großzählung erhielt die Stadt 50 Pfennig Erstattung je Einwohner als Landeszuschuss (VB 1961, S. 16).

Die überaus lange Dienstzeit des Amtsdirektors Dr. Karl Moll, neigte sich langsam ihrem Ende zu. Im Dezember des Jahres 1963 veröffentlichte er endlich ein seit Amtsgründung geplantes Werk: das Statistische Jahrbuch für Ludwigshafen. „Als erstmalige Veröffentlichung dieser Art für Ludwigshafen enthält es über die meisten Sachgebiete weit zurückreichende Angaben“ (VB 1963, S. 18). Es entpuppte sich als eine häufig genutzte Informationsquelle und stellt auch noch heute noch eine wichtige Dokumentation der ersten Nachkriegsjahre dar. Molls Planung,

dieses Nachschlagewerk alle zwei Jahre herzustellen, konnte er nicht mehr umsetzen, denn am 31. Januar 1964 trat er in den Ruhestand. Er hatte insgesamt rund 43 Jahre im Statistischen Amt gearbeitet, davon immerhin 37 Jahre als sein Leiter. So lange war in den 100 Jahren seines Bestehens niemand anderes sowohl im Sachgebiet Statistik als auch in dieser Position. Vor seiner Pension erlebte er noch eine Premiere im Rathaus. Oberbürgermeister Dr. Hans Klüber veranstaltete am 13. Oktober 1963 zum ersten Mal einen Tag der offenen Tür der Stadtverwaltung. Dieser wurde zum großen Erfolg. 16 000 Besucher schauten „hinter die Kulissen“ von zahlreichen Dienststellen. Den größten Zuspruch erlebten die Feuerwehr, Fuhrpark, Stadtgärtnerei und die Wohnungsbaugesellschaft GAG sowie die ausgebuchten Rundfahrten mit Omnibussen (StAnz, 12.10.1963). Einen Tag der offenen Tür gab es anschließend fast jährlich bis in die 80er Jahre hinein.

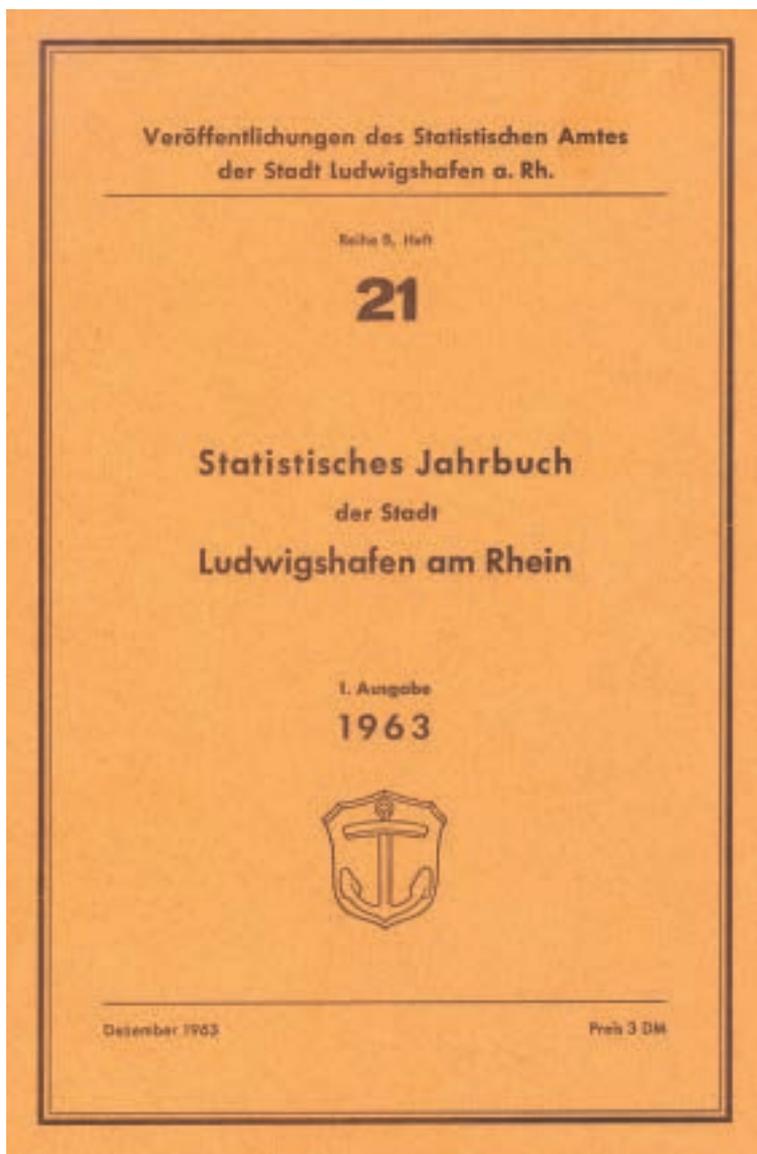


Abbildung 48: Jahrbuch 1963

Exkurs Laufbahn Dr. Karl Moll

Dr. Karl Moll (geb. 11.01.1899, gest. 31.10.1983) war von 1919 bis 1964, also fast 45 Jahre im Dienst der Stadt Ludwigshafen. Nur zwei Jahre nach seinem Eintritt kam er zum Statistischen Amt und absolvierte dort 1921 die Assistentenprüfung. Sein Studium in Nationalökonomie, Statistik und Jura machte er berufsbegleitend in Heidelberg und bekam in der Endphase einige Wochen frei für die Prüfung. 1924 promovierte er mit einer Arbeit über die „Gehaltsverhältnisse der bayerischen Gemeindebeamten“. Danach war er wissenschaftlicher Mitarbeiter, ab 1928 stellvertretender Direktor bis er im August 1933 zum Direktor des Statistischen Amtes ernannt wurde, nachdem Dr. Otto Stabel zum Kämmerer aufgestiegen war. Diese Beförderung in der jungen NSDAP-Diktatur macht zunächst nachdenklich. Aber zahlreiche Dokumente belegen, dass er sicher nicht zu den Anhängern der NSDAP zählte. Vielmehr zeigen sie, dass er für die NSDAP ein unbequemer Beamter und primär an der Sache orientierter Statistiker war. Im Juni 1935 weigerte er sich zunächst, den Einzug von Spenden und Beitrag für die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt vom Gehalt zu akzeptieren. Erst später gab er klein bei. Noch 1939 unterschrieb er, keiner Partei anzugehören. Er erledigte die Aufgaben frei von Ideologie rein vorschriftsmäßig, bisweilen auch akribisch. Man könnte sagen, er war ein „überzeugter Vollblut-Beamter“. Diese Eigenschaft brachte ihn aber dann in Bedrängnis, als die Anforderungen im Amt mit denen der lokalen Parteiorganisationen in Konflikt gerieten. 1934 und 1936 gab es erste Konflikte und Beschwerden. 1938 häuften sich die Klagen von seinen in der Partei aktiven Mitarbeitern, festgehalten in Vernehmungsprotokollen. Dr. Moll musste sich schriftlich gegenüber den Anschuldigungen rechtfertigen. Auf den erteilten Verweis wegen „Mangel an Verständnis für die Bewegung“ wurde im Kapitel 2.3.2, S. 39, bereits eingegangen. Seine Karriere litt dadurch aber nicht. Im Juni 1939 wurde ihm zusätzlich noch die Leitung des Ernährungsamtes übertragen.

Er legte weiterhin großen Wert auf seine fachliche Reputation. Mit Stolz teilte er am 25. April 1940 dem Personalamt mit, er habe bei einem wichtigen Werk über Statistik in Deutschland einen Artikel über „Statistik der Wahlen und Volksabstimmungen“ beisteuern dürfen als einer der wenigen Amtsleiter Deutschlands. Er hoffe, „damit auch zum Ruhme der Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein etwas beigetragen zu haben“. Im selben Jahr korrigierte er selbstbewusst das Personalamt, die Bezeichnung „Verwaltungsrat“ sei für ihn nicht zutreffend. Mit Ratsbeschluss von 1934 darf er sich „Direktor“ nennen, was ihm dann auch zugestanden wurde. Im September 1942 hatte die NSDAP-Kreisleitung keine Bedenken gegen eine weitere Beförderung. Seine Aufgaben und seine Fachkenntnisse in Ludwigshafen waren unersetzlich, daher blieb ihm ein auch Kriegseinsatz erspart.

Nachdem Valentin Bauer von der französischen Militärregierung im September 1945 zum Oberbürgermeister ernannt war, bekam Dr. Moll im Oktober 1945 die nächste Beförderung zum Oberverwaltungsrat. Das geschah, um ihn in Ludwigshafen zu halten. Denn er erhielt ein Angebot vom Oberregierungspräsidium in Neustadt a.d.W. zur Koordination der pfälzischen Ernährungsämter. Im August 1946 lautete das Prüfungsergebnis der Zentralen Säuberungskommission über ihn: „Belassung im Dienst“.

In den ersten Nachkriegsjahren war der Statistiker derjenige, der die unfassbaren Kriegsschäden in Zahlen übersetzte. Mit der Belegschaft des Ernährungsamtes sicherte er zudem das tägliche Überleben der Menschen in Ludwigshafen. 1949 veröffentlichte er das Buch „Ludwigshafen in Trümmern“, ein vergleichendes Bildwerk über die Zeit vor und nach der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Seit August 1955 war er Mitglied des von Bürgermeister Ludwig Reichert gebildeten Gremiums für die Neu- und Umbenennung von Straßen. Bei seiner Pensionierung Ende Januar 1964 fasste er sein Arbeitsleben in seiner charakteristischen Weise zusammen: „Ich habe stets versucht, meine Pflicht als Beamter zu erfüllen, ohne meine Mitarbeiter wäre ich aber wie jeder anderer Statistiker hilflos gewesen“ (RP, 1.2.64). Bis zu seinem Tod 1983 lebte er bescheiden im Stadtteil Friesenheim in Ludwigshafen.

Quelle: Personalakte Dr. Karl Moll, StA, LuN 5102

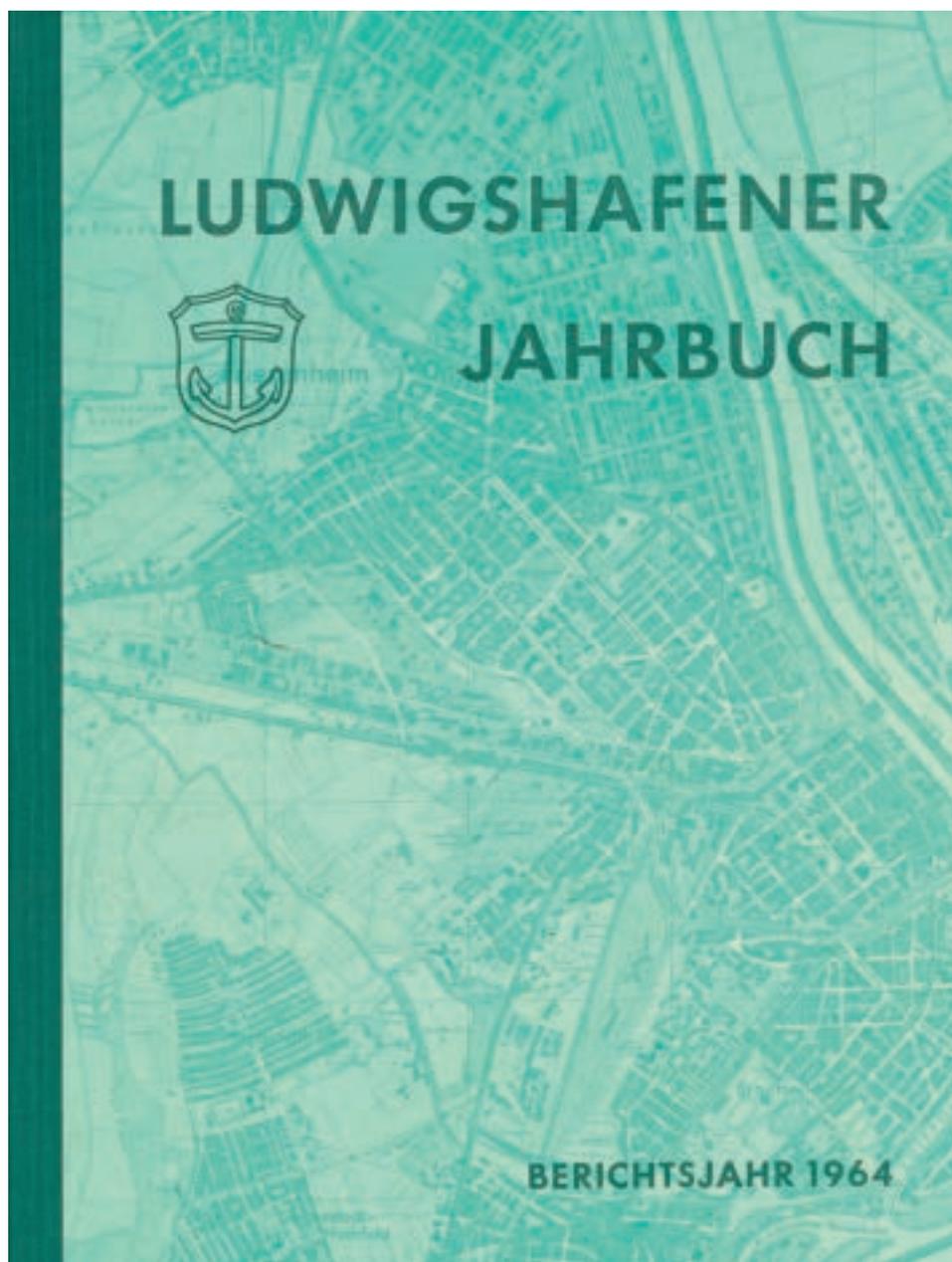


Abbildung 49: Titelblatt Ludwigshafener Jahrbuch 1964

4 Forschen, entwickeln und fördern – 1964 bis heute

Die ersten Jahre nach dem Ausscheiden von Dr. Moll verliefen für das Statistische Amt deutlich wechselhafter als die Jahre davor. Verantwortlich war möglicherweise die rasante Wachstumszeit, die Ludwigshafen seit zehn Jahren erlebte und die erst mit der Ölkrise 1973 gedämpft werden sollte.

Beim 100-jährigen Jubiläum der Stadtgründung 1953 gab es 140 000 Einwohner. Im Jahr 1965 wurde ein neuer bis heute geltender Höchststand mit 179 155 Einwohnern erreicht. Das sei eine Entwicklung, mit der „das bis dahin für möglich gehaltene weit übertroffen wurde“ so Oberbürgermeister Dr. Hans Klüber im Jahr 1964 (VB 1963, S.5). Die Wirtschaftskraft stieg gleichzeitig noch stärker an: Die Reineinnahmen im städtischen Haushalt sind von 40,9 Millionen DM 1953 auf 137 Millionen DM 1963 emporgeschneit, mehr als das Dreifache in nur zehn Jahren. So gestärkt sah der Oberbürgermeister die Stadt in der Lage, in dieser Zeit die Weichen zu stellen „für die Entwicklung im nächsten Jahrhundert“ (VB 1963, S.6).

4.1 Anhaltendes Wachstum und Stadtforschung – die sechziger Jahre

Der Nachfolger von Dr. Karl Moll, Egon Dheus, trat im Oktober 1964 sein Amt an. Er erweiterte die Aufgaben und veränderte das Veröffentlichungswesen, indem er erstens die altgediente Berichtsreihe „Wort und Zahl“ durch neue Schriftenreihen ersetzte und zweitens den Verwaltungsbericht um die statistischen Tabellen zum „Ludwigshafener Jahrbuch“ ergänzte.

Anfang 1965 wurde die erweiterte Aufgabenstellung auch im neuen Namen „Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen“ erkennbar. „Aufgabe der Stadtforschung ist die Erarbeitung der sozialwissenschaftlichen Grundlagen der Stadtentwicklung. Es geht dabei nicht nur um die Erforschung vergangener Strukturen und von den Wachstumskräften, die die Entwicklung der Stadt in der Vergangenheit bestimmt haben. Letztes Ziel der Stadtforschung als Hilfsmittel einer vorausschauenden Kommunalpolitik ist die Feststellung der in der Zukunft auf die Stadtentwicklung einwirkenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren und der sich daraus ergebenden Entwicklungs- und Struktur Tendenzen der Stadt“ (VB 1965, S.20).

Zu den ersten Arbeiten im Rahmen dieses neuen Aufgabenfeldes zählten Basisuntersuchungen über die Problemkreise Struktur und Entwicklung der Bevölkerung, Verkehr, Schulwesen und Wirtschaftsentwicklung. Parallel mussten die teils sehr umfangreichen Arbeiten im Rahmen der Auftragsstatistik erledigt werden. 1965 waren die folgenden Erhebungen durchzuführen: Vorerhebung für den Anbau von Gemüse und Erdbeeren im Februar, Bodennutzungserhebung im März, Bodennutzungserhebung im Mai, Haupterhebung über den Anbau von Gemüse und Erdbeeren im Juli, Bodennutzungsnacherhebung und Obstbaumzählung im Oktober, allgemeine Viehzählung und Erhebung der Weinbestände im Dezember (VB 1965, S. 21).

Verwaltungsplattei- und Lohnsteuerkartenstelle waren weiterhin wichtige Dienstleister für Kunden innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Der anhaltende Zuzug von ausländischen Beschäftigten nach Ludwigshafen ließ die Verständigungsprobleme mit ihnen nicht weniger werden, daher „war es notwendig, dass die Sachbearbeiter der Lohnsteuerkartenstelle die in ihrem Arbeitsgebiet gebräuchlichen Worte in italienischer, griechischer und türkischer Sprache erlernten“ (VB 1964, S. 22). Die Aktualisierungsarbeiten für die Plattei nahmen allerdings wachsenden Raum ein. Rund 60 000 Anschriftenplatten waren jährlich neu zu prägen. Daher wundert es nicht, dass für das Jahr 1966 geplant war, die Einwohner- und Lohnsteuerplattei der Adrema-Anlage auf das Lochkartensystem, das seit 1961 bei der Steuerverwaltung bereits im Einsatz war, umzustellen (VB 1965, S. 22).

Genau nach einem Jahr verließ Egon Dheus Ludwigshafen, um in München die Leitung des Statistischen Amtes zu übernehmen. Dort etablierte er ebenfalls die Themengebiete Stadtforschung und Stadtentwicklung, die in den beiden Großprojekten Stadtentwicklungsplan und Olympische Spiele 1972 ein dankbares Arbeitsfeld fanden³⁸.

Der im Mai 1965 neu gewählte Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig maß seinem ersten Amtsjahr eine besondere Bedeutung zu. Es „brachte wichtige Fortschritte auf dem Wege der Entwicklung Ludwigshafen zu einer modernen, den Forderungen der Zukunft gerecht werdenden Großstadt. Mit der im Frühjahr eröffneten Friedrich-Ebert-Halle hat die Stadt ein städtebaulich markantes Veranstaltungszentrum erhalten, von dem bereits im ersten Jahr durch seine Großveranstaltungen eine weit über Ludwigshafen hinausreichende Ausstrahlung ausging. Das zukünftige kulturelle Zentrum, der neue Pfalzbau, hatte wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. [...] Die großen, für die Lebensfähigkeit unserer Stadt entscheidenden Verkehrsbauten wurden fortgesetzt. Das anhaltende Wachstum Ludwigshafens sowie der sich vollziehende Strukturwandel unserer Gesellschaft werden in Zukunft noch größere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Stadt stellen“ (VB, 1965, S.3). Mit der Betonung des Veranstaltungszentrums schließt sich der Kreis zu den Anstrengungen der Stadtverwaltung Mitte der 1920er Jahre, als man mit der Schaffung des Ausstellungsgeländes im Ebertpark erstmals solche Ziele anstrebte.

Der neue Amtsleiter, Karlheinz Hieb, begann seine Tätigkeit am 1. April 1966. Er hatte sich zuvor bereits um die Nachfolge von Dr. Moll beworben, hatte aber gegen den „qualifizierten Bewerber Dheus aus Düsseldorf“ das Nachsehen (StA, LuN 3386). Er setzte die begonnene Ausrichtung für Grundlagenarbeiten und den Aufbau neuer Informationstechniken fort. Die Veröffentlichungspraxis änderte sich in diesen Jahren mehrfach. Der Verwaltungsbericht erschien zunächst nur drei Jahre weiter als „Ludwigshafener Jahrbuch“, aus Kostengründen wurde diese Praxis aber beendet.

Ende der sechziger Jahre wuchs der neue Schwerpunkt Stadtforschung heran. Das Wählerverhalten bei der Landtagswahl wurde erstmals eingehender analysiert und eine Vorausschätzung der Bevölkerungszahl diente als wichtige Grundlage für die Infrastrukturplanungen im Sozial- und Wirtschaftsbereich. Zum ersten Mal tauchte eine eingehendere Einzelhandelsuntersuchung auf³⁹. Bis dahin war der Einzelhandel allenfalls als eine unter vielen Branchen Gegenstand bei Strukturuntersuchungen zur wirtschaftlichen Situation. Der neue Fokus entstand infolge der durch die Bahnstreckeverlegung aufgeworfenen Fragen zur Neuordnung der Innenstadt. Anhand von Analysen zum Handelsumsatz der Zentren in der Region und Befragungen in der Bevölkerung wurden Wege aufgezeigt, die Position des Einzelhandelsstandorts Ludwigshafen auszubauen.

Für den Aufbau eines digitalen Informationssystems wurden zahlreiche weitere Vorbereitungen getroffen. In Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt wurde die Stadt in ein sog. Blocksystem eingeteilt und sowohl die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung von 1967 als auch diejenigen der Wohnungszählung von 1968 wurden dafür herangezogen (VB 1967/68, S. 18). Die Ergebnisse der Wohnungszählung bildeten die Grundlage für den Aufbau einer Gebäudedatei und die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung für eine Arbeitsstättendatei. Die einheitliche räumliche Auswertung der Daten ermöglichte eine eigens entwickelte kleinräumige Gebietsgliederung, die heute noch eine der wichtigsten Grundlagen für die räumliche Datenauswertung ist. Im Zusammenhang mit der ab etwa 1970 begonnenen landesweiten Umstellung des Einwohnerwesens auf landeseinheitlich zentral gespeicherte Daten in Gebietsrechenzentren, die über

³⁸ Zum weiteren Werdegang von Egon Dheus siehe Kapitel II, Anhang.

³⁹ Situation und Entwicklungschancen des Ludwigshafener Einzelhandels, Statistische Informationen, Heft 2, 1968

Datenfernverarbeitung den Kommunen zugänglich waren, wurde diese Gebietsgliederung auch von anderen Städten in Rheinland-Pfalz übernommen. Neben diesen großen technischen Fortschritten wirkt aus heutiger Sicht die offizielle Einführung eines zentralen Anrufbeantworters für die Stadtverwaltung beinahe antiquiert (StAnz, 1.2.1969).

Das Amt erhielt 1969 den neuen Namen „Amt für Grundlagenforschung, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung“, nachdem es im Juli 1968 vom Dezernat des Kämmers wieder in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters gewechselt war. Zu den Aufgaben gehörten: Stadtentwicklungsplanung, Grundlagenforschung, Statistik, zentrale Zuständigkeit für die Stadtumlandbeziehungen, Wirtschafts- und Verkehrsförderung, Wahlamt, Lohnsteuerkartenstelle und Verwaltungsbericht (VB 1969, S. 15). Die Stadtumlandbeziehungen waren bereits 1962 unter dem Begriff „Stadtregion“ dem Amt übertragen worden. Zum ersten Mal seit 1914 taucht mit dieser Neubenennung die Statistik nicht mehr im Namen des Amtes auf. Dennoch blieben die statistischen Arbeiten das tragende Fundament, ohne das die umfangreichen Planungen zum Stadtentwicklungsplan nicht hätten durchgeführt werden können.

Das Aufgabenfeld der Wirtschaftsförderung gab es bereits seit März 1965, als das Presse- und Werbeamt aufgeteilt wurde in das Presseamt (Amt 13) und das Amt für Wirtschafts- und Verkehrsförderung (Amt 80). Anlass war die Eröffnung der Eberthalle, deren Vermarktung von der Stadtreklame GmbH Ludwigshafen übernommen wurde. Dessen Geschäftsführer Dr. Gerd Böhn übernahm auch die Leitung des Amtes für Wirtschafts- und Verkehrsförderung (VB 1965, S. 126). Die Schwerpunkte seiner Arbeit waren aber mehr die allgemeine Besucherwerbung, die Oster- und Weihnachtswerbung, das Parkfest und der Fasnachtsumzug. 1969 wurde das Presseamt erweitert in ein Amt für Öffentlichkeitsarbeit und übernahm die Werbeaktivitäten des Amtes für Wirtschafts- und Verkehrsförderung. Das Veranstaltungsmanagement und die Vermarktung der Eberthalle gingen in die Vorgängerorganisation der heutigen Lukom GmbH über. Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung im heutigen Sinne, nämlich die Betreuung von Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie die Ansiedlung von Betrieben gingen auf das Amt für Stadtentwicklung über bzw. wurden dort erst aufgebaut.

4.2 Analysen, Prognosen und Konzepte: Stadtentwicklungsplanung ab 1970

Nachdem der Wiederaufbau in Deutschland von den prosperierenden Wachstumsjahren der sechziger Jahre abgelöst worden war, änderten sich auch das Verständnis und die Aufgabenfelder von Städtebau und Stadtplanung. Nach der gegliederten und aufgelockerten Stadt der Nachkriegszeit wurde eine neue Leitthese postuliert: Urbanität durch Dichte⁴⁰. Es setzte sich immer mehr die Auffassung durch, die räumlichen Probleme und die ihnen zugrunde liegenden Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft seien „für eine planerische Einflussnahme zugänglich – und bedürftig“ (Albers, S. 45). Folglich wurde Stadtplanung zu einer „integrierten Planungspolitik“, die noch dazu den hohen Anspruch hatte, die Gesamtentwicklung der Gesellschaft inklusive der Wirtschafts- und Sozialpolitik steuern zu können. Damit betrat das neue Feld der Stadtentwicklungsplanung die Bühne der Fachwelt. Neben einer wachsenden Bürgerbeteiligung trat eine zunehmende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhängen; Planung war sehr schwierig geworden. Es waren nicht nur die Einwohnerzahlen und die städtischen Einnahmen gewachsen. Die Städte wurden mit der zunehmenden Größe unübersichtlicher und damit wurde es wichtig, das System Stadt und seine Eigenarten besser verstehen zu lernen. Die sektorale Sicht einer Fachdisziplin alleine reichte nicht mehr aus, die immer komplexeren, untereinander abhängigen und im Konflikt stehenden Ansprüche an den Stadtraum auszugleichen. München stellte als eine

⁴⁰ Zum Folgenden siehe Albers, 1992, S. 44 ff. und Harlander, 1999, S. 287 ff.

der ersten Städte von 1960 bis 1963 einen Stadtentwicklungsplan auf, auch um damit die wachsenden Verkehrsprobleme aufgrund der gestiegenen Pendlerzahlen in den Griff zu bekommen (Harlander, S. 293). Die anfängliche Zuversicht in das Planbare wandelte sich im Verlauf der siebziger Jahre bald in eine Skepsis, weil die mit der Planung zusammenhängenden politischen Prozesse mit einer „gewissen Zwangsläufigkeit zu Abweichungen von den unter rationalen Gesichtspunkten als sinnvoll angesehenen Entscheidungen“ führten (Albers, S. 47).

Nahezu zeitgleich traten neue Umweltgefahren als Folge des industriellen Wachstums immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit. Schließlich waren die „Grenzen des Wachstums“, 1972 vom Club of Rome publiziert, und die wegen der Ölkrise angeordneten autofreien Sonntage Ende 1973 deutliche Zeichen, die die Arbeit von Stadtentwicklung und Stadtplanung veränderten. Hinzu kam das neue Phänomen des Geburtendefizits in Deutschland im Jahr 1972: Die Zahl der Geburten war geringer als die Zahl der Gestorbenen. Die Bevölkerungszahl würde also ohne Zuwanderung sinken. In Ludwigshafen gab es bereits ein Jahr vorher den ersten Sterbefallüberschuss, 1971 starben 29 Menschen mehr als im selben Jahr geboren wurden⁴¹. Die Faktoren, die von da an die Planung bestimmten, waren nicht mehr alleine Wachstum, sondern auch Stagnation, Umweltverschmutzung und die durch steigende Zuwanderung ausgelösten sozialen Spannungen.

In den Großstädten traten besonders drei Entwicklungen mit ihren jeweiligen Folgen in den Vordergrund. Erstens die in den sechziger Jahren begonnene Abwanderung der deutschen Mittelschicht in das Umland, zweitens die unter anderem dadurch verstärkten Verkehrsprobleme und drittens die Umweltkonflikte.

In Ludwigshafen ist die Zahl der deutschen Einwohner von 1961 bis 1980 um rund 13 000 gesunken, während die Zahl der ausländischen Einwohner um rund 14 000 anstieg. Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat sich von 24 000 im Jahr 1960 auf rund 68 000 im Jahr 1980 fast verdreifacht⁴². Daher galten die ersten großen stadtweiten Planungen überwiegend dem Verkehr. 1965 wurden Untersuchungen angestellt über die „Nord-Süd-Tangente“, die bereits im Wirtschaftsplan von 1956 enthalten war, und 1970 gab es ein weiteres „Gutachten zum Hauptverkehrsstraßennetz im Hinblick auf die künftige Verkehrserschließung der Innenstadt“. In beiden Schriften waren die Hochstraßen in ihrem heutigen Verlauf bereits enthalten und beide waren noch sehr dem Wachstumsglauben verhaftet. 1965 gingen die Verkehrsplaner von künftigen 240 000, 1970 sogar von 250 000 Einwohnern für Ludwigshafen im Jahre 1990 aus⁴³ – für diese „Zielzahlen“ wurden die Verkehrssysteme ausgelegt. In Ludwigshafen fanden die für diese Zeit typischen Forderungen nach dem „verkehrsgerechten Umbau der Innenstädte“ besonders viel Gehör. Die Annahmen zur Einwohnerentwicklung in den Verkehrsgutachten wunden allerdings, denn bereits 1967 veröffentlichte das Amt für Grundlagenforschung eine Einwohnerprognose von rund 190 000 Einwohnern im Jahr 1986⁴⁴. Erst 1979 hatten die Verkehrsgutachter die Prognosen des Amtes in ein Gutachten zur Fortschreibung des Generalverkehrsplans aufgenommen und gingen von 169 000 Einwohnern im Jahr 1990 aus⁴⁵.

⁴¹ Statistisches Jahrbuch 1973, Informationen zur Stadtentwicklung Nr. 8/73, S. 19 und 22

⁴² Heute gibt es in Ludwigshafen rund 93 000 Fahrzeuge.

⁴³ Schaechterle, K., Verkehrsuntersuchung über die Nordsüd-Tangente, Ulm 1965, S. 27 und Schaechterle, K., Gutachten zum Hauptverkehrsstraßennetz im Hinblick auf die künftige Verkehrserschließung der Innenstadt, Ulm 1970, S. 43

⁴⁴ Die Bevölkerungsentwicklung im Raume Ludwigshafen am Rhein in den Jahren 1871 bis 1986, Statistische Informationen, Jg. 1967, Nr. 5, S. 49

⁴⁵ Schaechterle, K. und Holdschuer, G.: Fortschreibung Generalverkehrsplan Ludwigshafen am Rhein 1978, Ulm 1978, S. 8 und Prognose der Bevölkerungsentwicklung und des Wohnungsbedarfs 1975 bis 1990, Informationen zur Stadtentwicklung, Nr. 2/1975, S. 66

Die grundlegenden Stadtforschungen des Amtes Ende der sechziger Jahre gingen dann 1969/1970 fließend über in die integrierte, koordinierende und steuernde Stadtentwicklungsplanung. Auf die Vorreiterrolle von München wurde bereit hingewiesen. Zu München hatte auch der damalige Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig eine besondere Beziehung. Er schreibt in seinen Erinnerungen: „Die Entwicklung einer Stadt muss langfristig geplant werden. Dr. Hans-Jochen Vogel – mit dem ich in der SPD und im Städtetag eng zusammenarbeitete – hatte als Oberbürgermeister in München eine Stabstelle eingerichtet, nach deren Vorbild ich das Amt für Stadtentwicklung und Grundlagenforschung einrichtete, das mir unmittelbar unterstand“ (Ludwig, S. 160).

Im Jahr 1970 folgten dann die ersten Schritte in der neuen Disziplin. „Die Hauptaufgabe des Amtes ist die Aufstellung des Stadtentwicklungsplans“, weshalb auch die personellen Voraussetzungen geschaffen werden mussten: vier neue Mitarbeiter widmeten sich dieser umfangreichen Aufgabe (VB 1970, S. 16). Zunächst waren die erforderlichen Unterlagen und Voruntersuchungen mit den Dezernaten abzugrenzen. Nachdem Zielvorstellungen für die Gesamtentwicklung der Stadt erarbeitet waren, wurden sie mit denjenigen der Fachbereiche abgeglichen hinsichtlich möglicher Zielkonflikte und Prioritäten. Als ein weiterer Baustein war ein langfristiger Investitionsplan vorgesehen. Die ersten „Vorarbeiten auf dem Gebiet der Schulentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit dem Schulverwaltungsamt waren weit gediehen“ und ein „Koordinierungsausschuss Stadtentwicklung“ wurde 1970 gegründet (VB 1970, S.16f.).

Im Jahr 1971 entstand eine sehr bemerkenswerter „Bericht über die Lage der Gastarbeiter in Ludwigshafen am Rhein“ (SI, Jg 1971, Nr.2). Um mehr über die Lebensumstände der Gastarbeiter zu erfahren, wurden 3000 Fragebögen in den Sprachen Griechisch, Italienisch, Serbokroatisch, Spanisch und Türkisch verteilt. Ein Rücklauf von 30% zeugte von einem Interesse der Befragten. Die Ergebnisse wurden im November im Stadtrat vorgestellt und diskutiert, wobei sich die Stadträte einig waren: „Die soziale Situation der in der Chemiestadt lebenden rund 20 000 Gastarbeiter – Italiener, Griechen, Jugoslawen, Türken und Spanier – muss verbessert werden“; „die Untersuchung macht allgemein deutlich, dass viele der Gastarbeiter mittlerweile regelrecht als Einwanderer zu sehen sind“ (RP, 17/18.11.1971). Hinzukamen zwei weitere Untersuchungsbereiche. Zum einen wurden die Umweltverhältnisse in Ludwigshafen und deren Beeinflussbarkeit, besonders der Verkehrslärm und die Luftverunreinigung, untersucht. Zum anderen wurde der Frage nachgegangen, welche Rolle die Ausstattung mit Geschäften für die weitere Entwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile spielen würde (VB 1972, S. 13). Gleich zu Beginn des sehr ehrgeizigen Planungsmarathons wurden aber auch seine Grenzen erkannt. Die übrigen Fachdienststellen waren wegen der Belastung durch laufende Arbeiten nur begrenzt in der Lage, die erforderliche Mitarbeit zu leisten. „Das Amt für Stadtentwicklung ist jedoch unbedingt auf ein stärkeres Engagement der Fachdienststellen angewiesen, um den Entwurf des Stadtentwicklungsplans, wie vorgesehen, Ende 1973/Anfang 1974 fertigzustellen“ (VB 1971, S. 18).

In diesem Planungsprozess kamen von Beginn auch Überlegungen zur regionalen Kooperation auf den Tisch. Ausgelöst hatte sie ein „Gutachten über die Kooperation der Oberzentren: Möglichkeiten der Zusammenfassung der öffentlichen Dienste“ im Rahmen des Entwurfs zum Raumordnungsplan Rhein-Neckar. Allerdings war dessen Ergebnis ernüchternd, denn wegen der unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen in den beteiligten Ländern könnten „höchstens einzelne Verwaltungsaufgaben“ koordiniert werden (StA LuN 3771). Dennoch hatte der Ludwigshafener Amtsleiter für Stadtentwicklung gleich eine Gliederung für ein gemeinsames Stadtentwicklungsprogramm Mannheim-Ludwigshafen allen Dezernenten vorgelegt. Es liegen jedoch keine Belege über den Fortgang dieser Überlegungen vor.

Parallel zur Stadtentwicklungsplanung begann der andere neue Zweig des Amtes, die Wirtschaftsförderung, mit ersten Aktivitäten. Die Gespräche mit dem Ziel der Ansiedlung von neuen Unternehmen führten zu ersten Erfolgen. Für den Bau eines Hotels der amerikanischen Hotelkette Ramada auf dem Bahnhofsvorplatz und eines SB-Großmarkts der Firma Metro an der Maudacher Straße fasste der Stadtrat 1971 entsprechende Beschlüsse. Weitere Gespräche wurden mit den von der Hemshof-Sanierung betroffenen Betrieben geführt (VB 1971, S. 19). Die Wirtschaftsförderung nahm offenbar einen wachsenden Raum ein, denn bereits im Februar 1972 wurde sie in eigenes Amt für Wirtschaftsförderung ausgegliedert (Amt 24, VB 1972, S. 14). Parallel zu diesen Umstrukturierungen veränderten sich die Arbeitsbedingungen bei der Stadtverwaltung. Zwischen 1969 und 1974 reduzierte sich die wöchentliche Arbeitszeit in mehreren Stufen von 45 auf 40 Wochenstunden. 1971 wurde nach einer 6-monatigen Probezeit im Stadthaus Jubiläumsstraße die gleitende Arbeitszeit für alle Dienststellen eingeführt und mit ihr auch die Zeiterfassung durch Stechuhren (VB 1969 - 1974).

Die umfangreichen Materialien zum Stadtentwicklungsplan waren der Anlass für die neue Schriftenreihe „Informationen zur Stadtentwicklung“, die ab 1972 erschien und dem Stadtrat und der Öffentlichkeit die Untersuchungsergebnisse zugänglich machte. „Die zahlreichen Veröffentlichungen waren auch eine wertvolle Entscheidungshilfe für den Stadtrat“, blickt Dr. Werner Ludwig zurück (Ludwig, S. 160).

Seit 1974 hieß das Amt einem Trend hin zu kurzen Bezeichnungen folgend nur noch „Amt für Stadtentwicklung“ (VB 1974, S. 17). Im darauf folgenden Jahr gab das Amt den letzten „Verwaltungsbericht 1974“ heraus. Damit fand eine seit 1894 bestehende und die Arbeit der Stadtverwaltung wertschätzende Tradition ihr Ende und mit ihr versiegte eine wertvolle Quelle vielfältiger Informationen.

Die Arbeiten zum Stadtentwicklungsplan hatten zwischen 1974 und 1978 ihre Hochphase. Noch Ende 1973 wurden dem Planungsausschuss „ein erster Entwurf eines Stadtentwicklungsplanes vorgetragen und im Anschluss daran wurden acht Arbeitsgruppen aus verschiedenen Dienststellen gebildet, welche den Entwurf mit den fachspezifischen Zielen zu überprüfen begannen“ (VB 1973, S. 14). In diesen Arbeitsgruppen waren insgesamt 18 Ämter vertreten und befassten sich mit den folgenden Themen: Verkehr, Bildung, Freiflächen, Sport, Soziales, Gesundheit,

Wirtschaft, Wohnungsbau und Verwaltungsgliederung. Deren Ergebnisse führten zu einem zweiten Entwurf im Herbst 1974.

1975 begann die neue Schriftenreihe „Stadtentwicklungsplanung“. In der Reihe sollten „Ergebnisse unserer integrierten Stadtentwicklungsplanung veröffentlicht werden. Der Öffentlichkeit werden nicht nur konkrete Planungen vorgestellt, sondern auch Hintergründe dargelegt, die zu diesen Vorstellungen und



Abbildung 50: Teamarbeit beim Amt für Stadtentwicklung

Planungen geführt haben.“⁴⁶ Das erste 1975 erschiene Heft mit dem Titel „Entwicklungskonzept für die Ludwigshafener Innenstadt“ hat die gewaltigen Umstrukturierungen und Neuordnungen in der Folge der Bahnhofsverlegung zum Inhalt. Diesen Planungen gingen jahrelange Diskussionen und Alternativen voraus, bei denen 1971 erste Verfahren einer Bürgerbeteiligung angeboten wurden (Abb. 43).

Ein zweites wichtiges Werk dieser Reihe war das „Langfristige Entwicklungskonzept“, das der Stadtrat im Dezember 1976 beschlossen hat⁴⁷. Dieses Konzept sollte laut Vorwort von Ober-

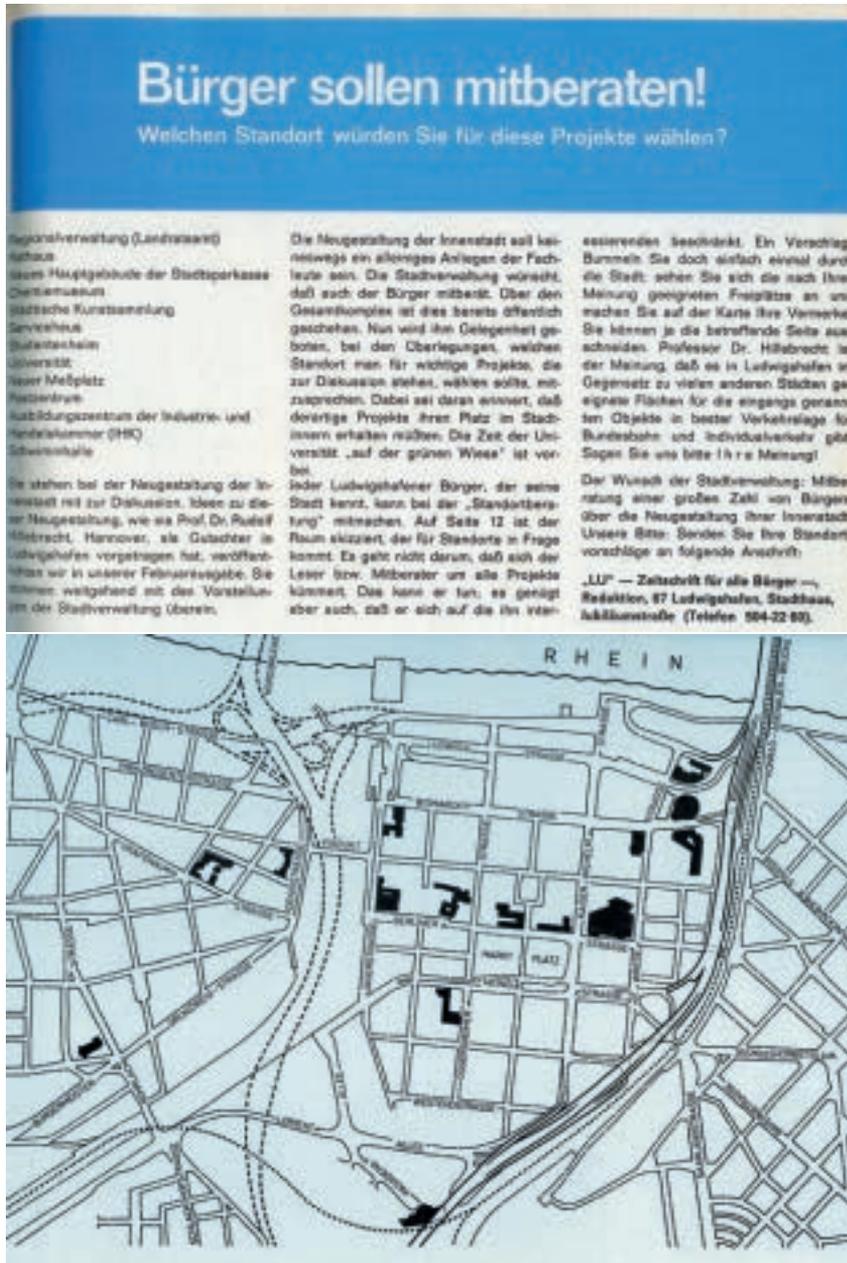


Abbildung 51: Bürger sollen mitberaten (Zeitschrift Lu, Februar 1971)

bürgermeister Dr. Ludwig der Stadt einen Orientierungsrahmen geben, der es ermöglicht, „eine flexible, auf Entwicklungsschwankungen reagierende mittel- bis kurzfristige Planung zu betreiben, ohne dabei die langfristigen Ziele aus den Augen zu verlieren. Auch werden die Beurteilung von Auswirkungen einzelner Maßnahmen auf die Stadtstruktur und die Festlegung von Rangfolgen erleichtert“. Es lieferte viele Aussagen und Grundlagen für den neu aufzustellenden Flächennutzungsplan. Formal bekam das Entwicklungskonzept durch eine Änderung des Bundesbaugesetzes zum 1. Januar 1977 etwas mehr Gewicht. Denn es galt nun als gemeindliche „Entwicklungsplanung“, deren Ergebnisse bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen sind, soweit sie städtebauliche Bedeutung haben.

⁴⁶ Entwicklungskonzept für die Ludwigshafener Innenstadt, Stadtentwicklungsplanung Ludwigshafen Rhein, Reihe A, Nr. 1, 1975

⁴⁷ Langfristiges Entwicklungskonzept, Stand 1976/77, Stadtentwicklungsplanung Ludwigshafen, Dezember 1977, Beschluss Stadtrat StA, PA II 1/59, S. 440-447 und 472-539. In derselben Sitzung des Stadtrats wurde die Offenlage des Flächennutzungsplans auf den Weg gebracht, der schließlich am 6. Juli 1977 beschlossen wurde.

Im Vorwort des langfristigen Entwicklungskonzepts wurde auch näher erläutert, was die Stadtverwaltung unter Stadtentwicklungsplanung verstand. Eine „koordinierende Stadtentwicklungsplanung“ sollte die „Grundlagen für die kommunalpolitischen Entscheidungen durch eine Gesamtsicht der die Stadtentwicklung beeinflussenden Faktoren und Maßnahmen“ verbessern. Sie ist in drei Stufen mit unterschiedlichen zeitlichen Reichweiten gegliedert. Mit dem Langfristigen Entwicklungskonzept liegt die erste Stufe vor. Die zweite Stufe, „das ca. 15 Planungsjahre umfassende Stadtentwicklungsprogramm 1990, wird in Kürze im Entwurf vorgelegt. Die dritte



Abbildung 52: Plan langfristiges Entwicklungskonzept, 1976

Stufe, die 5-jahrigre Finanz- und Investitionsplanung, ist bereits seit einigen Jahren realisiert und wird laufend fortgeschrieben“.

Dieses umfangreiche Konstrukt „Stadtentwicklungsplanung“ war ganz typisch für viele deutsche Großstädte in den sechziger und siebziger Jahren. Es war gekennzeichnet von einer wissenschaftlichen Grundlage und dem umfassenden Anspruch, möglichst alle städtebaulichen und gesellschaftlichen Problemfelder steuern zu können. Aber dieser Anspruch war überzogen, weshalb die Planungsprozesse in vielen Städten nach Jahren ins Stocken gerieten, nur teilweise zu Ende verfolgt wurden oder an ihrer eigenen Kompliziertheit scheiterten⁴⁸. In Ludwigshafen wurden mit dem Langfristigen Entwicklungskonzept und dem 1977 beschlossenen Flächennutzungsplan wesentliche Aussagen für die räumliche und städtebauliche Entwicklung getroffen, die Zug um Zug auch umgesetzt wurden. Zusätzlich gab es zwischen 1976 und 1979 weitere Fachplanungen zum Stadtentwicklungsprogramm: Sportstatzen-Leitplan, Landschaftsplan, Kindergartenbedarfsplan, Sozialplan und Spielplatzbedarfsplan. Die umfassende Klammer „Stadtentwicklungsprogramm 1990“ blieb jedoch eine unvollständige Sammlung einzelner Fachpläne („Stand September 1976/77“), wurde als Programm nicht beschlossen, blieb hinter seinen eigenen Ansprüchen weit zurück und wurde in den Folgejahren nicht mehr regelmäßig aktualisiert.



Abbildung 53: Stadtrat in den 1970er Jahren, heute Vortragssaal der Volkshochschule

Die Statistik geriet bei diesen Schwerpunkten der planenden Stadtentwicklung zwangsläufig etwas ins Hintertreffen. Die letzte Volks-, Berufs- und Arbeitsstatzenzahlung war 1970 abgeschlossen. Die Daten vom Statistischen Landesamt hatten nicht die für die Stadtentwicklungsplanung erforderliche Tiefengliederung und mussten manuell aufbereitet werden. Einen Teil der Daten wertete jedoch auch das Rechenzentrum aus. Durch die neuen Techniken der elektronischen Datenverarbeitung war man überhaupt erst in der Lage, die Fülle von Daten für die

⁴⁸ Wachten, Kunibert, Konzepte und Leibilder: Spiegelbilder des gesellschaftlichen Wandels, Vortrag beim Deutschen Institut für Urbanistik, Oktober 2013

Zwecke der Stadtentwicklungsplanung nutzen zu können. Die Ergebnisse der Zählung von 1970 waren der Anlass für die Veröffentlichung des nach 1963 dritten Statistischen Jahrbuchs im Jahr 1973. Erstmals seit Bestehen des Amtes wurden nur sehr knappe Angaben über den Verlauf der Volkszählung zusammengestellt (in Informationen zur Stadtentwicklung, Nr. 3/1972).

Die erwähnten wachsenden Umweltkonflikte seit Beginn der 70er Jahre erweiterten erheblich die Arbeitsinhalte des Amtes. Die ersten Untersuchungen, die häufig mit externem Sachverstand und der Mitarbeit anderer städtischer Ämter zustande kamen, galten „Problemen der Lärmbekämpfung“ (1972), „Problemen der Luftreinhaltung“ (1972), dem „Bestand und Bedarf von Grünflächen und Freiräumen“ (1973) und der „Belastung durch Industrie- und Verkehrslärm“ (1974). Die Stadtverwaltung veranstaltete 1973 die erste Umweltschutz-Woche. „Hierbei wurde unter Federführung des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit der Versuch unternommen, gemeinsam mit der Ludwigshafener Industrie einmal auf die Umweltgefahren hinzuweisen, das Umweltbewusstsein der Bürgerschaft zu stärken und – wenn möglich – Beweise für einen fortschrittlichen Umweltschutz aufzuzeigen“ (VB 1973, S. 16). Die Veranstaltung, bei der auch eine erste „Müllbroschüre“ herausgegeben wurde, fand eine „gebührende Beachtung“. Später wurden weitere Themen bearbeitet: das Stadtklima (1977), die ökologische Situation im Maudacher Bruch (1979) und ein „ökologisch-wasserwirtschaftliches Konzept zur Stauhaltung im Maudacher Bruch“ (1981) sowie zuletzt eine Betrachtung über „Grundwasserentwicklung und Wasserverbrauch in Ludwigshafen“ (1983).

4.3 Die Themenvielfalt wächst – die 80er und 90er Jahre

In den 1960er Jahren waren die Aufgabenfelder Stadtforschung und Grundlagenarbeiten zur reinen Statistik hinzugekommen. In den 1970er Jahren gingen diese Felder fließend in den Komplex der Stadtentwicklungsplanung über. Es gab aber seit den 1960er Jahren einige Themen, die gewissermaßen im Hintergrund sehr beständig zu den Daueraufgaben zählten. In erster Linie ist das die Berichterstattung über die klassischen Statistik-Gebiete Bevölkerung, Bauwesen, Wirtschaft, Lebenshaltungskosten und Wahlen sowie die Organisation von Wahlen. Ab 1974 wurden diese Zahlen im Statistischen Jahresbericht jährlich und in Wahlberichten nach jeder Wahl zur Verfügung gestellt. Ein anderer Themenkomplex wurde jedoch sehr früh über den normalen Berichtsweg hinaus behandelt: das Bildungswesen. Möglicherweise befördert durch die von Georg Picht in den sechziger Jahren ausgelöste Debatte um die deutsche Bildungskatastrophe wurden 1964 der Realschulbedarf und 1965 die Entwicklung der Schülerzahlen in den allgemeinbildenden Schulen und in den Berufsschulen untersucht. Nach weiteren Analysen entstand 1971 ein Entwurf des ersten Schulentwicklungsplans. Die regelmäßigen Berichte, Bedarfs- und Entwicklungspläne im Bildungswesen sind seit den 1960er Jahren durchgehend bis heute eine der kontinuierlichen Aufgabengebiete des Bereichs Stadtentwicklung.

In den achtziger und neunziger Jahren kamen aufgrund neuer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen weitere Gebiete hinzu. Hierzu zählen die Themen Verkehr, Stadterneuerung, Sozialplanung und Meinungsforschung durch Umfragen. Aufgrund von Änderungen im Landesrecht kam das Einwohnermeldewesen von der Landeshoheit zurück in die städtische Verantwortung.

Exkurs: Einwohnermeldeamt

Das Einwohnermeldewesen gehörte seit dem 1. Januar 1987 wieder – nach 45 Jahren – zum Amt. Diese hoheitliche Aufgabe war nicht immer bei derselben Behörde angesiedelt. Das Hauptamt der Stadt Ludwigshafen hatte 1947 umfangreiche Argumente zusammengestellt, um damit für die Zuordnung des Meldewesens zur Stadtgemeinde bzw. zum Oberbürgermeister zu kämpfen. Es hatte zwar auch zahlreiche andere rheinland-pfälzische Städte auf seiner Seite, sein Ansinnen blieb aber erfolglos. In diesem Zusammenhang entstand folgender kurzer historischer Abriss (StA LuN 2788, S. 17-21).

Erst die Gemeindeordnung von 1869 brachte den pfälzischen Gemeinden das kommunale Selbstverwaltungsrecht, das später in der bayerischen Gemeindeordnung weiter bestand. Es gab jedoch eine Ausnahmemöglichkeit, die Sicherheitspolizei einer staatlichen Behörde zu übertragen, was in Ludwigshafen durch Gründung des Polizeipräsidiums auch geschah. 1930 wurde die Polizei mit dem Hinweis auf Regelungen im Friedensvertrag verstaatlicht und die kommunale Schutzmannschaft dem Polizeipräsidium zugeordnet. Die Verwaltungspolizei (u.a. Meldewesen) blieb aber bei der Stadt. Im März 1938 ordnete der Reichsminister des Innern nach dem Vorbild Preußens die Zuordnung aller Polizeiaufgaben den Ländern zu, gegen den Widerstand des deutschen Gemeindetags. In der Pfalz wurde dies erst am 20. März 1940 vollzogen. Nach 1945 wurden die Aufgaben des Meldeamts zunächst von den Ortspolizeidienststellen wahrgenommen, die Besatzungsbehörden wendeten sich mit Aufträgen immer direkt an die Oberbürgermeister.

Die Landesverordnung vom Mai 1947 entzog den rheinland-pfälzischen Gemeinden die Polizeidienststellen und baute Landesbehörden auf. Die Militärregierung stellte ihre Anfragen aber weiterhin an die Oberbürgermeister, die wiederum zur Beantwortung auf die Zuarbeit der polizeilichen Meldestellen angewiesen waren, wobei die „Staatsbehörden die gebotene Unterstützung vermissen“ ließen.

Das Einwohnermeldeamt blieb bis zum Ende des Jahres 1986 eine Abteilung des Polizeipräsidiums Ludwigshafen im Erdgeschoß in der Wittelsbachstraße 3. Ab 1. Januar 1987 kam die Zuständigkeit für die Verwaltungspolizei per Landesgesetz wieder an die Kommune zurück. Neben dem Einwohnermeldewesen wechselten das Ausländerwesen, die Überwachung des ruhenden Verkehrs und die Bußgeldstelle zur Stadtverwaltung. Allein an Personalkosten wurde mit 2,7 Millionen Mark Mehrausgaben gerechnet, die zum Teil durch Einnahmen der Bußgeldstelle ausgeglichen werden könnten. Für den Oberbürgermeister war die Zuständigkeit für das Meldewesen ein wichtiger Schritt, denn bei einem Umzug müsse jemand nicht mehr zur Polizei, sondern zu einer Anlaufstelle im Rathaus, wo er andere den Umzug betreffende Dinge miterledigen kann; „wenn eine Sache wichtig ist, dann muss man sich das notfalls auch was kosten lassen“ (RP, 25.4.1986).

Das Einwohnermeldeamt war die Abteilung fünf des Amts für Stadtentwicklung und Einwohnerwesen (12-5) und hatte seinen Hauptsitz im Erdgeschoß im Rathaus. Es kamen 1995 die Bürgerservicestellen in den Stadtteilen Oppau, Oggersheim und Mundenheim (bei der Kfz-Zulassungsstelle) hinzu. Im Jahr 1995 wechselte das Einwohnermeldewesen im Rahmen der großen Verwaltungsneuorganisation zum Dezernat Finanzen, Ordnung und Bürgerdienste in die neu gegründete Sparte „Bürgerdienste und Sozialversicherungswesen“ (2-25), wo es noch heute seine Heimat im Bereich Bürgerdienste (2-16) hat.

Der Umweltsektor wurde zunächst noch weiter bearbeitet. Den ersten umfassenden Umweltbericht erstellte das Amt 1986, acht andere Dienststellen hatten daran mitgearbeitet⁴⁹. Danach wurden nur noch drei Publikationen über Umweltthemen veröffentlicht. 1989 über die „Ozonbelastung der Ludwigshafener Luft“, 1990 der zweite Umweltbericht und 1991 über die „Schadstoffe in der Ludwigshafener Luft – eine vergleichende Betrachtung“. Zum Jahresbeginn 1994 wurde das Umweltamt (heute Bereich Umwelt) im Baudezernat gegründet. Obwohl das Amt für Stadtentwicklung davon personell und organisatorisch nicht direkt betroffen war, wurde die Berichterstattung und Forschung über den Umweltsektor im Rahmen der großen Verwaltungsreform Mitte der 90er Jahre aufgegeben. Der dritte Umweltbericht erschien dann erst wieder im Jahr 2003 anlässlich des Stadtjubiläums ebenso in der Verantwortung des Bereichs Umwelt wie der jüngste und vierte Umweltbericht aus dem Jahr 2009. Im Jahr 2014 ist der nächste Umweltbericht geplant.

Ursprünglich sollte 1983 wieder eine Volkszählung stattfinden, die aber ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 1983 vorerst stoppte. Schließlich wurde die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung nach Änderungen am Personen-Fragebogen 1987 durchgeführt, trotz massenhafter Boykottaufrufe und Verweigerungen. In Ludwigshafen wurden die ersten Ergebnisse 1989 veröffentlicht. Das umfangreiche Zahlenmaterial bildete anschließend eine der Grundlagen für das nach 20 Jahren wieder erschienene Statistische Jahrbuch von 1992. Der Verlauf der Volkszählung wurde nicht dokumentiert.

Mitte der achtziger Jahre kamen verstärkt Untersuchungen zu Verkehrsfragen in den Blickpunkt. Verkehr spielte zwar sehr früh in der Amtsgeschichte eine große Rolle, jedoch vor allem unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsbedürfnisse, zum Beispiel Handel und Hafen. Nun kam das Interesse vielmehr aus dem Städtebau heraus, es ging um die stadtverträgliche Bewältigung der wachsenden Verkehrsmengen. Den Anfang machten damals Studien über den Stellplatzbedarf in mehreren Quartieren, die fast alle auch Stadterneuerungsgebiete waren, in denen die Fragen nach der Zahl bereitzustellender Stellplätze (privat und öffentlich) und nach dem Bedarf von Anwohnerparkplätzen beantwortet werden sollten. 1992 wurde schließlich eine „Integrierte Verkehrskonzeption 2000“ zusammen mit zahlreichen anderen Dienststellen⁵⁰ und mit öffentlichen Diskussionsrunden erstellt.

Im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung waren die sozialen Themen verstärkt in den Vordergrund gerückt. Die in den 70er Jahren erstellten Pläne wurden bereits erwähnt. Die erste Fortschreibungswelle setzte etwa zehn Jahre später ein. 1984 wurden der Stadtjugendplan und 1988 der Sozialplan aktualisiert. Zwischen 1981 und 1986 entstanden mehrere Studien zur Situation der Ausländer im Rahmen des KAAL-Projekts⁵¹, wobei auch ausländische Schüler in den Blick genommen wurden. In derselben Zeit wurden viele Materialien zur Situation der Jugendlichen in der Stadt veröffentlicht. 1982 wurde die erste Jugendbefragung durchgeführt. Darauf folgten Studien über die Straffälligkeit Ludwigshafener Jugendlichen (1983), die Jugendgerichtshilfe (1983, 1991) und die Jugendkriminalität (1986). Zu Beginn der neunziger Jahre wurden die Untersuchungen zur Sozialstruktur weiter fortgeführt. 1990 wurde der Sozialplan erneut fortgeschrieben und die Sozialstruktur wurde anhand der Volkszählungsdaten von 1987 dargestellt. Der „Bildungserfolg“, der Allgemeine Sozialdienst, die Jugendhilfe und die Jugendgerichtshilfe in Ludwigshafen

⁴⁹ Ämter für Stadtentwicklung, öffentliche Ordnung, Stadtplanung, Tiefbau, Grünflächen, Stadtreinigung und die Feuerwehr; außerdem die Technischen Werke Ludwigshafen (TWL) und das Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht.

⁵⁰ Der Arbeitsgruppe „Verkehrskonzeption 2000“ gehörten an: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanungsamt, Tiefbauamt, Straßenverkehrsamt, Verkehrsbetriebe Ludwigshafen (VBL) und Ludwigshafener Betriebsgesellschaft (LUBEGE).

⁵¹ KAAL: Koordinationsstelle für Ausländerarbeit in Ludwigshafen

wurden 1991 beleuchtet. 1993 folgte die Neuauflage des Spielraumbedarfsplans und es wurden die Situation der Alleinerziehenden und der stationären Altenpflege und 1994 die Entwicklungen bei der Sozialhilfebedürftigkeit, bei den kommunalen Sozialleistungen („Sozialreport“) und beim Allgemeinen Sozialdienst untersucht. Nach einigen Jahren Pause widmete sich 1998 eine eigens durchgeführte Befragung der Lebenssituation der Jugendlichen in Ludwigshafen und im Jahr 2000 wurde der jüngste Sozialplan aufgestellt. All diese Pläne und Konzepte wurden regelmäßig in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachdienststellen erarbeitet, die Rolle des Amtes für Stadtentwicklung war stets die Bereitstellung von Grundlagendaten aus der Statistik und die Einbindung der Inhalte in die Ziele der Stadtentwicklung.

Ein weiteres neues Arbeitsfeld entstand 1993 mit der ersten Bürgerumfrage in Ludwigshafen, deren Ergebnisse in drei Publikationen erläutert wurden. Im ersten Heft lautet eines der zentralen Ergebnisse⁵²: „Die Bürger von Ludwigshafen sind mit ihrer Stadt zufrieden. [...] Der hohe Rücklauf – bei der deutschen Bevölkerung liegt die Quote bei fast 60% – dokumentiert die große Akzeptanz, die die Ludwigshafener dieser neuen Form der Bürgerbeteiligung zuerkannt haben. Das Ziel, mit der Bürgerumfrage neue Formen der Beteiligung der Bevölkerung am kommunalpolitischen Geschehen zu finden – gleichsam einen breiten Dialog einzuleiten zwischen Bürger und Stadt – wurde damit erreicht.“ Bürgerumfragen wurden anschließend in den Jahren 2001, 2003 und 2011 durchgeführt, jeweils mit wechselnden Schwerpunktthemen⁵³. Ebenfalls zu Beginn der 90er Jahre ist in Ludwigshafen eine Tendenz zu beobachten, die in vielen deutschen Städten aufgetreten war. Die Diskussionen der Stadtentwicklung verliefen stärker im Zusammenhang mit städtebaulichen Großprojekten, die infolge von Umstrukturierungen aufgrund der Aufgabe von Verkehrs-, Industrie- oder Hafenflächen notwendig geworden waren⁵⁴. In Ludwigshafen war dies die Neunutzung des Gebiets am „Rheinufer Süd“, wo die Industriefirmen Halberger Hütte und Walzmühle ihren Betrieb einstellten und das Straßenbahndepot verlagert wurde. Die Entwicklungsvorstellungen mündeten schließlich in den 1991 vom Stadtrat beschlossenen Rahmenplan für dieses Gebiet.

Als der Stadtrat im Jahr 1993 den Beschluss fasste, den seit 1977 gültigen Flächennutzungsplan fortzuschreiben, beauftragte er die Verwaltung, auch das „Langfristige Entwicklungskonzept“ von 1976 zu aktualisieren und dem Flächennutzungsplan zugrunde zu legen. Als erster Schritt wurde das „Stadtentwicklungsprogramm, Leitlinien zur Zukunftssicherung Ludwigshafens“ dem Stadtrat 1994 vorgelegt, das das Programm aus den siebziger Jahren aufgriff und in dem neben den Leitlinien auch die noch zu bearbeitenden Fachkonzepte benannt sind. In der Folge blühte die Konzeptarbeit auf: Wirtschaftsentwicklungsprogramm und Entwicklungsplanung City 1994, Stadtmarketing 1995, Kindertagesstättenplanung, Einzelhandelskonzeption und Biotopverbundplanung 1996, Handlungskonzept Wirtschaft 1997 sowie Wohnbaukonzeption und Fortschreibung Rahmenplan Rheinufer Süd 1998. Zwischenzeitlich wurden die zahlreichen Einzelkonzepte in den Entwurf „Stadtentwicklungskonzept 2010“ (1997) zusammengefasst. Dieser Entwurf wurde zusammen mit einem ersten Stadium des Flächennutzungsplans in einer Klausurtagung der Stadträte im Juni 1997 im Naturfreundhaus Hertlingshausen vorgestellt und anschließend in den Ortsbeiräten und mit der Bürgerschaft diskutiert. Zur Beteiligung der Bürgerschaft erstellten die befassten Bereiche ein Informationsfaltblatt, das breit an die Haushalte in Ludwigshafen verteilt wurde. Auch wurde bereits das damals noch relativ neue Medium Internet für die Bereitstellung von Informationen genutzt; im Sommer 1996 hat die Stadt Ludwigshafen ihre ersten Internetseiten freigeschaltet (Neue Lu, 6/1996, S.13).

⁵² Bürgerumfrage 1993 – Zufriedenheit der Bürger mit ihrer Stadt, Informationen zur Stadtentwicklung 12/1993, S. 1, auch für die folgenden Zitate.

⁵³ Im Zusammenhang mit der Entwicklung eines neuen Stadt-Leitbildes fand 2013 eine weitere Bürgerumfrage statt, deren Ergebnisse aber bis Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht waren.

⁵⁴ Wachten, K.: Konzepte und Leibilder: Spiegelbilder des gesellschaftlichen Wandels, Vortrag beim Deutschen Institut für Urbanistik, Oktober 2013



Abbildung 54: Faltblatt Flächennutzungsplan 1997

Als sich der Flächennutzungsplan langsam seiner Beschlussfassung näherte, nahmen die Konflikte – gerade auch wegen des Flächennutzungsplans – in der Stadtratskoalition von SPD und Grünen zu und führten schließlich gegen Ende 1998 zum Bruch der Koalition. Daraufhin strebte Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schulte einen Beschluss des Flächennutzungsplans mit der CDU an. Da sich die beiden Parteien beim Flächennutzungsplan einig waren, aber ihre Auffassungen an einigen Stellen des Stadtentwicklungskonzepts auseinander lagen, blieb dieses Konzept im Entwurf stecken, während der Flächennutzungsplan im Frühjahr 1999 beschlossen wurde. Aus fachlicher und verfahrenstechnischer Sicht war dieses Vorgehen deshalb nicht problematisch, weil die für den Flächennutzungsplan wichtigen Aussagen über Flächenbedarfe bereits vorher durch einzelne Beschlüsse des Stadtrats gesichert waren. Dieser umfangreiche Planungsprozess zum Flächennutzungsplan führte im Amt für Stadtentwicklung zu einer nach den siebziger Jahren neuerlichen Verschiebung der Schwerpunkte hin zu städtebaulichen und planerischen Themen zu Lasten der statistischen und analytischen Aufgaben.

Die neunziger Jahre waren aufgrund der in kurzer Zeit sehr prekär gewordenen Haushaltslage und dem daraus resultierenden enormen Druck zum Einsparen geprägt von grundlegenden

Organisationsveränderungen in der Stadtverwaltung. Mit der Verwaltungsreform „Ludwigshafen 2000“ wurden viele Arbeitsfelder hinterfragt, Aufgaben gestrichen oder neu zugeordnet und die klassischen Bezeichnungen innerhalb der Verwaltung durch neue ersetzt. Es entstanden die Fachbereiche und aus Ämtern wurden Sparten, die alle ihre Leitbilder formulierten. Da sich dieser Prozess naturgemäß über mehrere Jahre hinzog, ist es verständlich, wenn manche Strukturen mehrfach überdacht wurden.

Aufbau und Zusammensetzung des Amtes für Stadtentwicklung erfuhren als Ergebnis der Verwaltungsreform einige Änderungen. Ende 1994 war der Amtsleiter Karlheinz Hieb nach 28 Jahren in den Ruhestand gegangen. Die Führung der Amtsgeschäfte übernahm vorübergehend sein Stellvertreter, Harald Kühne, bis Ende 1995 der bisherige Mitarbeiter, Volker Adam, zum neuen Amtsleiter ernannt wurde. Mit dieser Personalie änderte sich auch die Struktur des Amtes, das von nun an „Sparte“ hieß. Die Abteilung 5 war bereits ausgegliedert in die Sparte „Bürgerdienste und Einwohnerwesen“. Mit dieser Umstellung verlor die Sparte eine der seit 80 Jahren zentralen Aufgaben: die Verantwortung für die Durchführung von Wahlen. Es blieben die Wahlhelfergewinnung, die Feststellung und die Präsentation der Ergebnisse sowie die Berichterstattung. Gerade die Wahlhelfergewinnung ist bis heute eine zeitraubende wochenlange Arbeit. Die übrigen vier Abteilungen wurden umsortiert in die Abteilung 1 „Planungsinformationssystem“ und in die Abteilung 2 „Statistik“. Ein Jahr darauf folgte die nächste Änderung. Aus der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft kam die „strategische Wirtschaftsförderung“ hinzu. Die Sparte hieß vom 1. April 1996 an „Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung“⁵⁵ und war im Fachbereich „Außensteuerung“ angesiedelt. Nachdem die Fachbereichsleiterin Dr. Antje Louis nach nur einem Jahr das Rathaus verlassen hatte, wurde der Spartenleiter Volker Adam zum Fachbereichsleiter berufen. Für die Spartenleitung folgte ihm sein Mitarbeiter Klaus Dillinger am 1. Mai 1997 nach. Diese Konstellation sollte bis 2002 bestehen bleiben.

Ende der 1990er Jahre kamen weitere neue „Sonderthemen“ zur Sparte. Nachdem 1992 auf der UN-Konferenz in Rio de Janeiro die „Agenda 21“ für die nachhaltige Entwicklung der Welt im 21. Jahrhundert beschlossen worden war, kamen ihre Ziele fünf bis sechs Jahre später auch auf der kommunalen Ebene an. Das Kapitel 28 dieses Dokuments, das auch Deutschland unterzeichnet hat, wies den Kommunen weltweit den Auftrag zu, Maßnahmen für ihre nachhaltige Entwicklung unter Beteiligung der Bevölkerung einzuleiten. In Ludwigshafen wurden diese Aufgaben der Sparte Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung zugeordnet. 1997 bildete sich auf der bürgerschaftlichen Seite die „Initiative Lokale Agenda 21 Ludwigshafen“. Sie veranstaltete im Juni 1998 eine Auftaktveranstaltung für die „Lokale Agenda 21“, ein Jahr darauf lud der Oberbürgermeister Dr. Schulte zu einer städtischen Auftaktveranstaltung ein⁵⁶. Im Jahr 2000 kam es zur Eröffnung des heute noch aktiven Agenda-Büros der zum e.V. ausgewachsenen Initiative, nachdem der Stadtrat einen finanziellen Zuschuss beschlossen hat. Seitens der Sparte Stadtentwicklung wurden in Kooperation mit mehreren städtischen und nicht-städtischen Institutionen einige Veranstaltungen organisiert, die zur Bekanntmachung der mitarbeitenden Initiativen und ihrer Projekte beitrugen. Zu nennen sind beispielsweise der „Agenda-21-Tag“ von 2001 und die Aktionstage „Rio plus 10“ von 2002.

In denselben Jahren musste die Verwaltung ein anderes Großprojekt stemmen. Der Stadtrat hatte im Dezember 1999 einstimmig beschlossen, sich für die Durchführung der zweiten Landesgartenschau in Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 zu bewerben. Dabei wurde der Sparte

⁵⁵ Die Sparte hatte die Organisationsnummer 1-21. Noch im Februar 1995 meldete das Rathaus, mit der Verschmelzung von Amt für Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft sei die Wirtschaftsförderung „in einer Hand“ (RP, 3.2.95). Im Herbst 1996 wurde mitgeteilt, die Wirtschaftsförderung ruhe fortan auf den drei Säulen, Sparte Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, Sparte Kommunikation und Marketing sowie Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft (Neue Lu 8/1996, S. 8f.)

⁵⁶ Dokumentation Auftaktveranstaltung Lokale Agenda 21, Berichte zur Stadtentwicklung, B2/1999 und Lugenda, 2 Jahre Agenda-Büro der Initiative Lokale Agenda 21 Ludwigshafen e.V., hrsg. von Initiative Lokale Agenda Ludwigshafen e.V., 2002; siehe auch <http://www.lugenda.de>

Stadtentwicklung die Koordinierungsaufgabe zugewiesen für die zahlreichen beteiligten Ämter, externen Fachgutachter, die Öffentlichkeitsarbeit und die Aktionen der Bürgerbeteiligung. Das Bewerbungskonzept griff eine Entwicklungsplanung aus den 1920er Jahren wieder auf. Nachdem der Ebertpark 1925 dauerhaft als Erholungsfläche erhalten wurde, entwickelten damals die Planer ein langfristiges Grünkonzept, das den Ebertpark zum Teil eines großen Grünzugs vom Rhein über den heutigen Friedenspark bis zum Willersinnweiher und der Freifläche Ross-lache machte. Diese Idee wurde auf die heutigen Anforderungen angepasst und zum Kern der Bewerbung. Leider erhielt am Ende die Stadt Trier den Zuschlag für die zweite Landesgartenschau in Rheinland-Pfalz.

4.4 Kürzungen und Erweiterungen – Wandel seit 2002

Die Jahre 2002 und 2003 bedeuteten für die Sparte Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung erneut einige organisatorische und personelle Umstellungen. Zunächst wurden noch die Erfahrungen mit Gartenbau-Projekten von der Bewerbung zur Landesgartenschau genutzt für die Koordination der Teilnahme am Wettbewerb „Entente Florale“ des Deutschen Gartenbauverbands. Diese Anstrengungen wurden 2002 mit einer Silber- und 2003 mit einer Goldmedaille für die Stadt Ludwigshafen geehrt.

Als Ergebnis einer weiteren Verwaltungsreform unter der neuen Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse verschwanden die 1995 eingeführten Fachbereiche und aus den „Sparten“ wurden die bis heute geltenden „Bereiche“ gebildet. Gleichzeitig verließ der Spartenleiter Klaus Dillinger die Stadtverwaltung und wurde als Nachfolger des in den Ruhestand gewechselten Rolf Grabbert Geschäftsführer der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft mbH (W.E.G.). Der bis zu diesem Zeitpunkt zuständige Fachbereichsleiter Volker Adam kehrte zu seiner alten Wirkungsstätte zurück und übernahm ab Januar 2003 die Leitung des neu bezeichneten Bereichs Stadtentwicklung.

Mit dieser Änderung wechselte das Themengebiet Wirtschaftsförderung wieder zurück zur W.E.G. und der Bereich musste neben der Stelle des Spartenleiters den Verlust von zwei Mitarbeiterinnen hinnehmen, die ebenfalls zur W.E.G. gingen. Im ersten Halbjahr 2003 wurde die „Stabsstelle dezernatsübergreifende Planungsaufgaben (1-04)“ aufgelöst. Ihre drei Arbeitsfelder wurden aufgeteilt: der Komplex „Soziale Stadt“ wurde dem Sozialdezernat und die Gebiete „Regionales“ und „EU-Förderung“ wurden dem Bereich Stadtentwicklung zugeschlagen. Mit diesen Gebieten kamen drei Stellen, aber nur zwei Mitarbeiterinnen von der ehemaligen Stabsstelle zum 1. Juli 2003 hinzu. Schlussendlich verlor der Bereich mehrere Stellen, davon zwei Stellen im höher qualifizierten Segment, was (nur teilweise) durch den Wegfall der Themen Wahlberichterstattung und Bürgerumfragen hätte kompensiert werden sollen. Diese Planungen waren jedoch nur von sehr kurzer Dauer, denn prompt musste im Jahr 2003 eine Bürgerumfrage durchgeführt werden und die Wahlberichte erscheinen seit der Bundestagswahl vom September 2002 wieder regelmäßig, ohne deren Umfang zu reduzieren. Da der beabsichtigte Wegfall von Arbeitsgebieten also nicht wirksam wurde, musste bei anderen Themen gekürzt werden. Das betraf insbesondere die (laufenden) Grundlagenarbeiten zur Statistik und weitere Einschränkungen bei den Sachthemen (z.B. Bautätigkeit und Verkehr mit Nahverkehr).

Die Veröffentlichungen erfuhren seit 2001 ebenfalls eine kleine Neuordnung. Die Schriftenreihe „Informationen zur Stadtentwicklung“ blieb erhalten, besteht bis heute und steht seit 13 Jahren auch als Download auf der Homepage der Stadt Ludwigshafen zur Verfügung. 2001 kam mit den Stadtteilpässen ein neues Format hinzu, das sich großer Nachfrage gerade aus den Stadtteilen erfreut. Im selben Jahr sollten die „infos zur stadtentwicklung“ dem Wunsch nach schneller und prägnanter Information gerecht werden, allerdings wurde diese Reihe bereits ein Jahr später wieder eingestellt (siehe Kap. 5.1).

Der Stadtrat hat im September 2002 beschlossen, einen Stadtentwicklungsausschuss und einen Stadtentwicklungsbeirat zu gründen. Die Geschäftsführung wurde dem Bereich Stadtentwicklung übertragen, die er bis heute wahrnimmt. Beide Gremien dienen der Diskussion von Themen, die für die Stadtentwicklung bedeutsam sind und zur Vorbereitung von Stadtratsbeschlüssen zur Stadtentwicklung. Die konstituierende Sitzung von Ausschuss und Beirat fand am 10. Januar 2003 statt. Der Beirat hat eine beratende Funktion und besteht aus Vertretern Ludwigshafener Institutionen.

Die neue Aufgabe, Fördergelder der Europäischen Union (EU), insbesondere von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zu akquirieren, wies dem Bereich in erster Linie koordinierende Aufgaben im Zusammenhang mit der Beantragung dieser Gelder zu. Das speziell für Städte konzipierte Programm Urban II wurde in Ludwigshafen (in Zusammenarbeit mit Mannheim) in der Förderperiode von 2000 bis 2006 umgesetzt und hatte die Schwerpunkte bei städtebaulichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftsfördernden Projekten im Rahmen eines integrierten Konzepts zur Stärkung der Innenstadt. Insgesamt wurden Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 8,2 Millionen Euro gefördert. Die nachfolgende Förderperiode von 2007 bis 2013 wurde aus dem rheinland-pfälzischen Programm „Wachstum durch Innovation“ gespeist⁵⁷. Neben der Beantragung der Fördergelder müssen auch die durchführenden Dienststellen bezüglich der Umsetzung beraten werden. Die Verantwortung für die Durchführung der Maßnahmen liegt zwar jeweils bei den Projektstellen innerhalb der Stadtverwaltung. Dennoch verbleibt ein hoher Anteil an Verwaltungsarbeit, da die Antragstellung, der Mittelabruf und die nachfolgende Rechnungsprüfung gerade bei der EU-Förderung bisweilen sehr umfangreich sind und vom Bereich Stadtentwicklung abgestimmt werden.

Im Zusammenhang mit den durch die EU geförderten Projekten sollte begleitend eine beständige Öffentlichkeitsarbeit, die Mitarbeit von Freiwilligen und Ehrenamtlichen und die EU-Arbeit in der Metropolregion gefördert werden, was das 2006 ins Leben gerufene Europa-Büro im Bereich Stadtentwicklung erledigt. In diesem Zusammenhang kam auch die Koordinierungsaufgabe für Projekte aus der Freiwilligenarbeit in der Region ansässiger Unternehmen hinzu. Parallel zum Anwachsen der Arbeiten für die EU-Förderung kam es zu weiteren Bedeutungsverchiebungen zu Lasten der Kernaufgabe Statistik.



Abbildung 55: Europäische Förderung für das Bürgermeister-Reichert-Haus

Im Jahr 2003 feierte Ludwigshafen sein 150-jähriges Jubiläum der Stadtgründung, das unter anderem von dem Motto „Rückblick und Ausblick“ begleitet worden war. Dieses Motto nahm der Stadtrat auf und ging einen neuen Weg zur Entwicklung von Ideen für die zukünftige Stadtentwicklung. Mit der Unterstützung vom Land Rheinland-Pfalz und von hiesigen Unternehmen wurde das „Zukunftsforum Ludwigshafen 2020“ im September 2004 veranstaltet⁵⁸. Eine für Städte neue Moderationsmethode erlebten alle Teilnehmer sehr positiv und lieferten nach-

⁵⁷ Siehe auch: EU-Förderprogramm Urban II. Abschlussbericht. Informationen zur Stadtentwicklung, Heft 11/2013. Über die zweite Förderperiode gibt es noch keine abschließende Darstellung.

⁵⁸ Dokumentation Zukunftsforum Ludwigshafen 2020, Konzepte zur Stadtentwicklung K1/2004. Siehe auch: Deutscher Städtetag (2008): Planungspraxis deutscher Großstädte, S. 64-67

haltige Ergebnisse. Wenn auch viele Ideen aus diesem Forum in manchen Bereichen in der Stadt neuen Schwung brachten, so war es der Stadtverwaltung doch nicht gelungen, die gemeinsam erarbeiteten Ziele über einen mittelfristigen Zeitraum in der Außendarstellung und Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung und der Teilnehmer zu halten, obwohl es anschließend drei anknüpfende Bilanzveranstaltungen gab, deren letzte im September 2008 stattfand.

Ein großes Feld ergab sich durch den Wettbewerb „Werkstatt Innenstadt“, den das Land Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2004 ausgerufen hat, um neue Wege der Innenstadtentwicklung zu erforschen. Ludwigshafen wurde in den Wettbewerb aufgenommen. Kaum hatten die ersten Überlegungen für die Ausgestaltung des Beitrags begonnen, stellte die Nachricht der Hafenbetriebe vom August 2004, den Zollhofhafen in den Süden der Stadt zu verlagern, alle Beteiligten vor neue Herausforderungen. Denn damit rückte die große frei werdende Hafenfläche zwischen Rheinufer-/Zollhofstraße und Rhein in den Fokus der Planungen und möglicher Investoren. Obwohl dadurch die Aufgabenstellung für Ludwigshafen sehr viel komplexer geworden war, wurde am Wettbewerbsverfahren festgehalten. Mit abwechslungsreichen und aktivierenden Methoden gelang es, die Bürgerschaft und Ludwigshafener Institutionen in die Überlegungen einzubinden. Leider bekam Ludwigshafen keine der Auszeichnungen. Aber mit diesem Wettbewerb erfolgte gewissermaßen der Startschuss für den langfristig angelegten und heute noch laufenden Stadtumbau-Prozess in der Ludwigshafener Innenstadt. Nach der Preisvergabe besuchte Innenminister Karl Peter Bruch am 21. Juli 2005 die Ludwigshafener Innenstadt und stellte angesichts der komplizierten Problemlage eine zusätzliche finanzielle Förderung in Aussicht, die im September 2005 durch das Innenministerium für eine zehn Jahre laufende jährliche Unterstützung von einer Million Euro für den Stadtumbau Innenstadt (die sog. „Minister-Million“) zugesagt wurde.

Die grundlegende Zielsetzung für die Entwicklung der Innenstadt wurde vom Stadtrat am 10. Juli 2006 beschlossen. Vier Tage darauf entschied sich der Stadtrat für ECE als Bauherr und Betreiber der heute bestehenden Rhein-Galerie. Das endgültige Entwicklungskonzept Innenstadt beschloss der Stadtrat im Oktober 2006. Es bildet die Grundlage für die Stadtumbau-Maßnahmen, deren Umsetzung von der W.E.G. koordiniert wird. Der Bereich Stadtentwicklung steuert mit dem eigens entwickelten Monitoring-System Daten und Informationen über den Fortgang des Stadtumbauprozesses in der Innenstadt bei.

Exkurs Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung begleitet die Tätigkeiten des Amtes etwa seit der Hälfte seines Bestehens. Bei Beteiligung in dem hier gemeinten Sinn geht es um öffentliche Planungen bzw. Planverfahren im Verhältnis zu den Belangen der Betroffenen und der Bürgerschaft. In der Literatur werden drei Entwicklungsphasen in Deutschland beschrieben (Bischoff, S. 9f.) Die ersten Schritte der Beteiligung wurden unternommen, um denjenigen, die von öffentlichen Planungen unmittelbar betroffenen sind, Einsicht in die Verfahrensunterlagen zu geben. Im Zentrum standen Bemühungen für den Rechtsschutz. In einer zweiten Phase, die in Deutschland mit dem Bundesbaugesetz von 1960 einsetzt, richtet sich die Beteiligung an alle, die Planunterlagen sind allgemein zugänglich und werden öffentlich diskutiert. Im Gesetz sind die Verfahrensschritte der Beteiligung geregelt. Durch das Städtebauförderungsgesetz von 1971 erhielt die Bürgerbeteiligung weitere wesentliche Impulse. Die dritte Phase der Bürgerbeteiligung ab Mitte der siebziger Jahre geht weit über die vorgeschriebenen Beteiligungsschritte hinaus und setzt auf Aktivierung der Menschen, direkte Ansprache bestimmter Zielgruppen und Veranstaltungen vor Ort bei Einsatz unterschiedlicher Verfahren. Alle Wege sind bis heute üblich, jedoch haben sich die Formen und Verfahren der Bürgerbeteiligung weiter entwickelt und spezialisiert. Neben der reinen Information geht es häufig auch um Förderung der Akzeptanz von Planungen und frühzeitige Einbindung der oft widerstreitenden Interessen. Die Entscheidungen werden selbst-

verständlich von den verantwortlichen Gremien getroffen. Sie können aber durch das Heranziehen von Meinungen und Vorschlägen aus dem Beteiligungsprozess auf eine bessere Basis gestellt werden.

In Ludwigshafen gab es die ersten Beteiligungen in den siebziger Jahren. Auf die öffentlichen Angebote im Rahmen der Innenstadtentwicklung 1971 wurde bereits hingewiesen. Bei den Schritt für Schritt ausgewiesenen Stadterneuerungsgebieten (das erste war der Hemshof 1971) war und ist Bürgerbeteiligung ein integraler Bestandteil der Verfahren. Die zahlreichen Planungs- und Bauvorhaben der Bereiche des Dezernats für Bau, Umwelt und Verkehr beinhalten regelmäßig unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung. Sie binden immer die Ortsbeiräte und die „Träger öffentlicher Belange“ ein. Diese Beteiligungsprozesse hier alle vorzustellen, würde den Rahmen jedoch sprengen. Ebenfalls bereits erläutert sind die Beteiligungen im Rahmen der Verkehrskonzeption, der Fortschreibung des Flächennutzungsplans und der Lokalen Agenda 21 Ende der neunziger Jahre, sowie des Stadtentwicklungsbeirats, des Zukunftsforums und der Bürgerumfragen (in jüngerer Zeit auch Bürgerpanel, z.B. zur Entwicklung eines neuen Leitbildes).

Hervorzuheben sind die in den neu ausgewiesenen Quartieren des Bundes-Förderprogramms „Die Soziale Stadt“ eingerichteten Quartiersbüros, die eine ständige Beteiligung pflegen. Die Wohnungsbaugesellschaften gingen ab dieser Phase ebenfalls neue Wege der Bewohnerbeteiligung. Beispielhaft zu nennen ist das längerfristig angelegte Projekt „Unsere Pflingstweide soll attraktiver werden“, bei dem viele Akteure aus dem Stadtteil mitarbeiteten. Im Jahr 2001 wurde ein öffentlicher Runder Tisch organisiert, der die Beobachtungen beim versuchsweisen Öffnen der Fußgängerzone Ludwigstraße diskutierte und eine Empfehlung an den Stadtrat abgab. Aktuell ist der breit angelegte, neue Techniken nutzende Beteiligungsprozess zur Zukunft der Hochstraße im Rahmen des Projektes City West der bislang umfangreichste Beteiligungsprozess. In den letzten Jahren hat sich also in Ludwigshafen ein sehr breiter „Instrumentenkasten“ mit vielfältigen Formen von Bürgerbeteiligungen gebildet.

Trotz der organisatorischen und personellen Veränderungen um das Jahr 2003 blieben einige Aufgabengebiete aufgrund der entsprechenden Nachfrage kontinuierlich bestehen. Hier sollen einige Stichpunkte genannt werden, ohne in der Kürze das komplette Arbeitsspektrum des Bereichs Stadtentwicklung abbilden zu können:

- Ein seit den sechziger Jahren ununterbrochen begleitetes Aufgabengebiet, das Bildungswesen, erlebte durch die Reformen auf landes- und bundespolitischer Ebene (Ganztagsschule, Realschule Plus, Betreuung Zweijähriger) einen Aufschwung.
- Ein anderes kontinuierliches Produkt ist der Mietspiegel, der seit 1979 für das Stadtgebiet von Ludwigshafen erstellt wird. Begleitet wird er von einer Arbeitsgruppe mit den Vertretern des Wohnungsmarkts. Der jüngste Mietspiegel stammt aus dem Jahr 2012. Eine Neuauflage ist für Ende 2014/Anfang 2015 vorgesehen.
- Die Sozialberichterstattung ist im jährlichen Statistischen Jahresbericht enthalten und wird durch punktuelle Untersuchungen, oft kombiniert mit Analysen zur wirtschaftlichen Situation, ergänzt. Zu nennen sind „Hilfen zum Lebensunterhalt 2000 bis 2003“ (2005), „Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in Ludwigshafen 2000 – 2007“ (2009) und „Bewältigung des Strukturwandels – Ludwigshafen im Vergleich mit sieben industriell geprägten Großstädten“ (2011).
- Analysen, Berichte und Konzepte zum Einzelhandel sind seit 1968 ein Dauerthema⁵⁹. Von 1968 bis heute sind 18 Publikationen über den Ludwigshafener Einzelhandel in den Informationen zur Stadtentwicklung erschienen, die zahlreichen Aussagen in größeren Konzepten (i.d.R. zur Innenstadt) nicht mitgerechnet. Das jüngste Einzelhandels- und Zentrenkonzept wurde im Juni 2012 vom Stadtrat beschlossen.

⁵⁹ 1968 erschien die erste Untersuchung, siehe Fußnote 37

- Weitere Aufgaben, deren Beginn in die Gründungszeit zurückreicht, sind die Preisermittlung für die Berechnung der monatlichen Inflationsrate in Deutschland und die Landwirtschaftserhebung. Beides sind Auftragsstatistiken für das statistische Landesamt Rheinland-Pfalz, zu denen zeitweise noch weitere dazu kommen.
- Der jährlich erscheinende Statistische Jahresbericht gehört mittlerweile ebenfalls zu den lange gültigen Standards in der Bereitstellung von statistischem Grundlagenmaterial über die Stadt Ludwigshafen. Aktuell enthält er Informationen zu den Themen Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung, Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und existenzsichernde Transferleistungen. 2014 wird es nach 1992 wieder ein Statistisches Jahrbuch mit längeren Zeitreihen für Ludwigshafen geben.
- Die Führung, regelmäßige Aktualisierung und Veröffentlichung des Straßenverzeichnisses ist ebenfalls eine aus den Anfangsjahren stammende Aufgabe.
- Die wochenlang dauernde Wahlhelfergewinnung sowie die Feststellung, Präsentation und Berichterstattung der Wahlergebnisse bilden unvermindert Kernaufgaben.

Ab den Jahren 2007/08 sollte eine der ganz alten Kernaufgaben wieder belebt werden: Die Durchführung von Großzählungen. Anders als in den Jahrzehnten davor war der Zensus 2011 keine Zählung im klassischen Sinne. Es wurden nur Einwohner, Gebäude und Wohnungen erhoben, Arbeitsstätten blieben außen vor. Ebenfalls neu war die Tatsache, dass für die Einwohnerbefragung lediglich eine Haushaltsstichprobe herangezogen wurde, aus deren Ergebnissen hinterher die amtliche Einwohnerzahl für alle Städte und Gemeinden hochgerechnet wurde. Nur die Gebäude- und Wohnungszählung 2011 war eine Vollerhebung aller Gebäude und Wohnungen, bei der jeder Eigentümer die Fragebogen postalisch oder im Internet ausfüllen konnte. Für den Zensus 2011 wurden bis zu acht Mitarbeiter in die Erhebungsstelle abgeordnet und erledigten „abgeschottet“ die umfangreichen Arbeiten. Nachfolgende Tabelle stellt einige Kennzahlen zum Zensus 2011 in Ludwigshafen dar:

Tabelle 2: Eckzahlen zum Zensus 2011 in Ludwigshafen

Erhebung, Befragte, Interviewer	Anzahl/Anteile
Erhebungsbezirke	920
Personen	ca. 10 000
Sonderanschriften (Heime u.ä.)	51
Personen	ca. 3500
Rücklaufquote	93 %
Direktinterviews	84 %
Selbstausfüller	16 %
Verweigerer	40
Wiederholungsbefragung	
Erhebungsbezirke	44
Personen	350

Tabelle 3: Die Erhebungsbeauftragten beim Zensus 2011 in Ludwigshafen

Status	Anzahl	Alter	Anzahl
Schüler/-innen, Studierende	8	18 – 30 Jahre	24
Angestellte/Arbeiter/-innen	83	31 – 50 Jahre	52
Andere (Hausfrauen, Arbeitssuchende, etc.)	13	51 – 65 Jahre	32
Rentner/-innen, Pensionär(-innen)	11	über 65 Jahren	7

Die Interviewer für die Haushaltsbefragung waren freiwillige Helfer, die durch die Erhebungsstelle geschult wurden. Offiziell hießen sie Erhebungsbeauftragte. Insgesamt waren davon 115 im Einsatz, etwa die Hälfte waren Beschäftigte der Stadtverwaltung. Jeder Interviewer bekam sogenannte Erhebungsbezirke zugewiesen, wobei ein Erhebungsbezirk in der Regel einer Adresse mit allen dort zu befragenden Personen entsprach. Im Durchschnitt sollte ein Zähler ungefähr 50 bis 65 Personen befragen. Es gab aber auch einige Großadressen (z.B. Hochhäuser), die anders organisiert werden mussten. Die Fragebögen der Haushaltsstichprobe sollten durch persönliches Befragen der Einwohner ausgefüllt und an die Erhebungsstelle zurückgegeben werden. Die Befragten hatten auch die Möglichkeit, den Bogen selbst auszufüllen und zurückzusenden, online zu antworten oder persönlich bei der Erhebungsstelle zu erscheinen. Um die Ergebnisse der Haushaltsstichprobe zu prüfen gab es eine Wiederholungsbefragung ausgewählter Adressen. Beim Zensus 2011 zeigte sich eine ähnliche Erscheinung wie in den Anfangsjahren des Statistischen Amtes: Die Wahrscheinlichkeit, abwesende Befragte wieder anzutreffen, stieg bis Weihnachten an. Diesmal betraf es Menschen, die den Sommer über in ihren Heimatländern im Mittelmeerraum waren. Die Erhebungsstelle für den Zensus 2011 wurde zum 30. Juni 2012 aufgelöst. Durch das gute Abschneiden von Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich beim Zensus 2011 erhielt die Stadt Ludwigshafen im Jahr 2013 eine „Sonderzuweisung zur Beteiligung der Kommunen an Mehreinnahmen des Landes Rheinland-Pfalz“ für die Jahre 2011 bis 2013 von rund 3 Millionen Euro. Mit diesen Schilderungen über den Zensus 2011 endet die Darstellung der 100-jährigen Geschichte der Ludwigshafener Städtestatistik.



Abbildung 56: Innentitel Verwaltungsbericht 1914

5 Ausgewählte Aufgaben und historische Momentaufnahmen

In diesem Kapitel sollen einige Themengebiete, die das Statistische Amt bzw. seine Nachfolgeorganisationen immer wieder beschäftigten, herausgelöst aus der geschichtlichen Abfolge dargestellt werden, damit sie besser im eigenen inneren Zusammenhang stehen. Hier ist an erster Stelle die Veröffentlichungspraxis des Amtes zu nennen. Denn sie war einer der Bestandteile des Stadtratsbeschlusses von 1914 und blieb seit Bestehen eine der tragenden Säulen der Arbeit. Ebenfalls gesondert betrachtet werden die Durchführung von Wahlen seit 1945 und die Stationen der elektronischen Datenverarbeitung. Anhand zeitgenössischer Abbildungen wird der Wandel der Stadtteilgliederung nachgezeichnet. Der Ludwigshafener Zahlenspiegel zeigt eine Auswahl von Tabellen oder Grafiken, die entweder zeittypisch, erwähnenswert oder aus heutiger Sicht vielleicht auch einfach heiter sind. Im letzten Abschnitt des fünften Kapitels werden einige Quellen aus den 20er Jahren zusammengestellt, die zum Glück erhalten geblieben sind und Einblicke in den Arbeitsalltag der damaligen Zeit gewähren. Gewissermaßen als Klammer zurück in die Anfangszeit der Ludwigshafener Statistik möge am Ende dieser Schrift die eine oder andere Textpassage aus den 20er Jahren den Leser zum Schmunzeln anregen.

5.1 Traditionen und Strohfeuer – die Publikationen im Wandel der Zeit

Der Blick auf die Veröffentlichungen in den 100 Jahren des Bestehens hatte aus zwei Gründen einen besonderen Reiz und daher wurde diesem Thema durch den Anhang etwas mehr Raum eingeräumt. Erstens gab es von Beginn an den Auftrag des Stadtrats an das neu gegründete Amt, die Ergebnisse seiner Arbeit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zweitens spiegeln alleine die Titel der Publikationen in erheblichem Umfang die Arbeitsinhalte, die freilich nicht losgelöst von den jeweiligen historischen Hintergründen gesehen werden dürfen. Gerade deshalb lassen sich an den Publikationen die zeitgeschichtlichen Rahmenbedingungen bestens ablesen, sowohl die bitteren Einschränkungen durch Not und Krisen als auch die Früchte prosperierender Zeiten (siehe Verzeichnisse in Kap. VI).

Die wichtigste und über den längsten Zeitraum aktive Veröffentlichung war der Verwaltungsbericht, der immerhin von Beginn an bis zu seinem Ende im Jahre 1974 federführend von diesem Amt herausgegeben wurde. Der erste Verwaltungsbericht erschien 1894 für die Jahre 1890 bis 1894. Damit sind in diesen Berichten rund 80 Jahre Stadtgeschichte und Stadtverwaltungsgeschichte sowie 50 Jahre Amtsgeschichte dokumentiert. Lediglich in den Jahren von 1938 bis 1949 wurden keine Verwaltungsberichte erstellt, Krieg und Wiederaufbau zwangen zu anderen Prioritäten. In den Verwaltungsberichten schilderte jedes Amt seine Arbeiten vom zurückliegenden „Berichtsjahr“, das jeweils vom 1. April bis zum 31. März des Folgejahres reichte⁶⁰. Häufig stellte der Oberbürgermeister mit seinem Vorwort einen allgemeinen „Lagebericht“ voraus. Gewiss wurden nur die umfangreicheren Arbeiten dargestellt. Es wurden aber auch andere wichtige Zäsuren notiert, wie Aufgabenerweiterungen, Umstrukturierungen, Hindernisse oder die schweren Krisenzeiten, die ein „normales Arbeiten“ schlicht unmöglich machten.

Zu Beginn versuchte das junge Amt, neben dem Verwaltungsbericht durch regelmäßige rein statistische Publikationen die wichtigsten Kennzahlen aufzubereiten. Nachdem 1918 der Erste Weltkrieg vorbei war, konnten Mitte 1919 die Statistischen Monatsberichte herausgegeben werden, die aus Kostengründen ab Juli 1920 in Vierteljahresberichten zusammengefasst wurden.

⁶⁰ Das zurückliegende Berichtsjahr wurde je nach Zeit auch als Rechnungsjahr oder Geschäftsjahr bezeichnet.

Der Inhalt der Statistischen Vierteljahresberichte entspricht in etwa dem der Monatsberichte (siehe Seite 18). Je nach Zeit kamen neue Tabellen hinzu oder wurden anders erstellt und andere fielen weg. So gibt es nach Ende der Zwangswirtschaft keine Tabellen der kriegswirtschaftlichen Abteilungen mehr. Der Wille, die wichtigsten Zahlen der Verwaltung, den Stadträten und der Öffentlichkeit zukommen zu lassen, war in den Anfangsjahren sehr ausgeprägt. Selbst mangelnde Gelder im Krisenjahr 1923 konnten die Veröffentlichung nicht aufhalten, dann wurden einzelne Exemplare kurzerhand mit Lineal und Handschrift verfasst (Abb. 57). Die Inhalte sind tatsächlich gleich geblieben, seit der Inflationszeit ist noch die Preisstatistik hinzugekommen und insbesondere die „Ludwigshafener Indexziffer“ wurde fester Bestandteil der statistischen Berichterstattung.

Statistischer Vierteljahresbericht der Stadt Ludwigshafen a./Rhein.

Nr. 3 4. Jahrgang - Bearbeitet im Stadt. Statistischen Amt - Juli - September 1923.

Eheschließungen 307
Seit Jahresbeginn: 884
St. Viertelj. d. Vorj. 424

I. Stand und Bewegung der Bevölkerung

1. Eheschließungen

Ehescheidungen
II. Vierteljahr 25 = 19
" " " " 22 = 27
Seit Jahresbeg: 59

Zeitraum	Eheschließungen insgesamt	hiervon mit auswärtig Wohnsitz (Personen)	Es gingen die Ehe ein mit												Ehescheidungen															
			Männer						Frauen						evangelisch				katholisch				israelitisch				sonst. Religion			
			ledig	verm.	gesch.	ledig	verm.	gesch.	ledig	verm.	gesch.	ledig	verm.	gesch.	ev	kath	isr	sonst	ev	kath	isr	sonst	ev	kath	isr	sonst				
Juli 23	74	23	59	5	3	2	2	-	2	-	1	25	6	-	14	25	-	-	-	2	-	-	1	-	-					
Aug. "	126	45	98	6	2	7	5	1	7	-	-	34	25	2	25	36	-	-	-	3	-	-	1	-	-					
Sept. "	107	36	93	4	1	3	4	-	1	1	-	30	20	-	14	36	-	-	1	-	-	1	1	-	-					
III. Viertel 23	307	104	250	15	6	12	11	1	10	1	1	90	51	2	53	99	-	-	7	-	-	1	3	-	-					
IV. Viertel 22	424	199	341	11	14	23	14	3	9	5	4	125	84	6	20	119	1	1	-	-	5	5	6	2	-					

Zeitraum	2. Geburten						3. Sterbefälle																	
	lebendgeborene		totgeborene		Gesamtgeborene		Familienstand				Bekennnis				hiervon Kinder unter 1 Jahr									
	überhaupt	weiblich	weiblich	männlich	überhaupt	männlich	weiblich	ledig	verh.	verm.	gesch.	ev	kath	isr	sonst	m	w	unter 1 Jahr						
Juli 23	175	81	70	15	3	2	3	1	-	61	44	37	34	30	15	2	39	39	-	3	11	4	9	6
Aug. "	157	69	66	5	9	3	1	1	-	69	30	39	40	20	9	-	36	29	4	-	12	8	15	5
Sept. "	145	65	60	9	8	2	1	-	1	63	29	34	24	29	10	-	25	35	1	2	7	5	8	4
III. Viertel 23	425	215	196	29	20	7	5	2	1	213	103	110	98	79	34	2	100	103	5	5	30	17	32	25
IV. Viertel 22	525	278	225	89	36	17	15	7	6	316	426	390	382	290	137	7	382	401	10	23	117	73	126	64
III. Viertel 22	455	202	183	25	26	10	3	1	1	227	125	102	111	90	26	-	111	106	4	6	36	21	45	12
IV. Viertel 22	570	270	272	99	77	28	14	7	3	318	437	361	394	285	137	2	416	361	8	33	119	95	168	46

Abbildung 57: Vierteljahresbericht 1923

Die Vierteljahresberichte erschienen noch bis zum Jahre 1930, als entschieden wurde, sie wegen der aufkommenden Wirtschaftskrise aus Finanznot einzustellen. An ihre Stelle traten die Ludwigshafener Wirtschaftszahlen, mit denen „die zur Kennzeichnung der Entwicklung unserer Wirtschaft wichtigsten Zahlen für die Verwaltung und die kommunalpolitisch Tätigen oder Interessierten im vorliegenden Bericht allmonatlich zusammengestellt und kurz besprochen“ werden sollen (Nr. 1 Jan. 1931). Immerhin gelang es, dieses Format durch die Weltwirtschaftskrise hindurch bis 1934 am Leben zu erhalten (siehe Abb. 88, S. 130).

Bereits 1920 wurde mit den „Veröffentlichungen des Statistischen Amtes“ eine zweite Schriftenreihe begonnen, die umfangreichere Untersuchungen zu einem bestimmten Thema enthielt. Das Aufbereiten komplexer Sachverhalte gehörte ebenfalls zum Aufgabenkatalog des jungen Amtes. Das erste Heft befasste sich mit Preis-, Besitzentwicklung und hypothekarischer Belastung von Grund und Boden in Ludwigshafen. Auslöser war die massive Wohnungsnot nach dem ersten Weltkrieg und die mangelnden Handlungsmöglichkeiten der Stadtgemeinde.

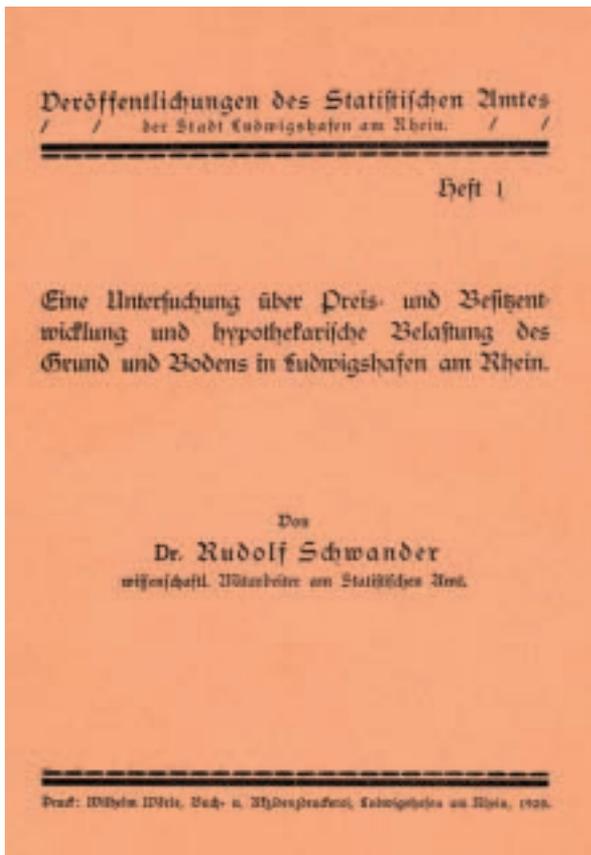


Abbildung 58: Erste wissenschaftliche Arbeit 1920

Städt. Amtsbücherei
57:624
Ludwigshafen a/Rhein

Inhaltsverzeichnis
zu den Ausgaben Nr. 1 bis 12.

Museum

A. Laufend erscheinende Tabellen

	Der Monat . . . 1935																	
	Juli 1934	Aug. 1934	Sept.	Okto.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni						
	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite	Seite
Wirtschaftszahlen . . .	6	7	7	11	15	19	23	27	30	31	34	38	39	42	47			
Geburten	—	4	8	12	16	20	24	28	32	35	36	40	43	44	48			
Sterbefälle	—	4	8	12	16	20	24	28	32	35	36	40	43	44	48			
Todesursachen	—	4	8	12	16	20	24	28	32	35	36	40	43	44	48			
Fremdenverkehr	—	4	8	12	16	20	24	28	32	35	36	40	43	44	48			
Güterverkehr	—	12	16	20	24	28	32	35	36	40	43	44	—	—	48			
Bautätigkeit	—	4	8	12	16	20	24	28	32	35	36	40	43	44	48			
Wohlfahrtsunterstützte	—	4	8	12	16	20	24	28	32	35	36	40	43	44	48			
Fürsorgeaufwand	—	4	8	12	16	20	24	28	32	35	36	40	43	44	48			

B. Einmalige Tabellen

Grundbesitzwechsel im Jahre 1934	Seite 14
Berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in der Pfalz	Seite 26
Die Gliederung der Bevölkerung nach Alter und Befehrmittel	Seite 37
Schlachtungen und Schlachtgewicht in Ludwigshafen a. Rh. 1928—1935	Seite 46

C. Textveröffentlichungen

Ludwigshafen a. Rh. der Rheinpfalz des Saargebietes	Seite 2
Jahresübersicht 1934	Seite 5
Jahresrückblick 1935	Seite 45
Die Bautätigkeit in Ludwigshafen a. Rh. 1933 und 1934	Seite 9
Die Erwerbstätigkeit in Ludwigshafen a. Rh. 1935	Seite 41
Die Erwerbstätigkeit in Ludwigshafen a. Rh.	Seite 13, 17
Volkschulunterricht in der Pfalz	Seite 21, 25
Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen a. Rh.	Seite 29
Die Bevölkerungsentwicklung in Ludwigshafen a. Rh. und den Nachbargemeinden	Seite 33

Beachtung: In Nr. 2 sind die Seitenzahlen 5 bis 8 vorzutragen.

Abbildung 59: Innentitel Monatsbericht Wort und Zahl 1935

Bis 1930 erschienen drei Hefte und drei Sonderhefte, alle zu Wahlergebnissen. Danach wurde diese Reihe nicht mehr bedient bis 1948, als das erste Nachkriegsheft den Dornröschenschlaf beendete. Weitere 16 Hefte überwiegend mit Wahlergebnissen erschienen noch bis 1963, dann wurde die Reihe beendet.

Die 1934 eingestellten Vierteljahresberichte wurden von der im Januar 1935 begonnenen neuen Reihe „Wort und Zahl“ abgelöst. Damit ging man wieder zurück auf monatliche Berichterstattung. Im ersten Heft war zu lesen: „Das Amt für Wirtschaft und Statistik der Stadt Ludwigshafen legt hiermit die erste Ausgabe seines Veröffentlichungsblattes ‚Wort und Zahl‘ vor, das als Beilage zum ‚Stadtanzeiger‘, dem vom Presseamt herausgegebenen städtischen Amtsblatt, erscheint. Diese Form der Veröffentlichung gibt die schon lange gewünschte Möglichkeit, das umfangreiche Zahlenmaterial des Statistischen Amtes auch zur Auswertung vorzulegen“ (Ausg. 1, Jan 1935). Zu den konstanten Inhalten zählten Tabellen mit Wirtschaftszahlen (Güter-, Fremdenverkehr), Geburten, Sterbefälle, Heirats-, Geburten-, und Sterbeziffern, Todesursachen, Bautätigkeit, Wohlfahrtsunterstützte und Fürsorgeaufwand. Dieser Umfang ist deutlich kleiner als die eingestellte Reihe der Vierteljahresberichte. Im Monatsbericht Wort und Zahl erschienen jedoch noch mehrmals im Jahr sog. „Sonderbeiträge“ oder „einmalige Tabellen“ mit Themen über die Standardtabellen hinaus⁶¹. Neben den eigenen Zahlen kommen dafür auch Arbeiten von übergeordneten Stellen, wie zum Beispiel des Gemeindetags, des statistisches Landes- und Reichsamtes in Frage, mit denen auch Vergleiche mit anderen Städten und der Pfalz gezogen werden konnten. Damit wurde der Grundstein gelegt für eine der am längsten erscheinenden Schriftenreihen des Amtes. Nach einer Pause von 1939 bis 1945 erschien sie noch bis 1964. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde mit den Ergebnissen der ersten Stadtrats-

⁶¹ Weitere Inhaltsangaben und die Sonderbeiträge siehe im Kapitel VI im Anhang.



Wort und Zahl

Herausgeber: Statistisches Amt der Stadt
Ludwigshafen am Rhein

Jahrgang 1946 Sonderausgabe Nr. 1

Ergebnis der Gemeinderatswahlen vom 15. September 1946 in Ludwigshafen a. Rh., Stadt und Land.

Tabelle 1 Wahlberechtigte, Stimmabgabe und Sitzverteilung in Ludwigshafen a. Rh., Stadt und Land

	Ludwigshafen a. Rh.			Stadtkreis			Stadtkreis	
	Stadtkreis	Landkreis	zus.	Stadtkern ¹⁾	Alt-Lu ²⁾	Neu-Lu ³⁾	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Einwohnerzahl §)	100 711	30 237	130 948	37 895	71 176	23 535	44 681	55 730
2. Wahlberechtigte	64 550	17 783	82 333	25 221	46 287	18 263	26 700	37 850
3. Abgegebene Stimmen	57 977	16 587	74 564	22 302	41 052	16 925	24 230	33 747
4. Wahlbeteiligung	89,8%	93,3%	90,5%	88,4%	88,7%	92,7%	90,8%	89,2%
5. Ungültige Stimmen	2 115	782	2 897	787	1 511	604	913	1 202
6. Ungültige Stimmen %	3,8%	4,7%	3,9%	3,6%	3,7%	3,6%	3,8%	3,6%
7. Gültige Stimmen	55 862	15 805	71 667	21 505	39 541	16 321	23 317	32 545
Davon erhielten:								
8. Sozialdemokr. Partei	24 063	6 885	30 948	9 155	16 780	7 283	10 514	13 549
9. Christl.-Dem. Union	18 046	5 032	23 138	6 185	12 474	5 572	6 189	11 857
10. Kommunistische Partei	9 459	1 841	11 300	4 016	6 834	2 625	4 860	4 599
11. Unabhängige Listen *)	4 294	1 987	6 231	2 149	3 453	841	1 754	2 540
Von 100 gültigen Stimmen erhielten								
12. Sozialdemokr. Partei	43,1%	43,6%	43,2%	42,7%	42,4%	44,6%	45,0%	41,5%
13. Christl.-Dem. Union	32,3%	32,2%	32,3%	28,9%	31,6%	34,2%	26,5%	36,4%
14. Kommunistische Partei	16,9%	11,6%	15,8%	18,8%	17,3%	16,0%	20,8%	14,1%
15. Unabhängige Listen *)	7,7%	12,6%	8,7%	9,6%	8,7%	5,2%	7,5%	7,7%
16. Zahl d. Sitze insgesamt	50	192	242					
Davon erhielten:								
17. Sozialdemokr. Partei	22 = 44%	77 = 40%	99 = 41%					
18. Christl.-Dem. Union	16 = 32%	61 = 32%	77 = 32%					
19. Kommunistische Partei	8 = 16%	15 = 8%	23 = 10%					
20. Unabhängige Listen *)	4 = 8%	39 = 20%	43 = 18%					

§) Nach der Volkszählung am 26. Januar 1946.
*) Einschließlich „Sozialer Volksbund“ in der Landgemeinde Fußgönheim.
1) Stadtteile Mitte, Süd, Hemschhof (27 Stimmbezirke Nr. 1 bis 26 und Nr. 70).
2) Stadtkern und Stadtteile Friesenheim, Mundenheim, Hochfeld (51 Stimmbezirke, Nr. 1 bis 50 und Nr. 70)
3) Stadtteile Oppau, Oggersheim, Maudach, Rheingönheim, die seit 1. April 1938 zum Stadtkreis gehören (19 Stimmbezirke, Nr. 51 bis 69).

Tabelle 2 Wahlberechtigte und Stimmabgabe nach dem Geschlecht der Wähler in den 70 Stimmbezirken des Stadtkreises Ludwigshafen a. Rh.

Stadteil Stimmbezirk Nummer und Kennwort	Wahlberechtigte davon *)			Abgegebene Stimmen ¹⁾						Von den gültigen Stimmen erhielten ²⁾														
	zus.			Gesamt			ungültig			gültig			SPD			CDU			KPD			VV		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17							
1. Wredestraße u.a.	781	318	463	286	406	10	13	276	393	117	150	65	134	54	44	40	65							
2. Schulstraße u.a.	928	379	549	334	477	19	18	315	459	151	212	69	150	66	52	29	45							
3. Schillerstraße u.a.	1088	463	625	391	548	12	19	379	529	154	184	99	199	77	70	49	76							
4. Heimgasse u.a.	943	384	559	340	478	15	23	325	455	160	203	69	135	63	60	33	57							
5. Schützenstraße u.a.	991	404	587	355	498	3	11	352	487	120	167	109	196	44	39	79	85							
6. Saarlandstraße u.a.	809	342	467	304	396	12	13	292	383	128	149	79	146	52	49	33	39							
7. Liszstraße u.a.	970	380	590	342	515	18	17	324	498	133	192	94	198	43	39	54	69							
8. R.-Wagner-Str. u.a.	846	341	505	300	440	13	12	287	428	113	154	90	177	43	43	41	54							
9. Parkinsel	827	332	495	295	417	10	14	285	403	115	148	87	160	33	24	50	71							

*) M = Männer, F = Frauen

Abbildung 60: Wort und Zahl 1946, erste Stadtratswahl

Themen Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen, Bau- und Wohnungswesen, Bestand an Kraftfahrzeugen, Straßenverkehrsunfälle, Fremdenverkehr, Gemeindesteuern sowie Sozial- und Jugendhilfe. Jede Monatsausgabe machte vor den Zahlen kurze Aussagen über die bemerkenswerten Entwicklungen des Monats.

Die Statistischen Informationen sollten, entsprechend der Umwandlung des Statistischen Amtes in ein Amt, zu dessen erweitertem Aufgabenbereich die Stadtforschung gehörte, „in noch stärkerem Maße als bisher der strukturellen Erforschung des Stadtgebietes und seiner Wachstumsvorgänge gewidmet sein“ (Stat. Informationen, Jg. 1965, Nr.1). Hierbei hatte sich der neue Amtschef als sehr produktiv erwiesen. 1964 erschienen 8 Nummern und 1965 bis zu seiner Berufung nach München (zum 1. Oktober) immerhin 15 Hefte. Diese Reihe lief noch bis 1971.

Das erstmals 1963 erschienene Statistische Jahrbuch wurde im zweiten Jahr mit dem Verwaltungsbericht zum Ludwigshafener Jahrbuch zusammengefasst, das jährlich 1964 bis 1966 erschienen war. Unter dem mittlerweile nächsten Amtsleiter Karlheinz Hieb trennte man ab 1967 beide Formate wieder, mit der Absicht, das Ludwigshafener Jahrbuch nur noch in mehrjährigen Abständen anzufertigen, um Aufwand zu sparen. Das Statistische Jahrbuch sollte aber jährlich hergestellt werden. Das gelang wiederum nur zweimal, dann wurde ebenfalls aus Ersparnis-

wahl 1946 die Schriftenreihe fortgesetzt. In den 50er Jahren enthielten diese Monatsberichte aber nur ein stark eingeschränktes Informationsspektrum.

Kurz bevor der langjährige Amtsdirektor Karl Moll im Januar 1964 in seinen Ruhestand eintrat, gelang es ihm endlich, ein Statistisches Jahrbuch über Ludwigshafen zu veröffentlichen. „Zwar ist in der fast fünfzigjährigen Geschichte des Statistischen Amtes wiederholt der Versuch unternommen worden, mit Jahresübersichten eine Tradition für ein statistisches Jahrbuch zu beginnen, doch ließen widrige Zeitverhältnisse diese Pläne nicht zum Reifen bringen“ resümiert er im Vorwort des im Dezember 1963 erschienen ersten Jahrbuches.

Sein Nachfolger, Egon Dheus, stellte mit dem Jahr 1964 die lange Reihe „Wort und Zahl“ ein und gründete das neue Format der Statistischen Informationen. Parallel wurden aber weiterhin statistische Monatsberichte herausgegeben. Ihr Inhalt umfasste auf eineinhalb Seiten die

gründen auf einen fünfjährigen Turnus umgestellt. Dieser wurde leider nur einmal eingehalten, 1973 erschien ein Statistisches Jahrbuch. Dann war 20 Jahre Pause. Allerdings hatte ab 1974 der regelmäßig jährlich erscheinende Statistische Jahresbericht einen Teil der Inhalte des Jahrbuchs übernommen. Als die Zahlen der Volkszählung von 1987 verfügbar waren, bildeten sie den Grundstock für das Statistische Jahrbuch von 1992. Im Zusammenhang mit dem 150-jährigen Stadtjubiläum im Jahr 2003 gab es zaghafte Versuche, Tabellen für ein Jahrbuch zusammenzutragen, ohne jedoch zum gewünschten Ergebnis zu kommen. Aus Anlass dieses hundertjährigen Jubiläums wird es 2014 wieder ein Statistisches Jahrbuch von Ludwigshafen am Rhein geben.

Die statistischen Monatsberichte wurden 1967 endgültig eingestellt. „Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, ab 1968 von der monatlichen Berichterstattung über die Stadtentwicklung zu einem vierteljährlichen Turnus übergehen, „da im Rahmen eines Vierteljahresberichts, der selbstverständlich auch die Angaben für die einzelnen Monate enthalten wird, aufgrund der umfangreichen Daten eine eingehendere Analyse der Stadtentwicklung gegeben werden kann“ (Stat. Monatsberichte, Jg. 1966, Nr. 12, S.4). Zum Ende des Jahres 1971 wurden dann beide Reihen, Statistische Informationen und Statistischen Berichte, eingestellt.

Zu einer Neuordnung der Veröffentlichungspraxis führten die neuen Anforderungen der wissenschaftlichen Durchdringung der die Stadtentwicklung beeinflussenden Prozesse und Faktoren. „Um den Stadtrat und die Öffentlichkeit laufend über die Arbeiten am Stadtentwicklungsplan zu informieren und die neuesten Entwicklungen in der Stadt zur Diskussion zu stellen, sollen jetzt in verstärktem Umfang Arbeitsberichte herausgegeben werden. Zu diesem Zweck wird [...] eine neue Berichtsreihe mit dem Titel ‚Informationen zur Stadtentwicklung‘ eröffnet.“ Damit wollte man der neuen Aufgabenstellung gerecht werden und es ermöglichen, „nicht nur statistische Untersuchungen zu veröffentlichen, sondern auch zu komplexen Problemen der Stadtentwicklung Stellung zu nehmen“ (IzS, Heft 1/1972, Vorbemerkung). Die Schriftenreihe fand tatsächlich einen Kreis interessierter Leser nicht nur in Ludwigshafen. Zwei Jahre nach ihrem ersten Erscheinen meldete der Amtsleiter eine starke Nachfrage aus anderen Städten, nachdem die Hefte in den Mitteilungen des Deutschen Städtetags besprochen wurden. Anfragen von der Kongress-Bibliothek in Washington, aus der DDR und sogar aus Russland bedeuteten internationale Anerkennung (RP, 11./12.4.74).

Die Vierteljahresberichte, bisher Teil der Statistischen Berichte, wurden aber in einem eigenen Format bis 1978 weitergeführt. Für das Jahr 1979 wurde ein eigenständiger Statistischer Jahresbericht herausgegeben, der erstmals 1973 erschienen, aber bis 1978 der vierte Teil der Vierteljahresberichte war. Von 1979 bis heute ist der Statistische Jahresbericht als eines der dauerhaften Produkte des Amtes jährlich erschienen. Die Jahre 2001 und 2002 blieben ohne Jahresbericht, weil wegen eines personellen Wechsels die Veröffentlichungen der gekürzten Personalsituation angepasst werden mussten. Der Inhalt der Statistischen Jahresberichte wechselte über die Jahrzehnte sehr oft. Zu den Kernthemen gehörten Bevölkerungsstand, Bevölkerungsbewegungen, Bautätigkeit, Zahlen zu wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Angaben über die natürlichen Verhältnisse, über die unterschiedlichen Gerichte, über Todesursachen, Preisentwicklung und Bewegungen im Grundstücksmarkt fielen aus der Berichterstattung heraus.

Das Thema Stadtentwicklungsplanung führte 1975 zu einer weiteren gleichnamigen Veröffentlichungsreihe, deren geplanter Aufbau im ersten Heft sehr ehrgeizig beschrieben wurde. Vier Unterreihen A (Gesamtplanung), B (Wohnungsbau- und Wirtschaftsentwicklungsprogramm), C (Planung der sozialen Infrastruktur) und D (Planung der technischen Infrastruktur) sollten den Rahmen bilden. Die genannten in Vorbereitung befindlichen Beispiele wurden zwar größtenteils auch verwirklicht, aber an die selbst vorgegebene Reihennomenklatur hat man sich nur bei Heft eins gehalten. Das Amt für Stadtentwicklung war nicht für jeden Inhalt verantwort-

lich, einige Fachplanungen wurden von beauftragten Experten oder anderen städtischen Dienststellen bearbeitet. Insgesamt gab es zehn Publikationen in dieser Reihe, die letzte erschien 1979. Das anspruchsvollste Werk, das „Stadtentwicklungsprogramm 1990“, erschien 1977, blieb hinter seinen gesteckten Zielen jedoch weit zurück. Überliefert ist nur eine unvollständige Sammlung einzelner Themen, Fachplanungen und Haushaltsannahmen. Ein anderes Werk dieser Zeit, das „Langfristige Entwicklungskonzept“, wurde dagegen zur Grundlage umfangreicher Erweiterungen vieler Stadtteile und stadtweiter räumlicher Planungen, von denen der Flächennutzungsplan aus dem Jahr 1977 besonders hervorzuheben ist.

Der Beginn der „Informationen zur Stadtentwicklung“ markierte auch eine umfangreiche Erweiterung der Aufgaben, insbesondere in den frühen siebziger Jahren. Zwischenzeitlich, von 1995 bis 2008, wurde die Reihe aufgeteilt in „Konzepte zur Stadtentwicklung“ und „Berichte zur Stadtentwicklung“. Das war sinnvoll, weil bis Ende der neunziger Jahre im Vorfeld des fortzuschreibenden Flächennutzungsplans zahlreiche Konzepte erstellt werden mussten. Nach 2000 verlor diese Unterscheidung wieder an Bedeutung, sodass folgerichtig ab dem Jahre 2009 wieder der ursprüngliche Titel „Informationen zur Stadtentwicklung“ verwendet wird. Damit sind die „Informationen zur Stadtentwicklung“ mit über 40 Jahren die am längsten erscheinende Schriftenreihe über Statistik und Stadtentwicklung in Ludwigshafen – und sollen es auch in Zukunft bleiben.

Im Jahr 2001 wurde der Versuch unternommen, ein neues Veröffentlichungsformat zu etablieren. Die „infos zur stadtentwicklung“ sollten als vierseitige Kurz-Information für schnelle und zeitnahe Vermittlung von neuen Daten und Zahlen sorgen. Sie erschienen im Abstand von drei Monaten, um „den Ansprüchen an Information in unserer schnelllebigen Zeit gerecht zu werden“ (Nr. 1, 2001). Bis Dezember 2002 gab es jedoch lediglich sechs Ausgaben, dann verschwand das Produkt ebenso schnell, wie es aufgetaucht war. Grund war neben dem Personalmangel auch das Ziel der Stadtverwaltung, die städtischen Veröffentlichungen im Erscheinungsbild stärker zu vereinheitlichen und insgesamt zusammenzufassen.

Im Rahmen einer erneuten Einsparphase wurde 2001 beschlossen, fortan keine Berichte mehr über Wahlergebnisse zu verfassen. Dies wurde auch bei zwei Wahlen, Landtagswahl 2001 und Oberbürgermeister-Wahl 2001, durchgeführt. Beide wurden nur tabellarisch in Sonderausgaben der „Infos zur stadtentwicklung“ mit geringer Auflage dokumentiert. Aber die Bundestagswahl 2002 bekam schon wieder einen eigenständigen Bericht und seither wurden alle Wahlen regelmäßig mit einem kurzen Ergebnisbericht in den Informationen zur Stadtentwicklung gewürdigt.

Die stetig wachsende Bedeutung der digitalen Informationsverarbeitung, aber auch der Kundenwunsch nach mehr digital abrufbaren Informationen via Internet veränderte auch die Veröffentlichungspraxis. Parallel zu den gedruckten Heften werden die Titel ab dem Jahr 2001 in Dateiform auf der Homepage der Stadt Ludwigshafen zur Verfügung gestellt. Dadurch gingen sowohl die Auflagenhöhe als auch die Druckkosten etwas zurück.

Ein wertvolles Informationsprodukt wurde 2003 mit den Stadtteilpässen konzipiert. Ihr Ziel ist es, auf maximal zwei Seiten einige häufig nachgefragte Zahlen für jeden Stadtteil zusammenzustellen. Dargestellt werden Angaben zur Bevölkerung, zu den Haushalten, zum Wohnungsbau und –bestand, zu Sozialeinrichtungen, zum Einzelhandel und zu Schulen und Kindertagesbetreuungseinrichtungen. Ergänzend kommen allgemeine Informationen hinzu (Ortsvorsteher und Bürgerservice). Im Turnus von zwei Ausgaben pro Jahr werden die Stadtteilpässe nur auf der Internet-Homepage der Stadt Ludwigshafen zur Verfügung gestellt. Gedruckte Ausgaben werden nicht erstellt. So ist es möglich, ständig leicht erneuerbare Übersichten anbieten zu können, ohne mit Druckkosten belastet zu sein. Aus der Erfahrung der letzten Jahre werden gerade die Stadtteilpässe von einem breiten Kundenkreis genutzt.

In den Jahren 2008 bis 2010 entstand ein weiteres digitales Informationsangebot, das Ludwigshafener Informationssystem LUSIS. Es handelt sich um eine datenbankgestützte Auswertungsplattform, die zunächst für die interne Nutzung verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung digital zur Verfügung gestellt wird. Der erste Schritt startete im Jahr 2010. In einem zweiten Schritt sollte dem Angebot auch via Homepage der Stadt Ludwigshafen weiteren Nutzern der Zugang ermöglicht werden. Aufgrund der zurzeit nicht absehbaren Wiederbesetzung einer unbesetzten Stelle ist dieses Angebot jedoch zukünftig in der Schwebe.

5.2 Wahlen nach 1945

Die Organisation, Durchführung und Ergebnisdarstellung von Wahlen für die politischen Institutionen war seit 1914 eine der zentralen Aufgaben des Statistischen Amtes. Die Urnengänge vor dem Zweiten Weltkrieg wurden in den Kapiteln zur Amtsgeschichte bereits erläutert. Seit den fünfziger Jahren hat sich eine ausgefeilte Wahlgesetzgebung entwickelt, die einerseits dem Wähler mehr Möglichkeiten offeriert, aber andererseits den Organisationsaufwand erhöht. Die wichtigsten Schritte werden nun im Folgenden kurz geschildert.



Abbildung 61: Stimmzettel zweite Stadtratswahl 1948

möglich waren. In jedem der elf Bundesländer sollten die Bundestagsabgeordneten zu drei Fünfteln aus Ein-Mann-Wahlkreisen und zu zwei Fünfteln aus Landesergänzungslisten bestimmt werden. Rheinland-Pfalz stellte 25 Abgeordnete: 15 aus Ein-Mann-Wahlkreisen und 10 aus Landesergänzungslisten der angetretenen Parteien. Die 10 Stimmen wurden mit dem d'Hondt'schen Verfahren nach dem Ergebnis in den 15 Wahlkreisen auf die Parteien verteilt.

Im September 1946 fand mit der Wahl zum Stadtrat die erste Wahl nach dem Krieg statt. Im Oktober folgte die Wahl zum ersten Kreistag. 1947 war Landtagswahl und 1948 die zweite Stadtratswahl. Eine historisch bedeutsame Aufgabe war schließlich die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949, die fünfte Wahl nach dem Krieg. Zum Urnengang waren 80 868 Wahlberechtigte aufgerufen, die Wahlbeteiligung betrug rund 80%⁶². Das Wahlgesetz hatte der Parlamentarische Rat im Juni 1949 verabschiedet. Wählen durfte, wer das 21. Lebensjahr vollendet hatte, Deutscher oder vertriebener Volkszugehöriger war und seit mindestens 3 Monaten in einem der elf Länder des westdeutschen Bundesgebiets lebte. Laut Wahlgesetz sollte der neue Bundestag mindestens 400 Abgeordnete haben, wobei Abweichungen aufgrund der Sitzverteilung

⁶² VdSA Heft 7, 1949, auch zum Folgenden.

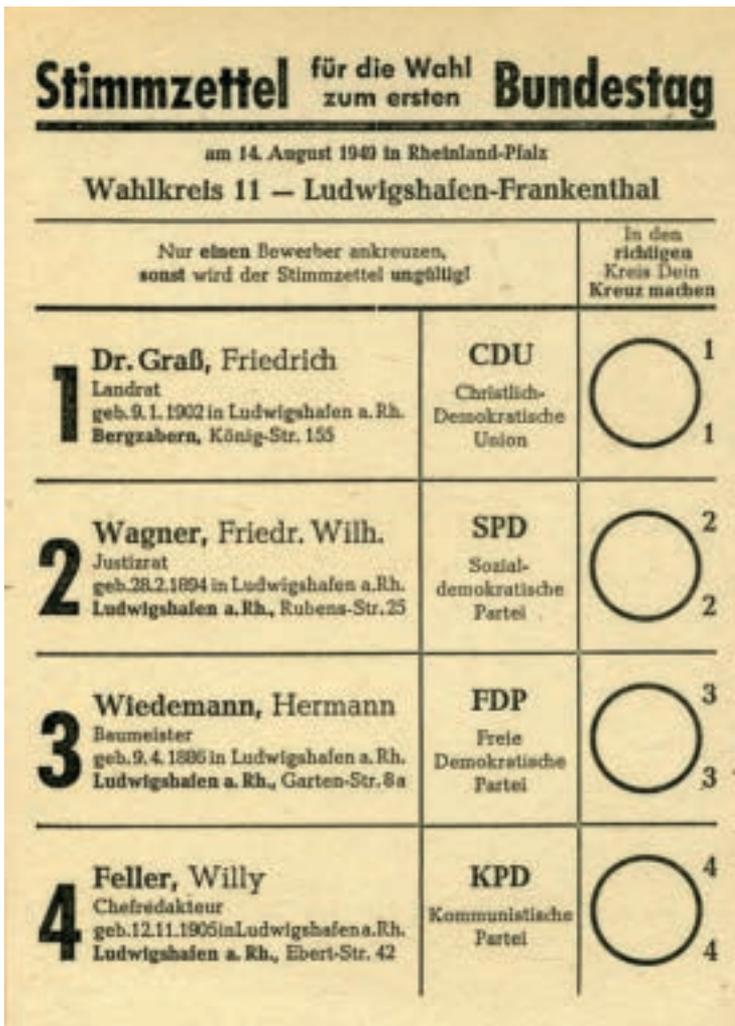


Abbildung 62: Stimmzettel der ersten Bundestagswahl 1949

Wahlleiter war Dr. Karl Moll, der Leiter des Statistischen Amtes von Ludwigshafen. Zum Wahlkreis 11 zählten die Städte Ludwigshafen und Frankenthal, der Landkreis Ludwigshafen (Alsheim⁶³, Altrip, Assenheim, Böhl, Dannstadt, Fußgönheim, Hochdorf, Iggelheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhefen, Ruchheim, Schauernheim) und der Amtsgerichtsbezirk vom Landkreis Frankenthal (Beindersheim, Bobenheim, Eppstein, Gerolsheim, Großniedesheim, Heßheim, Heuchelheim, Kleinniedesheim, Lambsheim, Roxheim). Insgesamt gab es im Wahlkreis rund 131 000, in der Stadt Ludwigshafen rund 81 000 Wahlberechtigte. Für die Wahl in Ludwigshafen wurden 73 Stimmbezirke gebildet. Der kleinste Bezirk enthielt 798, der größte 1369 Wähler. In jedem Wahllokal eines Stimmbezirks standen zwei Wahlurnen, eine für Frauen und eine für Männer, um das unterschiedliche Wahlverhalten untersuchen zu können (eine seit Jahren geübte Praxis). Die Abstimmungszeit wurde in Rhein-

land-Pfalz auf 8 bis 20 Uhr festgesetzt, damit auch die in der Erntearbeit stehende Landbevölkerung leichter wählen konnte. Hinterher wurde festgestellt, dass die zwei Abendstunden unnötig waren. Nachdem die Wahllokale geschlossen hatten, trafen in Ludwigshafen die ersten Wahlergebnisse 55 Minuten später ein: In Oggersheim war ein Stimmbezirk mit 887 Stimmen ausgezählt. Um 22 Uhr, also zwei Stunden nach Ende der Wahl lagen aus zwei Dritteln der Bezirke die Endergebnisse vor. Die Ergebnisse des letzten Bezirks mit 1120 Wählern trafen um 22.50 Uhr aus Rheingönheim ein. Der Wahlleiter schilderte die ursprünglich gedämpften Erwartungen zur Wahlbeteiligung: „Die führenden Männer des politischen Lebens hatte durchweg eine nur geringe Beteiligung der westdeutschen Bevölkerung an der Wahl erwartet. Sie wurden deutlich eines besseren belehrt. Auch in Ludwigshafen nahm der Wahleifer, der seit der ersten Nachkriegswahl ununterbrochen und stark nachgelassen hatte, bedeutend zu.“ Die Wahlbeteiligung lag unerwartet hoch im ganzen Wahlkreis 11 bei 82,5%. Die Werte waren in den Teilgebieten leicht unterschiedlich: Stadt Ludwigshafen 79,5%, Landkreis Ludwigshafen 85,4%, Stadt Frankenthal 86,3% und Landkreis Frankenthal 92 %. Gewinner des Wahlkreises war der Ludwigshafener Abgeordnete Friedrich Wilhelm Wagner von der SPD.

⁶³ Alsheim bzw. Alsheim Gronau ging bei der Gebietsreform 1969 in Rödersheim-Gronau auf.

Mit der Festlegung der Größe des ersten Deutschen Bundestags von mindestens 400 Abgeordneten griff das Wahlgesetz von 1949 auf die vor 1918 geltenden Regeln für den Reichstag zurück. Der Reichstag im kaiserlichen Deutschland hatte seit 1874 immer 397 Abgeordnete. Der Größe jenes Reichstags entspricht mit 400 Abgeordneten der neue Bundestag für die Länder des westlichen Deutschlands, wobei auch die Einwohnerzahlen vergleichbare Größen hatten. 1874 waren es im Deutschen Reich rund 42, 1948 in den westlichen Besatzungszonen rund 47 Millionen Einwohner (VdSA, Heft 7, 1949, S. 4).

1918 wurde das im Kaiserreich geltende Höchstzahl-System durch ein automatisches System für die Ermittlung der Zahl der Reichstagsabgeordneten abgelöst. Das automatische System sah vor, dass mit je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter zum Reichstag gewählt wurde. Die Größe des Reichstags war daher abhängig von der Zahl der Wahlberechtigten und der Höhe der Wahlbeteiligung. Er zählte zum Beispiel 423 Abgeordnete bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919, dagegen 813 Abgeordnete im Jahr 1938, also fast doppelt so viele (VdSA, Heft 7, 1949, S. 3).

Bei der zweiten Bundestagswahl 1953 gab es eine bis heute geltende Neuerung im Wahlrecht. Die Wähler durften zwei Stimmen abgeben, Erst- und Zweitstimme. Die Erhöhung der Zahl der ungültigen Stimmen hielt sich – entgegen der Befürchtungen – in mäßigen Grenzen, bei einer aus heutiger Sicht sensationell hohen Wahlbeteiligung in Ludwigshafen von rund 84% (VB 1953, S. 36). Bei dieser Wahl wurde das bei der Landtagswahl 1951 in Ludwigshafen zum ersten Mal erprobte „Repräsentativ-Verfahren“ erneut eingesetzt, um zu Erkenntnissen „über die Art der Stimmabgabe der in verschiedenem Alter stehenden Wähler auf repräsentativer Grundlage zu kommen“ (VdSA, Heft 10, S. 27).

Im Dezember 1955 erließ der Stadtrat aufgrund der §§ 54 und 56 des Selbstverwaltungsgesetzes die Satzung über die Einrichtung von Ortsbeiräten und Ortsverwaltungen. Hintergrund war der Gedanke, die 1938 eingemeindeten Vororte Oppau (mit Edigheim), Oggersheim, Maudach und Rheingönheim „mit der Stadt und ihrer Verwaltung eng zu verknüpfen“ (VB 1955, S. 15). Da Edigheim als „Ortsteil“ von Oppau mit eingemeindet worden war, erhielten beide den Ortsbeirat mit dem offiziellen Gemeindename vor der Eingemeindung: Oppau. Die Ortsbeiräte kamen zustande, indem der Stadtrat entsprechend dem Ergebnis der letzten Stadtratswahl in den einzelnen Vororten die Mitglieder der Ortsbeiräte wählte. Auf Vorschlag dieser Ortsbeiräte wählte der Stadtrat im Februar 1956 die jeweiligen Ortsvorsteher. Der Stadtrat beschloss im Mai 1956 den Ortsvorstehern von Oppau, Oggersheim und Rheingönheim 150 Mark, demjenigen in Maudach 100 Mark als monatliche Aufwandsentschädigung und den Mitgliedern der Ortsbeiräte ein Sitzungsgeld von 5 Mark zu gewähren. Die ersten Ortsvorsteher im Jahr 1956 waren:

Johannes Janson	Oppau
Fritz Bassemir	Oggersheim
Alois Hildenbrand	Maudach
Wilhelm Hofer	Rheingönheim

Nach der Stadtratswahl von 1964 beschloss der Stadtrat eine neue Hauptsatzung, die für alle Stadtteile einen Ortsbeirat vorsah, wobei einige Stadtteile zu einem Ortsbezirk zusammengefasst wurden. Es gab neun Ortsbezirke mit je einem Ortsbeirat: Südliche Innenstadt mit den Stadtteilen Mitte und Süd, Nördliche Innenstadt mit den Stadtteilen Nord, Hemshof und West, Friesenheim, Oppau mit Edigheim, Gartenstadt mit den Stadtteilen Niederfeld und Hochfeld, Mundenheim, Oggersheim, Rheingönheim und Maudach. Die Mitgliederzahl der Ortsbeiräte staffelte sich nach der Größe der Einwohnerzahl der Ortsbezirke. Rheingönheim und Maudach erhielten je sieben, die Südliche und Nördliche Innenstadt je 15 und die übrigen Ortsbeiräte je 11 Mitglieder. An der Bildung der Ortsbeiräte durch ihre Ernennung vom Stadtrat änderte sich vorerst nichts. Der zehnte

der heute existierenden Ortsbeiräte kam mit der Eingemeindung von Ruchheim 1974 hinzu. Die Ortsvorsteher dieser neun Ortsbeiräte vom Jahr 1966 und des Ruchheimer Ortsbeirats, die alle der SPD und mit Ausnahme von Franz Wolf auch dem Stadtrat angehörten, waren:

Karl Kornmann	Südliche Innenstadt	Franz Siegel	Mundenheim
Heinrich Ries	Nördliche Innenstadt	Fritz Bassemir	Oggersheim
August Wagner	Friesenheim	Heinrich Wälker	Rheingönheim
Horst Schork	Oppau	Kurt Kern	Maudach
Franz Wolf	Gartenstadt	Ernst Gutermann	(Ruchheim, ab 1974)

Die damalige Einteilung der Stadtteile entsprach noch nicht der heutigen. Nord und Hemshof waren noch zwei getrennte Stadtteile. Die Gartenstadt tauchte zum ersten Mal als Begriff für einen Ortsbezirk auf. Aber in der amtlichen Statistik und der Verwaltungswelt verbreitete er sich in unregelmäßigen Etappen nach dem Krieg (siehe auch Kap. 5.4).

Die Stadtratswahlen von 1960 brachten als Neuerung neben der persönlichen Stimmabgabe noch die Briefwahl. In der Folge stieg die Zahl der auszustellenden Wahlscheine beträchtlich an von 459 im Jahr 1956 auf 2836 im Jahr 1960. In den Wahllokalen der 105 Stimmbezirke wurden weiterhin zwei Wahlurnen aufgestellt, um die Ergebnisse getrennt für Männer und Frauen ermitteln zu können (VB 1960, S. 18). Die Übersicht mit den Nachkriegswahlen bis 1963 zeigt den Anstieg der Zahl der Stimmbezirke und die unterschiedlichen Wahlbeteiligungen in Ludwigshafen in der jungen Bundesrepublik.

Tabelle 4: Die Nachkriegswahlen 1946 bis 1963

= Übersicht 1 = Die Nachkriegswahlen.									
Wahltag		Wahl		Wahl- bezirke	WV	Wahl berech- tigte A	Wähler	Wahl- betei- ligung %	
Nr.	am	Nr.	zum	Zahl ^{2/}	3/				
1	15. 9.1946	1	1.Stadtrat	70	a	4	64 550	57 977	89,8
2	13.10.1946	2	1.Kreistag ^{1/}	70	a	4	64 537	50 773	78,6
3	18. 5.1947	3	1.Landtag	71	b	4	64 772	50 149	77,2
4	14.11.1948	4	2.Stadtrat	71	b	5	75 640	50 749	67,1
5	14. 8.1949	5	1.Bundestag	73	c	4	80 868	64 320	79,5
6	29. 4.1951	6	2.Landtag	74	c	7	87 433	65 130	74,5
		7	1.Bezirkstag	74	c	7	87 400	65 076	74,5
7	9.11.1952	8	3.Stadtrat	88	c	4	91 708	61 605	67,2
		9	2.Bezirkstag	88	c	4	92 210	61 856	67,1
8	6. 9.1953	10	2.Bundestag	87	b	8	94 215	79 078	83,9
9	15. 5.1955	11	3.Landtag	95	d	7	98 888	72 694	73,5
10	11.11.1956	12	4.Stadtrat	98	b	3	102 424	68 917	67,3
		13	3.Bezirkstag	98	b	5	103 293	69 416	67,2
11	15. 9.1957	14	3.Bundestag	103	b	8	109 734	91 984	83,8
12	19. 4.1959	15	4.Landtag	102	-	7	110 768	79 273	71,6
13	23.10.1960	16	5.Stadtrat	105	-	3	112 263	77 045	68,6
		17	4.Bezirkstag	105	-	4	112 753	77 288	68,5
14	17. 9.1961	18	4.Bundestag	107	-	7	116 035	99 070	85,4
15	31. 3.1963	19	5.Landtag	111	-	6	117 444	82 082	69,9

^{1/} In Ludwigshafen wird seitdem nicht mehr zum Kreistag gewählt.
^{2/} Darunter Anstaltsbezirke: a = 1, b = 2, c = 3, d = 2 und 1 für Reisende.
^{3/} WV = Zahl der zugelassenen Wahlvorschläge.

Die Legislaturperiode des Stadtrats war von 1964 bis 1969 erstmals fünfjährig (und ist dies bis heute), davor galten vierjährige Wahlabstände. Ein Computer wurde bei der Landtagswahl 1967 zum ersten Mal in Ludwigshafen eingesetzt. Er schrieb die Wahlbenachrichtigungen, unterstützte bei der Ergebnisfeststellung und bei der Auswertung der Wählerkartei (VB 1967/68, S. 13). Nach den sechziger Jahren gab es ungefähr alle zehn Jahre mehr oder weniger einschneidende Änderungen im rheinland-pfälzischen Kommunalwahlrecht:

- 1972 wurde das Alter der Wahlberechtigten von 21 auf 18 Jahren herabgesetzt.
- 1979 wurde die erste Europawahl zum Europäischen Parlament durchgeführt. Seither finden die Europawahlen in Rheinland-Pfalz immer gleichzeitig mit den Kommunalwahlen statt.
- 1989 erhielt jeder Wähler so viele Stimmen wie Sitze im Parlament zu verteilen waren, in Ludwigshafen waren dies 59 (ab 1994 hatte der Stadtrat 60 Sitze). Vorher galt der Grundsatz „1 Wähler = 1 Stimme“. Nun konnte jede Partei auf dem Stimmzettel so viele Bewerber auführen wie Sitze zu vergeben waren. Der Wähler konnte seine Stimmen auf die Bewerber von allen angetretenen Parteien verteilen (panaschieren), er konnte einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben (kumulieren) und er konnte einzelne Kandidaten streichen⁶⁴.
- 1999 wurden bei der Kommunalwahl die Ortsbeiräte erstmals seit ihrem Bestehen in einer eigenständigen Wahl ermittelt und nicht mehr durch Übertragung des Ergebnisses der Stadtratswahl im jeweiligen Ortsbezirk. Gleichzeitig wurde auch die Direktwahl der Ortsvorsteher bestimmt. Beide, Ortsvorsteher und Ortsbeirat, werden immer parallel zum Stadtrat alle fünf Jahre gewählt. Grundlage war eine rheinland-pfälzische Wahlrechtsänderung von 1998.
- Dieselbe Wahlrechtsänderung führte in den Kommunen von Rheinland-Pfalz zur Direktwahl des Stadtoberrhauptes für eine Amtszeit von acht Jahren. Bis dahin wurde der Oberbürgermeister immer indirekt vom Stadtrat gewählt. Es gab allerdings eine Ausnahme: Oberbürgermeister Dr. Christian Weiß wurde 1920 als einziger direkt und nicht vom Stadtrat gewählt. Bei der ersten Direktwahl nach dem Krieg in Ludwigshafen 2001 wurde Dr. Eva Lohse zur Oberbürgermeisterin gewählt. Seit ihrer Wiederwahl 2009 ist sie die heute amtierende Oberbürgermeisterin in Ludwigshafen.



Abbildung 63: Wahlleiter Dr. Karl Moll, Landtagswahl 1963

Nach aktuellem Kommunalwahlrecht in Rheinland-Pfalz sind somit am Tag der Kommunalwahl in Ludwigshafen mindestens 23 Wahlen durchzuführen: die Wahlen zum Europaparlament, zum Bezirkstag und zum Stadtrat sowie die 10 Wahlen der Ortsbeiräte und die 10 Wahlen der Ortsvorsteher. Je nach Wahlausgang folgen zwei bis drei Wochen nach der Wahl noch die Stichwahlen für die Ortsvorsteher.

Zwischen 1967 und 1996 leistete das Rechenzentrum die EDV-technische Unterstützung bei der Durchführung von Wahlen. Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre wurden zeitweise sog. Wahlautomaten eingesetzt, die sich aber wegen technischer Störungen und rechtlicher Probleme nicht durchsetzen konnten⁶⁵. Seit der Bundestagswahl 1998 wird die Auswertung der

⁶⁴ Die Kommunalwahl 1989, Informationen zur Stadtentwicklung, 7/89, S.1. Es braucht hier nicht auf weitere Details dieser Regelung eingegangen zu werden, denn sie gilt bis heute und dürfte allgemein bekannt sein.

⁶⁵ Von Kollegen wird berichtet, dass nach Verteilen der Wahlautomaten in die Wahllokale am Wahlsonntag vor Öffnung der Lokale plötzlich schon Stimmen gezählt worden waren und die Sicherungen häufig erneuert werden mussten.



Abbildung 64: Einsatz von PC-Wahl zur Ergebnispräsentation, Landtagswahl 2011

Wahlen, die Ergebnisfeststellung und Ergebnispräsentation durch das von der Landeswahlleitung eingesetzte Computerprogramm PC-Wahl unterstützt.

Bei der Sichtung der umfangreichen Veröffentlichungen und Berichte über Wahlen fällt auf, dass die Gewinnung von Wahlhelfern über viele Jahrzehnte offenbar kein Problem war. Wäre dies ein größeres gewesen, hätten die Verantwortlichen mit Sicherheit ebenso darüber berichtet, wie sie es über die zeitweiligen Schwierigkeiten bei der Heranziehung von freiwilligen Zählern für die Großzählungen getan haben. Seit den neunziger Jahren stellt die Gewinnung von qualifizierten Wahlhelfern für alle erforderlichen Funktionen kein einfaches Unterfangen dar, da die Bereitschaft der öffentlich Bediensteten und der Bevölkerung kontinuierlich abnimmt.

5.3 Die Datenverarbeitung – von der Adrema zum Internet

Es wurden bereits verschiedene Meilensteine in der Technisierung der Büroarbeitswelt erwähnt. Hier werden sie etwas eingehender erläutert, soweit sie das Arbeiten des Statistischen Amtes berührten. Der erste wirklich große Fortschritt in der Automatisierung von Massenarbeitsgängen war der Einsatz der Adrema-Anlagen in den 30er Jahren, sieht man von den sonst üblichen Geräten wie Schreibmaschinen, Rechenmaschinen oder Vervielfältigungsapparaten einmal ab. Diese Adrema-Anlagen⁶⁶ wurden zuerst von der Reichspost in Postscheckkämtern und anderen zentralen Dienststellen ab 1913 eingesetzt. Im Laufe der Zeit fanden sie dann auch bei Kommunen, Ländern und größeren Firmen Verwendung. Wie häufig bei technischen Neuerungen gab es auch kritische Stimmen, die der errechneten Einsparung durch Adrema-Anlagen keinen Glauben schenkten. So klagte der Frankfurter Statistiker in einem Brief an seinen Ludwigshafener Kollegen, „dann zog die Adrema-Krankheit unterstützt durch sogenannte Organisatoren über die Verwaltungen“. Eine Adrema sei zwar für manche Arbeiten sinnvoll und nützlich, aber sie werde oft unüberlegt für Vorgänge eingesetzt, wo sie eben keinen Vorteil biete (StA, LuA 588, S.111).

Ein Gutachten, das Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius 1932 anfertigen ließ, um Einsparungen bei der Stadtverwaltung durch Rationalisierung vorzunehmen, empfahl eine solche Adrema-Anlage. Damit könne die 20- bis 25-fache Leistung gegenüber manuellen Vorgängen erzielt werden (Eicke, 1932, S. 389). Viele Städte, so der Gutachter, hatten bereits eine solche Anlage, aus der Nachbarschaft Ludwigshafens erwähnte er Worms, Heidelberg und Frankfurt am Main. In Ludwigshafen sollte eine solche Anlage das tägliche Geschäft der Einwohnermeldevorgänge und die Erstellung von Wählerlisten rationalisieren. Die „Einwohnerplatte“ ist eine von der Papierform überführte Urkartei, in der für jeden Einwohner eine metallene Platte mit der Prägemaschine einer Adrema-Anlage angefertigt wurde. Mit diesen Metallplatten (anfangs aus Zink,

⁶⁶ Adrema („adressiere maschinell“) ist der Firmenname des 1913 gegründeten Berliner Herstellers, der damals Marktführer in Deutschland war. 1961 wurde Adrema vom amerikanischen Unternehmen Pitney&Bowes, Marktführer für Frankiermaschinen, übernommen.

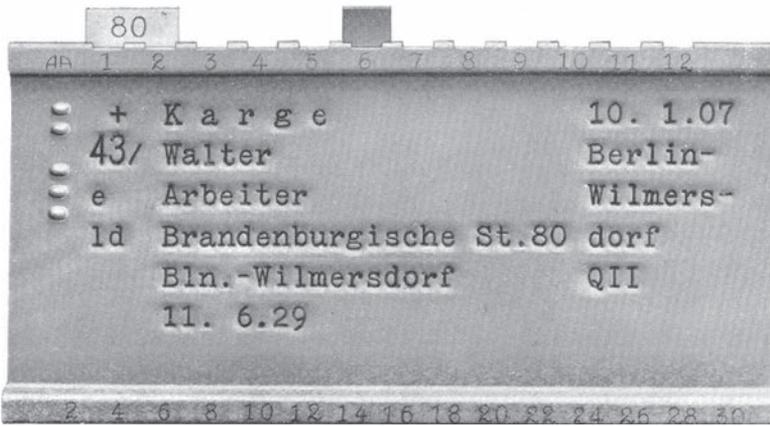


Abbildung 65: Platte aus einer Einwohnerplatte. Darauf wurden die Informationen einer Person vorgehalten.

später aus Aluminium) konnten sämtliche Listen und Adressierungsvorgänge mit der Adrema-Druckmaschine viel schneller erledigt werden. Die Platten konnten bei Umzug einer Person geändert werden und die Prägemaschine war sogar in der Lage, die Platten völlig einzuebnen und neu zu prägen.

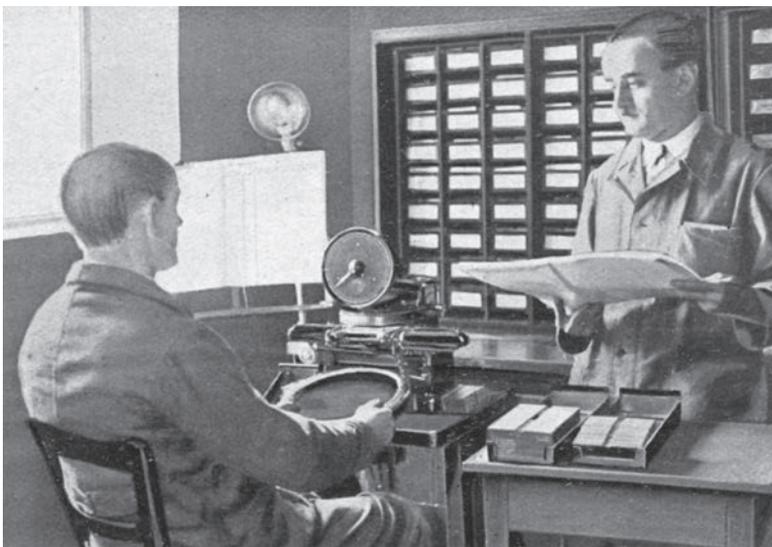


Abbildung 66: Adrema-Anlage von Worms

Die Karteistelle und insbesondere die fortschreibbare Stimmkartei sollten das Amt in die Lage versetzen, bei zukünftig kurzfristig angesetzten Volksabstimmungen schneller reagieren zu können⁶⁷. Dafür wurde die einzige in der Verwaltung vorhandene „Adrema-Druckmaschine“ herangezogen. Sie konnte die bisher handschriftlich erstellte Urkartei durch eine gedruckte in Listenform ersetzen. Zwei Durchschläge dienten dem Wahlamt und der Herstellung von Benachrichtigungskarten (VB 1935, S. 29). Die Schilder-

ungen im Verwaltungsbericht lassen die Begeisterung des Amtes für diese technischen Fortschritte gut erahnen. Aus heutiger Sicht ist das eine paradoxe Situation: Ausgerechnet die grundlegenden Vorgänge einer Demokratie, die Wahlen, konnten nun schneller und einfacher durchgeführt werden – obwohl sie nach März 1933 nur noch eine Scheinfunktion hatten.

In den fünfziger Jahren erlebte diese Technik einen zweiten Aufschwung. Da die alten Gerätschaften den Krieg nicht überstanden hatten und die technische Entwicklung ohnehin weitergegangen war, billigte der Stadtrat 1956 die für Maschinen, Zubehör und das Einrichten notwendigen 100.000 Mark. Mit dem Prägen der Einwohnerplatten konnte die als „Platteistelle“ bezeichnete Abteilung des Statistischen Amtes am 12. März 1957 ihre Arbeit aufnehmen und erhielt Unterstützung von einer „größeren Zahl weiblicher Aushilfsangestellten“ (VB 1956, S. 26). Erstes wichtiges Ziel waren die Wählerlisten für die Bundestagswahl im September 1957. Der Anfangsbestand an Einwohnerplatten betrug über 150 000 und die Plattei konnte bereits zu mehreren einmaligen Verwaltungsaufgaben städtischer Dienststellen herangezogen werden (VB 1957, S. 24). Aufgrund dieser neuen technischen Einrichtung kamen ab 1. November 1958 neben der Ausgabestelle für Lohnsteuerkarten auch die zentrale Verwaltungsplattei für Personal- und Steuerzwecke zum Amt. Fortan spielte das Statistische Amt als Dienstleister für andere Stellen eine zunehmende Rolle. Die Umstellung der Steuerklassen erforderte

⁶⁷ Die Volksabstimmung vom 19. August 1934 wurde erst am 2. August durch die Reichsregierung angeordnet.



Abbildung 67: Adrema Präge- und Druckmaschine

die Änderung von 76 000 Steuerkarten, für die Landtagswahl konnten Wählerlisten mit 110 000 Namen und für die städtischen Steuern 45 000 Steuerbescheide gedruckt werden. Schließlich folgte der Druck der Gehalts- und Lohnlisten für das Personalamt sowie weitere Auszüge aus der Einwohnerplatte für verschiedene andere Dienststellen (VB 1958, S. 22). Dafür war die Adrema-Anlage ein hervorragendes Instrument, das die Erstellung von großen Listen und von Listenausügen für Teilgruppen sehr erleichterte. Die Schreibmaschinenarbeiten fielen dadurch zwar weg, es kamen aber aufwändige Prägearbeiten an den Platten für Fortschreibungen hinzu.



Abbildung 68: Lochkartensaal der BASF 1962

Anfang der 60er Jahre wurde der nächste große Schritt bei der Informationsverarbeitung in der Stadtverwaltung getan: die Einführung von Lochkarten als Medium zum Speichern von Daten und Verarbeitungsoperationen⁶⁸. Der erste Anwender war das Steueramt. „Als die Stadtwerke ihre Verbrauchsabrechnung auf Lochkarten umstellten und ihre Maschinen zunächst nicht voll ausgelastet waren, wurde seit dem 1. Januar 1961 die Steuerveranlagung mit

⁶⁸ Die Lochkarte oder auch Hollerith-Karte geht zurück auf den deutschen Auswanderer Hermann Hollerith, der sie erstmals bei der Volkszählung 1890 in den USA erfolgreich einsetzte.

Hilfe des Lochkartenverfahrens vorgenommen“. Schon ein Jahr später richtete das Steueramt eine eigene Abteilung ein: „Es wurde ein Maschinensatz, bestehend aus einem Schreibblocher, einer Sortier- und einer Tabelliermaschine angemietet“ (VB 1962, S. 35). 1963 kamen ein alphanumerischer Kartenprüfer und ein Locher mit eingebautem Lochschriftübersetzer hinzu, alle mechanisierbaren Arbeiten der Steuerverwaltung waren nun auf Lochkarten umgestellt. Die Lochkartenabteilung im Steueramt arbeitete für viele Dienststellen, wie Statistisches Amt, Presse- und Werbeamt, Sozialverwaltung, Ausgleichsamt, Krankenhaus, Schlacht- und Viehhof sowie Volkshochschule (VB 1963, S. 42). Nachdem 1964 ein Kartenmischer, ein Rechenlocher und ein Kartendoppler hinzukamen, stand „ein kompletter Satz herkömmlicher Lochkartenmaschinen der Serie IBM 421“ zur Verfügung (VB 1964, S. 34). Diese Lochkartenmaschinen arbeiteten noch mit elektromechanischen Techniken. „Da Anwendungen dieser Art auch von anderen Ämtern hinzukamen, wurde 1965 die technische Entwicklung genutzt und der für unsere Verwaltung erste programmierbare, mit Lochkarten arbeitende Rechner (IBM 360) angemietet“⁶⁹. Im Jahr 1966 wurde die Lochkartenabteilung des Steueramtes als „Rechenzentrum für elektronische Datenverarbeitung“ dem Hauptamt zugeordnet, da das Aufgabengebiet aus dem Bereich einer Fachdienststelle herausgewachsen war. Gleichzeitig wurde das neue IBM-Datenverarbeitungssystem 360-20 in den neuen Räumen im Vorderhaus der Ludwigsstraße 67-69 eingerichtet. „Damit begann bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen ein neuer Abschnitt moderner Datenverarbeitung“ (VB 1966, S. 13).

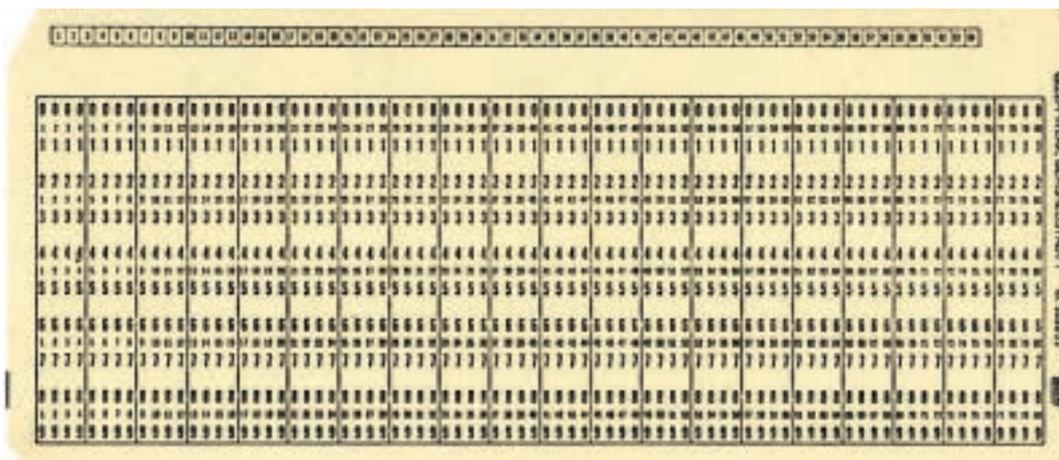


Abbildung 69: Lochkarte beige, für den Datensatz

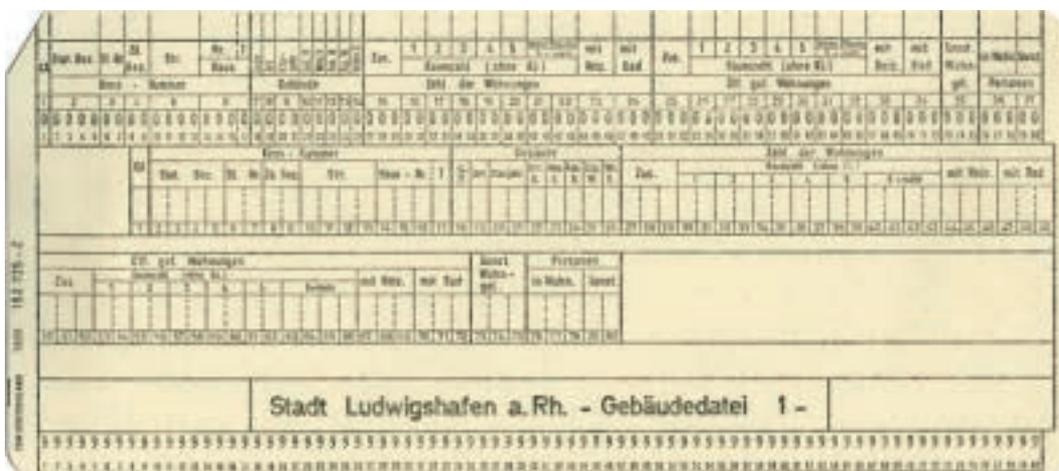


Abbildung 70: Lochkarte für die Gebäudedatei 1967

⁶⁹ Die meisten Angaben dieses Kapitels bis 1992 stammen aus: Technikunterstützte Informationsverarbeitung, 1993 (Tul).

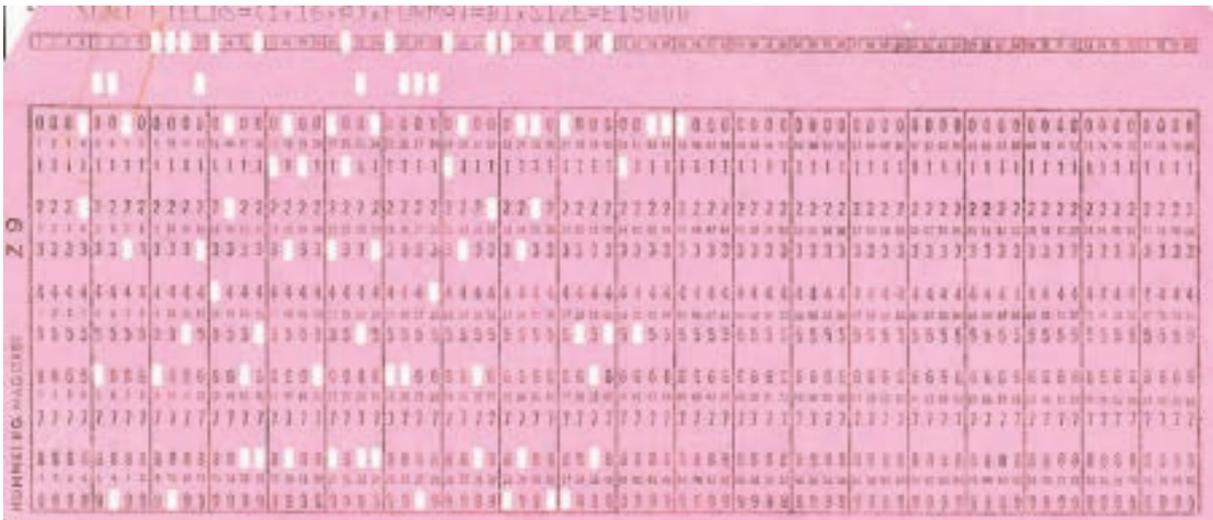


Abbildung 71: Lochkarte rosa, für den „Job“, mit den Anweisungen für die Datenverarbeitung

Die Umstellung der Einwohnerkartei von den Adrema-Platten auf die neuen Lochkarten brachte sowohl für das Rechenzentrum als auch für das Statistische Amt enorme zusätzliche Arbeit. Alle Angaben der Einwohner mussten verschlüsselt werden, damit im Rechenzentrum die entsprechende Zahl von Lochkarten angelegt werden konnte. Zum Ausdruck der Lohnsteuerkarten im Oktober 1967 war man jedoch rechtzeitig fertig, der Computer benötigte für den Ausdruck von 110 000 Steuerkarten nur drei Tage. Schließlich war durch diese Umstellung eine wesentliche Rationalisierung im Statistischen Amt möglich. „Anstatt bisher elf sind in Zukunft nur sieben Arbeitskräfte für diesen Aufgabenbereich notwendig“ (VB 1966, S. 19). Diese technische Entwicklung diente aber nicht nur der kostengünstigen, sondern auch der humaneren Gestaltung von ständig wiederkehrenden Arbeitsabläufen (Tul, S. 16).

Die Möglichkeiten und Anforderungen der elektronischen Datenverarbeitung und die technischen Fortschritte wuchsen derart rasant, dass praktisch jährlich die eingesetzten Gerätschaften angepasst oder erweitert wurden. 1968 wurde für die umfangreichen Arbeiten die „Kernspeicherkapazität“ erweitert und 1969 die nächste Rechner-Generation IBM 360-30 installiert. In der gleichen Zeit waren die Räume in der Ludwigstraße zu klein geworden und die Abteilung Rechenzentrum zog in das neue Betriebsgebäude der Technischen Werke in der Industriestraße.



Abbildung 72: Lochkartensortiermaschine

Mit der schnell wachsenden Aufgabenfülle stieß auch bald das Personal an seine Grenzen. Daher begann das Rechenzentrum mit einer eigenen Ausbildung von Organistoren, Programmierern und Maschinenbedienern, weil sie „außerhalb der Verwaltung kaum zu bekommen waren“ (VB 1969, S. 11). Ende der sechziger Jahre wurden über die EDV-Anlage Arbeiten erledigt in den vier Funktionsgruppen Einwohnerwesen (Einwohnerdatei, Statistiken, Wahlen), Finanzwesen (Kämme-

rei, Stadtkasse, Steueramt), Personalwesen (Gehaltsabrechnung, Zusatzversorgung) und Verbrauchsabrechnung (Stadtwerke) (VB 1967/68, S. 13).

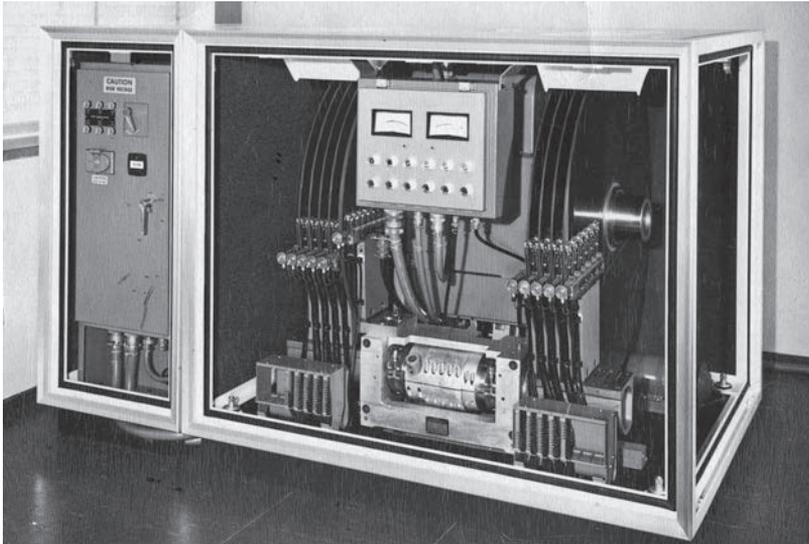


Abbildung 73: Plattenspeicher mit 6 MB, siebziger Jahre, Maße ca. 1,3 Meter hoch und über drei Meter lang

1970 folgte der nächste große Entwicklungssprung: Die Lochkarten wurden schrittweise durch ein System mit externen Speichern ersetzt (Platten-Band-System). Neben den Magnetbändern kamen auch magnetische Metallplatten als Speichermedium zum Einsatz, daher auch der Begriff „Festplatte“. Abbildung 64 zeigt eine solche Plattenanlage, die gerade mal über 6 MB Speicherkapazität verfügt.

Das Rechenzentrum wandelte sich bis 1973 durch Vereinbarungen der kommunalen Spitzenverbände mit den Land Rheinland-Pfalz zu einem kommunalen Gebietsrechenzentrum, das neben den vier anderen im Land (Mainz, Kaiserslautern, Trier und Koblenz) Auswertungen aus dem Einwohnerwesen für die jeweils zugewiesene Region lieferte und für den laufenden Betrieb zuständig war. Das gleiche galt auch für die zahlreichen anderen Anwendungen in den oben genannten Funktionsgruppen. An der Weiterentwicklung des Verfahrens „Einwohnerwesen-Städte“ war auch das Amt für Grundlagenforschung und Stadtentwicklung beteiligt. 1972 mussten in den Räumen des Rechenzentrums „vollklimatisierte Maschinensale“ eingebaut werden, da die ab 1973 neu zu installierende Computeranlage viel mehr Wärme entwickelte als die alte (VB 1972, S. 9).

Laut Verwaltungsbericht von 1974 bestand die Maschinenausstattung im Rechenzentrum aus folgenden Geräten: eine Zentraleinheit mit Konsole, 15 Platteneinheiten mit Steuerwerken, vier Bandeneinheiten mit Steuereinheiten, zwei Drucker mit Steuereinheiten, zwei Leser/Stanzer und mehrere nachbereitende Geräte. Die Datenverarbeitung war sehr auf optimale „Maschinenauslastung“ ausgerichtet: Es wurde im 3-Schichtbetrieb gearbeitet, durch das „Multiprogramming“ konnten 13 000 Maschinenstunden erreicht werden und es waren ständig 100 Magnetstapel und 1400 Bänder im Einsatz (VB 1974, S. 26). Die Abteilung Rechenzentrum wurde 1974 aus dem Hauptamt ausgegliedert und als selbständiges Amt unter der Bezeichnung „Kommunales Gebietsrechenzentrum Ludwigshafen am Rhein (KGRZ)“ gefuhrt⁷⁰.

Bis 1979 mussten Programme und Daten per Lochkarten unmittelbar in den Rechner des KGRZ eingelesen werden. Ab 1979 war es durch entsprechende Programme und den Einsatz von Netzverwaltungsrechnern und Bildschirmterminals möglich, von entfernten Büro räumen Daten in den zentralen Rechner einzugeben und sich auch anzeigen zu lassen. Anfangs konnten das nur Mitarbeiter des KGRZ tun. Ab 1983 war es dann möglich die Daten für das Finanzwesen dezentral bei den Ämtern durch sog. Datenerfassungskrafte zu erfassen. Beim Amt für Stadtentwicklung kam der erste Arbeitsplatz dieser Art 1984, um Daten für die Bautatigkeits- und Fremdenverkehrsstatistik mit der Datenbanksoftware „Adimens“ in den Zentralrechner einzugeben.

⁷⁰ Das KGRZ wurde im Juli 1989 durch Stadtratsbeschluss in einen städtischen Eigenbetrieb gleichen Namens umgewandelt, der im Jahr 1996 in das Gemeinschaftsunternehmen für kommunale Informationsverarbeitung (GKI, eine Kooperation mit IBM) überging. 2002 wurde das GKI aufgelöst und die Aufgaben wechselten in die Abteilung Informationstechnik (1-11-IT) im Bereich Organisation.



Abbildung 74: Im Ludwigshafener Rechenzentrum 1977

Die erste wirkliche Dialog-Anwendung mit Echtzeitverarbeitung der Daten wurde 1986 im Finanzwesen in Betrieb genommen. Nun konnten die Beschäftigten von ihrem Arbeitsplatz aus unmittelbar ihre Daten verändern und sich die Ergebnisse sofort am Bildschirm anzeigen oder am Drucker ausgeben lassen. Bis 1992 wurden 18 solcher Dialog-Anwendungen eingeführt und dafür insgesamt 390 Datenendgeräte installiert. Parallel wurden die Mikrorechner immer leistungsfähiger. 1984

kaufte das KGRZ den ersten PC für Testzwecke. Für einen IBM-PC-XT mit 256 KB Hauptspeichergröße, einem Laufwerk für Disketten mit 360 KB Speicherkapazität, Monitor, Tastatur, Naddrucker und einem Adapter zum Zentralrechner wurden 31.015 DM bezahlt. Die Entwicklung dieser PC war sehr rasant und bereits 1992 waren 177 PC-Arbeitsplätze in der Verwaltung eingerichtet (Tul, S. 17).

Im Jahr 1988 wurde die EDV-Ausstattung des Amtes für Stadtentwicklung weiter ausgebaut. Vorhanden waren vier Dialog-Anwendungen (Terminals), drei PC (PC-3270 und PS2/60) und zwei Matrixdrucker. Neu hinzukommen sollten zwei PC PS2/60 mit Anschluss an den Host, ein Matrixdrucker, ein Matrixdrucker für Briefqualität und ein Drucker mit Host-Anschluss. „Die Kapazität der Rechner muss so gewählt werden, dass die einzelnen Software-Pakete reibungslos ablaufen können; d.h. ohne neues Booten beim Wechseln zu anderer Software“. Immerhin hatten noch sechs Büroräume überhaupt keine EDV-Ausstattung⁷¹. Aus dieser Zeit unvergessen sind auch die nicht selten gescheiterten Versuche, fehlerfreie thematische Karten mittels des damals eingesetzten Stift-Plotters herzustellen.

Im Laufe der neunziger Jahre verbreitete sich der Computer stetig, bis letztendlich alle Büroarbeitsplätze damit ausgestattet waren bzw. bis die Büroarbeit ohne PC nicht mehr denkbar war. Seit Mai 1996 präsentiert sich Ludwigshafen mit eigenen Seiten im damals jungen digitalen Medium Internet. Auf 50 Seiten wurden Informationen angeboten zu den Leitthemen Stadtporträt, City, Kultur, Wirtschaft, Veranstaltungen, Ansprechpartner und News. Interaktive Möglichkeiten für mehr Bürgernähe wurden für die Zukunft anvisiert, aber man müsse sich „zunächst damit begnügen, dass beim ersten Schritt noch die Informationsvermittlung dominiert“ (Neue Lu, 6/1996, S.13). Von der Sparte Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung wurden sehr früh Informationen für die Internetseiten beigesteuert. Die Verbreitung der Internetnutzung im Arbeitsalltag ging vorerst nur in zaghaften Schritten voran; Einschränkungen bei Technik und Kosten mussten erst überwunden werden. Seit März 1998 gab es für die Sparte einen Rechner mit Internetanschluss, die jeweiligen Nutzungszeiten mussten die Beschäftigten untereinander abstimmen. Im Sommer 1998 entschied die Stadtverwaltung, das Programm Lotus Notes als Bürokommunikationssoftware einzusetzen. Im selben Jahr begann der Ausbau interner Netzwerkstrukturen, die den Zugang von den angeschlossenen Rechnern zu zentralen Servern erlaubte. Erst langsam, dann rasend schnell hielten die neuen Anwendungen der Bürokommunikation

⁷¹ Zitiert nach Unterlagen beim Bereich Stadtentwicklung von 1988.

nikation, zum Beispiel die Email, Einzug in den Büroalltag. Im März 1998 riet eine Notiz allen Beschäftigten in der Sparte: „Aus begründetem Anlass erscheint es ratsam, sich Lotus Notes täglich morgens anzusehen“.

Im Februar 2000 wurde in der Sparte diskutiert, ob es nicht sinnvoller sei, im Besprechungsraum einen „Internet-PC“ aufzustellen, damit der bislang vorhandene „Internet-PC“, der gleichzeitig auch Arbeitsplatzrechner war, nicht dauerhaft blockiert werde. Zwei Jahre später gab es für den Bereich drei Internetzugänge und auf Drängen wurden im Mai 2003 immerhin zehn Rechner mit Internetzugang ausgestattet. Im selben Jahr wurden die letzten Relikte der Datenfernverarbeitung aus den 1970er/80er Jahren abgeschaltet, die „Host“-Anschlüsse.

Als im Jahr 2005 alle Rechner des Bereichs im Rahmen eines stadtweiten „Rollouts“ ersetzt wurden, gab es 12 Internetanschlüsse und es wurden sieben USB-Sticks bereitgestellt. Etwa ab 2006 konnte von jedem Arbeitsplatzrechner aus im Bereich Stadtentwicklung das Internet für die Bewältigung der Aufgaben genutzt werden. Aber erst 2009 wurde diese Möglichkeit allen Beschäftigten, deren Rechner an das Datennetz der Stadtverwaltung angeschlossen ist, nicht nur eröffnet, sie wurden sogar gebeten, das Internet zu nutzen, um die Qualität der Arbeitsergebnisse zu verbessern. Heute ist die Arbeit an einem Büroarbeitsplatz ohne PC und Internet kaum mehr vorstellbar und schon gar nicht zu bewältigen.



Abbildung 75: Erste Homepage der Stadt Ludwigshafen 1996

5.4 Der Wandel bei der Gliederung nach Stadtteilen

Das Gebiet der Stadt Ludwigshafen entstand 1853 mit einer sehr kleinen Gemarkung durch Abtrennung von Flächen der bereits existierenden Ortschaften Friesenheim und Mundenheim, die beide viel älter sind. Friesenheim wurde im Lorscher Codex erstmals im Jahr 770 und Mundenheim im Jahr 771 erwähnt. In der Anfangszeit bis zur ersten Eingemeindung trennte die Bahnstrecke vom alten Hauptbahnhof nach Oggersheim das Ludwigshafener Stadtgebiet in die zwei Stadtteile Nord und Süd. Nach der Eingemeindung von Friesenheim 1892 und von Mundenheim 1899 gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Ludwigshafen vier Stadtteile. Ihre weitere Ausdifferenzierung ist im Folgenden dargestellt.

Mit der Eingemeindung von Friesenheim und Mundenheim wurden ihre Gemarkungen deutlich kleiner. Mundenheim verlor die Parkinsel (früher das „Mundenheimer Wäldchen“) und die ihr gegenüberliegende Landseite. Friesenheims Grenze verlief ursprünglich mitten durch die BASF zum Rhein, wurde aber nach Norden verschoben, sodass Friesenheim keinen Rheinzugang mehr hatte. Beides hatte auch fiskalische Gründe, denn damit wurden beide Gebiete der Steuergemeinde Ludwigshafen zugeschlagen. Diese innerstädtische Einteilung blieb bis Ende der dreißiger Jahre bestehen (Abb. 76).



Abbildung 76: Die Stadtteile von Ludwigshafen 1925

Erst nach der großen Eingemeindungswelle in der NS-Diktatur im Jahr 1938 veränderte sich die Einteilung nach Stadtteilen. Zum einen wurden die eingemeindeten Städte Oppau (mit dem am 1.4.1928 eingemeindeten Edigheim) und Oggersheim sowie die Dörfer Maudach und Rheingönheim zu Stadtteilen im neuen „Groß-Ludwigshafen“. Auch diese Gemeinden waren

viel älter als Ludwigshafen. Im Lorscher Codex nachgewiesen sind Oggersheim 769, Maudach 770, Edigheim 772 und Oppau 808. Rheingönheim wurde 831 erstmals im "Goldenen Buch" der Abtei Prüm (i.d. Eifel) erwähnt. Zum anderen wurden die mittlerweile stark angewachsenen Stadtteile Süd und Nord weiter aufgeteilt in die vier Stadtteile Mitte, Süd, Nord und Hemshof. Mit der gewachsenen Stadtgröße wurden innerstädtische räumliche Gliederungen unverzichtbar, wollte man Entwicklungen innerhalb der Stadtgrenzen erkennen. Diese Untergliederung war für die Durchführung von Wahlen und Grozahlungen ebenso unverzichtbar. In der kartographischen Darstellung spielte sie noch ein untergeordnete Rolle (siehe Abb. 77).

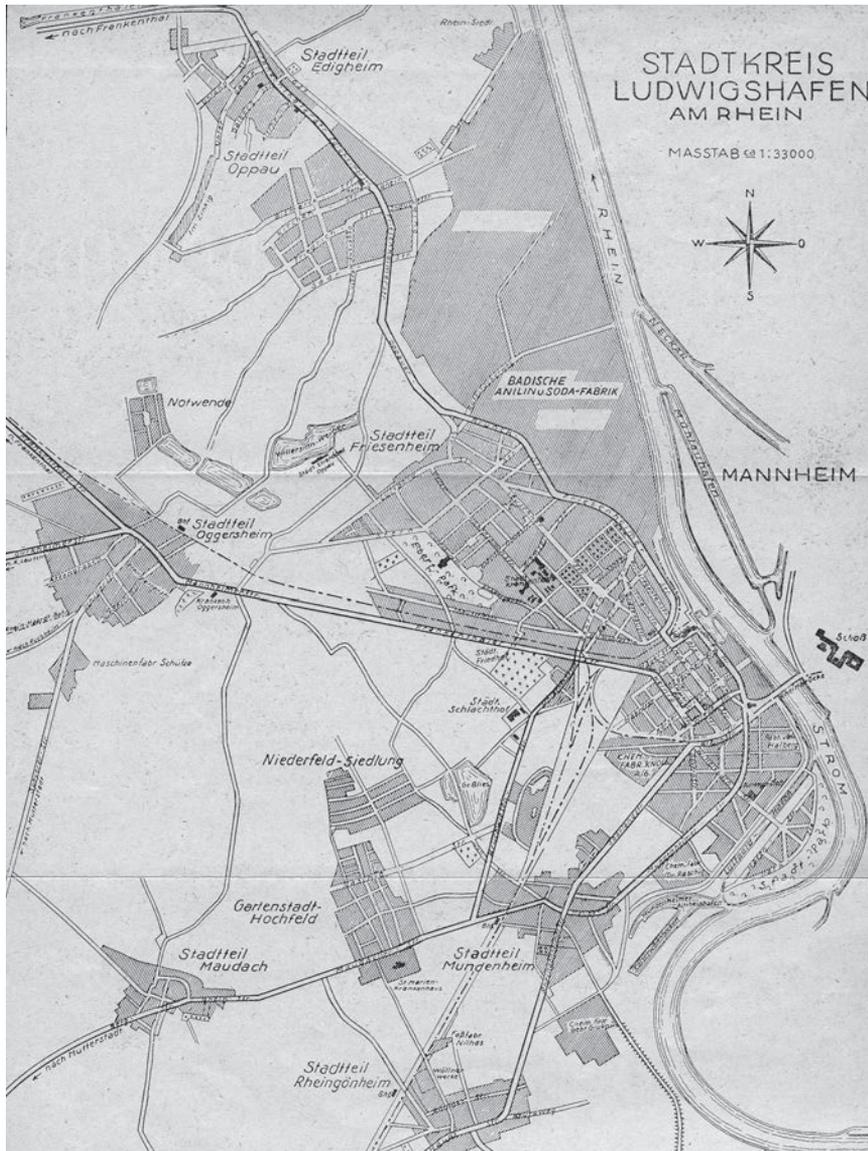


Abbildung 77: Karte aus Wegweiser durch Ludwigshafen, 1949

Die Karte von 1949 zeigt auch die Sonderstellung der Gartenstadt. Ihre Fläche zählte seit ihrer Entstehung ab dem Jahr 1914 zum Stadtteil Mundenheim, ihre Einwohner wurden ebenfalls dort hinzugerechnet. Obwohl der Begriff Gartenstadt von Anfang im Sprachgebrauch üblich war, wie es die „Baugenossenschaft Gartenstadt“ und die Zeitschrift „Gartenstadtbote“ belegen, und der Stadtrat 1914 die Bezeichnungen des neuen Siedlungsgebiets „Gartenstadt-Hochfeld“ beschlossen hatte, fand er in der Behörden- und Statistiksprache kaum Verwendung. Hier wurde zeitweise von Hochfeld und Niederfeld gesprochen, beide abgeleitet von den topographisch orientierten Flurnamen. Anfangs gab es neben dem Hochfeld zunächst noch die „Raschig-Siedlung“, benannt nach ihrem Stifter Dr. Friedrich Raschig, der einen Groteil des Ge-

landes für den Bau einer Kriegsheimkehrer-Siedlung spendete. Nach der großen Eingemeindung tauchte im Einwohnerbuch von 1942 erstmals der Begriff „Stadtteil Gartenstadt“ auf⁷².

Im Stadtplan von 1949 gibt es die Bezeichnung „Stadtteil Gartenstadt“ wiederum noch nicht. Es werden Gartenstadt-Hochfeld und Niederfeld-Siedlung beschriftet, eine Nomenklatur, die aus der Entstehung abgeleitet ist, denn die Baugenossenschaft Gartenstadt siedelte auf dem Hochfeld. In den ersten Nachkriegsjahren blieb es bei Hochfeld (das das Niederfeld einschloss). Ab 1952 wurde in den statistischen Publikationen erstmals „Gartenstadt“ verwendet. Nachdem im Verlauf der fünfziger Jahre in beiden Teilen der Gartenstadt jeweils das soziale und kulturelle Leben weiter ausgebaut wurde, die Bautätigkeit unterschiedlich war und die Einwohnerzahlen angewachsen waren, wurde ab 1958 das Nebeneinander von Hochfeld und Niederfeld eingeführt und blieb bis Mitte der siebziger Jahre bestehen. Bevor „West“ als Stadtteil eingeführt wurde, zählte das „Schlachthofviertel“, das zum Beispiel in den Einwohnerbüchern 1947 bis 1952 erwähnt wurde, zum Stadtteil Hemshof. Nach der Eingemeindung von 1938 dauerte es noch einige Jahre, bis sich die innerstädtische Gliederung etablierte, was angesichts des großen Umfangs der Eingemeindungen nicht verwunderlich war.

Tabelle 5: Stadtteilgliederungen in den fünfziger Jahren

Stadtteile 1950		Stadtteile 1958 bis 1973	
1	Mitte	1	Mitte
2	Süd	2	Süd
3	Nord	3	Nord
4	Hemshof	4	Hemshof
5	Friesenheim	5	West
6	Mundenheim	6	Friesenheim
7	Hochfeld	7	Mundenheim
8	Oppau	8	Hochfeld
9	Oggersheim	9	Niederfeld
10	Maudach	10	Oppau
11	Rheingönheim	11	Edigheim
		12	Oggersheim
		13	Maudach
		14	Rheingönheim
IS	Innere Stadtteile, 1-4	K	Stadtkern, 1-5
IR	Innerer Ring, 5-7	I	Innenring, 6-9
ALu	Alt-Ludwigshafen, 1-7	A	Alt-Ludwigshafen, 1-9
NLu	Neu-Ludwigshafen, 8-11	N	Neu-Ludwigshafen, 10-14

In den sechziger Jahren wurden regelmäßig Karten vom Stadtgebiet und den Grenzen der Stadtteile angefertigt, die erste 1963 im Statistischen Jahrbuch, der jährlich weitere folgten. Nach der Einteilung im Jahrbuch von 1964 gab es vierzehn Stadtteile, weil Nord und Hemshof sowie Hochfeld und Niederfeld nach wie vor eigene Stadtteile bildeten. Die Untergliederung für die inneren Stadtteile oder den Stadtkern in Mitte, Süd, Nord, West und Hemshof war aber nun fest etabliert. Das Gebiet von West umfasste zum einen das vorher zum Hemshof zählende Schlachthofviertel und zum anderen die Teile von Friesenheim, die sich südlich der Bahnlinie befinden. Die Grenze zwischen den Stadtteilen Süd und Mundenheim wurde nach Süden ver-

⁷² Die Zuordnung der Straßen zu Stadtteilen oder Vierteln in den vom Waldkirch-Verlag herausgegebenen Einwohnerbüchern folgte den „Angaben des Statistischen Amtes“.

schoben. Der Bereich zwischen Wittelsbachstrae und Stifterstrae kam zu Süd. Diese Einteilung besaß bis 1973 ihre Gültigkeit. In manchen Karten waren zwar die späteren Stadtteilgrenzen erkennbar, sie wurden aber nicht bei den Auswertungen berücksichtigt. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre begann der Aufbau einer weiter differenzierten innerstädtischen Gliederung, die sog. kleinräumige Gliederung, um den gewachsenen Ansprüchen bei der Durchführung von Wahlen und Großzählungen gerecht werden und um innerstädtische Veränderungsprozesse überhaupt analysieren zu können.

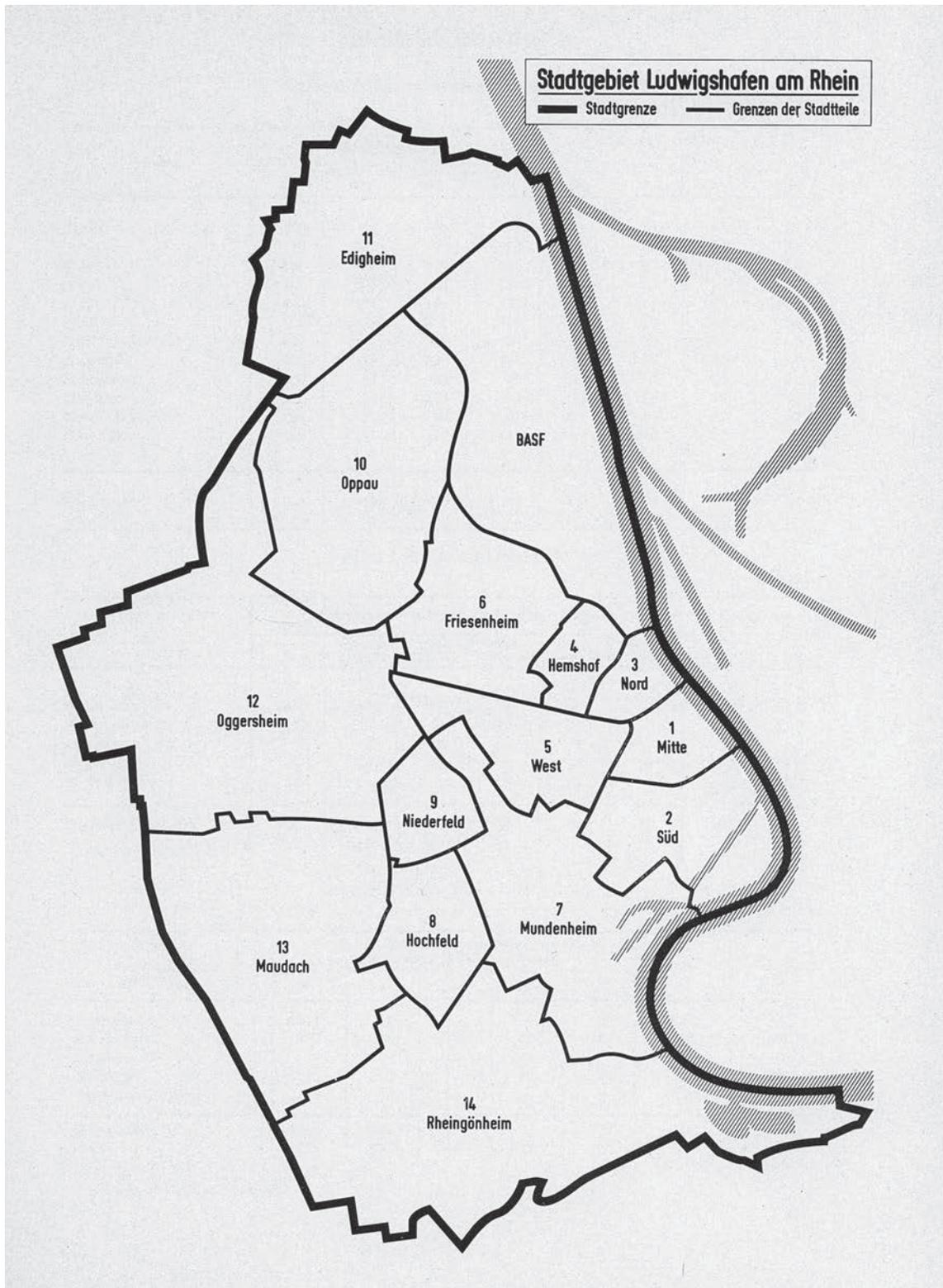


Abbildung 78: Stadtgebiet mit Stadtteilen, 1964

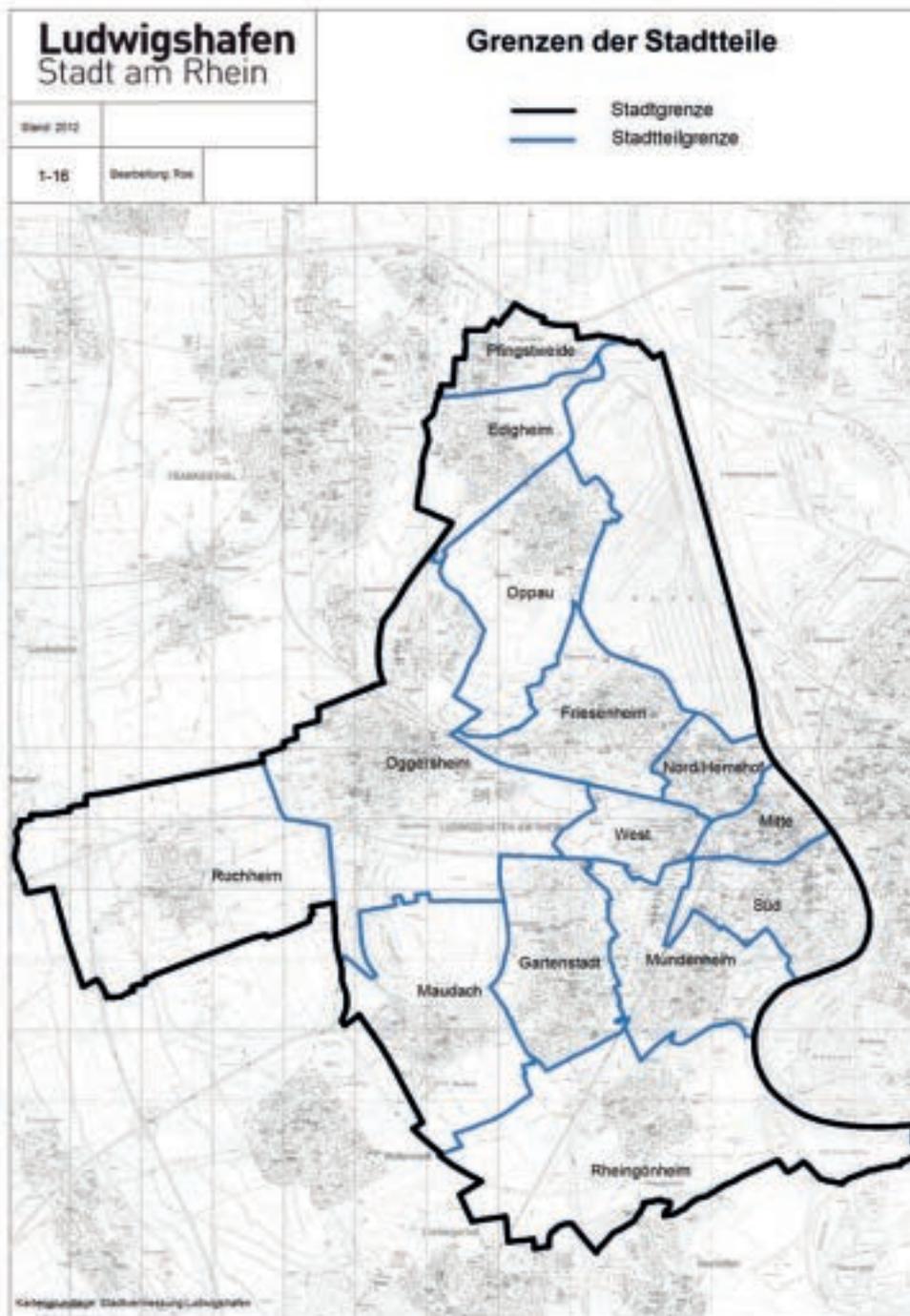


Abbildung 79: Die seit 2004 gültige Gliederung nach Stadtteilen in Ludwigshafen

Der nächste größere Veränderungsschritt folgte 1974, ausgelöst durch die letzte Eingemeindung. Seit diesem Jahr gibt es Zahlenangaben für die nun zusammengefassten Stadtteile Nord-Hemshof und Gartenstadt. Obwohl die Bezeichnung Gartenstadt durch die Einführung der Ortsbeiräte in allen Stadtteilen 1966 bereits für den Ortsbezirk verwendet wurde, dauert es fast zehn Jahre, bis er in der Zahlenwelt ankam. Die beiden neuen Stadtteile Pflingstweide und Ruchheim wurden in die innerstädtische Gliederung aufgenommen. Die Pflingstweide wurde ab Ende der sechziger Jahre gebaut und hat 1974 ihren Mutter-Stadtteil Edigheim bei der Einwohnerzahl überholt. Ruchheim, Anfang des 10. Jahrhunderts im Besitzregister der Abtei Weißenburg im Elsass erwähnt, wurde, wie es bei Eingemeindungen üblich ist, ein eigener Stadtteil. Bis in die 1990er Jahre gab es außerdem zwischen den Stadtteilen Süd, Mundenheim, West und Gartenstadt, zwischen Oggersheim und Maudach sowie zwischen Rheingönheim und Mundenheim noch einige Änderungen im Verlauf der Stadtteilgrenzen.

In jüngster Zeit kam es nur noch zu zwei Veränderungen bei den Stadtteilgrenzen. Erstens dehnte sich die Grenze von Oggersheim durch das Neubaugebiet Melm Ende der neunziger Jahre in Richtung Oppau aus, während die Gemarkungen unverändert blieben. Zweitens einigten sich die Ortsbeiräte von Oggersheim und Friesenheim auf eine Änderung ihrer gemeinsamen Grenze. Seit der Kommunalwahl von 2004 verläuft sie entlang der Bahnlinie Ludwigshafen-Mainz. Die Froschlaiche sowie die Wohnquartiere entlang der Sternstraße gehören seither zum Ortsbezirk und Stadtteil Friesenheim. Neben den Stadtteilen gibt es noch einige andere innerstädtische räumliche Gliederungssysteme, die in der Veröffentlichung „Räumliche Gliederungen in Ludwigshafen“ (2012) näher beschrieben werden.

Abschließend gibt folgende Tabelle die aktuelle Liste der Stadtteile mit ihren jeweiligen Nummern wieder und die Abbildung 70 zeigt die unterschiedlichen Grenzverläufe von Gemarkungen und Stadtteilen, an denen stellenweise die oben beschriebenen Entwicklungsschritte der Stadt Ludwigshafen abgelesen werden können.



Abbildung 80: Vergleich Gemarkungen mit Stadtteilen, rote Grenzen und Schriften sind Gemarkungen, schwarze Schrift und Flächenfarbe sind Stadtteile

Tabelle 6: Stadtteilgliederung, 2014

Nr.	Stadtteil	Nr.	Stadtteil	Nr.	Stadtteil
11	Mitte	21	Oppau	41	Gartenstadt
12	Süd	22	Edigheim	42	Maudach
13	Nord-Hemshof	23	Pfingstweide	51	Mundenheim
14	West	31	Oggersheim	52	Rheingönheim
15	Friesenheim	35	Ruchheim		

Für manche Auswertungen werden einige Stadtteile zusammengefasst⁷³:

- Innenbereich Mitte, Süd, Nord, West
- erweiterter Innenbereich Innenbereich plus Friesenheim, Mundenheim
- Außenbereich Oppau, Edigheim, Pfingstweide, Oggersheim, Ruchheim, Maudach, Gartenstadt, Rheingönheim

⁷³ Bis vor wenigen Jahren wurde von Innenstadt statt Innenbereich gesprochen, das ist aber hinsichtlich des für die City ebenfalls gebräuchlichen Begriffs missverständlich.

5.5 Ludwigshafener Zahlenspiegel

Dieses Kapitel zeigt einige ausgewählte Tabellen aus den ersten 50 Jahren der Amtsgeschichte. Es sind Belege der statistischen Arbeit früherer Jahrzehnte, die blitzlichtartige Blicke auf die zeitgenössischen gesellschaftlichen Verhältnisse erlauben. Manche Daten werden in ähnlicher Form heute noch ermittelt oder geführt, andere können aufgrund gesellschaftlicher oder technischer Veränderungen heute nicht mehr dargestellt werden. Bei manchen ist es aus Gründen des heute sehr ausdifferenzierten Datenschutzes völlig undenkbar, dass sie in ähnlicher Form veröffentlicht würden, selbst wenn die Daten existieren sollten. Die eine oder andere Information entlockt dem Leser vielleicht auch ein Schmunzeln.

Die klassischen Daten der statistischen Berichterstattung werden in längeren Zeitreihen im dieses Jahr erscheinenden Statistischen Jahrbuch enthalten sein, das die mit dem ersten Jahrbuch vom Jahr 1963 begonnene Veröffentlichungspraxis fortsetzt.

Tabelle 7: Sanitätswache 1920

Zeitraum 1	Art der Verletzung oder Erkrankung 2	Zahl der Fälle 3	Art der Verletzung oder Erkrankung 4	Zahl der Fälle 5
Berichtsmonat	Schußwunden	1	Unterleibsblutungen	—
	Brandwunden	21	Geburten	5
	Hieb- und Stichwunden	14	Anfälle, epileptische	2
	Rißwunden	2	Ohnmachten	—
	Schnittwunden	8	Schlaganfälle	2
	Anderer Wunden	6	Geistesstörungen, Tobsucht	4
	Quetschungen	3	Vergiftungen	1
	Verstauchungen, Verrenkungen	10	Erstickungsanfälle	—
	Armbrüche	4	Innere Erkrankungen	44
	Weinbrüche	1	Gehirnerschütterungen	—
	Rippenbrüche	9	Unterleibsbrüche	1
	Wirbelsäulebrüche	—	Sturz ins Wasser	—
	Schädelbrüche	3	Selbstmordversuche	2
	Fremdkörper (im Auge, Ohr oder Nase)	—	Innere Verletzungen	6
	Ruhr	15	Typhus	4
	Blutungen, Krampfadernbrüche	4	Insgesamt	172

Diese Tabelle wurde bis Ende der zwanziger Jahre geführt. (Quelle: Statistische Monatsberichte 1919/20, Nr. 4, S. 18, Tabelle 13)

Tabelle 8: Lustbarkeiten 1920

Vfd. Nr.	Steuerpflichtige Veranstaltungen	Juli			August			September			Zusammen		
		I	II	Betrag	I	II	Betrag	I	II	Betrag	I	II	Betrag
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Konzerie	11	—	—	8	—	—	6	—	—	25	—	—
2	Theatervorstellungen	2	—	—	5	—	—	11	—	—	18	—	—
3	Kassensortierungen	4	—	—	15	—	—	—	—	—	19	—	—
4	Zanquergnügungen	23	—	—	30	—	—	41	—	—	94	—	—
5	Gefangnis- und deklamatorische Vorträge	—	—	—	—	—	—	3	—	—	3	—	—
6	Klavierabende	222	—	—	266	—	—	185	—	—	673	—	—
7	Vorstellungen v. Equitib., Gymnast. usw.	9	—	—	10	—	—	14	—	—	33	—	—
8	Karnevals	8	—	—	3	—	—	12	—	—	25	—	—
9	Apparaten	3	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—
10	Büchereien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11	Schießbuden	4	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—
12	Marionettentheater	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Kinematographen, Lichtbilder	120	—	—	120	—	—	120	—	—	360	—	—
14	Preisfesten	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
15	Preisfesten	4	—	—	3	—	—	3	—	—	10	—	—
	Zusammen	411	—	—	460	—	—	395	—	—	1266	—	—
	2. Vierteljahr	84	—	—	63	—	—	57	—	—	204	—	—

Anmerkung: In Spalten eingetragene — = keine Fälle.
 " " " " = fehlende, noch nachzuohebende Meldung.

Diese Tabelle zeigt Veranstaltungen, die steuerpflichtig waren; heute würde man sagen für Vergnügungssteuer. Die Tabellen enthielten sehr bald Angaben über die erzielten Steuereinnahmen in Reichsmark. Sie wurden bis Ende der zwanziger Jahre geführt und publiziert. (Quelle: Statistische Vierteljahresberichte, 1920, 1. Jg., Nr. 1)

Tabelle 9: Nachweisung der Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse im Kleinhandel, 1925
(Quelle: Statistische Vierteljahresberichte 1925, Nr. 1)

2. a) Nachweisung der Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse im Kleinhandel.					
Lfd. Nr.	Art der Lebensbedürfnisse	Gewicht oder Menge	Preise (in Mark) am		
			14. Jan 1925	18. Febr. 1925	18. März 1925
1	Ortsübl. Milchbrot	1 kg	0.43 ^{1/2} _a	0.46 ^{2/3} _a	0.46 ^{2/3} _a
2	Weizenmehl (70% Ausmahlung)	1 "	0.44	0.48	0.48
3	Graupen (grobe Nollgerste)	1 "	0.52	0.66	0.66
4	Weizengries (mittlere Qualität)	1 "	0.56	0.62	0.62
5	Hafersflocken (los oder offen)	1 "	0.52	0.52	0.52
6	Reis (Vollreis mittlerer Güte)	1 "	0.49	0.49	0.49
7	Erbsen (gelbe, geschält)	1 "	0.56	0.42	0.42
8	Speisebohnen (weiße, geschält)	1 "	0.58	0.50	0.50
9	Linzen	1 "	0.90	0.90	0.90
10	Spätkartoffeln (ab Laden)	1 "	0.10	0.10	0.10
11	Weißkraut	1 "	0.14	0.13	0.24
12	Wirsing	1 "	0.26	0.29	0.32
13	Rotkraut	1 "	0.28	0.28	0.32
14	Spinat	1 "	0.50	0.50	0.60
15	Gelbrüben	1 "	0.14	0.12	0.12
16	Karotten	1 "	0.18	0.16	0.16
17	Rotrüben	1 "	0.20	0.16	0.18
18	Rosenkohl	1 "	0.95	0.80	1.10
19	Sauerkraut	1 "	0.30	0.30	0.30
20	Rindfleisch (Kochfleisch mit Knochen)	1 "	2.—	2.—	2.20
21	Schweinefleisch (Bratenfleisch, frisch)	1 "	2.40	2.40	2.20
22	Kalb- (Vorderfleisch, Rippen, Hals)	1 "	2.60	2.60	2.80
23	Lammfleisch (Brust, Hals, Dünning)	1 "	1.50	1.80	1.80
24	Leberwurst (mittlere Sorte)	1 "	2.80	2.40	2.40
25	Speck (fett, inländisch, geräuchert)	1 "	4.40	4.40	4.40
26	Butter (Molkereibutter)	1 "	5.—	4.80	5.20
27	" (Landbutter)	1 "	4.—	3.80	4.40
28	Margarine	1 "	1.70	1.70	1.70
29	Schweinefett (ausländisches)	1 "	2.10	1.90	1.82
30	Käse (Limburger, 20%)	1 "	2.—	1.70	1.40
31	" (Emmentaler)	1 "	4.—	4.—	4.—
32	Salzheringe (holländer)	1 Stck	0.12	0.10	0.10
33	Schellfische (mit Kopf, frisch)	1 kg	1.—	0.80	1.20
34	Zucker (gemahlener Haushaltszucker)	1 "	0.76	0.72	0.72
35	Eier (frische Landeier)	1 Stck	0.18	0.13	0.12
36	Vollmilch (ab Laden)	1 Liter	0.38	0.34	0.34
37	Bohnenkaffee (gebraunt, mittlere Sorte)	1 kg	7.—	7.—	7.—
38	Speisefalz	1 "	0.16	0.16	0.16
39	Steinkohlen (Hausbrand frei Keller)	1 Str	2.10	2.10	2.10
40	Britetts (Braunkohlen frei Keller)	1 "	1.70	1.70	1.70
41	Gastofn (frei Keller)	1 "	1.50	1.50	1.30
42	Brennholz (gefägt, frei Keller)	1 "	2.20	2.20	2.20
43	Gas (Koch- oder Leuchtgas)	1 cbm	0.18	0.18	0.18
44	Elektrizität (Lichtstrom)	1 kwst.	0.55	0.55	0.55
45	Petroleum	1 Liter	0.40	0.40	0.40
46	Soda (los)	1 kg	0.20	0.20	0.20
47	Scheuertuch (50x60 mm, mittlere Sorte)	1 Stck	0.75	0.75	0.75
48	Handtuch (Geritenkorn, halbleinen, 45x100 cm)	1 "	0.85	0.85	0.85
49	Haarschneiden für einen Erwachsenen, halblang	1 mal	0.70	0.70	0.70
50	Kaffern	1 "	0.25	0.25	0.25
51	General-Anzeiger	pro Monat	2.—	2.—	2.—
52	Straßenbahnfahrt (fürste Teilstrecke) für Erwachsene	1 mal	0.20	0.20	0.20
53	Herrnanzug aus Forster Stoff, mittl. Güte in Stettiner 2. Ausführung	1 Stck.	38.—	50.—	50.—
54	Knabenanzug für 12jähr. Knaben in Berliner mittl. Ausführung	1 "	23.—	28.—	28.—
55	Frauencheviotrock (Wolle) mittl. Qualität	1 "	12.—	11.—	11.—
56	Mädchenkleid für 8 jähr. Mädchen (mittl. Qualität, Cheviot)	1 "	13.—	17.—	17.—
57	Männerstiefel (Kindbox, Straßenstiefel, durchgenäht, Fabrikware)	1 Paar	10.—	14.50	14.50
58	Frauenstiefel (" " " ")	1 "	10.—	13.—	13.—
59	Kinderstiefel (" " " ")	1 "	7.50	9.50	9.50
60	Befohlen von 1 Paar Männerstiefel mit Fleck, genagelt " ")	1 mal	5.80	5.80	5.80

Die Ermittlung der Preise, vor allem im Lebensmittelsektor entsprang den kriegswirtschaftlichen Arbeiten während und nach dem Ersten Weltkrieg. Damals gab es noch eine regional unterschiedliche Preisermittlung und eigene Berechnungen der Indexziffern der Lebenshaltungskosten. Diese Tätigkeiten hielten bis zum Zweiten Weltkrieg an. Danach und bis heute werden zwar noch Preise im Auftrag des Statistischen Landesamtes ermittelt, aber die Berechnung der Inflationsrate wird bundeseinheitlich vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

Tabelle 10: Mütter der außerehelich Lebendgeborenen, 1925
(Quelle: Verwaltungsbericht 1925, S. 62)

Mütter der außerehelich Lebendgeborenen.																		
Alter (begonnene Lebensjahre) der außer- ehelichen Mütter	Zahl der Ge- burten	Der außerehelichen Mütter							Beruf der außerehelichen Mütter									
		Familienstand			Geburtsort			Bekenntnis			Arbeiterinnen in Fabriken		Sonstige Arbeiterinnen	Ordnung in Gewerkschafts- vereinigungen	Einsitziges Dienstpersonal	Kaufmännliches Dienstpersonal	Sonstige Berufe	Ohne Berufsanzeige
		ledig	verheiratet und getraut	ehelichs horen	auswärts	unbekannt	protest.	katholisch	sonstige	Arbeiterinnen in Fabriken								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17		
14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
16	1	1	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—		
17	6	6	—	5	1	—	4	2	—	—	—	—	1	—	—	5		
18	17	17	—	15	2	—	7	9	1	2	—	—	3	5	—	7		
19	30	30	—	29	1	—	13	14	3	3	4	—	2	3	1	17		
20	40	40	—	39	1	—	24	14	2	6	2	—	17	6	—	9		
21—25	107	107	—	97	10	—	51	48	8	15	6	2	35	8	6	35		
26—30	25	23	2	22	3	—	15	8	2	4	1	—	8	—	2	10		
31—35	6	4	2	5	1	—	4	2	—	1	—	—	—	—	2	3		
36—40	9	2	7	9	—	—	5	3	1	—	1	—	—	—	1	7		
41—45	2	1	1	2	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	2		
46 u. darüber unbekannt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Jahr 1925	243	231	12	224	19	—	124	101	18	31	14	2	67	22	12	95		
" 1924	224 ¹⁾	203	19	204	18	—	114	100	8	38	24	1	43	17	14	85		

¹⁾ Darunter 2 Zwillingengeburt.

Heute ist diese Statistik in der Detailliertheit überhaupt nicht mehr denkbar. Auch ist ungewiss, ob solche Informationen überhaupt noch vorhanden sind oder erhoben werden.

Tabelle 11: Übersicht über den Gesamt-Beamtenstand, 1925

Übersicht über den Gesamt-Beamtenstand.											
Dienststellen	Planmäßige Beamte	Vertragsange- estellte u. v.	Diätare	Lehrlinge	Im ganzen	Dienststellen	Planmäßige Beamte	Vertragsange- estellte u. v.	Diätare	Lehrlinge	Im ganzen
Bürgermeister	3	.	.	.	3	Stadtpolizei: Kommandiert	1	.	.	.	1
Personalamt	7	.	.	1	8	Kanzlei	2	1	.	.	3
Kanzlei und Registratur	7	2	.	.	9	Referat III	25	3	2	.	31
Direktorialsekretariat A	3	1	.	.	4	Hochbauamt	45	6	2	.	53
" B	1	1	.	.	2	Tiefbauamt	41	6	1	.	48
" C	1	.	.	.	1	Gas-, Wasser- u. Elektr.-Werke	83	18	.	.	101
Steuer- und Finanzamt	17	2	.	.	19	Werkstatte	32	4	2	.	38
Versicherungsamt	8	.	.	.	8	Straßenbahn	9	2	.	.	11
Revisionsamt	6	.	.	.	6	Schlachthof	14	1	.	.	15
Referat H II	7	.	.	.	7	Ziegelei	3	.	.	.	3
Bestelldienst	3	.	.	.	3	Badeanstalten	9	.	.	.	9
Fernsprechdienst	4	1	.	.	5	Friedhöfe und Bestattungswesen	1	.	.	.	1
Stadthausverw., Corvart u. Nachtwächter	4	1	.	.	5	Stadtgärtnerei	5	.	.	.	5
Standesamt I	6	.	1	.	7	Berufsfeuerwehr	21	2	.	.	23
" II m. Geschäftsst. Friesenheim	4	.	.	.	4	Feldhüter	3	1	.	.	4
" III " Mundenheim	4	.	.	.	4	Marktpolizei	1	2	.	.	3
Stadthauptkasse	27	1	1	.	29	Gemeindewagen	2	2	.	.	4
Wirtschaftsreferat:						Stadtschulamt	12	.	.	.	12
Amt für Wirtschaft und Statistik	15	2	.	1	18	Schulhausverwalter	13	.	.	.	13
Plafatinstitut	1	1	.	.	2	Berufsbildungsschule	32	1	.	.	33
Musik- und Kunstreferat	1	.	.	.	1	Mädchenlyzeum	42	.	.	.	42
Wohnungsamt	22	3	.	.	25	Wohlfahrtsamt einschl. Kriegsfürs.	33	8	.	.	41
Mieteinigungsamt	6	4	.	.	10	Wohlfahrtskasse	7	1	.	.	8
Gewerbe- und Kaufmannsgericht	1	2	.	.	3	Beratungsstelle f. Säuglingsfürsorge	5	1	.	.	6
Stadtpolizei: Leitung	6	.	.	.	6	Krankenhaus	21	20	.	.	41
Bezirksdienst	152	.	.	.	152	Luftbarbeitsabgabestelle	3	.	.	.	3
Kriminalabteilung	15	.	.	.	15	Stadtkarzer	3	.	.	.	3
fahnd.- u. Sittenabt.	9	.	.	.	9	Untersuchungsanstalt	1	3	.	.	4
Wucherabwehrabt.	3	.	.	.	3	Sparkasse	12	2	2	1	17
Gewerbeabteilung	4	1	.	.	5	Arbeitsamt	12	2	.	.	14
Zusammen							840	108	11	4	963

Neben den Beamten, die fast ausschließlich in der sog. „Hoheitsverwaltung“ tätig waren, gab es die „Vertragsangestellten“ und die Arbeiter. 1925 gab es 840 Beamte, 108 Vertragsangestellte, 108 Diätare (Beamte mit Zeitvertrag), 4 Lehrlinge und 680 Arbeiter (VB 1925, S. 36-43). Eine Unterscheidung nach Männern und Frauen liegt nicht vor. Die Angaben zum Geschlechterverhältnis beim Statistischen Amt im Kapitel 2.2.5 sind eine seltene Ausnahme.

Tabelle 12: Ludwigshafener Wirtschaftszahlen 1934 bis 1937

Ludwigshafener Wirtschaftszahlen					
Jahresübersicht 1937					
Lfd. Nr.	1934	1935	1936	1937	
1	Mittlere Jahresbevölkerung	107 200	107 470	107 470	107 970
2	Einwohnerzahl am Jahresende	107 530	107 560	107 710	108 650
3	Veränderung %	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,9
4	Bevölkerungszunahme im Jahr	530	30	150	940
5	Eheschließungen	1 330	1 097	1 045	1 024
6	Eheschließungen auf 1000 Einwohner	12,4	10,2	9,7	9,5
7	Lebendgeborene ¹⁾	1 776	1 834	1 850	1 772
8	Lebendgeborene auf 1000 Einwohner	16,5	17,1	17,2	16,4
9	Totgeborene ¹⁾	39	57	51	31
10	Sterbefälle (ohne Totgeburten) ¹⁾	871	961	996	1 030
11	Sterbefälle auf 1000 Einwohner	8,1	8,9	9,3	9,5
12	Geburtenüberschuß	905	873	854	742
13	Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner	8,4	8,1	7,9	6,9
14	Zugezogene Personen	5 964	6 757	9 322	9 260
15	Weggezogene Personen	6 339	7 600	10 026	9 062
16	Wanderungsgewinn oder -Verlust (-)	- 375	- 843	- 704	+ 198
17	Umgezogene Personen	13 207	12 582	14 865	15 775
18	Kraftfahrzeuge, Stand am 1. Juni	3 252	4 032	4 613	5 129
19	Verkehrsunfälle	529	534	610	624
20	Verkehrsunfälle, Zahl der verletzten Personen (in Klammer dav. tödlich)	368 (5)	374 (12)	421 (18)	423 (11)
21	Fremdenverkehr: Zahl der Fremden	16 750	17 542	16 850	15 426
22	Fremdenverkehr: Zahl der Uebernahtungen	23 217	25 385	26 414	24 790
23	Wagenverkehr: Umschlag in 1000 t	3 309,3	3 896,1	4 622,5	5 383,8
24	Eisenbahnverkehr: Umschlag in 1000 t	2 375,4	2 520,0	3 173,8	3 444,7
25	Sparausgaben ²⁾ Mill. RM. Z.E.	20,785 ^{*)}	21,229	22,297	23,604
26	Postsendamt, Gesamtumsatz Mill. RM.	1 794,9	1 880,1	2 059,4	2 346,6
27	Fleischverbrauch 1000 kg	5 232,0	4 965,6	4 711,1	4 881,0
28	Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung kg	48,8	46,2	43,8	45,2
29	Milchverbrauch 1000 Liter	9 968,8	10 226,2	10 388,5	10 735,6
30	Milchverbrauch pro Kopf der Bevölkerung Liter	93,0	95,2	96,6	99,4
31	Bauvollendungen ³⁾ ²⁾	441 (663)	261 (476)		
32	Bauvollendungen, darunter Kleinwohnungen (in Klammer % Anteil) ³⁾	433 (65,3)	273 (57,4)	337 (67,7)	275 (71,6)
33	Wohnungsbestand am Jahresende	28 816	29 311	30 006	30 712
34	Im Bau befindliche Wohnungen Z.E.	190	273	281	152
35	Hypotheken-Einträge 1000 RM.	4 556,5	5 020,2	4 604,7	10 593,7
36	Hypotheken-Elösungen 1000 RM.	1 762,8	3 180,0	3 702,7	4 023,6
37	Großhandelsindex (Stat. Reichsamt) Z.D.	98,4	101,8	104,1	105,9
38	Veränderung %	+ 5,5	+ 3,5	+ 2,3	+ 1,7
39	Reichsindex der Lebenshaltungskosten Z.D.	+ 121,7	123,0	124,5	125,1
40	Veränderung %	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5
41	Ludwigshafener Index der Lebenshaltungskosten Z.D.	132,2	130,3	132,0	132,6
42	Veränderung %	+ 1,1	- 1,4	+ 1,3	+ 0,5
43	Ludwigshafener Index, Ernährung allein Z.D.	115,0	120,1	123,1	123,6
44	Veränderung %	+ 2,9	+ 4,4	+ 2,5	+ 0,4
45	Krankentaggemittelglieder ⁴⁾ Z.E.	48 737	50 042	53 212	58 088
46	Veränderung %	+ 10,4	+ 2,6	+ 6,3	+ 9,2
47	Arbeitslose, Gesamtzahl Z.E.	7 201	6 231	3 354	1 621
48	Veränderung %	- 30,2	- 14,5	- 40,2	- 51,7
49	Arbeitslose auf 1000 Einwohner	67,0	57,9	31,1	14,9
50	Richtunterstützte Arbeitslose Z.E.	744	578	301	94
51	Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen Z.E.	6 457	5 653	3 053	1 527
52	Vom Arbeitsamt unterstützte Arbeitslose Z.E.	2 437	2 339	1 416	688
53	darunter Frauen %	8,0	4,6	5,4	3,8
54	Wohlfahrtsarbeitslose Z.E.	4 020	3 314	1 637	839
55	Veränderung %	- 30,7	- 17,6	- 50,6	- 48,7
56	Wohlfahrtsarbeitslose auf 1000 Einwohner Z.E.	37,4	30,8	15,2	7,7
57	Wohlfahrtsarbeitslose, vom Arbeitsamt anerkannte, Z.E.	2 827	2 220	760	191
58	Von 100 unterstützten Arbeitslosen sind Wohlfahrtsarbeitslose Z.E.	62,3	58,5	53,6	54,9
59	Unterstützte beim Wohlfahrtsamt Z.D.	8 283	7 469	6 268	4 862
60	Fürsorgeaufwand ⁵⁾	5 248 260	4 711 540	4 007 930	3 237 940

Anmerkung: Z.E. = Stand am Jahresende. Z.D. = Jahresdurchschnitt. Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. ¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Ortsfremden. ²⁾ Zahl der Wohngebäude (in Klammer: Zahl der Wohnungen). ³⁾ Einschli. der Gebäude unter 90 qm umbauten Raum. ⁴⁾ Bei den Orts-, Innungs- und Betriebskrankenassen. ⁵⁾ Bei der Städtischen und Bezirksfürsorge. ⁶⁾ Laufender Fürsorgeaufwand in der offenen Fürsorge. ⁷⁾ Darunter 4 337 Mill. RM. Einlage aus dem Bestand einer Werksparfasse. ⁸⁾ Berichtigte Zahlen

Die Ludwigshafener Wirtschaftszahlen wurden ab der Weltwirtschaftskrise von 1931 bis 1934 herausgegeben. Die Zahlenzusammenstellung wurde dann in den Statistischen Monatsberichten Wort und Zahl fortgeführt. (Quelle: Statistischer Monatsbericht Wort und Zahl, 1937 Nr. 12)

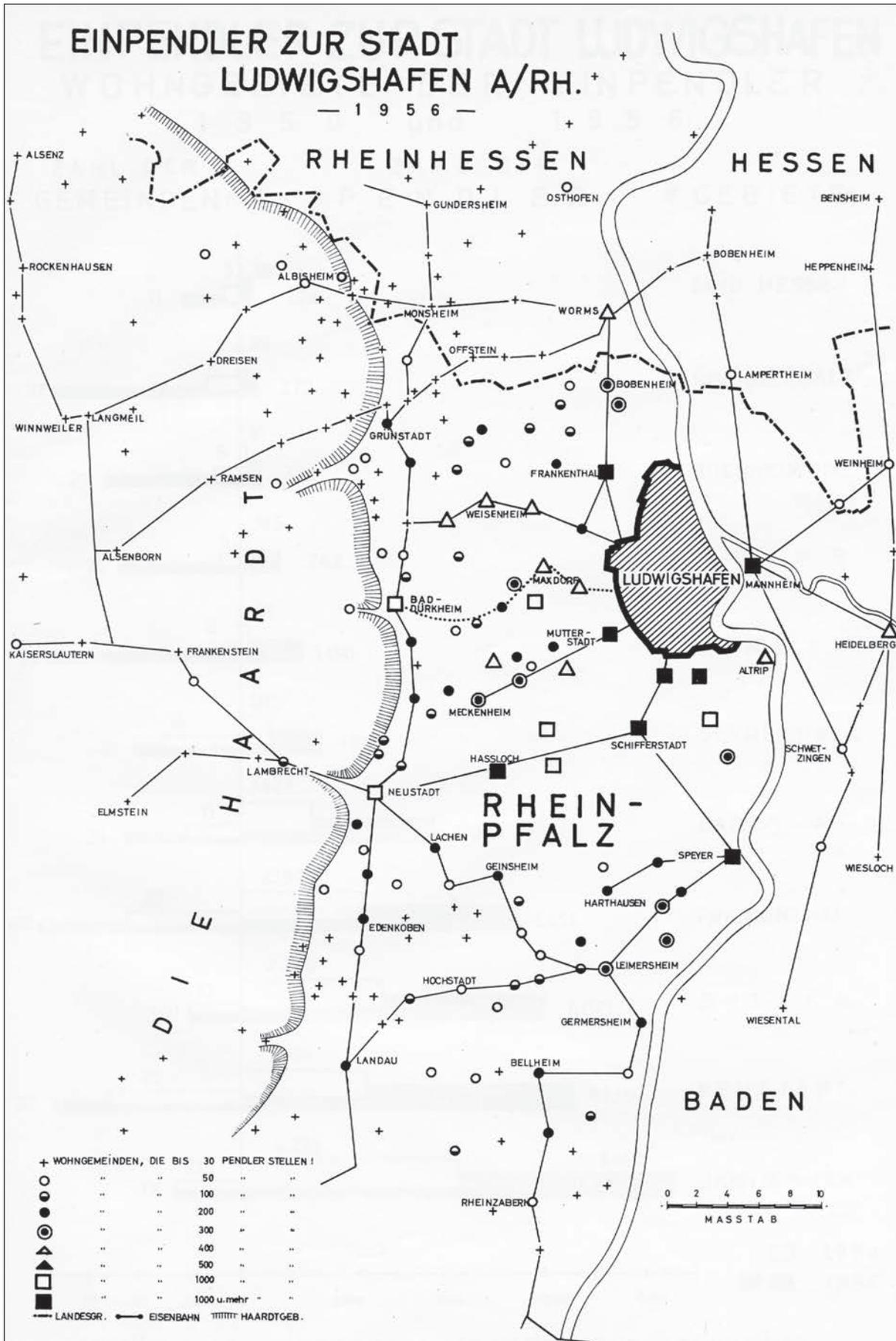


Abbildung 81: Einpendler zur Stadt Ludwigshafen am Rhein, 1956
(Quelle: Statistischer Monatsbericht Wort und Zahl 1958, Sonderbeitrag 75)

Tabelle 13: Entwicklung des Bestands an Kraftfahrzeugen in der Stadt Ludwigshafen 1924 – 1959
(Quelle: Statistischer Monatsbericht Wort und Zahl, 1960, Sonderbeitrag 91)

6 *) 1960 Nr.2 Stat. Monatsbericht "WORT und ZAHL" Ludwigshafen a. Rh.

Sonderbeitrag Nr. 91

Entwicklung des Bestands an Kraftfahrzeugen
in der Stadt Ludwigshafen 1924-1959.

Stand 1. Juli	Bestand an Kraftfahrzeugen ^{1/}							Auf...Einw. trifft ein ^{1/}				
	zus.	Krad	Pkw	Lkw	Om	Sd	Zg	Kfz	Krad	Pkw	Lkw	
a) Gebietsstand vor 1.4.1938.												
1924	Z	463	202	126	120	4	8	3	220	503	807	848
	vH		43,6	27,2	25,9	0,9	1,7	0,7				
1925	Z	862	351	331	164	1	9	6	119	291	309	623
	vH		40,7	38,4	19,0	0,1	1,1	0,7				
1926		1 252	617	385	232	1	9	8	82	166	266	442
1927		1 678	888	496	269	1	13	11	62	116	208	384
1928		2 265	1 113	765	357	1	13	16	46	94	136	292
1929	Z	2 686	1 273	1 010	368	1	12	22	39	83	104	286
	vH		47,4	37,6	13,7	0,0	0,5	0,8				
1930	Z	2 764	1 252	1 110	369	1	14	18	38	85	96	288
	vH		45,3	40,2	13,4	0,0	0,5	0,6				
1931		2 543	1 157	1 043	308	2	14	19	42	92	102	347
1932		2 307	1 038	956	274	2	15	22	46	103	112	391
1933		2 517	1 165	1 011	295	2	16	30	43	92	106	363
1934	Z	3 252	1 474	1 349	374	7	16	32	33	73	79	287
	vH		45,3	41,5	11,5	0,2	0,5	1,0				
1935	Z	4 032	1 704	1 748	516	6	22	36	27	63	61	208
	vH		42,3	43,4	12,8	0,1	0,5	0,9				
1936		4 613	1 884	2 062	582	3	29	53	23	57	52	185
1937		5 129	2 035	2 335	657	9	27	66	21	53	46	164
1938 *:												
AL *	Z	5 470	2 178	2 490	732	13	.	57	20	50	44	149
	vH		39,8	45,5	13,4	0,2	.	1,1				
NL *	Z	1 498	801	487	196	.	.	14	23	43	71	176
	vH		53,5	32,5	13,1	.	.	0,9				
b) Jetziger Gebietsstand seit 1.4.1938.												
1938	Z	7 423	3 200	3 151	989	13	.	70	19	45	45	145
	vH		43,1	42,5	13,3	0,2	.	0,9				
1950	Z	5 045	2 133	1 527	1 163	13	87	122	24	57	79	104
	vH		42,3	30,3	23,0	0,3	1,7	2,4				
1951		7 088	3 201	2 145	1 444	18	115	165	18	40	60	89
1952		9 266	4 403	2 903	1 593	21	157	189	14	30	46	83
1953		11 128	5 470	3 549	1 679	24	202	204	12	25	38	81
1954	Z	12 593	6 297	4 112	1 709	26	249	200	11	22	34	81
	vH		50,0	32,6	13,6	0,2	2,0	1,6				
1955	Z	14 340	6 893	5 219	1 687	28	278	235	10	21	27	85
	vH		48,1	36,4	11,8	0,2	1,9	1,6				
1956		16 687	7 105	7 007	1 897	36	373	269	9	21	21	78
1957		17 824	6 572	8 579	1 861	41	486	285	9	23	18	82
1958		19 552	6 183	10 457	1 951	45	611	305	8	25	15	80
1959	Z	21 707	5 845	12 717	2 055	52	729	309	7	27	13	78
	vH		26,9	58,6	9,5	0,2	3,4	1,4				

* NL = Neu-Ludwigshafen = die am 1.4.1938 eingemeindeten Orte Op, Oh, Md, Rg, die zusammen mit AL = Alt-Ludwigshafen das jetzige Ludwigshafen (=b) bilden.
^{1/} Kfz = Kraftfahrzeuge insgesamt, ohne Bahn und Post; Krad = Krafträder (ohne Mopeds), Pkw = Personenkraftwagen, Lkw = Lastkraftwagen, Om = Omnibusse, Sd = Sonderfahrzeuge (für Feuerwehr, Straßenreinigung usw.), Zg = Zugmaschinen.

Tabelle 14: Nutztierhaltung in den Stadtteilen 1951 und 1961, Ergebnisse der allgemeinen Viehzählungen
(Quelle: Statistisches Jahrbuch 1963, S. 90)

126. Nutztierhaltung in den Stadtteilen 1951 und 1961
(Ergebnisse der allgemeinen Viehzählungen)

	Tiere ins- gesamt	davon in den Stadtteilen *								
		1/5 SK	6 Fr	7 Mu	8/9 Ga	10 Op	11 Ed	12 Oh	13 Md	14 Rg
1. Pferde . . . 1961	145	-	3	6	-	17	17	23	22	57
1951	565	33	32	27	1	64	77	108	97	126
2. Rindvieh . . 1961	1 462	a215	19	14	-	141	227	207	229	410
1951	1 368	b230	58	9	-	146	210	208	186	321
2a dar. Milchkühe 1961	611	-	8	-	-	79	112	90	119	203
1951	735	-	34	7	-	98	122	155	119	200
3. Schweine . . 1961	1 956	c849	24	47	49	96	179	233	163	316
1951	2 744	d651	144	114	29	306	312	375	434	379
4. Schafe . . . 1961	61	-	-	-	-	-	60	1	-	-
1951	27	6	-	3	1	1	12	3	1	-
5. Ziegen . . . 1961	20	-	1	-	5	1	1	7	-	5
1951	863	30	89	93	55	55	111	136	197	97
6. Hühner . . . 1961	17 800	82	1184	847	1636	2501	2093	3068	3148	3241
1951	64 210	6777	8005	8856	8457	8201	4062	11010	3648	5194
7. Truthühner ^{1/} 1961	154	-	13	5	11	20	15	38	28	24
1951	525	41	51	69	121	27	43	90	42	41
8. Gänse . . . 1961	104	-	23	7	-	9	25	8	9	23
1951	1 249	65	108	167	138	138	84	287	118	144
9. Enten . . . 1961	171	-	12	10	14	28	21	54	23	9
1951	556	75	21	78	96	30	22	107	42	85
10. Stallhasen ^{2/} 1961	1 604	2	136	100	111	308	386	131	232	198
11. Bienenvölker 1961	550	131	68	21	82	40	60	74	31	43
1951	743	140	176	124	65	39	33	95	34	37

* Abkürzungen siehe Anhang. - ^{1/} Einschl. Perlhühner. - ^{2/} I.J.1951 nicht gezählt. - a/d = Darunter im Schlachthof: a= 215; b= 230; c= 842; d= 573.

Die Erhebungen zu den Anbauverhältnissen und der landwirtschaftlichen Tierhaltung dienen der Sicherung der Ernährung der Bevölkerung. Heute werden im Auftrag des Statistischen Landesamtes weiterhin ähnliche Erhebungen über die Landwirtschaft durchgeführt.

Tabelle 15: Fläche und Bevölkerungsdichte der Stadtteile 1962

(Quelle: Statistischer Monatsbericht Wort und Zahl, 1963, Sonderbeitrag 118)

Sonderbeitrag Nr.118
Fläche und Bevölkerungsdichte der Stadtteile 1962

Stadtteil	Gesamt- fläche ha	davon entfallen ...ha auf			Einwohner am 31.12.1962 auf 1 ha ...Fläche	
		Wohn- gebiete	Industrie Eisenbahn	unbe- bautes Gelände	Gesamt-	Wohn-
1 Mitte ^{1/}	105	72	20	13	127,7	186,2
2 Süd ^{1/}	284	141	63	80	88,3	177,8
3 Nord ^{1/}	68	37	29	2	202,3	371,7
4 Hemshof ^{1/}	91	65	7	19	117,1	163,9
5 West	229	43	64	122	29,2	155,7
6 Friesenheim ^{1/}	330	174	40	116	74,9	142,1
7 Mundenheim ^{1/}	544	137	205	177	30,5	121,2
8 Hochfeld	189	143	-	46	83,3	110,1
9 Niederfeld	120	53	-	67	28,1	63,7
10 Oppau ^{1/}	702	105	-	597	6,9	112,9
11 Edigheim ^{1/}	583	79	-	504	12,6	93,2
12 Oggersheim	1 040	146	39	837	13,7	97,5
13 Maudach	724	47	-	677	4,1	62,4
14 Rheingönheim ^{1/}	975	69	21	885	6,0	85,2
15 Industrie und Rheinstrom ^{2/} Ludwigshafen	821	-	642	179	-	-
zusammen	6 805	1 342	1 130	4 333	25,3	128,4
vH	100	19,7	16,6	63,7		

^{1/} Ohne Anteile an den Flächen der Zeile 15.
^{2/} Flächen, die sich über mehrere Stadtteile erstrecken.

Tabelle 16: Straßenbeleuchtung 1939, 1954 und 1962

(Quelle: Statistisches Jahrbuch 1963, S. 78)

113. Straßenbeleuchtung 1939 und 1954/1962

	Am Jahresende									31.8. 1939
	1962	1961	1960	1959	1958	1957	1956	1955	1954	
Brennstellen zusammen	7 788	6 985	6 405	5 725	5 088	4 419	4 077	3 856	3 254	3 720
und zwar für Elektrizität ^{1/}	5 859	5 040	4 419	3 718	3 083	2 656	2 494	2 335	1 969	1 924
Gas	1 929	1 945	1 986	2 007	2 005	1 763	1 583	1 521	1 285	1 796
" , Anteil vH	24,8	27,8	31,0	35,0	39,4	39,9	38,8	39,4	39,5	48,3

^{1/} Darunter 14 Brennstellen als Anteil an der Rheinbrückenbeleuchtung, die von der Stadt Mannheim auf Kosten Ludwigshafens unterhalten wird.

Tabelle 17: Säuglinge nach der Stilldauer 1962 (Quelle: Statistisches Jahrbuch 1963, S. 111)

163. Säuglinge nach der Stilldauer 1962

Stilldauer (Kinder des Geburtsjahres 1962)	Säuglinge ^{1/} zusammen		davon geboren				Vor- jahr vH
	Zahl	vH	in Wohnung		in Klinik		
			Zahl	vH	Zahl	vH	
A. Zusammen ^{1/}	2 752	100	473	100	2 279	100	(2764)
B. Davon:							
a) Nicht gestillt	446	16,2	73	15,4	373	16,4	17,1
b) Gestillt	2 306	83,8	400	84,6	1 906	83,6	82,9
C. Stilldauer (= B,b):							
a) bis 2 Wochen	318	11,6	39	8,2	279	12,2	12,6
b) 2 Wochen bis 1 Monat	432	15,7	86	18,2	346	15,2	15,6
c) 1 bis 3 Monate	1 116	40,5	191	40,4	925	40,6	37,3
d) genau 3 Monate	215	7,8	48	10,2	167	7,3	8,4
e) 3 bis 6 Monate	178	6,5	30	6,3	148	6,5	7,1
f) 6 bis 9 Monate	41	1,5	6	1,3	35	1,5	1,6
g) 9 bis 12 Monate	6	0,2	-	-	6	0,3	0,3
davon gestillt:							
h) bis 3 Monate (a/d) ^{2/}	2 081	75,6	364	77,0	1 717	75,3	73,9
i) über 3 Monate (e/g)	225	8,2	36	7,6	189	8,3	9,0

^{1/} Zahl der beobachteten Säuglinge. - ^{2/} Ende des Stillgeldbezugs.

Tabelle 18: Wichtigere Todesursachen 1962

79. Wichtigere Todesursachen 1962

	Gestorbene ^{1/}		im Alter von ... bis unter ... Jahren										
	zusammen		0	10	20	30	40	50	60	70	80	90	
	Zahl	vH ^{2/}	-10	-20	-30	-40	-50	-60	-70	-80	-90	ff	
A. Gestorbene ^{1/} insgesamt	1 546	100	77	6	23	22	64	209	379	441	294	31	
davon:													
a) männlich	841	100	37	5	14	12	31	133	232	225	139	13	
b) weiblich	705	100	40	1	9	10	33	76	147	216	155	18	
B. Todesursachen ^{3/} :													
Tbc der Atmungs- organe (00/01)	m 9 w 6	1,1 0,9	-	-	-	-	1 3	5 -	2 2	1 1	-	-	
Krebs	m 169 w 145	20,1 20,6	-	-	1 -	3 2	10 17	30 32	68 36	37 39	18 18	2 1	
Gehirnblutung	m 110 w 115	13,1 16,3	-	-	-	1	2	12	26	43	26	-	
Herzkrankheiten	m 150 w 128	17,8 18,2	1	1	2	-	4	32	45	47	15	3	
Lungenentzündung	m 32 w 22	3,8 3,1	-	-	-	-	-	-	14	13	5	-	
Lebensschwäche u.ä. (83,841,85)	m 28 w 21	3,3 3,0	28	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Altersschwäche	m 59 w 67	7,0 9,5	-	-	-	-	-	-	-	12	42	5	
Unfälle	m 36 w 16	4,3 2,2	2	3	5	2	3	7	6	5	2	1	
Selbsttötung	m 20 w 16	2,4 2,2	-	-	-	4	3	1	5	3	3	1	

^{1/} In Lu gestorbene Ortsansässige. - ^{2/} vH der m/w Gestorbenen. -
^{3/} In Klammern: Nummern des Deutschen Todesursachenverzeichnisses 1950.

Das war eine traditionsreiche Statistik, die heute auf kommunaler Ebene nur noch selten geführt wird. (Quelle: Statistisches Jahrbuch 1963, S. 54)

Tabelle 19: In Ludwigshafen wohnhafte Ausländer und Staatenlose 1960 – 1964
(Quelle: Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 2, S. 18).

Tabelle 17

In Ludwigshafen wohnhafte Ausländer und Staatenlose 1960 - 1964

Staats- angehorigkeit (*)	Stand 31. Dezember									
	1960		1961		1962		1963		1964	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Frankreich	222	5,4	258	4,8	271	4,2	264	3,5	268	2,8
Griechenland	169	4,1	585	10,9	1 043	16,3	1 664	21,8	1 994	21,1
Italien	1 759	43,0	2 202	41,1	2 699	42,1	2 838	37,2	3 341	35,3
Jugoslawien	211	5,2	239	4,5	255	4,0	305	4,0	395	4,2
Niederlande	115	2,8	149	2,8	130	2,0	159	2,1	162	1,7
Österreich	309	7,6	373	7,0	373	5,8	397	5,2	425	4,5
Polen	271	6,6	272	5,1	283	4,4	261	3,4	259	2,7
Schweiz	135	3,3	137	2,6	139	2,2	139	1,8	136	1,4
Spanien	191	4,7	295	5,5	322	5,0	379	5,0	606	6,4
Türkei	17	0,4	30	0,5	36	0,6	237	3,1	808	8,6
Ungarn	94	2,3	98	1,8	100	1,6	102	1,3	108	1,2
USA	98	2,4	136	2,5	137	2,1	156	2,1	181	1,9
Staatenlose	174	4,2	199	3,7	184	2,9	186	2,4	172	1,8
Alle übrigen Staaten	329	8,0	389	7,2	435	6,8	538	7,1	609	6,4
Zusammen	4 094	100	5 362	100	6 407	100	7 625	100	9 464	100

Tabelle 20: Die Bevölkerung nach besonderen Altersgruppen am 31.12.1964
(Quelle: Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 2, S. 7).

Tabelle 3

Die Bevölkerung nach besonderen Altersgruppen am 31.12.1964

Alter in Jahren	Bevölkerungs- gruppe	Bevölkerung zusammen		davon			
				männlich		weiblich	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%
unter 1	Säuglinge	2 829	1,6	1 503	1,7	1 326	1,5
unter 6	Noch nicht Schul- pflichtige	16 720	9,4	8 680	9,9	8 040	8,9
6 bis unter 14	Schulpflichtige	17 476	9,9	8 953	10,3	8 523	9,5
14 bis unter 18	Berufsschulpflichtige	8 858	5,0	4 432	5,1	4 426	4,9
unter 18	Kinder und Jugendliche	43 054	24,3	22 065	25,3	20 989	23,3
unter 21	Minderjährige	49 662	28,0	25 548	29,3	24 114	26,8
über 14	Strafmundige	143 216	80,7	69 688	79,8	73 528	81,6
über 21	Volljährige	127 750	72,0	61 773	70,7	65 977	73,2
15 bis unter 65	Erwerbsfähige	122 426	69,0	61 056	69,9	61 370	68,1
15 bis unter 45	Gebarfahige Frauen	37 610	21,2	.	.	37 610	41,7
über 65	Rentneralter	18 432	10,4	7 426	8,5	11 006	12,2
	Insgesamt	177 412	100	87 321	100	90 091	100

5.6 Der Schatten der Verwaltung und Dienst zum Glockenschlag

Am Ende dieser historischen Darstellung über 100 Jahre statistisches Arbeiten in der Ludwigshafener Stadtverwaltung schlägt dieses Kapitel noch einmal den Bogen zurück in die Anfangszeit der 1920er Jahren. Es gibt dafür zwei Quellen. Zum Ersten hatte Prof. Dr. Sigmund Schott, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Mannheim, in einem umfassenden Werk zu den Zukunftsaufgaben deutscher Städte einen Aufsatz über die Städtestatistik in Deutschland 1925 verfasst, der amüsante Züge einer Karikatur enthält⁷⁴. Zum Zweiten werden Dokumente wiedergegeben, die einen authentischen Einblick in den Arbeitsalltag des Statistischen Amtes und der Stadtverwaltung Ludwigshafen in den 20er Jahren gewähren.

5.6.1 Ein ironisch-ernster Blick auf die Statistik-Ämter Mitte der 20er Jahre

Den „Schatten der Verwaltung“ erklärte Sigmund Schott 1925 mit zwei Deutungsmöglichkeiten. Zum einen wirft fast alle Verwaltung einen Zahlenschatten, dessen „Kraft und Gehalt besinnlicher Betrachtung wert sein dürfte“ oder es sei zum anderen der Hinweis auf die „Körperlosigkeit der Statistik“, ihren Mangel an eigenen Tatsachen (S. 1060).

Die Entstehung der statistischen Ämter in den Städten hatte seiner Auffassung nach einen „äußeren und inneren Reiz“, die sich regelmäßig wiederholende Mitarbeit an den großen staatlichen Zählungen und das sporadisch auftretende Bedürfnis nach zuverlässigen, zahlenmäßigen Einblicken in Leben und Zusammensetzung des eigenen Materials der Pflicht, der verwalteten Einwohnerschaft“ (S. 1060).

Da die Statistischen Ämter erst seit etwa 60 Jahren existierten, waren sie den klassischen Verwaltungsämtern wohl noch eher suspekt. So schreibt Schott, „da die statistische Funktion der Verwaltung wohl die am wenigsten bekannte und anerkannte ist, weil sie bald hoch aufzüngelnd (so bei Zählungen und Wahlen), bald wieder als ärmliches Flämmlein ungewissen Ortes leuchtend, manchen gleichmäßig arbeitenden, standortsicheren Verwaltungsstellen unbehaglich und verdächtig erscheint.“ (S. 1062) Da wundert es nicht, dass in schwierigen Zeiten solche Stellen auch in Frage gestellt wurden: „dem Statistiker, der sein inneres Jagdrevier spürend durchstreift, hat der Wind in neuerer Zeit wiederholt verdächtige Witterung zugetragen“ – gemeint waren Gerüchte über die Schließung statistischer Ämter in den Krisenjahren Anfang der 20er Jahre. (S. 1067)

Kaum waren die Statistischen Ämter ins Leben gerufen, wurden ihnen viele Aufgaben zugeordnet, die nur begrenzt mit Statistik zu tun hatten. „Dem Statistiker macht diese Zulage zu seinen vollfleischigen Arbeiten im Großen und Ganzen wenig Freude. Es ist auch ein oft kurioses, von Amt zu Amt sehr verschiedenes Aufgabengemisch, das zuweilen eher den Eindruck zufällig zusammengekehrten Verwaltungsmülls als planmäßiger Auswahl macht. Stochern wir aber in dem Müllhaufen herum, so finden wir immerhin die Erledigung der Wahlgeschäfte als bevorzugten Bestandteil seiner Zusammensetzung. Wenn der Leiter des Statistischen Amtes wochenlang sein Personal mit der Ausstellung von Listen beschäftigt sieht, deren Lebenszweck sich innerhalb weniger Stunden erfüllt, um einen Ballen von Makulatur als Leichnam zurückzulassen, wird ihm gar melancholisch zu Mute.“ (S. 1070)

Beim Versuch, in den „wirren Tanz der Zahlen“ (S. 1067) etwas Ordnung hinein zu bringen, war zu erwarten, dass Statistiker und Verwaltungsbeamte durchaus unterschiedliche Meinungen haben würden. So leistete die Statistik den wichtigsten Dienst, der von ihr verlangt wird: „gefühlsmäßige Schätzung durch quantitative Bestimmung zu ersetzen, das heute mehr als je verbreitete a priori der Voreingenommenheit durch die aus den Tatsachen abgeleitete Zahlengrundlage, das ‚fröhliche Ungefähr‘ durch ein festes Maß“ (S. 1073)

⁷⁴ Schott, S. (1925): Städtestatistik

Dabei war klar, dass der Statistiker „hamstern muss, weil er im Voraus gar nicht wissen kann, welche Ansprüche künftig an seine Vorratskammer gestellt werden.“ Damals wie heute ist es aber manchmal so, dass die Zeit für Ergebnisse drängt. „Auch der Statistiker würde lieber seine Arbeit ausreifen lassen, ehe er seine Muster der Öffentlichkeit vorlegt, aber der unruhigen Zeit, in der wir leben, ist die Fixigkeit mehr gemäß als die Gründlichkeit, so muss er denn das Unfertige im vollen Bewusstsein seiner Fragwürdigkeit zum Gebrauch vorzeitig herausgeben“ (S. 1069). Bei dieser Schilderung erinnern sich manche Kollegen an die Kommunalwahl 2009, die wegen zu früher Präsentation der Ergebnisse, und eben nicht erst nach gründlicher Prüfung, erneut ausgezählt werden musste – zum ersten Mal in der Stadtgeschichte.

Statistik wurde nie als Selbstzweck verstanden. Es galt immer, die „großen Zahlenmassen nicht in den Akten modern zu lassen, sondern sie zu veröffentlichen“ (Brix/Lindemann, 1924, S. 77). Wobei es damals in Deutschland bereits größere Wahrnehmungsdefizite gegeben haben mag. „Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass der Statistiker überhaupt nur dann seine Unterstützung leisten kann, wenn seine Mitarbeit von dem betreffenden Verwaltungsressort beansprucht wird“ zumal „die Ergebnisse der Statistik den Absichten des Verwaltungsbeamten vielleicht nicht immer förderlich sein mögen.“ (Brix/Lindemann, 1924, S. 75). Schließlich gibt Sigmund Schott abschließend allen Statistikern durchaus Hoffnung, wenn er schreibt, die Statistischen Ämter seien keine Bürde der Stadtverwaltungen, sondern „Vorspannpferde, bestimmt und befähigt, den schweren Wagen ziehen zu helfen“ (S. 1073). Bei aller in diesen Zeilen steckenden Ironie lässt sich für viele Beschreibungen doch einen damals wie heute gültigen wahren Kern finden.

5.6.2 Momente des Ludwigshafener Arbeitsalltags der 20er Jahre

Im Stadtarchiv ist eine Sammlung von Dokumenten erhalten geblieben, die amtsinterne Schriftstücke aus der Zeit von 1915 bis Anfang der 30er Jahre enthält (StA, LuA 588⁷⁵). Es sind vor allem Verfügungen über die Organisation des Arbeitsalltags und einige Belege über die damals geltenden Arbeitszeiten. Aus einigen Verfügungen lässt sich ablesen, dass das junge Amt sehr bemüht war, allgemeine Arbeitsregeln aufzustellen und dauerhaft einzuhalten. Manche Verfügungen klingen aus heutiger Sicht antiquiert oder heiter. Allerdings hätten einige – mit heutigem Datum versehen und zeitgemäßen Worten geschrieben – inhaltlich wahrscheinlich noch ihre Gültigkeit und andere haben durchaus ernsten Hintergrund.

So musste im Juli 1918 Amtsleiter Dr. Klose einschreiten, weil „insbesondere von Seiten des Aushilfspersonals Frühstück und Vesper in den Amtsräumen vor dem Publikum eingenommen werden und dass sich daran unliebsame Bemerkungen der Anwesenden knüpfen über die städt. Beamten, die immer zu essen haben, während die anderen Leute hungern müssen.“ Daher betonte er, „dass das Einnehmen des Frühstücks und Vesperbrotes so vor sich zu gehen hat, dass das Publikum hievon nichts gewahr wird.“ Im September 1918, der erste Weltkrieg war noch nicht zu Ende, musste er bei allen kriegswirtschaftlichen Sparten einem „gewöhnheitsmäßigen Einreißen entgegentreten“, denn Hilfskräfte erledigten Privates vor Dienstantritt und kamen daher zu spät ins Büro. Auch musste er auf „frühere Verfügungen hinweisen, wonach ein Beisammenstehen in den Büros zu vermeiden ist“. Man sollte sich vergegenwärtigen, welche Lage damals war. Es herrschte Krieg, bittere Not und die Bevölkerung wurde von den kriegswirtschaftlichen Sparten mit Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen versorgt. Daher war sicher ein reger Publikumsverkehr und die Leute schauten argwöhnisch auf das Treiben der städtischen Bediensteten.

⁷⁵ Alle folgenden wörtlichen Zitate in diesem Kapitel beziehen sich auf diese Quelle.

Die Einführung der Schriftlichkeit beim Einwohnermeldeamt am 1. Januar 1915 wurde bereits erwähnt⁷⁶. Im Juli 1919 war Direktor Zwick empört über die Verwendung von Bleistiften. „Alle Ausfertigungen von amtlicher Seite sind mit Tinte zu schreiben! Es ist unerhört, eine polizeiliche Anmeldung mit gewöhnlichem Bleistift auszustellen, wie ich dies heute gesehen habe.“

Die kriegswirtschaftlichen Sparten waren, wie man sich unschwer vorstellen kann, bei den Beamten nicht sonderlich beliebt. Als es in den statistischen Monatsberichten im Oktober 1919 zu Fehlern kam, weil die Tabellen vorm Druck nicht nachgerechnet wurden, reagierte Dr. Zwick sehr empfindlich. Er drohte, falls die Fehler wieder vorkommen, „die nur auf Leichtsinn zurückzuführen sind, die betreffenden Beamten wegen wiederholter Dienstvergeßlichkeit in eine kriegswirtschaftliche Sparte zu versetzen“.

1922 sah sich Direktor Dr. Zwick gezwungen, mit einer ausführlichen Verfügung die Verhaltensweisen im Amt eingehend zu regeln. Diese Verfügung musste, wie damals üblich, von jedem Beschäftigten unterzeichnet werden. Das authentische Zeugnis der damaligen Amtssprache stellt Abb. 82 dar.

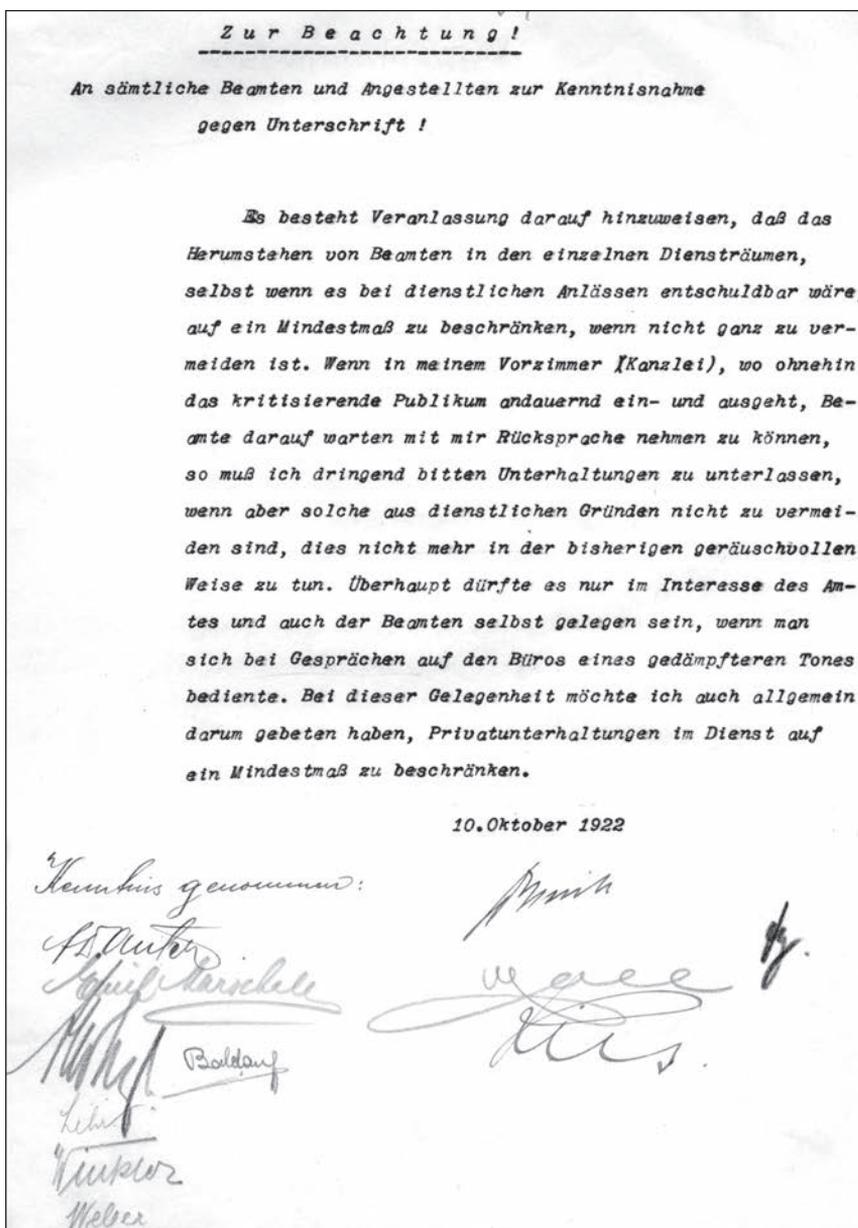


Abbildung 82: Verfügung vom Oktober 1922

⁷⁶ Siehe auch Kapitel 2.1

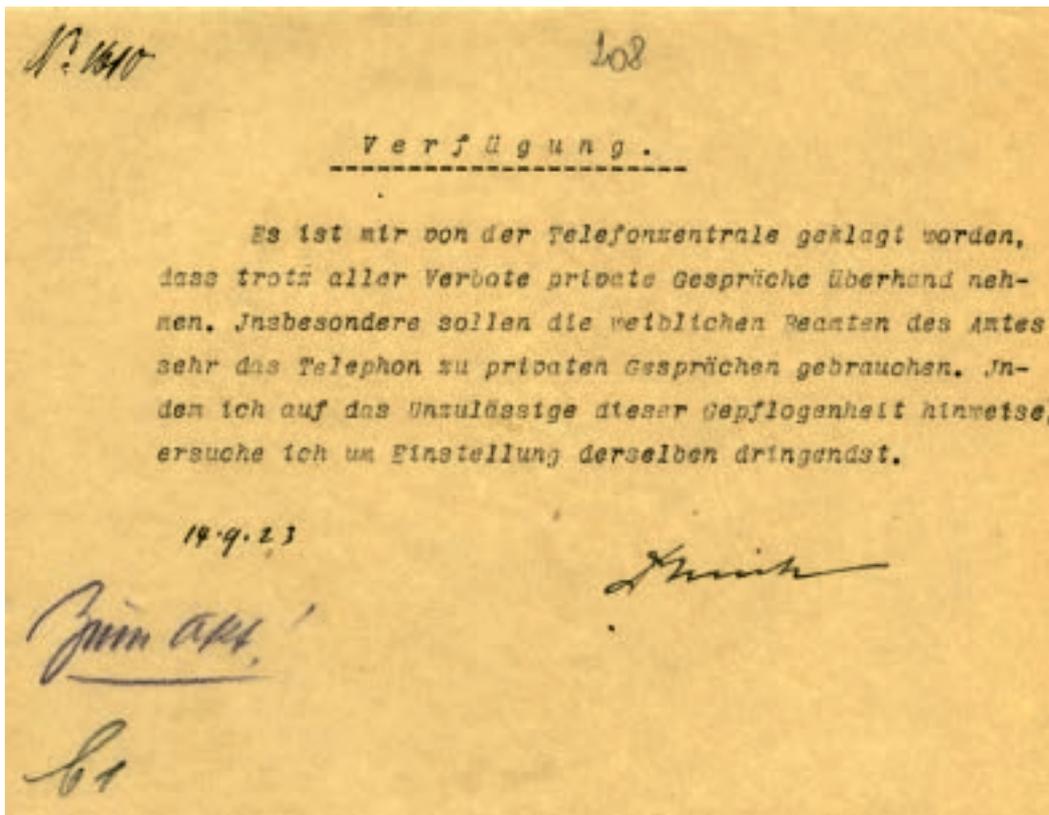


Abbildung 83: Verfügung vom September 1923

Das Telefon war zwar bei weitem nicht so verbreitet wie nach den fünfziger Jahren, dennoch gab es für jedes Amt einige Apparate. Ihre Benutzung war nur für den Dienstgebrauch vorgesehen, was nicht immer befolgt wurde, wie die Verfügung in Abb. 83 zum Ausdruck bringt.

Zwei Dauerthemen aus den Anfangsjahren zwangen die Direktoren immer wieder zu schriftlichen Verfügungen. Das eine Thema war das Abfassen von Schriftstücken an Dritte, ohne davon den Direktor in Kenntnis zu setzen. Das andere deutlich umfangreichere Thema war die Einhaltung der Dienstzeiten. Zwischen September 1918 und März 1925 unterzeichneten die Beamten und Angestellten des Statistischen Amtes insgesamt acht Verfügungen des Direktors, die die Einhaltung der Dienstzeit „dringendst“ einforderten. Das war in jedem Jahr eine Anordnung!

In diesen Jahren war die Dienstzeit beim Statistischen Amt, aber sehr wahrscheinlich für die ganze Stadtverwaltung, als „geteilte Bürozeit“ geregelt von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr. In Ausnahmefällen konnte sie bei Mehrarbeit bis 19 Uhr verlängert werden. Die Schalter des Einwohnermeldeamtes und der Lebensmittelausgabestellen waren geöffnet von Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 12 Uhr und von 13.30 bis 15 Uhr, sowie an Samstagen von 7.30 bis 12 Uhr. Insbesondere die Anfangszeiten 8 und 14 Uhr wurden von den Beschäftigten im Statistischen Amt nicht sehr ernst genommen.

1922 erinnert Dr. Zwick: „... und außerdem pünktlichst die Dienstzeit einzuhalten. Es ist keine Zumutung, wenn verlangt wird, dass der Dienst mit Glockenschlag einsetzt.“ 1924 wendete sich Oberbürgermeister Dr. Weiß mit schriftlicher Verfügung an die gesamte städtische Belegschaft. Es war also offensichtlich ein verbreitetes und öffentlich registriertes Phänomen. „In den letzten Tagen sind wiederholt Klagen wegen regelmäßigen verspäteten Eintreffens verschiedener, insbesondere jüngerer, Beamten und Beamtinnen im Dienst laut geworden.“⁷⁷ Schließ-

⁷⁷ Unterstreichung im Original. Wie bereits im Kap. 2.2.5 erläutert, gab es in den 20er Jahren zwei bis drei Beamtinnen als „Kanzleihilfinnen“ im Statistischen Amt, bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 10 bis 16 (StA LuA 588).

lich klingt der stellvertretende Amtsdirektor Dr. Stabel im März 1925 beinahe resigniert, wenn er in einer längeren Verfügung zu anderen Themen am Ende schreibt: „Hinsichtlich der Einhaltung der Dienstzeit mache ich auf die früheren Verfügungen nochmals aufmerksam“. Etwaige disziplinarische Folgen werden schon gar nicht mehr erwähnt.

1925 machte das Personalamt darauf aufmerksam, „dass dem Bürgermeisteramt mitgeteilt wurde, beim Statistischen Amt würde tagsüber die Arbeit nicht sehr ernst genommen.“ Diesen Vorwurf wies der Amtsleiter gegenüber dem Bürgermeisteramt „mit Entschiedenheit“ zurück, forderte aber gleichfalls mehr Arbeitsdisziplin von seinen Mitarbeitern. Dazu gehörte, das „Beisammenstehen einzelner Herren und Damen zu privaten Gesprächen“ zu unterlassen. Dieses Beisammenstehen auf den Gängen wurde auch von Stadträten beanstandet. Da das Amt „bekanntermaßen ein beliebtes Angriffsobjekt mancher Teile der Bevölkerung darstellt“, mahnt der Direktor, muss es im Interesse aller Beamten sein, die Regeln einzuhalten, um nicht argwöhnischen Kritikern auch noch Argumente zu liefern.

6 Zusammenfassung

Als die Recherchen für diese Jubiläumsschrift begonnen wurden, war nicht damit zu rechnen, dass die zurückliegenden 100 Jahre einer städtischen Organisationseinheit, die sich üblicherweise mit der eher trockenen Materie „Zahlen“ beschäftigt, von so ereignisreichen Phasen durchzogen waren. Durch die Zuständigkeit des Statistischen Amtes auch für das Ernährungsamt erlebten die Beschäftigten alle Not- und Kriegszeiten hautnah mit und mussten mithelfen, das tägliche Überleben der Menschen in Ludwigshafen zu sichern. Diese Nähe zum Alltag in der Stadt und die zeitweise direkte Betroffenheit von zeitgeschichtlichen Umbruchphasen ließen die 100 Jahre Städtestatistik spannender und lebensnäher vorüber ziehen, als das von der vermeintlich trockenen Zahlenmaterie zu erwarten gewesen wäre. Trotz aller Schwierigkeiten gab es einen Kern von Kontinuität, denn die statistischen Aufgaben haben sich über alle Krisen hinweg bis heute als Basis des Bereichs Stadtentwicklung erhalten.

Das Statistische Amt erlebte somit zwei grundlegend verschiedene Phasen seines Wirkens. Die erste Zeit von 1914 bis Anfang der 1950er Jahre war eine von schlimmen Not- und Kriegszeiten dominierte Phase, die oft über Jahre hinweg ein „normales Arbeiten“ unmöglich machte. In der zweiten Hälfte, die seit Mitte der 1950er Jahre bis heute andauert, gab es zwar auch einige organisatorische Umbrüche, aber die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen waren überwiegend von Wachstum, Wohlstand und vor allen Dingen von dauerhaftem Frieden gekennzeichnet.

Die Arbeitsgebiete haben sich, das ist in den entsprechenden Kapiteln deutlich geworden, einerseits wechselnden Anforderungen und Fortschritten angepasst, andererseits gab es einige „Dauerbrenner“, die seit 1914, mit zeitbedingten Anpassungen von Umfang und Inhalt, heute weiterhin bearbeitet werden. Dazu zählen zum Beispiel die Preisermittlung zur Berechnung der Inflationsrate, die Landwirtschaftserhebungen, die Durchführung von Großzählungen und (teilweise) von Wahlen sowie die Führung klassischer Statistik-Inhalte (Bevölkerung, Wohnungen, Bautätigkeit, Sozial- und Wirtschaftsstatistik usw.). Aber auch hier gab es Zeiten, in denen diesen Aufgaben mal mehr und mal weniger Gewicht beigemessen wurde. Sieht man von den Jahren des Zweiten Weltkriegs einmal ab, war ein zentraler roter Faden in der Städtestatistik Ludwigshafens, die Arbeitsergebnisse zu veröffentlichen, was auch für die Zukunft beabsichtigt ist. Die über alle Jahrzehnte wechselnden Formate und Schriftenreihen wurden dargestellt.

Die Themen, die „abgewandert“ sind, leiten zu einem weiteren Charakteristikum über. Im Statistischen Amt als zentrale Stelle wurden einige neue Aufgaben aufgegriffen, die zunächst nicht im klassischen Verwaltungsalltag bzw. in der Verwaltungsgliederung untergebracht werden konnten. Das hing zeitweise auch damit zusammen, dass im Statistischen Amt stets eine Offenheit für Neues und umfangreiche Kenntnisse über wissenschaftliche Methoden vorhanden waren. Stellte sich heraus, dass die neuen Aufgaben dauerhaft ihre Bedeutung beibehalten würden, folgte die Gründung von neuen Organisationseinheiten. Beispiele sind die Pressearbeit, die Wirtschaftsförderung, teilweise die Kulturarbeit, die „Stadtwerbung“, Verkehrsfragen, Umweltthemen und Stadterneuerung.

Ebenfalls von Anfang galt und gilt bis heute der wissenschaftliche Anspruch für die Bearbeitung der anstehenden Aufgaben. Er ist unverzichtbar, will man die Ergebnisse transparent und nachvollziehbar vorlegen und verhindern, dass sie in den kurzfristigen Bedürfnissen der Alltagsarbeit untergehen und nicht über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben. Damit verknüpft ist ein wichtiger Punkt des Selbstverständnisses des Bereichs. Seit Beginn seiner Tätigkeiten verstand sich das Statistische Amt und versteht sich der Bereich Stadtentwicklung als Dienstleister für die Stadtverwaltung, für die Politik und für die Öffentlichkeit.

Anhang

I	Die Oberbürgermeister ab 1914	121
II	Die Leiter des Amts, der Sparte, des Bereichs	121
III	Zeittafel der Amtsgeschichte	125
IV	Personalbestände	126
V	Ernährungsamt	127
VI	Verzeichnis der Veröffentlichungen 1914 bis 2013	128
VII	Abkürzungsverzeichnis	164
VIII	Literaturverzeichnis	164
IX	Quellenverzeichnis	166
X	Bildnachweis	167

I Die Oberbürgermeister ab 1914

1896 – 1920	Friedrich Krafft	1955 – 1957	Werner Bockelmann
1920 – 1930	Dr. Christian Weiß	1957 – 1965	Dr. Hans Klüber
1931 – 1937	Dr. Fritz Ecarius	1965 – 1993	Dr. Werner Ludwig
1937 – 1941	Dr. Erich Stolleis	1993 – 2001	Dr. Wolfgang Schulte
1945/04–09	Dr. Hanns Hoffmann	seit 2002	Dr. Eva Lohse
1945 – 1955	Valentin Bauer		

II Die Leiter des Amts, der Sparte, des Bereichs

Von Beginn an bis heute waren die Leiter, nach 1945 auch Mitarbeiter, in deutschen Fachverbänden der Städtestatistiker und in Fachgremien des Deutschen Städtetags vertreten. Heute bestehen Mitgliedschaften im Verband Deutscher Städtestatistiker, in der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung im Deutschen Städtetag und in der Arbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung des Städtetags Rheinland-Pfalz. Die Angaben in Klammern geben die jeweilige Amtszeit an.

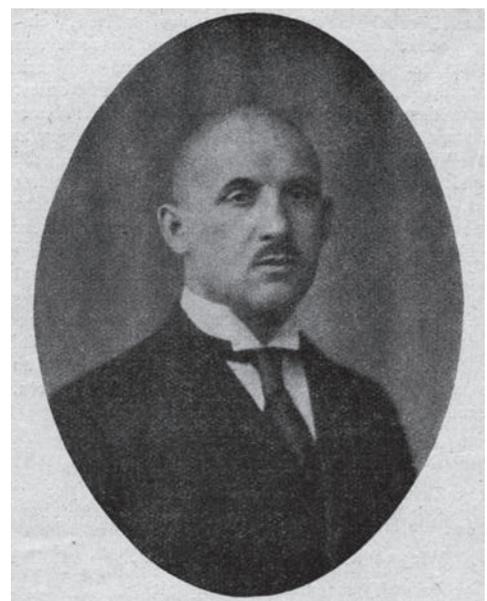
Dr. Walther Klose (1914 bis 1919)

Geb. 1881, gest. 25.2.1919 in Münster in Westfalen, wo er zur Beerdigung seine Bruders weilte. Er war von März bis Oktober 1907 Volontär am Statistischen Amt der Stadt Halle a.S., bis 1914 wissenschaftlicher Assistent (später Sekretär) am Statistischen Amt der Stadt München. 1914 bis zu seinem Tod war er erster Direktor des neuen Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen am Rhein.

kein Bild vorhanden

Dr. Albert Zwick (1919 bis 1927)

Geb. am 23.10.1890 in Waldfishbach im Pfälzer Wald, gest. 1958 in Ludwigshafen am Rhein. Er besuchte die Realschule in Pirmasens und die Oberrealschule in Kaiserslautern, wo er das Reifezeugnis erwarb. Anschließend studierte er an den Universitäten in München und Heidelberg Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft. In Heidelberg promovierte er 1914 mit der Arbeit „Die Pirmasenser Schuhindustrie“. Praktikant war er 1912 in der Schnellpressenfabrik Albert in Frankenthal und 1913 in der Eisenbahndirektion Ludwigshafen. Von 1919 bis 1927 war er Direktor des Statistischen Amtes in Ludwigshafen und baute umfangreiche Kompetenzen in Wirtschaftsfragen auf. 1927 wechselte er als Direktor ins Statistische Amt der Stadt Köln. Während der Kölner Jahre war er auch Dozent an der Universität Bonn. Nach 1945 wurde ihm der Aufbau des Statistischen Landesamtes in Bad Ems übertragen, das er bis zu seinem Ruhestand 1957 auch leitete. Von 1948 an war Dr. Zwick ständiger Wahlleiter des Landes Rheinland-Pfalz.



Dr. Otto Stabel (1928 bis 1933)

Geb. 21.12.1898 in Ludwigshafen am Rhein, gest. 11.1.1970 in Bad Bergzabern. Er besuchte die Oberrealschule in Ludwigshafen und bekam dort das Reifezeugnis. In Heidelberg studierte er Rechtswissenschaften und erwarb dort 1922 den Dokortitel mit der Arbeit „Die Teuerung in Ludwigshafen a.Rh. während der Jahre 1920/22, dargestellt an Hand der Ludwigshafener Indexziffer unter besonderer Berücksichtigung des Indexziffernproblems“. Er war vom 1. Januar 1923 bis 31.12.1927 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Statistischen Amt der Stadt Ludwigshafen und von 1. Januar 1928 bis 1. Juli 1933 Direktor dieses Amtes. Vom 1. Juli 1933 bis 15. Juli 1934 war er Direktor des Steuer- und Rechnungsamtes und im Dezember 1934 wurde ihm die Leitung des Finanzreferats übertragen. Seit Mai 1940 war er hauptamtlicher Beigeordneter und seit 1942 NSDAP-Mitglied. Er hatte während des Krieges großen Einfluss auf die Leitung der Stadt, da den kommissarischen OBs die Erfahrung fehlte. Im März 1945 wurde er letztes Stadtoberhaupt der NS- und erstes der Nachkriegszeit. Kurze Zeit später löste ihn Hans Hofmann ab und er wurde wieder Kämmerer. Seinen Status als Beigeordneter erhielt er aber erst wieder 1958 durch Wahl zum Finanzdezernenten und 3. Beigeordneten. In den Ruhestand trat er am 31.10.1963



Dr. Karl Moll (1933 bis 1964)

Geb. 11.1.1899 in Landau (Pfalz), gest. 31.10.1983 in Ludwigshafen am Rhein. Er besuchte das Gymnasium in Ludwigshafen und schloss mit dem Reifezeugnis ab. In den Dienst der Stadtverwaltung Ludwigshafen trat er am 10. Juli 1919 ein und legte 1921 die Assistentenprüfung ab. An der Universität Heidelberg und an der Handelshochschule Mannheim studierte er berufsbegleitend Nationalökonomie, Statistik und Rechtswissenschaften und promovierte an der Universität Heidelberg 1924 mit der Arbeit „Gehaltsverhältnisse der bayerischen Gemeindebeamten“. Von 1924 bis 1928 Assistent, 1928 Stellvertreter des Direktors und ab August 1933 selbst Direktor am Statistischen Amt. 1939 bis 1950 leitete er zusätzlich das Ernährungsamt in Ludwigshafen. Am 31. Januar 1964 trat er in Ruhestand und lebte bis zu seinem Tod in Ludwigshafen-Friesenheim.



Prof. Dr. Egon Dheus (1964 bis 1965)

Geb. 14.8.1923 in Düsseldorf, gest. 1.11.2006 in München. Er studierte Nationalökonomie in Köln und erwarb das Diplom 1953. Er arbeitete als Diplom-Volkswirt in verschiedenen Stellen der Stadtverwaltung Düsseldorf und wurde am 1.10.1964 Leiter des Statistischen Amtes in Ludwigshafen am Rhein. Ab 1.10.1965 war er Direktor des Amtes für kommunale Grundlagenforschung und Statistik in München bis zu seinem Ruhestand 1988. Er promovierte 1971 und wurde 1983 zum Honorarprofessor an der Technischen Universität München berufen. Er war in vielen Gremien der deutschen Städtestatistik aktiv und lieferte viele Grundlagenarbeiten zur planungsrelevanten Statistik.

**Karl-Heinz Hieb** (1966 bis 1994)

Geb. 12.3.1931 in Landau (Pfalz), gest. 2.12.2012 in Neuhofen (Pfalz). Er studierte Volkswirtschaft an der Universität Mainz von 1951 bis 1955 und erwarb den Diplom-Volkswirt. Danach war er beim Finanzamt Landau, bei der Adam Opel AG und als Steuerberater tätig. Von 1957 bis 1964 arbeitete er als Referent im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz und anschließend als Referent im Kultusministerium Baden-Württemberg. Am 1.4.1966 übernahm er die Leitung des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen in Ludwigshafen am Rhein, die er bis zu seinem Ruhestand Ende 1994 inne hatte.



Klaus Dillinger (1997 bis 2002)

Geb. 22.9.1960 in Speyer. Nach dem Abitur 1979 in Speyer studierte er Raum- und Umweltplanung an der Universität Kaiserslautern von 1980 bis 1986 mit dem Abschluss Diplom-Ingenieur. Nach einer kurzen Tätigkeit bei der Kreisverwaltung Heilbronn kam er 1987 zur Stadtverwaltung Ludwigshafen in das Stadtplanungsamt. Von 1991 bis 1995 wirkte er bei der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft (W.E.G. GmbH) und wechselte als wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Sparte Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, die er in der Zeit von Mai 1997 bis Ende 2002 leitete. Anschließend wurde ihm die Geschäftsführung der W.E.G. GmbH im Januar 2003 übertragen. Im Juni 2010 schließlich wählte ihn der Stadtrat zum Bau- und Umweltdezernenten in Ludwigshafen am Rhein.



Volker Adam (1996 bis 1997 und seit 2003)

Geb. am 20.03.1955 in Ludwigshafen. Er besuchte das Carl-Bosch-Gymnasium in Ludwigshafen und erwarb dort 1973 das Abitur. Das Studium der Raum- und Umweltplanung an der Universität Kaiserslautern schloss er 1982 als Diplom-Ingenieur ab. Nach einer einjährigen Tätigkeit als freier Mitarbeiter in einem Kaiserslauterer Planungsbüro absolvierte er das zweijährige Städtebaureferendariat in Rheinland-Pfalz. Ab 1985 folgte eine Tätigkeit als Abteilungsleiter für vorbereitende Bauleitplanung im Stadtplanungsamt Trier, von wo er Anfang 1992 wieder in seine Heimatstadt als wissenschaftlicher Mitarbeiter ins Amt für Stadtentwicklung wechselte. Im April 1996 wurde ihm die Leitung der Sparte Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung und im Februar 1997 die Leitung des Fachbereiches Außensteuerung (bestehend aus Stadtentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Sport und Bäder) übertragen. Mit Amtsantritt der Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse 2002 wurde mit Wirkung vom 01.01.2003 die Fachbereichsebene aufgelöst. Volker Adam leitet ab diesem Datum wieder den Bereich Stadtentwicklung.



III Zeittafel zur Amtsgeschichte

1914	Ratsbeschluss 20.2.14: Ausbau des Polizeimeldeamtes zum Statistischen Amt und Einwohnermeldeamt – Beginn 1.10.14, Sitz im Stadthaus Nord	
1921	<i>Statistisches Amt und Wirtschaftsamt</i> • April: Bildung der Abteilung „Wirtschaftsamt“	
1924	<i>Amt für Wirtschaft und Statistik</i> • 1925: Bildung der Pressestelle im Amt • 1926: Umzug in Limburgstraße 10 • 1928: Limburgstraße 10 und Wredestraße 1 • 1929: nur Wredestraße 1 • 1934: Ausgliederung Pressearbeit in Presseamt	
1937	<i>Statistisches Amt und Wahlamt</i> • Oktober: Ausgliederung Wirtschaft und Verkehr • 1942: Verstaatlichung Einwohnermeldewesen • 1945: Wredestraße 1 im Krieg zerstört • 1945: Wittelsbachstraße 3 (Polizeipräsidium)	
1950	<i>Statistisches Amt</i> • 1954: Umzug in Limburgstraße 10 • 1960: Umzug in Lutherstraße 11 (Stadthaus)	Oktober 1957: 45 Std.-Woche
1964	<i>Statistisches Amt und Wahlamt</i>	Mai 1958: 5-Tage-Woche
1965	<i>Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen</i> • 1967: Umzug in Ludwigstraße 67-69 (Stadthaus)	
1969	<i>Amt für Grundlagenforschung, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung</i>	
1972	<i>Amt für Grundlagenforschung und Stadtentwicklung</i> • 1972: Ausgliederung Wirtschaftsförderung	April 1971: Gleit-Arbeitszeit
1974	<i>Amt für Stadtentwicklung</i> • 1979: Umzug ins Rathaus	Oktober 1974: 40-Stunden-Woche
1987	<i>Amt für Stadtentwicklung und Einwohnerwesen</i> • Januar: Kommunalisierung Einwohnerwesen	1990: 38,5-Stunden-Woche
1995	<i>Amt für Stadtentwicklung</i> • Februar: Ausgliederung Einwohnerwesen und Wahlen	
1996	<i>Sparte Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung</i> • Januar: Aufnahme Wirtschaftsförderung von WEG	
2003	<i>Bereich Stadtentwicklung</i> • Januar: Ausgliederung Wirtschaftsförderung in die WEG • Juli: Aufnahme EU-Förderung (Urban II, EFRE)	Juli 2008: 39-Stunden-Woche

IV Personalbestände

Hier werden die Anzahl der Stellen, des vorhandenen Personals oder die der besetzten Stellen angegeben. Die Unterscheidung ist vor allem in den frühen Jahren nur selten möglich.

Tabelle 21: Personal im Statistischen Amt

Jahr	Zahl	Erläuterung
1914	11	
1917	15	
1918	142	inkl. Ernährungsamt
1919	34	inkl. EWMeldeamt (17)
1920	49	inkl. EWMeldeamt (21)
1922	22	
1925	17	
1929	13	
1930	9	
1931	6	
1936/37	11	
1940	9	ohne Ernährungsamt
1939 – 1950		Durch das Ernährungsamt wuchs die Beschäftigtenzahl zeitweise auf weit über hundert Personen.
1954	14	
1959 – 65	21	
1970	23	
1990	43	inkl. Einwohnerwesen
1995	17	Einwohnerwesen ausgegliedert
2000	16,5	
2003	17,5	Zugang von 1-04, Weggang von Wirtschaftsförderung
2013	17,5	

Quellen:

- 1914, 1918: Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde Ludwigshafen am Rhein für das Jahr 1915 und 1918 (StA, Ds 7/24 und 7/25)
- 1925 – 1931 Eicke, Dr. Ing.: Die Reorganisation der Stadtverwaltung Ludwigshafen a.Rh., Gutachten, 1932 (StA, Ig 48)
- 1936, 1940 Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung Ludwigshafen a. Rh. (Ds 315/1 bis 3)
- 1954 – 1965 und
1970 – 2013: Stellenpläne der Stadtverwaltung
übrige Jahre Verwaltungsberichte der Stadtverwaltung Ludwigshafen

V Ernährungsamt (1939 bis 1950)

Das Ernährungsamt war auf viele Stellen in der Stadt verteilt. Im Kapitel 3 wurde bereits über seine Arbeit berichtet. Es gab Kartenausgabestellen, Abrechnungsstellen und Verteilungsstellen sowie Kartenstellen in den Stadtteilen. Stellvertretend für die über die Jahre und durch Kriegszerstörungen wechselnden Standorte seien zwei Ausschnitte aus Adressbüchern von 1942 und 1947/48 hier abgedruckt.

Ernährungsamt, Verwaltung,
 Sd Wittelsbachstr. 3
 — Kartenstelle Mi u. Sd, Mi Meßplatz,
 Bürobaracke
 — Kartenstelle Nord u. Hemshof,
 Nd Denisstraße 8
 — Kartenstelle Friesenheim, Fr Luitpoldstraße 48
 — Kartenstelle Oggersheim,
 Oh Schillerplatz 2
 — Kartenstellen Oppau und Edigheim,
 Op Edigheimer Str. 26
 — Kartenstellen Mundenheim und
 Rheingönheim, Mu Kirchgasse 7
 — Kartenstellen Hochfeld u. Maudach,
 Ho Erlenweg 18

Abbildung 84: Auszug aus dem Adressbuch 1942

Außenstellen des Ernährungsamtes und des Wirtschaftsamtes:
 Außenstelle Süd, Städt. Ratskeller, Bismarckstraße 46
 Außenstelle Nord, Goethestraße 19, Bau 3 (Goetheschule)
 Außenstelle Friesenheim, Luitpoldstraße 48 (früheres Gemeindehaus)
 Außenstelle Mundenheim, Zettwitzstraße 2
 Außenstelle Maudach, Kirchenstr. 3 (Gemeindehaus)
 Außenstelle Oggersheim, Schillerplatz 2 (Gemeindehaus)
 Außenstelle Oppau, Edigheimer Straße 26 (Gemeindehaus)
 Außenstelle Rheingönheim, Adolf-Hitler-Straße 49 (Gemeindehaus)
 Außenstelle Gartenstadt, Königsbacher Straße 12 (Volkshaus), ☎ 67 232

Ernährungsamt: Wredestraße 1
 Abt. A, Abt. B, Rechtsabteilung, Abt. Kartenausgabe, Abt. Innenprüfung, Abt. Versorgung, Stelle für Gemeinschaftsverpflegung und Gewerbe, Stelle für An- und Abmeldungen, Stelle für Urlauber, Stelle für Kartenumtausch, Stelle für Schiffer, Stelle für Vegetarier und Hochzeitzulagen
 Wredestraße 3
 Stelle für Schwerarbeiter, Stelle für Krankenzulage, Stelle für Kartoffelversorgung
 Bismarckstraße 46 (Lesesaal)
 Abt. für Markenabrechnung (Klein- und Großbezugscheine)
 Ludwigstraße 85, 3. Stock
 Stelle für Selbstversorger (Hausschlachtungen, Mahlkarten, Eierkarten usw.)

Abbildung 85: Auszug aus dem Adressbuch 1947/48

VI Verzeichnis der Veröffentlichungen von 1914 bis 2014

Die in diesem Verzeichnis aufgeführten Publikationen sind alle im Stadtarchiv Ludwigshafen am Rhein nachgewiesen und können eingesehen werden. Die Schriftenreihe „Informationen zur Stadtentwicklung“ ist sowohl beim Stadtarchiv als auch in der Stadtbibliothek Ludwigshafen einsehbar. Ab dem Jahr 2001 stehen sie auch zum Download zur Verfügung auf folgender Internetseite:

<http://www.ludwigshafen.de/nachhaltig/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>
(Stand März, 2014)

Inhalt	Seite
Verwaltungsberichte	129
Statistische Monatsberichte	129
Statistische Vierteljahresberichte	130
Ludwigshafener Wirtschaftszahlen	130
Veröffentlichungen des Statistischen Amtes	131
Veröffentlichungen des Amtes für Wirtschaft und Statistik, Sonderhefte	132
Statistische Übersichten	132
Sonderuntersuchungen (vor 1945)	132
Wort und Zahl	133
Wort und Zahl, Sonderbeiträge	135
Statistisches Jahrbuch	139
Statistische Informationen	140
Statistische Berichte	141
Alle Veröffentlichungen nach Erscheinungsjahr, 1914 bis 1971	142
Informationen zur Stadtentwicklung	150
Statistischer Jahresbericht	150
Statistische Vierteljahresberichte	150
Stadtentwicklungsplanung Ludwigshafen Rhein	150
Informationen zur Stadtentwicklung, 1972 bis 2013	151
Dokumente außerhalb der Schriftenreihen (nach 1945)	163
Infos zur Stadtentwicklung	163
Stadtteilpass	163
Ludwigshafener Informationssystem LUSIS	193

Verwaltungsberichte

1914 bis 1974, Federführung und Redaktion Statistisches Amt

Vor 1914 gab das Bürgermeisteramt die Verwaltungsberichte heraus. In den Jahren 1938 bis 1949 erschienen keine Verwaltungsberichte. 1974 erschien der letzte Bericht, 1975 wurde die Reihe eingestellt.

Statistische Monatsberichte

Die „Statistischen Monatsberichte“ waren die erste reguläre Veröffentlichung des Statistischen Amtes. Nach zwei Jahren wurden sie des geringeren Aufwands wegen in „Statistische Vierteljahresberichte“ umgewandelt. 1931 wurden dann wieder Monatsberichte herausgegeben („Ludwigshafener Wirtschaftszahlen“), die ab 1935 in die Monatsreihe „Wort und Zahl“ umgewandelt wurden. 1965 wurde diese umbenannt in „Statistische Monatsberichte“, die nur drei Jahre später aus Kostengründen erneut in „Vierteljahresberichte“ zusammengefasst wurden. Mit dem 1. Januar 1968 endete also endgültig die monatliche Berichterstattung.

1919 Jahrgang 1, Nr. 1 Juni bis Nr. 7 Dez.

1920 Jahrgang 2, Nr.1 Jan. bis Nr. 6 Juni

Darin enthalten:

Übersicht des Bevölkerungsstandes nach den Volkszählungen

1900, 1905, 1917 und 1919, in: Nr. 5, Okt. 1919

Im Weltkrieg gefallene oder verstorbene Krieger aus Ludwigshafen, in: Nr. 4, April 1920 (Anlage)

1965 12 Ausgaben pro Jahr bis einschließlich 1967

1968 „Statistische Monatsberichte“ wurden am 1. Januar endgültig eingestellt und „Statistische Vierteljahresberichte“ wieder begonnen.

The image shows the cover of the 'Statistische Monatsberichte' for June 1919. The title is 'Statistische Monatsberichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein.' Below the title, it says 'Nr. 1. Veröffentlicht im Städtischen Statistischen Amt. Juni 1919.' The cover contains a table with columns for 'Wetterverhältnisse' (Weather conditions) and 'Bevölkerungsverhältnisse' (Population conditions). The table contains numerical data for various months and years, including temperature and population statistics. The table is divided into two main sections: '1. Naturverhältnisse' and '2. Rhein- und Grundwasserstand'. The first section includes data for temperature, wind, and precipitation. The second section includes data for the Rhine and groundwater levels.

Abbildung 86: Deckblatt Statistischer Monatsbericht Nr. 1, Juni 1919

Statistische Vierteljahresberichte

1920 Jahrgang 1, Nr. 1 Juli – Sept., Nr. 2 Okt. bis Dez.
bis Jahrgang 11, 1930, wegen Finanznot eingestellt.

Darin enthalten:

Die Ludwigshafener Indexziffer, in: Nr. 3, 1921; „Die Ludwigshafener Indexziffer“ erscheint einmal jahrllich in unterschiedlichen Heftnummern.

10 Jahre Statistisches Amt, in: Nr. 4, 1924

Ergebnis der Reichstagswahl am 14.9.1930 in Ludwigshafen a.Rh., 11. Jg.,
Beil. zu Nr. 3, 1930

Die Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen 1924 – 1930 (unterstützten Arbeitslose),
11. Jg., Beil. zu Nr. 4, 1930

1968 Ab April 1968 erschienen die Vierteljahresberichte dann neu, wurden
aber „Statistische Berichte“ getauft (siehe dort, S. 141)

Statistische Vierteljahresberichte
der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Juli-Sept. 1920.
Nr. 1. 1. Jahrgang.
Verlag: Statistisches Amt, Ludwigshafen a. Rh., im Auftr. des Stat. Amtes.

I. Naturverhältnisse.
1. Warterungsverhaltnisse.
99. u. 100. — 711. u. 712. — Stadt Ludwigshafen am Rhein.

Stadt-Hochwasser
Ludwigshafen a. Rh.
31. DEZ. 1920

2. Rheins- und Grundwasserstand (in Metern).

II. Stand und Bewegung der Bevölkerung.
1. Gefehtlungen: 468. (Zeit: Jahresbeginn 1924; gleiches Verhältnis bei Jahresbeginn 1920.)

LUDWIGSHAFENER WIRTSCHAFTSZAHLEN
MONATLICH ZUSAMMENGESTELLT VOM
AMT FÜR WIRTSCHAFT UND STATISTIK
DER STADT LUDWIGSHAFEN AM RHEIN

Nr. 1 Januar 1931

Lfd. Nr.	1931		1930
	Januar	Dezember	Januar
1	108 584	108 580	107 519
2	+0,1(+1,0)	+0,1(+1,0)	+0,1(+1,0)
3	113	154	158
4	72	93	82
5	+41	+61	+76
6	+4,5	+6,7	+8,5
7	393	404	542
8	370	360	560
9	+23	+44	-8
10	+64	+105	+68
11	58	91	58
12	9,7	8,4	8,9
13	558,6	381,2	504,4
14	-5,9(-28,9)	-	-
15	210,8	283,9	317,3
16	147,8	187,3	187,1
17	1157,0	1234,7	1367,6
18	37'323	39 828	44 116
19	3,1	3,3	3,3
20	62,7	65,7	65,5
21	1231	879	1484
22	1993	1780	2487
23	13 349,7	13 377,1	12 463,7
24	809,0	613,1	820,9
25	682,6	509,6	771,4
26	-27,3	-6,7	+174,1
27	388,8	480,1	432,6
28	935,1	947,7	947,7
29	2929,1	2923,9	3793,9
30	690,4	745,3	691,0
31	2 (2)	5(23)	4 (27)
32	3(11)	25(179)	4 (6)
33	3 (7)	1 (1)	4 (6)

Abbildung 87: Vierteljahresbericht

Abbildung 88: Wirtschaftszahlen

Ludwigshafener Wirtschaftszahlen

Die Vierteljahresberichte wurden wegen der Finanznot eingestellt, stattdessen kamen die Ludwigshafener Wirtschaftszahlen heraus. „Die zur Kennzeichnung der Entwicklung unserer Wirtschaft wichtigsten Zahlen sollen jedoch für die Verwaltung und die kommunalpolitisch Tätigen oder Interessierten im vorliegenden Bericht allmonatlich zusammengestellt und kurz besprochen werden.“ (Nr. 1 Jan. 1931)

Die Reihe erschien 1931 bis 1934 jeweils mit 12 Monatsausgaben pro Jahr und einigen Beilagen. Eine Ausgabe bestand lediglich aus einem beidseitigen bedruckten DIN A4 Blatt. Die Reihe wurde dann ab Januar 1935 von „Wort und Zahl“ abgelöst.

Darin enthaltene Beilagen:

- 1931 Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen a.Rh., 1921-1931, zu Nr. 6
- 1932 Die Reichspräsidentenwahl 1932 in pfälzischen Gemeinden, zu Nr. 3
 Die Reichspräsidentenwahl 1932 in Ludwigshafen a.Rh., zu Nr. 5, Beil. 1
 Die Wahl zum bayerischen Landtag am 24.4.1932, zu Nr. 5 Beil. 2
 Die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahl in den Stimmbezirken von Ludwigshafen am Rhein, zu Nr. 5, Beil. 3
 Die Reichstagswahl am 31.7.1932 in Ludwigshafen a. Rh., zu Nr. 7, Beil. 1
 Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen a.Rh., 1922-1932, zu Nr. 7, Beil. 2
- 1933 Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 6.11.1931 und 5.03.1932 im 27. Wahlkreis Pfalz, zu Nr. 2
 Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen a.Rh., 1923-1933, zu Nr. 6
 Ergebnisse der Reichstagswahl und Volksabstimmung am 12.11.1933 im 27. Wahlkreis Pfalz, zu Nr. 10
- 1934 Die Einwohnerzahl der Stadt Ludwigshafen, zu Nr. 4
 Bewegung der Preisindexziffern 1931-1934 für Ludwigshafen, das Deutsche Reich und den Großhandel, zu Nr. 6
 Ergebnis der Volksabstimmung am 19. August 1934 im 27. Stimmbezirk Pfalz, zu Nr. 7, Beil. 1
 Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen am Rhein 1925 bis 1934, zu Nr. 7, Beil. 2

Veröffentlichungen des statistischen Amtes

Jahr	Heft Nr.	Titel
1920	1	Eine Untersuchung über Preis- und Besitzentwicklung und hypothekarische Belastung des Grund und Bodens in Ludwigshafen, Bearb. Dr. Schwandner
1923	2	Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 4. Mai und 7. Dezember 1924 in der Pfalz unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse von Ludwigshafen a.Rh., Bearb. Dr. Stabel
1925	3	Die Ergebnisse der Wohnungszählung vom 10.05.1925, Bearb. Dr. Stabel
1928	4	Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 20. Mai 1928 und 7. Dezember 1928 in den Gemeinden der Pfalz, Bearb. Dr. Moll
1930	5	Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und 20. Mai 1928 in den Gemeinden der Pfalz, Bearb. Dr. Moll
1948	6	Die Stadtratswahl am 14.11.1948 in Ludwigshafen
1949	7	Die Wahl zum ersten Bundestag am 14.08.1949 in Ludwigshafen
1954	8	Wahlergebnisse nach Alter und Geschlecht, Sonderuntersuchungen aufgrund repräsentativer Grundlagen bei den Wahlen 1951 und 1953 in Ludwigshafen a.Rh.
1952	9	Die Wahlen zum Stadtrat und zum Bezirkstag Pfalz am 09.11.1952 in Ludwigshafen a. Rh.
1953	10	Die Wahl zum zweiten Bundestag am 06.09.1953 in Ludwigshafen a. Rh.
1954	11	Ludwigshafen und seine Berufspendler nach den Ergebnissen der Volkszählungen 1939 und 1950
1955	12	Die Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 15.05.1955 in Lu.
1956	13	Der Wohnungsbestand in Ludwigshafen vor und nach dem Kriege, 1939/1945, Ergebnisse einer Sonderauszählung

1956	14	Die Pfälzischen Volksbegehren zur Neugliederung der Bundesrepublik vom 9. – 22.04.1956 in der Stadt Ludwigshafen a.Rh.
1957	15	Die Wahlen zum Stadtrat und zum Bezirkstag Pfalz am 11.11.1956 in Ludwigshafen
1958	16	Die Wahl zum dritten Bundestag am 15.09.1957 in Ludwigshafen
1959	17	Die Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 19.04.1959 in Lu.
1961	18	Die Kommunalwahlen am 23.10.1960 in Ludwigshafen
1962	19	Die Wahl zum vierten Bundestag am 17.09.1961 in Ludwigshafen
1963	20	Die Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 31.03.1963
1963	21	Statistisches Jahrbuch für das Jahr 1963

Erläuterung: Die Hefte 9 und 10 sind offenbar später erschienen, als mit der Nummerierung geplant war.

Veröffentlichungen des Amtes für Wirtschaft und Statistik, Sonderhefte

1928	1	Die Ergebnisse des Volksbegehrens „Panzerkreuzerverbot“ (3. – 16. Oktober 1928) in Ludwigshafen a./Rh., November 1928
1928	2	Die Ergebnisse des Volksbegehrens „Panzerkreuzerverbot“ (3. – 16. Oktober 1928) in der Pfalz, November 1928
1930	3	Die Stadtratswahl am 8. Dezember 1929 in Ludwigshafen am Rhein, April 1930

Statistische Übersichten

Überliefert sind vier Ausgaben, die offenbar speziell für die Erstellung der Haushalte angefertigt wurden. Zwei Ausgaben trugen die Überschrift „Zahlenmaterial zum Voranschlag“ im „Auftrag des Oberbürgermeisters zusammengestellt“. Alle vier Ausgaben haben dieselben Tabellen als Inhalt. Es dürften eher interne Berichte gewesen sein.

1936	Februar, Zahlenmaterial zum Voranschlag 1936 der Stadt Ludwigshafen a. Rh.
1937	Februar, Zahlenmaterial zum Voranschlag 1937 der Stadt Ludwigshafen a. Rh.
1938	April, Statistische Übersichten, zusammengestellt i. A. des Oberbürgermeisters
1939	Juli, Statistische Übersichten, zusammengestellt i. A. des Oberbürgermeisters

Sonderuntersuchungen (bis 1945)

Hier werden Werke aufgelistet, die in keiner der sonst geführten Schriftenreihen enthalten sind, aber eindeutig dem Statistischen Amt zugeordnet werden konnten. Aufgrund fehlender Verzeichnisse der Werke des Statistischen Amtes ist hier eher von Zufallsfunden zu sprechen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben. Da diese Dokumente nicht Teil einer bestehenden Schriftenreihe waren und nicht dem üblichen Erscheinungsbild der Reihen entsprechen, ist davon auszugehen, dass sie in der Regel auch nicht veröffentlicht wurden, sondern vielmehr dem internen Gebrauch dienten oder nur für einen kleinen Empfängerkreis bestimmt waren.

1915	Die Bedeutung der statistischen Ämter für die Stadtverwaltungen, bearb. von Dr. Walter Klose, Jahreszahl geschätzt
1919	Die Volkszählung am 8. Oktober 1919 in Ludwigshafen a.Rh., bearbeitet vom Statistischen Amt, Dr. Ernst Hoffmann

- 1920 Die Indexziffer des Statistischen Amtes Ludwigshafen am Rhein. Laut Statistischer Vierteljahresberichte monatlich erschienen, leider sind keine Belegexemplare erhalten.
- 20er Jahre Untersuchung über die Verflechtung der Großstädte mit der deutschen Volkswirtschaft. Beitrag der Stadt Ludwigshafen am Rhein verfasst vom Statistischen Amt
- 1932 Krisenzahlen der Stadt Ludwigshafen am Rhein in Schaubildern. Bearbeitet im Auftrag des ersten Bürgermeisters vom Amt für Wirtschaft und Statistik
- 1933 Denkschrift über die Lage des Einzelhandels in Ludwigshafen am Rhein
- 1938 Verzeichnis der in Ludwigshafen wohnenden Juden, Judenmischlinge und mit Juden Verheirateten, Stand Anfang Januar 1938, aufgestellt vom Statistischen Amt
- 1939 Verzeichnis der in Ludwigshafen ansässigen Judenfamilien, Stand 1. Januar 1939, zusammengestellt vom Statistischen Amt, Januar 1939

Wort und Zahl

Statistischer Monatsbericht der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Hrsg. Statistisches Amt

1935 – 04/1938, 1946 – 1964; von 1939 bis 1945 erschienen keine;

1950, Reihe B, Band 50

1951, Reihe B, Band 51, Neue Folge 5. Jahrgang

1952, Reihe A, Band 52, Neue Folge 6. Jahrgang

bis

1964, Reihe A, Band 64, Neue Folge 18. Jahrgang

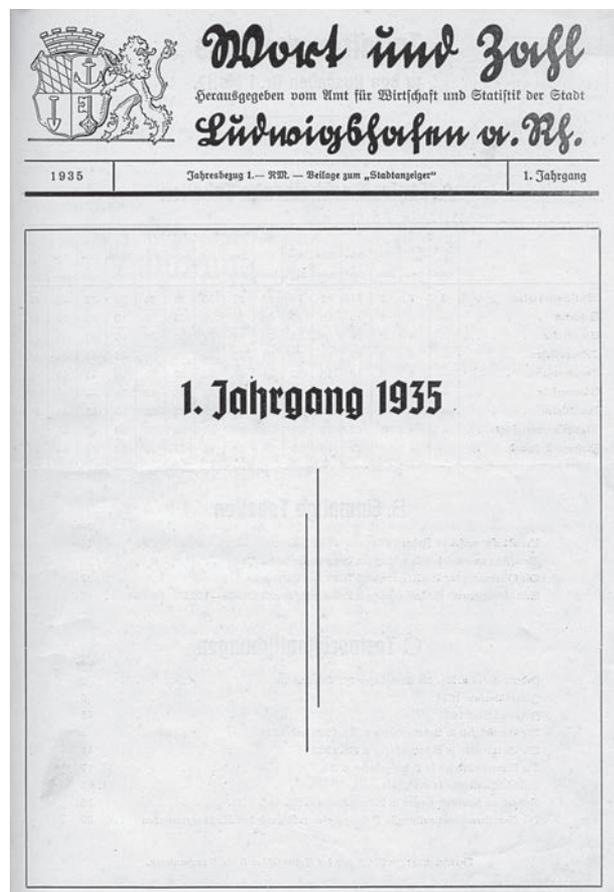


Abbildung 89: Wort und Zahl 1935

Diese Monatsberichte enthalten überwiegend Tabellen und Schaubilder zu folgenden regelmäßigen Themen:

- vor 1939: Wirtschaftszahlen, Geburten, Sterbefälle, Todesursachen, Fremdenverkehr, Güterverkehr, Bautätigkeit, Wohlfahrtsunterstützte, Fürsorge-Aufwand
ab 1950: Bevölkerung, Beschäftigung, Wirtschaft und Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Fürsorge und Soziales, Kultur, öffentliche Verwaltung und Sicherheit, Naturverhältnisse
1953-64: Bevölkerung, Gesundheit, Beschäftigung, Bau- und Wohnungswesen, Wirtschaft und Verkehr, Fürsorge

Es waren unregelmäßig Sonderbeiträge enthalten, die in Textform bestimmte Themen aufgriffen und unterschiedlich bezeichnet wurden:

- 1935 „Textveröffentlichungen“
1937 „einmalige Veröffentlichungen“
1947 „Sonderbeiträge“; sie wurden von 1 beginnend nummeriert, letzter Sonderbeitrag Nr. 132, erschien 1964. Es sind oft nur Tabellen, ohne Texterläuterungen.

Jahr Darin enthalten folgende „Textveröffentlichungen“ und „Sonderbeiträge“

- 1935 Ludwigshafen, der Rheinhafen des Saargebiets
Die Bautätigkeiten in Ludwigshafen in den Jahren 1933 und 1934
Grundbesitzwechsel im Jahre 1934
Die Erwerbstätigkeit in Ludwigshafen
Volksbücherwesen in der Pfalz
Berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in der Pfalz (Tabelle)
Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen
Die Bevölkerungsentwicklung in Ludwigshafen und den Nachbargemeinden
Die Bautätigkeiten im Jahr 1935
Die Gliederung der Bevölkerung nach Alter und Bekenntnis (Tabelle)
Die Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach der Religionszugehörigkeit bei der Volkszählung 1933
Schlachtung und Schlachtgewicht in Ludwigshafen von 1928 bis 1935 (Tabelle)
- 1936 Der Fremdenverkehr in Ludwigshafen in den Jahren 1928 bis 1935 (Tabelle)
Die Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen, in der Pfalz, in Bayern und im Deutschen Reich in den Jahren 1929 bis 1953 (Tabelle)
Ergebnisse der Reichstagswahl am 29.03.1936 in Ludwigshafen (Tabelle)
Öffentliche Volksschulen in Ludwigshafen
Die Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach der Religionszugehörigkeit bei der Volkszählung 1933 (Tabelle)
Die gewerbliche Niederlassung und ihr Personal in Ludwigshafen, Oggersheim und Oppau nach der Betriebszählung 1933 (Tabelle)
Die soziale und wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung des Wirtschaftsgebietes nach der Berufszählung 1933 (Tabelle)
Die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung der Städte Ludwigshafen, Oggersheim und Oppau nach der Berufszählung 1933 (Tabelle)
Die Bautätigkeit im Jahr 1936
- 1937 Die Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen 1925 und 1933 nach Alter, Geschlecht und Familienstand (Volkszählung)
Die erwerbstätige Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach Familienstand und Geschlecht (Berufszählung 16.06.1933)

- Die Erwerbstätige Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach Alter
(Berufszählung 16.06.1933)
Garagenbetriebe und Garagenmiete in Ludwigshafen im Dezember 1936
Kinderzahl der zusammenlebenden Ehepaare in Ludwigshafen nach sozialer Stellung
und Ehedauer des Haushaltsvorstandes (Volkszählung vom 16.06.1933)
Die Juden in Ludwigshafen (Volkszählung vom 16.06.1933)
Die Einkommensverhältnisse in Ludwigshafen in den Jahren 1932 & 1934
Die Erwerbstätige Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach dem Alter
Bestand an Kfz in Ludwigshafen in den Jahren 1921 mit 1937
Familien und Kinderzahl in Ludwigshafen (Volkszählung 16.06.1933)
- 1938 Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen im Dezember 1936
Der Hafenverkehr in Ludwigshafen in den Jahren 1900 mit 1937
Das Schulwesen in Ludwigshafen in den Jahren 1936 mit 1938
Volksabstimmung und Reichstagswahl am 10.04.1938 in Ludwigshafen
Groß-Ludwigshafen: Fläche, Einwohnerzahl, Bevölkerungsdichte
Haushaltungen und wirtschaftliche Verteilung der Erwerbstätigen
Grundbesitzwechsel der Stadt Ludwigshafen in den Jahren 1910 mit 1937
Stadtgebiet und Bevölkerung am 16.06.1933 und 01.01.1938
Grundbesitzwechsel der Stadt Ludwigshafen in den Jahren 1930 mit 1937
Die Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen in den Jahren 1936 und 1937
Die Entwicklung des Fürsorgeaufwandes in Ludwigshafen in den Jahren
1933 mit 1938
Die Bautätigkeit in Ludwigshafen in den Jahren 1913 und 1924 mit 1937
Der Wohnungsbau und Wohnungsbestand in Ludwigshafen in den Jahren
1932 mit 1937
Hauptzahlen über die Bevölkerungsbewegung in Ludwigshafen in den Jahren 1913
und 1919 mit 1938
Der Wohnungsbau im Jahre 1937
- 1946 Ergebnis der Gemeinderatswahlen vom 15. September 1946 in Ludwigshafen a.Rh.,
Stadt und Land, Sonderausgabe Nr. 1
Ergebnisse der Wahl zur Kreisversammlung am 13. Oktober 1946 in Ludwigshafen
am Rhein, Stadt und Land, Sonderausgabe Nr. 2

Sonderbeiträge in Wort und Zahl

- 1947 Nr.1: Die Ergebnisse der Landtagswahl und Volksabstimmungen am 18.05.1947 in
Ludwigshafen
Nr.2: Die Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen seit den Jahren 1785
Nr.3: Die Bevölkerung in Deutschland 1946
Nr.5: Die Bevölkerung in Ludwigshafen vor und nach den Krieg
Nr.4: Statistik der Zuteilung von Bedarfsgütern
Nr.6: Die Bevölkerung im Landkreis Ludwigshafen
Nr.7: Die Bevölkerung im Lande Rheinland-Pfalz
Nr.8: Die Bevölkerung der Pfalz 1946
Nr.9: Kriegsgefangene und Vermisste
Nr.10: Ergebnisse der Landtagswahl und Volksabstimmungen in Rheinland-Pfalz am
18.05.1947
Nr.11: Die ersten Landtagswahlen in Deutschland 1946/47

- 1948 Nr.12: Die Bevölkerung nach dem Namens-Alphabet
Nr.13: Völker im Kriege
Nr.14: Ernährung für Kranke
Nr.15: Kriegsverletzte Personen in Ludwigshafen
Nr.16: Der Geldumtausch am 20.06.1948
Nr.17: Hauptergebnisse der Stadtratswahl am 14.11.1948 in Ludwigshafen
Nr.18: Die Viehhaltungen in der Stadt Ludwigshafen in den letzten 10 Jahren
- 1949 Nr.19: Endgültige Ergebnisse der Volkszählung 1946
Nr.20: Endgültige Zahlen zum Explosionsunglück am 28.07.1948
Nr.21: Die Sommerzeit in Deutschland
Nr.22: Gemeindeschulden bei der Geldreform
Nr.23: Die Wohnbevölkerung der Stadt Ludwigshafen am 29.10.1946 nach der Staatsangehörigkeit und nationaler Abstammung
Nr.24: Ludwigshafen als "Stadt der Arbeit". Erste Ergebnisse der Berufszählung
Nr.25: Flüchtlinge in Ludwigshafen
Nr.26: Hauptergebnisse der Bundestagswahl am 14.08.1949 in Ludwigshafen
Nr.27: Die Landwirtschaftskammerwahl am 25.09.1949 in Ludwigshafen
- 1950 Nr.28: Der Wohnungsbau-Überhang 1949/1950
Nr.29: Kriegsgefangene und Vermisste
Nr.30: Erste Ergebnisse der Volkszählung 1950
Nr.31: Abstimmung über die Art der Volksschulen in Ludwigshafen
Nr.32: Viehzählung in Ludwigshafen 1938/50
- 1951 Nr.33: Einwohnerzahl der Pfarreien (Volkszählungsergebnis 13.09.1950
Nr.34: Hauptergebnisse der Wahlen zum Landtag und zum Bezirkstag der Pfalz am 29.04.1951 in Ludwigshafen a.Rh.
Nr.35: Wahlergebnis nach dem Alter
Nr.36: Die Altersgliederung der Arbeitnehmer
Nr.37 : Rundfunkempfänger in der Stadt Ludwigshafen
Nr.38: Heimatvertriebene und Ausländer in Ludwigshafen a.Rh.
Nr.39: Leibesübungen in Ludwigshafen
Nr.40: Ergebnisse der Obstbaumzählung von 1951
- 1952 Nr.41: Ergebnisse der Viehzählungen 1938 und 1948/51
Nr.42: Ergebnisse der Volkzählung am 13.09.1950,
Teil 1: Bevölkerungsentwicklung 1939/50
Nr.43: Ergebnisse der Volkzählung am 13.09.1950,
Teil 2: Die Bevölkerung in den prot. und kath. Pfarreien
Nr.44: Ergebnisse der Volkzählung am 13.09.1950,
Teil 3: Die Bevölkerung in den Stadtteilen 1950 und 1939
Nr.45: Ergebnisse der Volkzählung am 13.09.1950, Teil 4: Die Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach Altersgruppen 1950 und 1939
Nr.46: Ergebnisse der Volkzählung am 13.09.1950, Teil 5: Die Haushaltungen nach Art und Größe 1950 und 1939
Nr.47: Hauptzahlen über die Wahlen 1951 und 1948 in der Stadt Ludwigshafen und ihren Stadtteilen
Nr.48: Wahlstatistik 1952
Nr.49: Ergebnisse der Viehzählung nach Stadtteilen

- Nr.50: Bevölkerung und Wohnungen nach Stadtteilen 1952, Ergebnisse der Volkszählung vom 19.09.1950
- 1953 Nr.51: Ergebnisse der Industrierichterstattung für Ludwigshafen 1951/52
Nr.52: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1952
Nr.53: Vergleichszahlen im Hinblick auf die Wahl zum 2. Bundestag am 6.09.1953
Nr.54: Ergebnisse der Bundestagswahl am 06.09.1952 in den Stimmbezirken der Stadt Ludwigshafen
Nr.55: Hauptergebnisse der Viehzählung am 2. Dezember 1953 in den Stadtteilen
- 1954 Nr.55: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1953 (Nummerierung doppelt)
- 1955 Nr.56: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1954
Nr.57: Stand und Veränderungen der Einwohnerzahlen in den Stadtteilen 1939/1954
Nr.58: Vergleichszahlen zur bevorstehenden Landtagswahl am 15.05.1955
Nr.59: Ergebnisse der Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 15.05.1955 in der Stadt Ludwigshafen
Nr.60: Bevölkerungsbewegung im ersten Halbjahr 1955
Nr.61: Einige Zahlen zur Bautätigkeit in Rheinland-Pfalz im Jahre 1954
Nr.62: Klassen und Schüler der Pflichtberufsschulen 1951/55
Nr.63: Hauptergebnisse der Viehzählung am 2.12.1955 in den Stadtteilen
- 1956 Nr.64: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1955
Nr.65: Bauüberhang 1955
Nr.66: Hauptergebnisse der Volksbegehren „ Neugliederung des Bundesgebiets“
Nr.67: Wahl zum Stadtrat am 11.11.1956
- 1957 Nr.68: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1956
Nr.69: Bauüberhang 1956
Nr.70: Vergleichszahlen zur bevorstehenden Wahl zum Bundestag am 15.09.1957
Nr.71: Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956
Nr.72: Ergebnisse der Bundestagswahl am 15.09.1957
Nr.73: Wahlergebnisse in den Wahlbezirken.
Nr.74: Wahlergebnisse im Wahlkreis 158 Ludwigshafen
Nr.75: Ludwigshafen und seine Berufspendler
Nr.76: Viehhaltung in Ludwigshafen
- 1958 Nr.77: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1957
Nr.78: Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956 (Nr:2) Wohnungen, Räume, Haushaltungen und Einwohner
Nr.79: Bauüberhang Anfang 1958
Nr.80: Zahlen zur Haushaltsrede 1958
Nr.81: Ergebnisse zur Bundeswohnungszählung 1956 (Nr:3), Wohnungen und Wohnräume in den Stadtteilen
Nr.82: Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956 (Nr:4), Haushaltungen nach der Größe in den Stadtteilen
Nr.83: Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956 (Nr:5), Mieten für normale Mietwohnungen
Nr.84: Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956 (Nr.6), Wohnungsinhaber und Untermieter nach der Haushaltsgröße

- 1959 Nr.85: Der Bauüberhang Anfang 1959
Nr.86: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1958
Nr.87: Der Straßenverkehr auf den Ausfallstraßen der Stadt Ludwigshafen im Sommer 1958
Nr.88: Ergebnisse der Landtagswahl am 19.04.1959 in den Stimmbezirken und Stadtteilen der Stadt Ludwigshafen
- 1960 Nr.89: Viehhaltung 1959
Nr.90: Zahlen zur Haushaltsrede 1960
Nr.91: Kraftfahrzeuge 1924 bis 1959
Nr.92: Bauüberhang Anfang 1960
Nr.93: Ergebnisse der Stadtratswahl 1960 in den Stimmbezirken
Nr.94: Ergebnisse der Stadtratswahl 1960 in den Stadtteilen
Nr.95: Ergebnisse der Wahl zum Bezirkstag 1960 in den Stadtteilen
Nr.96: Der Bauüberhang Anfang 1961
- 1961 Nr.97: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1958/1960
Nr.98: Zahlen zur Haushaltsrede 1961
Nr.99: Ergebnisse der Industrierichtserstattung von 1955/1960
Nr.100: Wahl zum Bundestag; Ergebnisse nach Stadtteilen
Nr.101: Wahl zum Bundestag; Verteilung der Zweitstimmen in den allgemeinen Briefwahl-Bezirken
Nr.102: Wahl zum Bundestag; Verteilung der Zweitstimmen in den allgemeinen Wahlbezirken
Nr.103: Wahl zum Bundestag ; von den Männern und Frauen persönlich und schriftlich abgegebene Stimmen für die Wahlkreisbewerber und Landeslisten
Nr.104: Die Viehhaltung 1961
- 1962 Nr.105: Zahlen über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Ludwigshafen 1957/1961
Nr.106: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1960/1961
Nr.107: Bauüberhang Anfang 1962
Nr.108: Erste Ergebnisse der Volkszählung 1961
Nr.109: Entwicklung der Bevölkerungszahlen 1785/1961 nach Gebieten und Gemeinden
Nr.110: Bevölkerungsvorgänge in den Stadtteilen 1962
Nr.111: Erläuterung zu den in statistischen Monatsbericht „ Wort und Zahl“ enthaltenen Angaben
- 1963 Nr.112: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1960/1962
Nr.113: Bauüberhang Ende 1962
Nr.114: Besuch der Lichtspieltheater 1950/1962
Nr.115: Preisindex für die Lebenshaltung 1938/1962
Nr.116: Bevölkerung nach der Religion
Nr.117: Bevölkerung und Privathaushalte 1939 bis 1961
Nr.118: Fläche und Bevölkerungsdichte der Stadtteile 1962
Nr.119: Haushalte nach den Volkszählungen 1939/1961
Nr.120: Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 1961
Nr.121: Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung 1910/1961
Nr.122: Ergebnisse der Gebäudezählungen 1950/1961
Nr.123: Ergebnisse der Viehzählung 1963

- 1964 Nr.124: Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1961/1963
 Nr.125: Bauüberhang Ende 1963
 Nr.126: Erwerbspersonen bei der Volkszählung am 06.06 1961
 Nr.127: Wohnbevölkerung nach Altersgruppen bei der Volkszählung am 06.06.1961
 Nr.128: Berufs-Aus- und Einpendler von Ludwigshafen im Vergleich mit ausgewählten Verwaltungsbezirken 1950 und 1961
 Nr.129: Wohnbevölkerung in Ludwigshafen nach der Beteiligung am Erwerbsleben und den überwiegenden Unterhaltsquellen am 06.06.1961
 Nr.130: Ein und Auspendler in Ludwigshafen
 Nr.131: Unterrichtswesen in Ludwigshafen am 15.05.1964
 Nr.132: Der Umsatz und seine Besteuerung im Jahre 1962

Statistisches Jahrbuch

- 1963 Statistisches Jahrbuch. Erstmals erschienen als Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Reihe B, Heft 21, zugleich 1. Ausgabe 1963
 1964 Ludwigshafener Jahrbuch. Erstmals Verwaltungsbericht und Statistisches Jahrbuch zusammengefasst, hrsg. vom Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen
 1965 Ludwigshafener Jahrbuch
 1966 Ludwigshafener Jahrbuch
 1967 Statistisches Jahrbuch. Erneute Trennung in Ludwigshafener Jahrbuch, das aus „Ersparnisgründen [...] nur in mehrjährigem Abstand erscheinen“ sollte, und in Statistisches Jahrbuch, das jährlich erscheinen sollte.
 1968 Statistisches Jahrbuch
 1973 Statistisches Jahrbuch
 1992 Statistisches Jahrbuch

Ein Ludwigshafener Jahrbuch erschien nie mehr, Verwaltungsberichte gab es noch bis 1974.

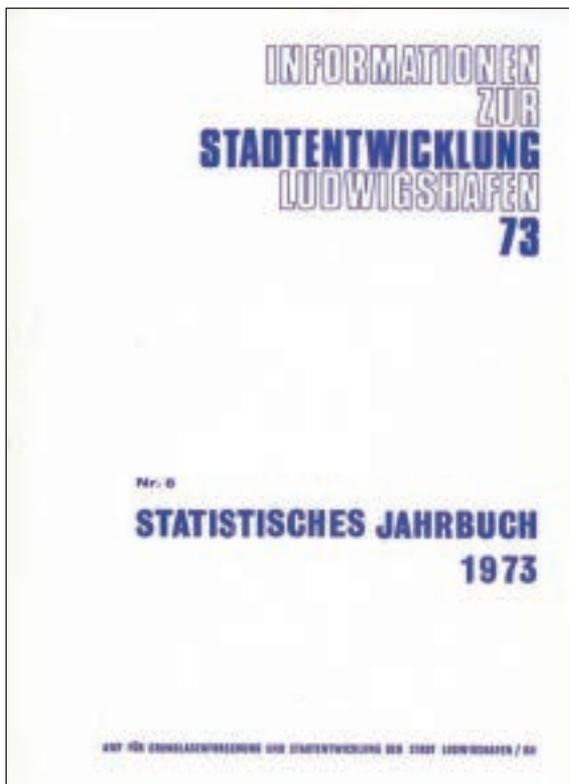


Abbildung 90: Jahrbuch 1973



Abbildung 91: Letzter Verwaltungsbericht 1974

Statistische Informationen

- 1964 Nr. 1 Gebäude und Wohnungen und Bewohner in Ludwigshafen a. Rh. nach den Ergebnissen der Gebäudezählung 1961
- Nr. 2 Der Realschulbedarf in Ludwigshafen.
- Nr. 3 Die Krebssterblichkeit in Ludwigshafen.
- Nr. 4 Der Wohnungsbau in Ludwigshafen seit 1961.
- Nr. 5 Die Industrie in Ludwigshafen.
- Nr. 6 Die Kommunalwahlen 1964 in Ludwigshafen.
- Nr. 7 Arbeitsstätten und Beschäftigte in Ludwigshafen nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1961.
- Nr. 8 Die Pendelwanderung in Ludwigshafen nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961.

- 1965 Nr. 1 Das Stadtgebiet Ludwigshafen.
- Nr. 2 Die Bevölkerungsentwicklung Ludwigshafens seit 1950.
- Nr. 3 Die Entwicklung des Güterumschlags und des Schiffsverkehrs im Ludwigshafener Rheinhafen.
- Nr. 4 Das Sozialprodukt Ludwigshafens.
- Nr. 5 Ludwigshafen – Mannheim – Heidelberg. Eine vergleichende Betrachtung der drei Großstädte des Rhein-Neckar-Gebiets.
- Nr. 6 Die Struktur des neuen Bundestagswahlkreises Ludwigshafen a. Rh. – Ein Vorbericht zur Bundestagswahl 1965
- Nr. 7 Die Bevölkerungsentwicklung in den Stadtteilen Ludwigshafens.
- Nr. 8 Der Ausbildungsstand der Bevölkerung Ludwigshafens.
- Nr. 9 Die allgemeinbildenden Schulen und die Entwicklung der Schülerzahl in Ludwigshafen.
- Nr. 10 Die gerichtlichen Ehelösungen in Ludwigshafen.
- Nr. 11 Der Kraftfahrzeugbestand in Ludwigshafen.
- Nr. 12 Das Handwerk in Ludwigshafen.
- Nr. 13 Die Berufsschulen in Ludwigshafen.
- Nr. 14 Ludwigshafen im Netz des öffentlichen Verkehrs.
- Nr. 15 Die Bundestagswahl 1965 in Ludwigshafen.



Abbildung 92: Statistische Informationen



Abbildung 93: Nr.3 1966, Schulwesen

- 1966 Nr. 1 Wachstums- und Struktur Tendenzen der Industrie in Ludwigshafen.
 Nr. 2 Die Entwicklung der Industrie im Rhein-Neckar-Raum.
 Nr. 3 Struktur- und Entwicklungsprobleme des allgemeinbildenden Schulwesens in Ludwigshafen am Rhein. Ein Beitrag zur regionalen Bildungsplanung.
 Nr. 4 Wirtschaftswachstum, Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur im Rhein-Neckar-Raum in den Jahren 1957 bis 1964.
- 1967 Nr. 1 Der Wohnungsbau in Ludwigshafen am Rhein in den Jahren 1950 bis 1966.
 Nr. 2 Die allgemeinbildenden Schulen in Ludwigshafen am Rhein im Kurzschuljahr 1966/67.
 Nr. 3 Das Wahlverhalten der Ludwigshafener Bevölkerung bei der Landtagswahl am 23. April 1967.
 Nr. 4 Entwicklung und Struktur des Güterfernverkehrs im Raum Ludwigshafen am Rhein.
 Nr. 5 Die Bevölkerungsentwicklung im Raume Ludwigshafen am Rhein in den Jahren 1871 bis 1986.
- 1968 Nr. 1 Die allgemeinbildenden Schulen in Ludwigshafen am Rhein im Schuljahr 1967/68.
 Nr. 2 Situation- und Entwicklungschancen des Ludwigshafener Einzelhandels.
- 1969 Nr. 1 Der Wohnungsbedarf in Ludwigshafen am Rhein bis 1980.
 Nr. 2 Die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in den Stadtteilen 1961 bis 1975.
 Nr. 3 Ergebnisse der Bundestagswahl am 28. September 1969. Jg. 1969, Nr.3
 Nr. 4 Ergebnisse der Kommunalwahlen am 8. Juni 1969. (eigentlich 4)
- 1971 Nr. 1 Das Ergebnis der Landtagswahl am 21. März 1971 in Ludwigshafen am Rhein.
 Nr. 2 Bericht über die Lage der Gastarbeiter in Ludwigshafen am Rhein.
 o. Nr. Entwurf eines Schulentwicklungsplans für die Stadt Ludwigshafen am Rhein, bearb. durch das Amt für Grundlagenforschung und Stadtentwicklung und das Schulverwaltungsamt. September 1971

Die „Statistischen Informationen“ wurden 1972 mit Beginn der neuen Reihe „Informationen zur Stadtentwicklung“ eingestellt.

Statistische Berichte

- 1968 1. Jahrgang bis 1971
 Die Inhalte orientierten sich am Aufbau der „Vierteljahresberichte“. Es erschienen vier Ausgaben pro Jahr, dreimal „Vierteljahresberichte“ und am Ende eines Jahres ein „Jahresbericht“ und ein Sonderthema.
- 1968 Struktur und Entwicklung des Beherbergungsgewerbes in Ludwigshafen am Rhein, Jg. 1968, Nr.2 Die Entwicklung Ludwigshafens im Jahre 1968, Jg. 1968, Nr.5

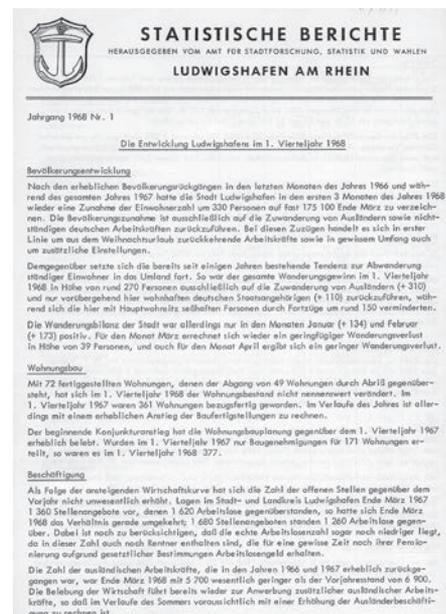


Abbildung 94: Statistische Berichte

- 1969 Die Entwicklung Ludwigshafens im Jahre 1969, Jg. 1969, Nr.4
- 1970 Die Entwicklung Ludwigshafens im Jahre 1970, Jg. 1970, Nr.4
- 1971 Die Entwicklung Ludwigshafens im Jahre 1971, Jg. 1971, Nr.3

Die „Statistischen Berichte“ wurden 1972 mit Beginn der neuen Reihe „Informationen zur Stadtentwicklung“ eingestellt.

Alle Veröffentlichungen nach Erscheinungsjahr 1914 – 1971

Aufgelistet werden nur Publikationen, die ein bestimmtes Thema behandeln. Regelmäßige Veröffentlichungen oder Schriftenreihen, die aus gleichbleibenden Tabellen oder Übersichten nur mit veränderten Zahlen bestehen (wie zum Beispiel die Statistischen Vierteljahresberichte) sind unter den Bezeichnungen der jeweiligen Reihen in den vorangegangenen Abschnitten aufgeführt.

- 1919 Übersicht des Bevölkerungsstandes nach den Volkszählungen
1900, 1905, 1917 und 1919 (1919/10)
- 1920 Eine Untersuchung über Preis- und Besitzentwicklung und hypothekarische Belastung des Grund und Bodens in Ludwigshafen, Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 1
- 1920/4 Im Weltkrieg gefallene oder verstorbene Krieger aus Ludwigshafen
- 1921/3 Ludwigshafener Preisindexziffer, Aufschlüsselung der „Bedürfnisgruppen“ der Lebenshaltungskosten 1914 und 1920/21
- 1924/4 10 Jahre Statistisches Amt
- 1925 Die Ergebnisse der Wohnungszählung vom 10.03.1925, Heft 3
- 1925/3 Die Ergebnisse der Wohnungszählung vom 10.03.1925
- 1930/4 Die Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen von 1924 bis 1930

- 1934 Die Einwohnerzahl der Stadt Ludwigshafen, in: Wort und Zahl (WuZ),
Beilage zu 1934/4
Bewegung der Preisindexziffern 1931-1934 für Ludwigshafen, das Deutsche Reich
und den Großhandel in: WuZ, Beilage zu 1934/6
- 1935 Ludwigshafen, der Rheinhafen des Saargebiets, in: WuZ
Die Bautätigkeiten in Ludwigshafen in den Jahren 1933 und 1934, in: WuZ
Grundbesitzwechsel im Jahre 1934, (Tabelle) in: WuZ
Die Erwerbstätigkeit in Ludwigshafen, in: WuZ
Volksbücherwesen in der Pfalz, in: WuZ
Berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in der Pfalz, (Tabelle) in: WuZ
Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen, in: WuZ
Die Bevölkerungsentwicklung in Ludwigshafen und den Nachbargemeinden, in: WuZ
Die Bautätigkeiten im Jahr 1935, in: WuZ
Die Gliederung der Bevölkerung nach Alter und Bekenntnis, (Tabelle) in: WuZ
Die Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach der Religionszugehörigkeit bei der
Volkszählung 1933, in: WuZ
Schlachtung und Schlachtgewicht in Ludwigshafen 1928 - 1935, in: WuZ
- 1936 Der Fremdenverkehr in Ludwigshafen in den Jahren 1928 bis 1935, (Tabelle) in: WuZ
Die Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen in den Jahren 1929 bis 1935, (Tabelle) in: WuZ
Die Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen, in der Pfalz, in Bayern und im Deutschen Reich
in den Jahren 1929 bis 1953, (Tabelle) in: WuZ

- Ergebnis der Reichstagswahl am 29.03.1936 in Ludwigshafen, (Tabelle) in: WuZ
 Öffentliche Volksschulen in Ludwigshafen, (Tabelle) in: WuZ
 Die Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach der Religionszugehörigkeit bei der
 Volkszählung 1933 (Tabelle), in: WuZ
 Die gewerbliche Niederlassung und ihr Personal in Ludwigshafen, Oggersheim und
 Oppau nach der Betriebszählung 1933, (Tabelle) in: WuZ
 Die soziale und wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung des Wirtschaftsgebietes
 nach der Berufszählung 1933, (Tabelle) in: WuZ
 Die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung der Städte Ludwigshafen, Oggersheim und
 Oppau nach der Berufszählung 1933, (Tabelle) in: WuZ
 Die Bautätigkeit in Ludwigshafen am Rhein im Jahre 1936, in: WuZ
 Jahresrückblick 1936, in: WuZ
- 1937 Die Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen 1933 und 1925 nach Alter, Geschlecht und
 Familienstand (Volkszählungsergebnisse) , in: WuZ
 Die erwerbstätige Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach Familienstand und
 Geschlecht (Volkszählung 16.06.1933) , in: WuZ
 Die erwerbstätige Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen nach dem Alter,
 (Berufszählung 16.6.1933), in: WuZ
 Garagenbetriebe und Garagenmiete in Ludwigshafen Dezember 1936, in: WuZ
 Kinderzahl der zusammenlebenden Ehepaare in Ludwigshafen nach sozialer Stellung
 und Ehedauer des Haushaltsvorstandes (Volkszählung 16.06.1933) , in: WuZ
 Die Juden in Ludwigshafen (Volkszählung vom 16.06.1933), in: WuZ
 Die Einkommensverhältnisse in Ludwigshafen in den Jahren 1932 und 1934, in: WuZ
 Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen in den Jahren 1921 mit 1937,in: WuZ
 Familien und Kinderzahl in Ludwigshafen a.Rh. (Volkszählung 16.6.1933)
 Ludwigshafen a.Rh. im Jahre 1937, in: WuZ
- 1938 Groß-Ludwigshafen am Rhein: Fläche, Einwohnerzahl, Bevölkerungsdichte,
 Haushaltungen und wirtschaftliche Verteilung der Erwerbstätigen, in: WuZ
 Der Wohnungsbau in Ludwigshafen am Rhein im Jahre 1937, in: WuZ
 Die Bautätigkeit in Ludwigshafen in den Jahren 1913 und 1924 mit 1937, in: WuZ
 Volksabstimmung und Reichstagswahl am 10.04.1938 in Ludwigshafen, in: WuZ
 Die Entwicklung des Fürsorgeaufwandes in Ludwigshafen in den Jahren
 1933 mit 1938, in: WuZ
 Stadtgebiet und Bevölkerung am 16.06.1933 und 01.01.1938, in: WuZ
 Die Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen in den Jahren 1936 und 1937, in: WuZ
 Der Wohnungsbau und Wohnungsbestand in Ludwigshafen in den Jahren
 1932 mit 1937, in: WuZ
 Wechsel im Grundbesitz der Stadt Ludwigshafen in den Jahren 1910 mit 1937, in: WuZ
 Der Hafenverkehr in Ludwigshafen in den Jahren 1900 mit 1937, in: WuZ
 Bestand an Kraftfahrzeugen in Ludwigshafen in den Jahren 1921 mit 1937, in: WuZ
 Grundbesitzwechsel der Stadt Ludwigshafen in den Jahren 1930 mit 1937, in: WuZ
 Das Schulwesen in Ludwigshafen in den Jahren 1936 mit 1938, in: WuZ
 Hauptzahlen über die Bevölkerungsbewegung in Ludwigshafen in den Jahren
 1913 und 1919 mit 1938, in: WuZ
 Statistischer Rückblick auf das Jahr 1938, in: WuZ
- 1946 Ergebnis der Gemeinderatswahlen vom 15. September 1946 in Ludwigshafen a.Rh.,
 Stadt und Land, WuZ , Sonderausgabe Nr. 1
 Ergebnisse der Wahl zur Kreisversammlung am 13. Oktober 1946 in Ludwigshafen am
 Rhein, Stadt und Land, WuZ, Sonderausgabe Nr. 2
- 1947 Die Ergebnisse der Landtagswahl und Volksabstimmungen am 18.05.1947 in
 Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 1

- Die Bevölkerung der Stadt Ludwigshafen seit den Jahren 1785, in: WuZ, Sb. Nr. 2
 Die Bevölkerung in Deutschland 1946, in: WuZ, Sb. Nr. 3
 Die Bevölkerung in Ludwigshafen vor und nach den Krieg, in: WuZ, Sb. Nr. 4
 Statistik der Zuteilung von Bedarfsgütern, in: WuZ, Sb. Nr. 5
 Die Bevölkerung im Landkreis Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 6
 Die Bevölkerung im Lande Rheinland-Pfalz, in: WuZ, Sb. Nr.7
 Die Bevölkerung der Pfalz 1946, in: WuZ, Sb. Nr. 8
 Kriegsgefangene und Vermisste, in: WuZ, Sb. Nr. 9
 Ergebnisse der Landtagswahl und Volksabstimmungen in Rheinland-Pfalz
 am 18.05.1947, in: WuZ, Sb. Nr. 10
 Die ersten Landtagswahlen in Deutschland 1946/47, in: WuZ, Sb. Nr. 11
 1948 Die Bevölkerung nach dem Namens-Alphabet, in: WuZ, Sb. Nr. 12
 Völker im Kriege, in: WuZ, Sb. Nr. 13
 Ernährung für Kranke, in: WuZ, Sb. Nr. 14
 Kriegsverletzte Personen in Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 15
 Der Geldumtausch am 20.06.1948, in: WuZ, Sb. Nr. 16
 Die Hauptergebnisse der Stadtratswahl am 14.11.1948 in Ludwigshafen,
 in: WuZ, Sb. Nr. 17
 Die Viehhaltung in der Stadt Ludwigshafen in den letzten 10 Jahren,
 in: WuZ, Sb. Nr. 18
 Die Stadtratswahl am 14.11.1948 in Ludwigshafen, Veröffentlichungen des
 Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 6
 1949 Endgültige Ergebnisse der Volkszählung 1946, in: WuZ, Sb. Nr. 19
 Endgültige Zahlen zum Explosionsunglück am 28.07.1948, in: WuZ, Sb. Nr. 20
 Die Sommerzeit in Deutschland, in: WuZ, Sb. Nr. 21
 Gemeindeschulden bei der Geldreform, in: WuZ, Sb. Nr. 22
 Die Wohnbevölkerung der Stadt Ludwigshafen am 29.10.1946 nach der
 Staatsangehörigkeit und nationaler Abstammung, in: WuZ, Sb. Nr. 23
 Ludwigshafen als "Stadt der Arbeit". Erste Ergebnisse der Berufszählung,
 in: WuZ, Sb. Nr. 24
 Flüchtlinge in Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 25
 Hauptergebnisse der Bundestagswahl am 14.08.1949 in Ludwigshafen,
 in: WuZ, Sb. Nr. 26
 Die Landwirtschaftskammerwahl am 25.09.1949 in Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 27
 1950 Der Wohnungsbau-Überhang 1949/1950, in: WuZ, Sb. Nr. 28
 Kriegsgefangene und Vermisste , in: WuZ, Sb. Nr. 29
 Endergebnisse der Volkszählung 1950, in: WuZ, Sb. Nr. 30
 Abstimmung über die Art der Volksschulen in Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 31
 Viehzählung in Ludwigshafen 1938/50, in: WuZ, Sb. Nr. 32
 Einwohnerzahl der Pfarreien, in: WuZ, Sb. Nr. 33
 Hauptergebnisse der Wahlen zum Landtag und zum Bezirkstag der Pfalz
 am 29.04.1951,in: WuZ, Sb. Nr. 34
 Wahlergebnis nach dem Alter, in: WuZ, Sb. Nr. 35
 Altersgliederung der Arbeitnehmer, in: WuZ, Sb. Nr. 36
 Rundfunkempfänger in Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 37
 Heimatvertriebene und Ausländer in Ludwigshafen (01.07.1951) Altersgliederung der
 Arbeitnehmer, in: WuZ, Sb. Nr. 38
 1951 Leibesübungen in Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 39
 Ergebnisse der Obstbaumzählung von 1951, in: WuZ, Sb. Nr. 40
 1952 Ergebnisse der Viehzählung 1938 und 1948/51, in: WuZ, Sb. Nr. 41
 Bevölkerungsentwicklung 1939/50, in: WuZ, , Sb. Nr. 42

- Bevölkerung in den prot. und kath. Pfarreien, in: WuZ, Sb. Nr. 43
 Bevölkerung in den Stadtteilen 1939 und 1950, in: WuZ, Sb. Nr. 44
 Bevölkerung nach Altersgruppen 1939 und 1950, Bevölkerung nach Familienstand, Geschlecht und dem Wohnsitz, in: WuZ, Sb. Nr. 45
 Haushaltungen 1939 und 1950 (Männer & Frauenhaushaltungen, Privat-Haushaltungen in den Stadtteilen), in: WuZ, Sb. Nr. 46
 Hauptzahlen über die Wahlen 1951 und 1948, in: WuZ, Sb. Nr. 47
 Wahlstatistik 1952, in: WuZ, Sb. Nr. 48
 Ergebnisse der Viehzählung nach Stadtteilen, in: WuZ, Sb. Nr. 49
 Bevölkerung und Wohnungen nach Stadtteilen im Jahr 1953, Ergebnisse der Volkszählung vom 19.09.1950, in: WuZ, Sb. Nr. 50
 Die Wahlen zum Stadtrat und Bezirkstag Pfalz am 09.11.1952 in Ludwigshafen, Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 9
 1953 Ergebnisse der Industrierichterstattung 1951/52, in: WuZ, Sb. Nr. 51
 Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1952, in: WuZ, Sb. Nr. 52
 Vergleichszahlen im Hinblick auf die Wahl zum 2. Bundestag, in: WuZ, Sb. Nr. 53
 Ergebnisse der Bundestagswahl am 06.09.1952, in: WuZ, Sb. Nr. 54
 Hauptergebnisse der Viehzählung von 1953, in: WuZ, Sb. Nr. 55
 Die Wahl zum zweiten Bundestag am 06.09.1953 in Ludwigshafen, Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt, Ludwigshafen a.Rh., Heft 10
 1954 Wahlergebnisse nach Alter und Geschlecht, Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 8
 Ludwigshafen und seine Berufspendler, Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 11
 1955 Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1954, in: WuZ, Sb. Nr. 56
 Stand & Veränderungen der Einwohnerzahl in den Stadtteilen 1939/1954, in: WuZ Sb. Nr. 57
 Vergleichszahlen zur Landtagswahl am 15.05.1955, in: WuZ Sb. Nr. 58
 Ergebnisse der Wahl zum Landtag am 15.05.1955, in: WuZ Sb. Nr. 59
 Bevölkerungsbewegung im ersten Halbjahr 1955, in: WuZ, Sb. Nr. 60
 Bautätigkeiten in Rheinland-Pfalz im Jahre 1954, in: WuZ, Sb. Nr. 61
 Klassen und Schüler der Pflichtberufsschulen 1951/55, in: WuZ Sb. Nr. 62
 Hauptergebnisse der Viehzählung von 1955, in: WuZ, Sb. Nr. 63
 Die Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 15.05.1955 in Lu., Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 12
 1956 Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1955, in: WuZ, Sb. Nr. 64
 Bauüberhang 1955, in: WuZ, Sb. Nr. 65
 Hauptergebnisse der Volksbegehren „Neugliederung des Bundesgebiets“, in: WuZ, Sb. Nr. 66
 Wahl zum Stadtrat am 11.11.1956, in: WuZ, Sb. Nr. 67
 Der Wohnungsbestand in Ludwigshafen vor und nach dem Kriege, Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 13
 Die Pfälzischen Volksbegehren, Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 14
 1957 Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1956, in: WuZ, Sb. Nr. 68
 Bauüberhang 1956, in: WuZ, Sb. Nr. 69
 Vergleichszahlen zur bevorstehenden Wahl zum Bundestag am 15.09.1957, in: WuZ, Sb. Nr. 70
 Ergebnisse der Bundeswohnungszählungen 1956, in: WuZ, Sb. Nr. 71
 Ergebnisse der Bundestagswahl am 15.09.1957, in: WuZ, Sb. Nr. 72
 Wahlergebnisse in den Wahlbezirken, in: WuZ, Sb. Nr. 73

- Wahlergebnisse im Wahlkreis 158 Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 74
 Ludwigshafen und seine Berufspendler, in: WuZ, Sb. Nr. 75
 Viehhaltung in Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 76
 Die Wahlen zum Stadtrat und Bezirkstag Pfalz am 11.11.1956 in Ludwigshafen,
 Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 15
 1958 Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1957, in: WuZ, Sb. Nr. 77
 Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956 (Nr. 2) Wohnungen, Räume,
 Haushaltungen und Einwohner in: WuZ, Sb. Nr. 78
 Bauüberhang Anfang 1958, in: WuZ, Sb. Nr. 79
 Zahlen zur Haushaltsrede 1958 und 1960, in: WuZ, Sb. Nr. 80
 Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956 (Nr. 3), Wohnungen und Wohnräume
 in den Stadtteilen, in: WuZ, Sb. Nr. 81
 Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956 (Nr:4), Haushaltungen nach Größe in
 den Stadtteilen, in: WuZ, Sb. Nr. 82
 Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956 (Nr:5), Mieten für normale
 Mietwohnungen, in: WuZ, Sb. Nr. 83
 Ergebnisse der Bundeswohnungszählung 1956 (Nr.6), Wohnungsinhaber und
 Untermieter nach der Haushaltsgröße, in: WuZ, Sb. Nr. 84
 Die Wahl zum 3. Bundestag am 15.09.1957 in Ludwigshafen, Veröffentlichungen des
 Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 16
 1959 Bauüberhang 1958, in: WuZ, Sb. Nr. 85
 Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1958, in: WuZ, Sb. Nr. 86
 Der Straßenverkehr auf den Ausfallstraßen der Stadt Ludwigshafen im Sommer 1958,
 in: WuZ, Sb. Nr. 87
 Ergebnisse der Landtagswahl am 19.04.1959 in den Stimmbezirken und Stadtteilen
 der Stadt Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 88
 Die Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 19.04.1959 in Lu., Veröffentlichungen
 des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 17
 1960 Viehhaltung 1959, in: WuZ, Sb. Nr. 89
 Zahlen zur Haushaltsrede 1960, in: WuZ, Sb. Nr. 90
 Kraftfahrzeuge von 1924 bis 1959, in: WuZ, Sb. Nr. 91
 Bauüberhang Anfang 1960, in: WuZ, Sb. Nr. 92
 Ergebnisse der Stadtratswahl 1960 in den Stimmbezirken, in: WuZ, Sb. Nr. 93
 Ergebnisse der Stadtratswahl 1960 in den Stadtteilen, in: WuZ, Sb. Nr. 94
 Ergebnisse der Wahl zum Bezirkstag 1960 in den Stadtteilen, in: WuZ, Sb. Nr. 95
 Bauüberhang Anfang 1961, in: WuZ, Sb. Nr. 96
 1961 Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1958/1960, in: WuZ, Sb. Nr. 97
 Zahlen zur Haushaltsrede 1961, in: WuZ, Sb. Nr. 98
 Ergebnisse der Industrieberichtserstattung von 1955/1960, in: WuZ, Sb. Nr. 99
 Wahl zum Bundestag; Ergebnisse nach Stadtteilen, in: WuZ, Sb. Nr. 100
 Wahl zum Bundestag; Verteilung der Zweitstimmen in den allgemeinen
 Briefwahl-Bezirken, in: WuZ, Sb. Nr. 101
 Wahl zum Bundestag; Verteilung der Zweitstimmen in den allgemeinen
 Wahlbezirken, in: WuZ, Sb. Nr. 102
 Wahl zum Bundestag; von den Männern und Frauen persönlich und schriftlich abge-
 gebene Stimmen für die Wahlkreisbewerber und Landeslisten, in: WuZ, Sb. Nr. 103
 Viehhaltung 1961, in: WuZ, Sb. Nr. 104
 Die Kommunalwahlen am 23.10.1960 in Ludwigshafen, Veröffentlichungen des
 Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 18
 1962 Zahlen über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Ludwigshafen
 1957/1961, in: WuZ, Sb. Nr. 105

- Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1960/1961, in: WuZ, Sb. Nr. 106
 Der Bauüberhang Anfang 1962, in: WuZ, Sb. Nr. 107
 Erste Ergebnisse der Volkszählung von 1961, in: WuZ, Sb. Nr. 108
 Entwicklung der Bevölkerungszahlen 1785/1961 nach Gebieten und Gemeinden,
 in: WuZ, Sb. Nr. 109
 Bevölkerungsvorgänge in den Stadtteilen, in: WuZ, Sb. Nr. 110
 Erläuterung zu den in statistischen Monatsbericht „Wort und Zahl“ enthaltenen
 Angaben, in: WuZ, Sb. Nr. 111
 Die Wahl zum vierten Bundestag am 17.09.1961 in Ludwigshafen, Veröffentlichungen
 des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 19
- 1963 Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1960/1962, in: WuZ, Sb. Nr. 112
 Bauüberhang Ende 1962, in: WuZ, Sb. Nr. 113
 Besuch der Lichtspieltheater, in: WuZ, Sb. Nr. 114
 Preisindex für die Lebenshaltung 1938/1962, in: WuZ, Sb. Nr. 115
 Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit, in: WuZ, Sb. Nr. 116
 Bevölkerung und Privathaushalte 1939/1961, in: WuZ, Sb. Nr. 117
 Fläche und Bevölkerungsdichte der Stadtteile 1962, in: WuZ, Sb. Nr. 118
 Haushalte nach den Volkszählungen 1939/1961, in: WuZ, Sb. Nr. 119
 Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 1961, in: WuZ, Sb. Nr. 120
 Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung 1910/1961, in: WuZ, Sb. Nr. 121
 Ergebnisse der Gebäudezählungen 1950/1961, in: WuZ, Sb. Nr. 122
 Ergebnisse der Viehzählung 1963, in: WuZ, Sb. Nr. 123
 Die Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 31.03.1963, Veröffentlichungen des
 Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 20
 Statistisches Jahrbuch der Stadt Ludwigshafen 1963, 1. Ausgabe, Veröffentlichungen
 des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a.Rh., Heft 21
- 1964 Hauptzahlen aus dem statistischen Baubericht 1961/1963, in: WuZ, Sb. Nr. 124
 Bauüberhang Ende 1963, in: WuZ, Sb. Nr. 125
 Erwerbspersonen bei der Volkszählung am 06.06.1961, in: WuZ, Sb. Nr. 126
 Wohnbevölkerung nach Altersgruppen bei der Volkszählung am 06.06.1961,
 in: WuZ, Sb. Nr. 127
 Berufs-,Aus und Einpendler von Ludwigshafen im Vergleich mit ausgewählten
 Verwaltungsbezirken 1950 und 1961, in: WuZ, Sb. Nr. 128
 Wohnbevölkerung in Ludwigshafen nach der Beteiligung am Erwerbsleben und den
 überwiegenden Unterhaltungsquellen am 06.06.1961 nach dem Ergebnis der
 Volkszählung von 1961, in: WuZ, Sb. Nr. 129
 Ein und Auspendler in Ludwigshafen, in: WuZ, Sb. Nr. 130
 Unterrichtswesen in Ludwigshafen am 15.05.1964, in: WuZ, Sb. Nr. 131
 Der Umsatz und seine Besteuerung im Jahre 1962, in: WuZ, Sb. Nr. 132
 Gebäude und Wohnungen und Bewohner in Ludwigshafen a. Rh. nach den Ergeb-
 nissen der Gebäudezählung 1961, Statistische Informationen (SI), Jg. 1964, Nr. 1
 Der Realschulbedarf in Ludwigshafen, Statistische Informationen, Jg. 1964, Nr. 2
 Die Krebssterblichkeit in Ludwigshafen, Statistische Informationen, Jg. 1964, Nr. 3
 Der Wohnungsbau in Ludwigshafen seit 1961, Statistische Informationen,
 Jg. 1964, Nr. 4
 Die Industrie in Ludwigshafen, Statistische Informationen, Jg. 1964, Nr. 5
 Die Kommunalwahlen 1964 in Ludwigshafen, Statistische Informationen,
 Jg. 1964, Nr.6
 Arbeitsstätten und Beschäftigte in Ludwigshafen nach den Ergebnissen der
 Arbeitsstättenzählung 1961, Statistische Informationen, Jg. 1964, Nr. 7

- Die Pendelwanderung in Ludwigshafen nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961,
Statistische Informationen, Jg. 1964, Nr. 8
Ludwigshafener Jahrbuch, Berichtsjahr 1964
- 1965 Statistische Monatsberichte, Jahrgang 1965, Nr. 1-12 (12 Ausgaben)
Das Stadtgebiet Ludwigshafen, Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 1
Die Bevölkerungsentwicklung Ludwigshafens seit 1950, Statistische Informationen,
Jg. 1965, Nr. 2
Die Entwicklung des Güterumschlags und des Schiffsverkehrs im Ludwigshafener
Rheinhafen, Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 3
Das Sozialprodukt Ludwigshafens, Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 4
Ludwigshafen – Mannheim – Heidelberg. Eine vergleichende Betrachtung der drei
Großstädte des Rhein-Neckar-Gebiets, Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 5
Die Struktur des neuen Bundestagswahlkreises Ludwigshafen a. Rh. – Ein Vorbericht
zur Bundestagswahl 1965 –, Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 6
Die Bevölkerungsentwicklung in den Stadtteilen Ludwigshafens, Statistische
Informationen, Jg. 1965, Nr. 7
Der Ausbildungsstand der Bevölkerung Ludwigshafens, Statistische Informationen,
Jg. 1965, Nr. 8
Die allgemeinbildenden Schulen und die Entwicklung der Schülerzahl in
Ludwigshafen, Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 9
Die gerichtlichen Ehelösungen in Ludwigshafen, Statistische Informationen,
Jg. 1965, Nr. 10
Der Kraftfahrzeugbestand in Ludwigshafen, Statistische Informationen,
Jg. 1965, Nr. 11
Das Handwerk in Ludwigshafen, Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 12
Die Berufsschulen in Ludwigshafen, Statistische Informationen, Jg. 1965, Nr. 13
Ludwigshafen im Netz des öffentlichen Verkehrs, Statistische Informationen,
Jg. 1965, Nr. 14
Die Bundestagswahl 1965 in Ludwigshafen, Statistische Informationen,
Jg. 1965, Nr. 15
Ludwigshafener Jahrbuch, Berichtsjahr 1965
- 1966 Statistische Monatsberichte, Jahrgang 1966, Nr. 1-12 (12 Ausgaben)
Wachstums- und Struktur Tendenzen der Industrie in Ludwigshafen, Statistische
Informationen, Jg. 1966, Nr. 1
Die Entwicklung der Industrie im Rhein-Neckar-Raum, Statistische Informationen,
Jg. 1966, Nr. 2
Struktur- und Entwicklungsprobleme des allgemeinbildenden Schulwesens in
Ludwigshafen am Rhein, Statistische Informationen, Jg. 1966, Nr. 3
Wirtschaftswachstum, Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur im Rhein-Neckar-Raum
in den Jahren 1957 bis 1964, Statistische Informationen, Jg. 1966, Nr. 4
Ludwigshafener Jahrbuch, Berichtsjahr 1966
- 1967 Statistische Monatsberichte, Jahrgang 1966, Nr. 1-12 (12 Ausgaben)
Der Wohnungsbau in Ludwigshafen am Rhein in den Jahren 1950 bis 1966,
Statistische Informationen, Jg. 1967, Nr. 1
Die allgemeinbildenden Schulen in Ludwigshafen am Rhein im Kurzschuljahr 1966/67,
Statistische Informationen, Jg. 1967, Nr. 2
Das Wahlverhalten der Ludwigshafener Bevölkerung bei der Landtagswahl
am 23. April 1967, Statistische Informationen, Jg. 1967, Nr. 3
Entwicklung und Struktur des Güterfernverkehrs im Raum Ludwigshafen,
Statistische Informationen, Jg. 1967, Nr. 4
Die Bevölkerungsentwicklung im Raume Ludwigshafen am Rhein in den Jahren

- 1871 bis 1986, Statistische Informationen, Jg. 1967, Nr. 5
Statistisches Jahrbuch für das Jahr 1967
- 1968 Die Entwicklung Ludwigshafen im 1. Vierteljahr 1968, in: Statistische Berichte, Jg. 1968, Nr.1
Struktur und Entwicklung des Beherbergungsgewerbes in Ludwigshafen am Rhein, in: Statistische Berichte, Jg. 1968, Nr.2
Die Entwicklung Ludwigshafen im 2. Vierteljahr 1968, in: Statistische Berichte, Jg. 1968, Nr.3
Die Entwicklung Ludwigshafen im 3. Vierteljahr 1968, in: Statistische Berichte, Jg. 1968, Nr.4
Die Entwicklung Ludwigshafens im Jahre 1968, in: Statistische Berichte, Jg. 1968, Nr.5
Die allgemeinbildenden Schulen in Ludwigshafen im Schuljahr 1967/68, Statistische Informationen, Jg. 1968, Nr. 1
Situation und Entwicklungschancen des Ludwigshafener Einzelhandels, Statistische Informationen, Jg. 1968, Nr. 2
Statistisches Jahrbuch für das Jahr 1968
- 1969 Die Entwicklung Ludwigshafens im 1. Vierteljahr 1969, in: Statistische Berichte, Jg. 1969, Nr.1
Die Entwicklung Ludwigshafens im 2. Vierteljahr 1969, in: Statistische Berichte, Jg. 1969, Nr.2
Die Entwicklung Ludwigshafens im 3. Vierteljahr 1969, in: Statistische Berichte, Jg. 1969, Nr.3
Die Entwicklung Ludwigshafens im Jahre 1969, in: Statistische Berichte, Jg. 1969, Nr.4
Der Wohnungsbedarf in Ludwigshafen am Rhein bis 1980, Statistische Informationen, Jg. 1969, Nr. 1
Die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in den Stadtteilen 1961 bis 1975, Statistische Informationen, Jg. 1969, Nr. 2
Ergebnisse der Bundestagswahl am 28. September 1969, Statistische Informationen, Jg. 1969, Nr. 3
Ergebnisse der Kommunalwahlen am 8.Juni 1969, Statistische Informationen, Jg. 1969, Nr. 4
- 1970 Die Entwicklung Ludwigshafens im 1. Vierteljahr 1970, in: Statistische Berichte, Jg. 1970, Nr.1
Die Entwicklung Ludwigshafens im 2. Vierteljahr 1970, in: Statistische Berichte, Jg. 1970, Nr.2
Die Entwicklung Ludwigshafens im 3. Vierteljahr 1970, in: Statistische Berichte, Jg. 1970, Nr.3
Die Entwicklung Ludwigshafens im Jahre 1970, in: Statistische Berichte, Jg. 1970, Nr.4
- 1971 Die Entwicklung Ludwigshafens im 1. und 2. Vierteljahr 1970, in: Statistische Berichte, Jg. 1971, Nr.1
Die Entwicklung Ludwigshafens im 3. Vierteljahr 1971, in: Statistische Berichte, Jg. 1971, Nr.2
Die Entwicklung Ludwigshafens im Jahre 1971, in: Statistische Berichte, Jg. 1971, Nr.3
Das Ergebnis der Landtagswahl am 21. März 1971 in Ludwigshafen am Rhein, Statistische Informationen, Jg. 1971, Nr. 1
Bericht über die Lage der Gastarbeiter in Ludwigshafen am Rhein, Statistische Informationen, Jg. 1971, Nr. 2

Entwurf eines Schulentwicklungsplans für die Stadt Ludwigshafen am Rhein,
bearb. durch das Amt für Grundlagenforschung und Stadtentwicklung und das
Schulverwaltungsamt. September 1971, ohne Nummer

Informationen zur Stadtentwicklung

Diese Reihe wurde 1972 gegründet als zusammenfassende Nachfolgereihe der „Statistischen Berichte“ und der „Statistischen Informationen“, entsprechend der damaligen Umgestaltung der Arbeitsschwerpunkte des Amtes.

Erscheint bis heute, 1995 bis 2008 wurde die Reihe aufgeteilt in „Konzepte zur Stadtentwicklung“ und „Berichte zur Stadtentwicklung“, ab 2009 heißt sie wieder Informationen zur Stadtentwicklung. Kompletverzeichnis ab Seite 151.

Statistischer Jahresbericht

- 1973 Jahresbericht, erstmals so benannt, davor war es der vierte Vierteljahresbericht.
- 1974 bis 1978 Statistischer Jahresbericht, jährlich als Teil der Vierteljahresberichte
- 1980 Statistischer Jahresbericht 1979, Informationen zur Stadtentwicklung Nr. 1/1980
- 1980 bis heute erscheint Statistischer Jahresbericht jährlich als Heft der „Informationen zur Stadtentwicklung“ mit Ausnahme der Jahre 2001 und 2002.

Statistische Vierteljahresberichte

Die Reihe hat das größte Durcheinander in der Erscheinungsweise. Nachdem die Monatsberichte 1968 in Vierteljahresberichte umgewandelt waren hießen sie jedoch „Statistische Berichte“. 1972 sollte die neue Reihe „Informationen zur Stadtentwicklung“ alle vorherigen Reihen ablösen. Es erschienen im Jahr 1973 innerhalb der IzS aber erneut Vierteljahresberichte. 1974 kamen plötzlich wieder Vierteljahresberichte in einem eigenen Format heraus, die 1978 dann endgültig eingestellt wurden. In diesen vier Jahren gelang jedoch kein durchgängiges Erscheinen. Ab 1979 erschien nur noch der Statistische Jahresbericht.

- 1974 5 Ausgaben
- 1975 5 Ausgaben
- 1976 3 Ausgaben
- 1977 2 Ausgaben
- 1978 2 Ausgaben

Stadtentwicklungsplanung Ludwigshafen Rhein

Es ist eine 1975 gegründete Veröffentlichungsreihe („silberne Reihe“), die „über Planungsabsichten der Stadtverwaltung informieren will“ (Vorwort, 1975).

Es waren vier Hauptgruppen vorgesehen:

- A Gesamtplanung,
- B Wohnungsbau- und Wirtschaftsentwicklungsprogramm,
- C Planung der sozialen Infrastruktur,
- D Planung der technischen Infrastruktur.

Die Federführung lag beim Amt für Stadtentwicklung auch mit anderen Ämtern/Autoren.

- 1975 Entwicklungskonzept für die Ludwigshafener Innenstadt, Reihe A, Nr. 1
- 1976 Sportstätten-Leitplan Ludwigshafen, Architekt Schwirtz (Eifel) mit Stadtverwaltung, ohne Nummer
- 1977 Langfristiges Entwicklungskonzept, Stand 1976/77, o. Nr.
Landschaftsplan Ludwigshafen, Erläuterungsbericht,
Planungsbüro Grebe, o. Nr.
Stadtentwicklungsprogramm Ludwigshafen 1990, Stand September 1977,
Fachplanungen, 1977, Investitionsplan Mai 1978
nur teilweise vorhanden, offenbar nicht bis zum Ende bearbeitet
Kindergartenbedarfsplan, Stand 1.10.1977, o. Nr.
- 1978 Sozialplan der Stadt Ludwigshafen, Stand September 1978, o. Nr.
- 1978 Die Landwirtschaft im Stadtgebiet von Ludwigshafen, Planungsbüro Schara
Mannheim, o. Nr.
- 1978 Jugendbericht 1973 – 1978, o. Nr.
- 1979 Kinderspielplatzbedarfsplan, Spielplatzbedarfsplan, Stand 19.02.1979, o. Nr.



Abbildung 95: Langfristiges Entwicklungskonzept 1976

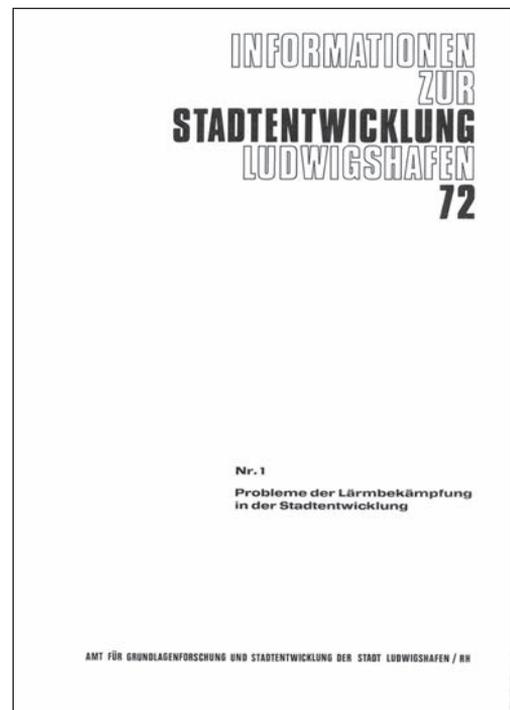


Abbildung 96: Nr. 1/1972

Informationen zur Stadtentwicklung

- Nr. 1/1972 Probleme der Lärmbekämpfung in der Stadtentwicklung
- Nr. 2/1972 Die Ausstattung Ludwigshafen mit Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben zur Versorgung der Bevölkerung - Teil I: Entwicklungskriterien -
- Nr. 3/1972 Die Bevölkerungsentwicklung von 1961 bis 1970 in Ludwigshafen am Rhein (Ergebnisse der Volkszählung 1970)
- Nr. 4/1972 Die Wohnbevölkerung nach der Religionszugehörigkeit 1970
- Nr. 5/1972 Die privaten Haushalten im Jahre 1970
- Nr. 6/1972 Probleme der Luftreinhaltung in Ludwigshafen und Mannheim
- Nr. 7/1972 Struktur der Ludwigshafener Wirtschaft im Jahre 1970 (Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 - 1. Teil)

- Nr. 1/1973 Auswirkungen von Verbrauchermärkten und nicht integrierten Einkaufszentren auf die Ludwigshafener Stadtentwicklung
- Nr. 2/1973 Die Wohnbevölkerung nach Alter und Familienstand 1970
- Nr. 3/1973 Analyse der Bundestagswahl 1972
- Nr. 4/1973 Die Ausstattung Ludwigshafens mit Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben zur Versorgung der Bevölkerung -Teil II und III: Analyse, Beurteilung und Folgerungen für die Stadtentwicklung
- Nr. 5/1973 Kleinräumige Sozialstruktur Ludwigshafens
- Nr. 6/1973 Erster Vierteljahresbericht 1973
- Nr. 7/1973 Grünflächen und Freiräume in Ludwigshafen am Rhein; Bestand und Bedarf
- Nr. 8/1973 Statistisches Jahrbuch 1973
- Nr. 9/1973 Zweiter Vierteljahresbericht 1973
- Nr. 10/1973 Der Arbeitseinzugsbereich der Stadt Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 11/1973 Dritter Vierteljahresbericht 1973
- Nr. 12/1973 Jahresbericht 1973 und vierter Vierteljahresbericht 1973
-
- Nr. 1/1974 Die Belastung durch Industrie- und Verkehrslärm in Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 2/1974 Analyse der Stadtratswahl 1974
- Nr. 3/1974 Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelhandels in der Ludwigshafener Innenstadt
-
- Nr. 1/1975 Analyse der Landtagswahl am 9. März 1975
- Nr. 2/1975 Entwicklung der Bevölkerung und Wohnungsversorgung 1960 bis 1974. Prognose der Bevölkerungsentwicklung und des Wohnungsbedarfs 1975 bis 1990
-
- Nr. 1/1977 Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung 1961 bis 1990 in Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 2/1977 Ergebnisse der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 in Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 3/1977 Gutachten über das Stadtklima Ludwigshafen am Rhein
-
- Nr. 1/1979 Ökologische Studie Maudacher Bruch
- Nr. 2/1979 Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 10. Juni 1979
- Nr. 3/1979 Die Landtagswahl am 18. März 1979



Abbildung 97: Nr. 1/1979

-
- Nr. 1/1980 Einzelhandelsentwicklung in Ludwigshafen 1967 bis 1978
Die Entwicklung der Klassen- und Schülerzahlen 1970 bis 1990
Wohnen im eigenen Haus und in der eigenen Wohnung
Statistischer Jahresbericht 1979
- Nr. 2/1980 Die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980
- Nr. 3/1980 Analyse der Wanderungen in Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 1/1981 Unterlagen zur Situation der Ausländer
- Nr. 2/1981 Ökologisch-wasserwirtschaftliches Konzept zur Stauhaltung
im Maudacher Bruch Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 3/1981 Statistischer Jahresbericht 1980
- Nr. 1/1982 Statistischer Jahresbericht 1981
- Nr. 2/1982 Jugendbefragung 1980/81
- Nr. 3/1982 Jugendgerichtshilfe 1980/81
- ohne Nr. 1982 Zur Situation der ausländischen Mitbürger in
Ludwigshafen am Rhein (KAAL-Projekt)
- Nr. 5/1982 Die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1982/83
- Nr. 6/1982 Schulentwicklungsplan
- Nr. 1/1983 Die Bundestags- und Landtagswahlen am 6. März 1983
- Nr. 2/1983 Berufsabsichten der Ludwigshafener Schulabgänger im Mai 1983
- Nr. 3/1983 Statistischer Jahresbericht 1982
- Nr. 4/1983 Grundwasserentwicklung und Wasserverbrauch in Ludwigshafen
- Nr. 5/1983 Der Strukturwandel im Lebensmitteleinzelhandel und Lebensmittelgewerbe
in Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 6/1983 Die Aufenthaltsdauer der Ausländer in Ludwigshafen 1983
- Nr. 7/1983 Die Straffälligkeit von Ludwigshafener Jugendlichen im Jahre 1982
- Nr. 8/1983 Die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1983/84
- Nr. 1/1984 Die berufsbildenden Schulen im Schuljahr 1983/84
- Nr. 2/1984 Die Entwicklung der Altersstruktur der Beschäftigten in Ludwigshafen
1974 bis 1983
- Nr. 3/1984 Einfluss von Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur auf den PKW-Bestand
im Sanierungsgebiet Hemshof
- Nr. 4/1984 Die Religionszugehörigkeit der Ludwigshafener Bevölkerung 1961 bis 1984
- Nr. 5/1984 Wahlberechtigte bei den Kommunalwahlen am 17. Juni 1984
in Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 6/1984 Gegenwärtiger Bestand und Bedarf an PKW-Stellplätzen
im Sanierungsgebiet Nord-Hemshof
- Nr. 7/1984 Statistischer Jahresbericht 1983
- Nr. 8/1984 Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 17. Juni 1984
- Nr. 9/1984 Stadtratswahl- und Bundestagswahlen 1948 bis 1984
- Nr. 10/1984 Die Bedeutung des Wohngeldes für die Wohnungsversorgung in Ludwigshafen
- Nr. 11/1984 Prognose des künftigen Bedarfs an PKW-Stellplätzen im
Sanierungsgebiet Nord-Hemshof
- Nr. 12/1984 Fortschreibung Stadtjugendplan
- Nr. 13/1984 Die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1984/85
- Nr. 1/1985 Die berufsbildenden Schulen im Schuljahr 1984/85
- Nr. 2/1985 Die Hundehaltung in Ludwigshafen am Rhein

- Nr. 3/1985 Die Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes und des Lebensmittelgewerbes 1978 bis 1982
- Nr. 4/1985 Statistischer Jahresbericht 1984
- Nr. 5/1985 Die Berufs- und Bildungsabsichten der Ludwigshafener Schulabgänger 1982 bis 1985
- Nr. 6/1985 Die Modernisierung von Wohngebäuden im Sanierungsgebiet Nord-Hemshof
- Nr. 7/1985 Die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft 1961 bis 1982
- Nr. 8/1985 Entwicklung und Strukturwandel der Landwirtschaft 1949 bis 1985
- Nr. 9/1985 2. Fortschreibung des Kindergartenbedarfsplanes der Stadt Ludwigshafen am Rhein 1985 bis 1988
- Nr. 10/1985 Die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1985/86
- Nr. 11/1985 Ausländische Schüler an den berufsbildenden Schulen der Stadt Ludwigshafen
- Nr. 12/1985 Die Mietenentwicklung Ludwigshafen 1978 bis 1985
-
- Nr. 1/1986 Die Entwicklung der Luftverunreinigung 1979 bis 1984
- Nr. 2/1986 Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen am Rhein 1961 bis 1985
- Nr. 3/1986 Die berufsbildenden Schulen im Schuljahr 1985/86
- Nr. 4/1986 Strukturveränderungen im innerstädtischen Berufsverkehr 1961 bis 1985
- Nr. 5/1986 Die Bedeutung des Fahrradverkehrs in Ludwigshafen am Rhein
- ohne Nr. 1986 KAAL Ausländerbericht: Rahmenplan zur Verbesserung der Situation ausländischer Mitbürger in Ludwigshafen
- Nr. 6/1986 Statistischer Jahresbericht 1985
- Nr. 7/1986 Die Ausbildungssituation der Ludwigshafener Schulabgänger
- Nr. 8/1986 Umweltbericht Ludwigshafen am Rhein 1986
- Nr. 9/1986 Die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1986/87
- Nr. 10/1986 Ausländische Schüler an den berufsbildenden Schulen der Stadt Ludwigshafen am Rhein im Schuljahr 1986/87
- Nr. 11/1986 Entwicklung der Jugendkriminalität 1980 bis 1985
- Nr. 12/1986 Die berufsbildenden Schulen im Schuljahr 1986/87
-
- Nr. 1/1987 Die Bundestagswahl am 25. Januar 1987
- Nr. 2/1987 Die Landtagswahl am 17. Mai 1987
- Nr. 3/1987 Die Anbindung Ludwigshafens an das Streckennetz der Deutschen Bundesbahn
- Nr. 4/1987 Statistischer Jahresbericht 1986
- Nr. 5/1987 Die Entwicklung der Einzelhandelsstandorte im Rhein-Neckar-Raum 1967 bis 1984
- Nr. 6/1987 Die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1987/88
-
- Nr. 1/1988 Die berufsbildenden Schulen im Schuljahr 1987/88
- Nr. 2/1988 Der Schulentwicklungsplan - Fortschreibung
- Nr. 3/1988 Der Sozialplan der Stadt Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 4/1988 Statistischer Jahresbericht 1987
- Nr. 5/1988 Rahmenbedingungen und Probleme der Stadtentwicklung in längerfristiger Perspektive
- Nr. 6/1988 Die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1988/89
-
- Nr. 1/1989 Berufsbildungsbericht der Stadt Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 2/1989 Stellplatzbedarf im alten Ortskern des Stadtteils Oggersheim
- Nr. 3/1989 Bevölkerung, Haushalte und Wohnungssituation in Ludwigshafen am Rhein und im Rhein-Neckar-Raum – Ergebnisse der Volkszählungen 1970/1987
- Nr. 4/1989 Hortbedarfsplan der Stadt Ludwigshafen am Rhein 1989

- Nr. 5/1989 Statistischer Jahresbericht 1988
Nr. 6/1989 Entwicklungsbereich Rheinufer-Süd – Dokumentation des Kolloquiums vom 20. April 1989
Nr. 7/1989 Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 18. Juni 1989
Nr. 8/1989 Die Ozonbelastung der Ludwigshafener Luft
Nr. 9/1989 Die Wahl zum Ausländerbeirat am 3. Dezember 1989
Nr. 10/1989 Arbeitsmarktbericht 1989
ohne Nr. 1989 Vorbereitende Untersuchungen und städtebaulicher Rahmenplan für das Stadtteilzentrum Ludwigshafen-Oggersheim
- Nr. 1/1990 Die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1989/90
Nr. 2/1990 Die Zuwanderungen aus der DDR und den osteuropäischen Ländern im Jahre 1989
Nr. 3/1990 Bedarf der gewerblichen Bauflächen in Ludwigshafen am Rhein
Nr. 4/1990 Umweltbericht 1990 der Stadt Ludwigshafen am Rhein
Nr. 5/1990 Fortschreibung der Tabellen des Sozialplans 1987 – 1989
Nr. 6/1990 Strukturveränderungen des Berufsverkehrs in Ludwigshafen 1970 bis 1987
Nr. 7/1990 Die Entwicklung der Kinderzahlen bis zum Jahr 2000
Nr. 8/1990 Statistischer Jahresbericht 1989
Nr. 9/1990 Kindergartenbedarfsplan Ludwigshafen am Rhein 1990
Nr. 10/1990 Die Ludwigshafener Museen – Ergebnisse einer Befragung von Besuchern des Wilhelm-Hack-Museums und des Stadtmuseums –
Nr. 11/1990 Die Entwicklung des PKW-Bestandes in Ludwigshafen 1970 bis 1990
Nr. 12/1990 Sozialstruktur in Ludwigshafen 1970 und 1987
Nr. 13/1990 Allgemeinbildenden Schulen 1990
Nr. 14/1990 Die Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990
ohne Nr. 1990 Schulbezirke in Ludwigshafen am Rhein
ohne Nr. 1990 Entwicklungsbereich Rheinufer Süd
- Nr. 1/1991 Krippenbedarfsplan 1990
Nr. 2/1991 Berufsbildungsbericht 1990
Nr. 3/1991 Die Schadstoffe in der Ludwigshafener Luft - Eine vergleichbare Betrachtung -
Nr. 4/1991 Bildungserfolg in Ludwigshafen
Nr. 5/1991 Kindertagesstättenbericht 1991
Nr. 6/1991 Die Landtagswahlen am 21. April 1991
Nr. 7/1991 Statistischer Jahresbericht 1990
Nr. 8/1991 Allgemeiner Sozialdienst 1990
Nr. 9/1991 20 Jahre bauliche Erneuerung und sozialer Wandel im Sanierungsgebiet Hemshof
Nr. 10/1991 Stellplatzbedarf im Bereich des Modellvorhabens Ökologische Stadterneuerung Mundenheim
Nr. 11/1991 Stellplatzsituation im Bereich zwischen Wittelsbach- und Von-Weber-Straße im Stadtteil Süd
Nr. 12/1991 Jugendhilfe in Ludwigshafen - Eine Strukturanalyse der Jugendhilfestatistik 1980 bis 1990 -
Nr. 13/1991 Jugend vor Gericht - Eine Strukturuntersuchung der Klientel der Jugendgerichtshilfe in Ludwigshafen am Rhein 1985 bis 1990 -
Nr. 14/1991 Standortkonzeption für den Einzelhandel
Nr. 15/1991 Die Entwicklung des Stadtteils West in den letzten 20 Jahren

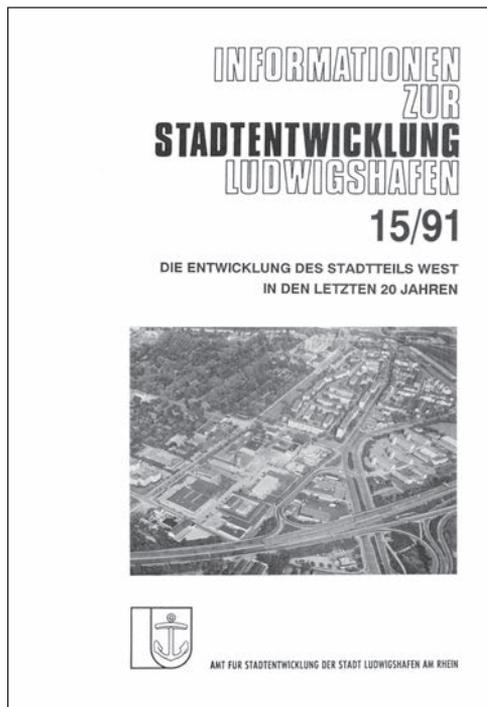


Abbildung 98: Nr. 15/1991

- Nr. 1/1992 Öffentlicher Personenverkehr in Ludwigshafen
- Nr. 2/1992 Bericht über die Aufstellung einer integrierten Verkehrskonzeption 2000
- Nr. 3/1992 Die Stellplatzsituation im Westendviertel
- Nr. 4/1992 Schulentwicklungsplanung 1992; Grundlagendaten, Band I: „Allgemeinbildenden Schulen“
- Nr. 5/1992 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbau und Beschäftigung im Jahre 1991
- Nr. 6/1992 Schulentwicklungsplanung 1992: Grundlagenplanung, Band II: „Berufsbildenden Schulen“
- Nr. 7/1992 Kindertagesstättenbericht 1992
- Nr. 8/1992 2. Bericht über die Aufstellung einer integrierten Verkehrskonzeption 2000
- Nr. 9/1992 Schulentwicklungsplan 1992
- ohne Nr. 1992 Statistisches Jahrbuch 1992
- ohne Nr. 1992 Integrierte Verkehrskonzeption 2000
- Ergebnis der öffentlichen Anhörung und Endfassung der Leitlinien -

- Nr. 1/1993 Wohnungsbauprogramm 1992 bis 2000
- Nr. 2/1993 Entwicklung und Struktur des Gastgewerbes
- Nr. 3/1993 Schulentwicklungsplanung: Grundlagendaten Allgemeinbildende Schulen und Berufsbildende Schulen 1992/93
- Nr. 4/1993 Kindertagesstättenbericht 1993
- Nr. 5/1993 Spielraumbedarfsplan
- Nr. 6/1993 Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung in Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 7/1993 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbau und Beschäftigung im Jahre 1992
- Nr. 8/1993 Ruhender Verkehr in der Ludwigshafener City
- Nr. 9/1993 Alleinerziehende in Ludwigshafen
- Nr. 10/1993 Stellplatzuntersuchung Ludwigshafen Süd
- Nr. 11/1993 Schulentwicklungsbericht 1993
- Nr. 12/1993 BÜRGERUMFRAGE 1993 - Zufriedenheit der Bürger mit ihrer Stadt -
- Nr. 13/1993 Stellplatzsituation in Friesenheim

- ohne Nr. 1993 Prognose über den zukünftigen Bedarf an Plätzen der stationären Altenpflege in Ludwigshafen
- ohne Nr. 1993 Spielraumbedarfsplan. Vorlage der AG "Spielraumbedarfsplan" für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19. Mai 1993
- ohne Nr. 1993 Spielraumbedarfsplan, Anhang. Vorlage der AG "Spielraumbedarfsplan" für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19. Mai 1993
- ohne Nr. 1993 Spielraumbedarfsplan Ludwigshafen am Rhein - Kurzfassung. Vorlage der AG "Spielraumbedarfsplan" für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19. Mai 1993
- ohne Nr. 1993 Spielraumbedarfsplan – Kurzfassung
- Nr. 1/1994 BÜRGERUMFRAGE 1993 - Zufriedenheit der Bürger mit der Umwelt -
- Nr. 2/1994 BÜRGERUMFRAGE 1993 - Politisches Interesse und Zufriedenheit mit der Stadtverwaltung -
- Nr. 3/1994 Sozialhilfebericht 1993 - Struktur und Entwicklung der Sozialhilfebedürftigkeit in Ludwigshafen 1979 bis 1993
- Nr. 4/1994 Kindertagesstättenbericht 1994
- Nr. 5/1994 Entwicklung und Struktur des Personalstandes der Stadtverwaltung Ende 1986 bis Ende 1993
- Nr. 6/1994 Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 12. Juni 1994
- Nr. 7/1994 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbau und Beschäftigung im Jahre 1993
- Nr. 8/1994 Entwicklungsperspektiven für das Hotelgewerbe in Ludwigshafen
- Nr. 9/1994 Stadtentwicklungsprogramm - Ausgangslage und Leitlinien zur Zukunftssicherung Ludwigshafens
- Nr. 10/1994 Die Bundestagswahl am 16. Oktober 1994
- Nr. 11/1994 Sozialreport - Entwicklung kommunaler Sozialleistungen 1989 bis 1992
- Nr. 12/1994 Stadtentwicklungsplanung City
- Nr. 13/1994 Schulentwicklungsbericht 1994
- ohne Nr. 1994 Denkschrift "80 Jahre Amt für Stadtentwicklung"
- ohne Nr. 1994 Wirtschaftsentwicklungsprogramm
- ohne Nr. 1994 Allgemeiner Sozialdienst 1993. Eine Strukturuntersuchung der betreuten Haushalte
- ohne Nr. 1994 Entwicklung des Personalstandes der Stadtverwaltung in den ersten 10 Monaten 1994



Abbildung 99: K1/1995



Abbildung 100: B1/1995

Berichte (B) und Konzepte (K) zur Stadtentwicklung

- Nr. K1/1995 Stadtmarketing Ludwigshafen
Nr. B1/1995 Die Ausländerbeiratswahl am 22. Januar 1995
Nr. B2/1995 Kindertagesstättenbericht 1995
Nr. B3/1995 Integrierte Verkehrskonzeption 2000 - Zwischenbericht 1995 -
Nr. B4/1995 Statistischer Jahresbericht 95 - Entwicklung von Bevölkerung,
Wohnungsbau und Beschäftigung im Jahre 1994 -
- Nr. K1/1996 Kindertagesstättenplanung
Nr. K2/1996 Einzelhandelskonzeption (Beschluss des Stadtrates 16.12.96)
Nr. K3/1996 Handlungskonzept Wirtschaft (Entwurf der Verwaltung)
Nr. K4/1996 Wohnbaukonzeption 2010 (Entwurf der Verwaltung)
Nr. K5/1996 Biotopkartierung und Biotopverbundkonzeption der Stadt
Ludwigshafen am Rhein
- Nr. B1/1996 Schulentwicklungsbericht 1995/96
Nr. B2/1996 Die Landtagswahl am 24. März 1996
Nr. B3/1996 Statistischer Jahresbericht
Nr. B4/1996 Einzelhandels- und Dienstleistungsausstattung der Gesamtstadt
und der Stadtteile
- Nr. K1/1997 Handlungskonzept Wirtschaft
Nr. K2/1997 Stadtentwicklungskonzept 2010 (Entwurf der Verwaltung)
Nr. B1/1997 Umlandbefragung zum Image der Stadt Ludwigshafen
Nr. B2/1997 Kindertagesstättenbericht
Nr. B3/1997 Statistischer Jahresbericht - Entwicklung von Bevölkerung,
Wohnungsbau, Beschäftigung und Kriminalität im Jahre 1996
Nr. B4/1997 Untersuchung zur Stellplatzsituation im Sanierungsgebiet Mundenheim
ohne Nr. 1997 Untersuchung zur Stellplatzsituation Nord-Hemshof
- Nr. K1/1998 Energiekonzept der Stadt Ludwigshafen
Nr. K2/1998 Schulentwicklungsplanung 1998
Nr. K3/1998 Wohnbaukonzeption 2010
Nr. K4/1998 Rheinufer-Süd
Nr. B1/1998 Schulentwicklungsbericht 1997/98
Nr. B2/1998 Kindertagesstättenbericht 1997/98
Nr. B3/1998 Die Bundestagswahl am 27.09.1998
Nr. B4/1998 Statistischer Jahresbericht - Entwicklung von Bevölkerung,
Wohnungsbau, Beschäftigung und Kriminalität im Jahre 1997
- Nr. B1/1999 Jugendbefragung 1998
Nr. B2/1999 Schulentwicklungsbericht 1998/99
Nr. B3/1999 Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 13. Juni 1999
Nr. B4/1999 Kindertagesstättenbericht 1998/99
Nr. B5/1999 Dokumentation Auftaktveranstaltung lokale Agenda 21
Nr. B6/1999 Statistischer Jahresbericht - Entwicklung von Bevölkerung,
Wohnungsbau, Beschäftigung und Kriminalität im Jahre 1998
Nr. B1/2000 Schulentwicklungsbericht 1999/2000
Nr. B2/2000 Entwicklung der Bevölkerung in Ludwigshafen im Jahre 1999
- Statistischer Jahresbericht, Teil I -

-
- Nr. B3/2000 Wohnungssituation und Bautätigkeit in Ludwigshafen im Jahre 1999
- Statistischer Jahresbericht, Teil II -
- Nr. B4/2000 Kindertagesstättenbericht 1999/2000
- Nr. B5/2000 Sozialplan 2000
- Nr. B1/2001 Schulentwicklungsbericht 2000/2001
- Nr. B2/2001 Bevölkerungs- und Sozialstruktur in den Stadtteilen Nord-Hemshof
und West im Jahre 2000
- Nr. B3/2001 Beschäftigung, Wirtschaftsentwicklung u. Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen
- Nr. B4/2001 Passantenzählung in der Ludwigshafener City
- Nr. B5/2001 Stadtteilentwicklungsplanung Rheingönheim - Stadtteilbericht 2000:
Soziales und Wohnen
- Nr. B6/2001 Öffnung der Ludwigstraße
- Nr. B7/2001 Kindertagesstättenbericht 2000/01
- Nr. B8/2001 Das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt " in Ludwigshafen-Westend
- Eine Akzeptanzanalyse -
- Nr. B9/2001 Einzelhandel in Ludwigshafen, Bestandsaufnahme 2001
- Nr. B1/2002 Stadtteilentwicklungsplanung Mitte/Süd 2000 - Stadtteilbericht 2000:
Soziales und Wohnen
- Nr. B2/2002 Schulentwicklungsbericht 2001/2002
- Nr. B3/2002 Sicherheitsempfinden in der Stadt Ludwigshafen - Bürgerumfrage 2001
im Rahmen des Bund-Länder-Programmes "Soziale Stadt"
- Nr. B4/2002 Nahversorgung in Ludwigshafen
- Nr. B5/2002 Beschäftigung, Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen
- Nr. B6/2002 Kindertagesstättenbericht 2001/2002
- Nr. B7/2002 Bevölkerung in Ludwigshafen. Bisherige Entwicklung, Gegenwart, Prognose 2015
- Nr. B8/2002 Ergebnisse Bundestagswahl 2002
- Nr. B9/2002 Ludwigshafen, Mannheim und Heidelberg im Städtetest
- Nr. B10/2002 Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2002
- Nr. K1/2003 Einzelhandelskonzeption 2003
- Nr. B1/2003 Schulentwicklungsbericht 2002/2003
- Nr. B2/2003 Kindertagesstättenbericht 2002/2003
- Nr. B3/2003 Statistischer Jahresbericht 2002
- Entwicklung von Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und
Sozialhilfebezug im Jahr 2002 -
- Nr. K1/2004 Dokumentation Zukunftsforum Ludwigshafen 2020
- Nr. B1/2004 Bürgerumfrage 2003
- Nr. B2/2004 Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 13.06.2004
- Nr. B3/2004 Kindertagesstättenbericht 2003/04
- Nr. B4/2004 Statistischer Jahresbericht 2003
Entwicklung von Bevölkerung, Bautätigkeit, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit
und Sozialhilfebezug im Jahr 2003
- Nr. B5/2004 Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen - Fortschreibung 2004
- ohne Nr. 2004 Schulbezirke in Ludwigshafen am Rhein 2003
- Nr. B1/2005 Hilfe zum Lebensunterhalt in Ludwigshafen - Leistungsbezieherinnen
und -bezieher 2000 - 2003

- Nr. B2/2005 Kindertagesstättenbericht 2004/2005, Grundlagendaten zur Ausbauplanung Tagesbetreuungsausbaugesetz sowie Landesprogramm „Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an“
- Nr. B3/2005 Bundestagswahlen am 18. September 2005
- Nr. B4/2005 Statistischer Jahresbericht 2004
Entwicklung von Bevölkerung, Bautätigkeit, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2004
- Nr. K1/2006 Schulentwicklungsplanung 2006
- Nr. K2/2006 Entwicklungskonzept Innenstadt Ludwigshafen am Rhein
- nur als CD oder Download erhältlich -
- Nr. B1/2006 Zukunftsforum Ludwigshafen 2020 -
Dokumentation 1. Bilanztreffen November 2005
- Nr. B2/2006 Die Landtagswahl am 26. März 2006
- Nr. B3/2006 Statistischer Jahresbericht 2005
Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2005
- Nr. B4/2006 Kindertagesstättenbericht 2005/06
- Nr. B5/2006 Zukunftsforum Ludwigshafen 2020
- Dokumentation 2. Bilanztreffen September 2006 -
- Nr. B6/2006 Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2006
- Nr. B1/2007 Arbeitslose und Leistungsberechtigte mit Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) im Jahr 2005
- Nr. B2/2007 Schulentwicklungsbericht 2006/07
- Nr. B3/2007 Statistischer Jahresbericht 2006
Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2006/07
- Nr. B4/2007 Kindertagesstättenbericht 2006/07
- Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -
- Nr. B5/2007 Einwohnerprognose Ludwigshafen am Rhein 2020
- Nr. B1/2008 Schulentwicklungsbericht 2007/2008
- Nr. B2/2008 Passantenzählung 2007 in der Ludwigshafener City
- Nr. B3/2008 Statistischer Jahresbericht 2007
Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2007
- Nr. B4/2008 Kindertagesstättenbericht 2007/08
- Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -
- Nr. B5/2008 Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen - Fortschreibung 2008
- Nr. B6/2008 Zukunftsforum Ludwigshafen 2020
- Dokumentation 3. Bilanztreffen September 2008
- ohne Nr. 2008 Schulbezirke in Ludwigshafen am Rhein - Fortschreibung 2008

Informationen zur Stadtentwicklung

- Nr. 1/2009 Schulentwicklungsplan 2009
- Gesamtkonzept Realschule Plus, IGS, GTS -
- Nr. 2/2009 Stadtumbau Ludwigshafen - Statusbericht 2007 - Laufende Beobachtung des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt

- Nr. 3/2009 Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 07.Juni 2009
 Nr. 4/2009 Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in Ludwigshafen 2000-2007
 Nr. 5/2009 Kindertagesstättenbericht 2008/09 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -
 Nr. 6/2009 Schulentwicklungsbericht 2008/09
 Nr. 7/2009 Die Bundestagswahl am 27.Sept. 2009
 Nr. 8/2009 Statistischer Jahresbericht 2008
 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2008



Abbildung 101: Nr. 1/2009

- Nr. 1/2010 Stadtumbau Ludwigshafen - Statusbericht 2008 - Laufende Beobachtung des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt
 Nr. 2/2010 Passantenzählung 2009 - Passanten in der Ludwigshafener City -
 Nr. 3/2010 Schulentwicklungsbericht 2009/10
 Nr. 4/2010 Kindertagesstättenbericht 2009/10 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern
 Nr. 5/2010 Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2010
 Nr. 6/2010 Statistischer Jahresbericht 2009
 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2009
 Nr. 7/2010 Stadtumbau Ludwigshafen Statusbericht 2009
 Laufende Beobachtung des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt
 Nr. 8/2010 Einwohnerprognose Ludwigshafen am Rhein 2025
 Nr. 1/2011 Ludwigshafen und seine Stadtteile Förderprogramme, Städtebauliche Erneuerung, Quartiersentwicklung und Quartiersprojekte
 - Eine Bestandsaufnahme -
 Nr. 2/2011 Schulentwicklungsbericht 2010/11
 Nr. 3/2011 Die Landtagswahl am 27. März 2011

- Nr. 4/2011 Kindertagesstättenbericht 2010/11 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern
- Nr. 5/2011 Bewältigung des Strukturwandels - Ludwigshafen im Vergleich mit sieben industriell geprägten Großstädten
- Nr. 6/2011 Stadtbau Ludwigshafen Statusbericht 2010
Laufende Beobachtungen des Stadtbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt
- Nr. 7/2011 Statistischer Jahresbericht 2010
Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2010
- Nr. 1/2012 Bürgerumfrage 2011, „Leben in Ludwigshafen“ -Textteil -
- Nr. 1/2012 Bürgerumfrage 2011, „Leben in Ludwigshafen“ -Tabellenteil -
- Nr. 2/2012 Einzelhandels- und Zentrenkonzept Ludwigshafen 2011
- Nr. 3/2012 Schulentwicklungsbericht 2011/12
- Nr. 4/2012 Stadtbau Ludwigshafen Statusbericht 2011, Laufende Beobachtungen des Stadtbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt
- Nr. 5/2012 Kindertagesstättenbericht 2011/12 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern
- Nr. 6/2012 Statistischer Jahresbericht 2011
Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2011
- Nr. 7/2012 Passantenaufkommen in der Ludwigshafener City 2011
- Nr. 8/2012 Räumliche Gliederungen in Ludwigshafen am Rhein.
Aufbau und Erläuterungen
- Nr. 9/2012 Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2012 - Fortschreibung
- Nr. 10/2012 Nahversorgung im Wandel.
Lebensmittelangebot und Drogerien in Ludwigshafen 2001 - 2011/12
- Nr. 1/2013 EU-Förderprogramm Urban II, Abschlussbericht
- Nr. 2/2013 Straßenverzeichnis der Stadt Ludwigshafen am Rhein
- Nr. 3/2013 Stadtbau Ludwigshafen Statusbericht 2012.
Laufende Beobachtungen des Stadtbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt
- Nr. 4/2013 Kindertagesstättenbericht 2012/13 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern
- Nr. 5/2013 Schulentwicklungsbericht 2012/13
- Nr. 6/2013 Kulturbericht 2012
- Nr. 7/2013 Die Bundestagswahl am 22. September 2013
- Nr. 8/2013 Statistischer Jahresbericht 2012
- Nr. 1/2014 Der PKW-Bestand in Ludwigshafen zwischen 1990 und 2012
- Nr. 2/2014 Straßenverzeichnis März 2014
- Nr. 3/2014 100 Jahre Städtestatistik in Ludwigshafen am Rhein

Dokumente außerhalb der Schriftenreihen (nach 1945, Zufallsfunde)

- 1947 Not und Elend in Ludwigshafen, Bericht Dr. Karl Moll
- 1947 Ludwigshafen und seine Bevölkerung, Dr. Karl Moll
- 1955 Ludwigshafen am Ende des Krieges 1945, Statistisches Amt, Dr. Karl Moll
- 1990 Allgemeiner sozialer Dienst. Statistischer Bericht 1989
- 1993 „Kinder spiel(en) in unserer Stadt“, Dokumentation der Fachtagung Spielraumplanung in Ludwigshafen am 9. Juli 1993, hrsg. vom Amt für Stadtentwicklung, Oktober 1993
- 1996 Sozialhilfebericht 1996. Struktur und Entwicklung der Sozialhilfebedürftigkeit in Ludwigshafen 1982 bis 1996

Infos zur Stadtentwicklung

Diese Reihe war konzipiert als ein Informationsblatt für die schnelle und zeitnahe Vermittlung von Daten, Zahlen, Fakten und enthielt kurze und aktuelle Berichte zu verschiedenen Themen (möglichst immer mit Grafiken). Sie sollte im Abstand von etwa 3 Monaten erscheinen und war verbunden mit der Hoffnung „den Ansprüchen an Information in unserer schnelllebigen Zeit gerecht zu werden“ (Nr. 1). Genauso schnell verschwand das Angebot allerdings sechs Ausgaben später.

- 2001 3 Ausgaben: März, Juni, Nov
- 2002 3 Ausgaben: März, Juni, Dez



Abbildung 102: Letzte Ausgabe 2002

Stadtteilpass

Der Stadtteilpass wurde 2003 eingeführt und ist ein maximal zweiseitiger tabellenartiger Überblick wichtiger ausgewählter Kennzahlen für jeden Stadtteil (Themen Bevölkerung, Haushalte, Bauen, Wohnen, Soziales, Einzelhandel sowie Kindertagesstätten und Schulen). Er erscheint zweimal jährlich, wird nur als Internetangebot geführt und nur bei bestimmten Anlässen auch als Papierversion angeboten (z.B. beim Neubürgerempfang).

Ludwigshafener Informationssystem LUSIS

Hierbei handelt es sich um eine datenbankgestützte Auswertungsplattform, die zunächst für die interne Nutzung verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung digital zur Verfügung gestellt wird. Der erste Schritt startete im Jahr 2010. In einem zweiten Schritt soll das Angebot auch via Homepage der Stadt Ludwigshafen der Öffentlichkeit angeboten werden. Aufgrund der Ungewissheit bei der Personalsituation ist die Zukunft dieses Angebots in der Schwebe.

VII Verzeichnis der Abkürzungen

Adrema	„Adressiere maschinell“ ist der Firmenname des 1913 gegründeten Berliner Herstellers, der damals Marktführer in Deutschland war (siehe auch Fn. 66, S. 88)
Ds	Druckschriftensammlung Stadtarchiv
GA	Generalanzeiger
IzS	Informationen zur Stadtentwicklung
LuA	Bestand Ludwigshafen alt, vor 1945, im Stadtarchiv
LuN	Bestand Ludwigshafen neu, nach 1945, im Stadtarchiv
RP	Die Rheinpfalz
SJV	Statistische Vierteljahresberichte
Sb	Sonderbeitrag in Wort und Zahl
StA	Stadtarchiv Ludwigshafen
StAnz	Stadt-Anzeiger
SÜGA	Süddeutsche Gartenbauausstellung
VB	Verwaltungsbericht der Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein
VdSA	Veröffentlichungen des Statistischen Amtes
W.E.G.	Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft mbH Ludwigshafen
WuZ	Wort und Zahl, Statistische Monatsberichte (siehe Kap. VI)

VIII Literaturverzeichnis

- Albers, Gerd (1992): Stadtplanung. Darmstadt
- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hg., 2008): 200 Jahre amtliche Statistik in Bayern 1808 bis 2008. München
- Becker, Klaus Jürgen; Mörz, Stefan (Hg., 2004): Geschichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Bd. 2, Ludwigshafen am Rhein
- Bischoff, Ariane; Selle, Klaus; Sinning, Heidi (1996): Informieren, Beteiligen, Kooperieren: Kommunikation in Planungsprozesse. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. 2. Aufl., Dortmund
- Brix, Joseph; Lindemann, Hugo (Hg., 1924): Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften. Bd IV, Stichwort „Statistik“. Jena
- Deutscher Städtetag (Hg., 2008): Planungspraxis deutscher Großstädte. Materialien neuer Planungskulturen. Gemeinsam hrsg. mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung und der TU Darmstadt, Darmstadt
- Gebauer, Andreas; Mörz, Stefan (2013): Ludwigshafener Straßennamen 2013. Geschichte und Gegenwart der Benennungen. Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein, Bd. 40, Ludwigshafen am Rhein
- Grohmann, Heinz (2004): Von den Wurzeln der Statistik zum Informationsmanagement. In: Stadtforschung und Statistik 2/2004, Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum des Verbandes Deutscher Städtestatistiker 1879-2004, S. 32-42
- Harlander, Tilman (1999): Wohnung und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik. In: Flagge, Ingeborg, Geschichte des Wohnens von 1945 bis heute. Stuttgart, S. 235 - 418
- Jeserich, Kurt (1938): Die Deutsche Gemeinde. Stuttgart
- Ley, Astrid; Weitz, Ludwig (Hg., 2003): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 30, Bonn
- Ludwig, Werner (1997): Unterwegs. Neustadt a.d.W.
- Mayer, Maximilian (1938): Die deutsche Städtestatistik in ihren Vertretern. Nürnberg

- Meinzer, Lothar (1991): Ludwigshafen am Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches. Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein, Bd. 9, 2. Aufl., Darmstadt
- Minor, Ulrike; Ruf, Peter (1992): Juden in Ludwigshafen. Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen, Bd. 15, Ludwigshafen
- Mitzlaff, Paul; Stein, Erwin (Hrsg., 1925): Die Zukunftsaufgaben deutscher Städte. Berlin
- Mörz, Stefan (1994): Vom Westboten zur Rheinpfalz. Die Geschichte der Presse im Raum Ludwigshafen von den Anfängen bis zur Gegenwart. Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein, Bd. 19, Ludwigshafen/Darmstadt
- Mörz, Stefan (2007): „Weit über das übliche Maß hinaus“. Das Leben des Ludwigshafener Bürgermeisters Ludwig Reichert. Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein, Bd. 36, Ludwigshafen am Rhein
- Schott, Siegmund (1925): Städtestatistik. In: Mitzlaff, P.; Stein, E. (Hg.): Die Zukunftsaufgaben deutscher Städte. Berlin, S. 1060-1073
- Seutemann, Karl (1904): Die Städtestatistik. In: Wuttke, Robert (Hrsg., 1904): Die deutschen Städte. Geschildert nach den Ergebnissen der ersten deutschen Städteausstellung zu Dresden 1903. Leipzig, S. 864-887
- Stabel, Otto (1927): Die Bevölkerungsentwicklung und das Stadtgebiet Ludwigshafens a. Rh. In: Weiß, C. u.a. (Hg), Die Stadt Ludwigshafen, S. 19-24
- Stadt Nürnberg (2000): Nürnberger Perspektiven zum 100. Geburtstag des Statistischen Amtes. Sonderheft, Nürnberg
- Statistisches Amt der Stadt München (Hg., 2000): 125 Jahre Münchner Städtestatistik. München
- Waldkirch-Verlag (Hg., 1949): Ludwigshafen am Rhein. Wegweiser durch Stadt und Umgebung mit Stadtplan. Mitarbeit: Oberbürgermeister, Verkehrsverein, IHK für die Pfalz. 1. Ausg., Ludwigshafen
- Weiß, Christian; Zwick, Albert; Stein, Erwin (Hg., 1927): Die Stadt Ludwigshafen. Monographien deutscher Städte, hrsg. v. E. Stein, Band 21, Berlin-Friedenau
- Wuttke, Robert (Hrsg., 1904): Die deutschen Städte. Geschildert nach den Ergebnissen der ersten deutschen Städteausstellung zu Dresden 1903. Leipzig

IX Quellenverzeichnis

Gedruckte Quellen

- Adressbücher der Stadt Ludwigshafen, hrsg. vom Waldkirchverlag
(zeitweise auch als Einwohnerbücher bezeichnet)
- Eicke, Theodor (1932): Die Reorganisation der Stadtverwaltung Ludwigshafen
- Führer durch die Südwestdeutsche Wärmewirtschafts- und Wärmeindustrienausstellung
vom 1. bis 30. Juni 1922 in Ludwigshafen am Rhein
- Mitgliederverzeichnis des Verbandes deutscher Städtestatistiker. Juni 1926, Berlin
- Schaechterle, Karlheinz (1965): Verkehrsuntersuchung über die Nordsüd-Tangente. Ulm
- Schaechterle, Karlheinz (1970): Gutachten zum Hauptverkehrsstraßennetz im Hinblick auf
die künftige Verkehrserschließung der Innenstadt. Ulm
- Schaechterle, Karlheinz und Holdschuer, Guido (1978):
Fortschreibung Generalverkehrsplan Ludwigshafen am Rhein 1978. Ulm
- Technikunterstützte Informationsverarbeitung der Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein.
Hauptamt der Stadtverwaltung, August 1993
- Verkehrsverein Ludwigshafen a. Rh. (Hg., 1927): Führer der Stadt Ludwigshafen am Rhein.
Wirtschafts- und Verkehrszentrale der bayerischen Pfalz am Rhein. Text von Dr. A. Zwick,
städtischer Wirtschaftsreferent, Ludwigshafen am Rhein
- Veröffentlichungen des Statistischen Amtes 1919 bis 1971
- Verwaltungsberichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein, 1914-1974,
hrsg. vom Statistischen Amt bzw. Amt für Stadtentwicklung
- Wachten, Kunibert, (2013): Konzepte und Leibbilder: Spiegelbilder des gesellschaftlichen
Wandels. Vortrag beim Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin
- Wirtschaftsplan 1956. Der Aufbau der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Bauverwaltung der
Stadt Ludwigshafen am Rhein, 1956

Ungedruckte bzw. archivalische Quellen

stammen alle aus dem Stadtarchiv Ludwigshafen

Bestände

- | | |
|-------|-----------------------------------|
| Ds | Druckschriften |
| LuA | Ludwigshafen alt (vor 1945) |
| LuN | Ludwigshafen nach 1945 |
| PA I | Protokollabteilung I (vor 1945) |
| PA II | Protokollabteilung II (nach 1945) |
| PI | Plansammlung |

Fotosammlung

Zeitungssammlung und Zeitungsverkartung

X Bildnachweis

Alle Abbildungen stammen aus der Fotosammlung des Stadtarchivs Ludwigshafen und den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes oder seiner Nachfolgeorganisationen mit Ausnahme folgender Abbildungen:

Abbildung 1: Verband Deutscher Städtestatistiker

Abbildungen: 17, 22, 23, 25, 27, 28, 30, 43, 46: Privat-Archiv Werner Appel, Ludwigshafen

Abbildungen 41, 42, 44: Stadtarchiv Foto-Album Nr. 5

Abbildungen 65, 66: Eicke, 1932, Anlage, S. 83 und 86

Abbildungen 67, 72: Postmuseum Berlin, mit Genehmigung im Archiv fotografiert

Abbildung 71: Rose Frantz, Bereich Organisation, Abteilung IT-Anwendungen

Abbildung 73: Wolfgang Dötter, Bereich Organisation, Abteilung Beratung

Abbildung 77: Waldkirchverlag 1949

Abbildung 80: Bereich Stadtvermessung, Abteilung Grundstücksbewertung

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereiches Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden bei der Stadtbibliothek Ludwigshafen
oder beim Stadtarchiv Ludwigshafen -

Veröffentlichungen ab 2001 stehen kostenlos zum Download bereit unter
<http://www.ludwigshafen.de/nachhaltig/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

Nr.	K1/2003	Einzelhandelskonzeption 2003	5,00 €
Nr.	B1/2003	Schulentwicklungsbericht 2002/2003	5,00 €
Nr.	B2/2003	Kindertagesstättenbericht 2002/2003	5,00 €
Nr.	B3/2003	Statistischer Jahresbericht 2002 - Entwicklung von Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2002 -	5,00 €
ohne Nr.	2004	Schulbezirke in Ludwigshafen am Rhein 2003	5,00 €
Nr.	K1/2004	Dokumentation Zukunftsforum Ludwigshafen 2020	kostenlos
Nr.	B1/2004	Bürgerumfrage 2003	10,00 €
Nr.	B2/2004	Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 13.06.2004	kostenlos
Nr.	B3/2004	Kindertagesstättenbericht 2003/04	5,00 €
Nr.	B4/2004	Statistischer Jahresbericht 2003 Entwicklung von Bevölkerung, Bautätigkeit, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2003	5,00 €
Nr.	B5/2004	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen - Fortschreibung 2004	4,00 €
Nr.	B1/2005	Hilfe zum Lebensunterhalt in Ludwigshafen - Leistungsbeziehenden und -bezieher 2000 - 2003	7,50 €
Nr.	B2/2005	Kindertagesstättenbericht 2004/2005 Grundlagendaten zur Ausbauplanung Tagesbetreuungsausbaugesetz sowie Landesprogramm „Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an“	5,00 €
Nr.	B3/2005	Bundestagswahlen am 18. September 2005	kostenlos
Nr.	B4/2005	Statistischer Jahresbericht 2004 Entwicklung von Bevölkerung, Bautätigkeit, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2004	5,00 €
Nr.	K1/2006	Schulentwicklungsplanung 2006	5,00 €
Nr.	K2/2006	Entwicklungskonzept Innenstadt Ludwigshafen am Rhein - nur als CD erhältlich -	10,00 €
Nr.	B1/2006	Zukunftsforum Ludwigshafen 2020 - Dokumentation 1. Bilanztreffen November 2005	kostenlos
Nr.	B2/2006	Die Landtagswahl am 26. März 2006	kostenlos
Nr.	B3/2006	Statistischer Jahresbericht 2005 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2005	5,00 €
Nr.	B4/2006	Kindertagesstättenbericht 2005/06	5,00 €
Nr.	B5/2006	Zukunftsforum 2020 - Dokumentation 2. Bilanztreffen September 2006 -	kostenlos
Nr.	B6/2006	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2006	5,00 €

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereiches Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden bei der Stadtbibliothek Ludwigshafen
oder beim Stadtarchiv Ludwigshafen -

Veröffentlichungen ab 2001 stehen kostenlos zum Download bereit unter
<http://www.ludwigshafen.de/nachhaltig/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

Nr.	B1/2007	Arbeitslose und Leistungsberechtigte mit Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) im Jahr 2005	7,50 €
Nr.	B2/2007	Schulentwicklungsbericht 2006/07	5,00 €
Nr.	B3/2007	Statistischer Jahresbericht 2006 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2006/07	5,00 €
Nr.	B4/2007	Kindertagesstättenbericht 2006/07 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -	5,00 €
Nr.	B5/2007	Einwohnerprognose Ludwigshafen am Rhein 2020	5,00 €
Nr.	B1/2008	Schulentwicklungsbericht 2007/2008	5,00 €
Nr.	B2/2008	Passantenzählung 2007 in der Ludwigshafener City	5,00 €
Nr.	B3/2008	Statistischer Jahresbericht 2007 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2007	5,00 €
Nr.	B4/2008	Kindertagesstättenbericht 2007/08 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -	5,00 €
Nr.	B5/2008	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen - Fortschreibung 2008	5,00 €
Nr.	B6/2008	Zukunftsforum Ludwigshafen 2020 - Dokumentation 3. Bilanztreffen September 2008	5,00 €
ohne Nr.	2008	Schulbezirke in Ludwigshafen am Rhein - Fortschreibung 2008	5,00 €

Informationen zur Stadtentwicklung

Nr.	1/2009	Schulentwicklungsplan 2009 - Gesamtkonzept Realschule Plus, IGS, GTS -	5,00 €
Nr.	2/2009	Stadtumbau Ludwigshafen - Statusbericht 2007 Laufende Beobachtung des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt	5,00 €
Nr.	3/2009	Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 07.Juni 2009	kostenlos
Nr.	4/2009	Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in Ludwigshafen 2000-2007	7,50 €
Nr.	5/2009	Kindertagesstättenbericht 2008/09 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -	5,00 €
Nr.	6/2009	Schulentwicklungsbericht 2008/09	5,00 €
Nr.	7/2009	Die Bundestagswahl am 27.Sept. 2009	kostenlos
Nr.	8/2009	Statistischer Jahresbericht 2008 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2008	5,00 €

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereiches Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden bei der Stadtbibliothek Ludwigshafen
oder beim Stadtarchiv Ludwigshafen -

Veröffentlichungen ab 2001 stehen kostenlos zum Download bereit unter
<http://www.ludwigshafen.de/nachhaltig/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

Nr.	1/2010	Stadtumbau Ludwigshafen - Statusbericht 2008 - Laufende Beobachtung des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt	5,00 €
Nr.	2/2010	Passantenzählung 2009 - Passanten in der Ludwigshafener City -	5,00 €
Nr.	3/2010	Schulentwicklungsbericht 2009/10	5,00 €
Nr.	4/2010	Kindertagesstättenbericht 2009/10 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern	5,00 €
Nr.	5/2010	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2010	5,00 €
Nr.	6/2010	Statistischer Jahresbericht 2009 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2009	5,00 €
Nr.	7/2010	Stadtumbau Ludwigshafen Statusbericht 2009 Laufende Beobachtung des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt	5,00 €
Nr.	8/2010	Einwohnerprognose Ludwigshafen am Rhein 2025	5,00 €
Nr.	1/2011	Ludwigshafen und seine Stadtteile Förderprogramme, Städtebauliche Erneuerung, Quartiersentwicklung und Quartiersprojekte - Eine Bestandsaufnahme -	5,00 €
Nr.	2/2011	Schulentwicklungsbericht 2010/11	5,00 €
Nr.	3/2011	Die Landtagswahl am 27. März 2011	kostenlos
Nr.	4/2011	Kindertagesstättenbericht 2010/11 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern	5,00 €
Nr.	5/2011	Bewältigung des Strukturwandels - Ludwigshafen im Vergleich mit sieben industriell geprägten Großstädten	5,00 €
Nr.	6/2011	Stadtumbau Ludwigshafen Statusbericht 2010 Laufende Beobachtungen des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt	5,00 €
Nr.	7/2011	Statistischer Jahresbericht 2010 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2010	5,00 €

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereiches Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden bei der Stadtbibliothek Ludwigshafen
oder beim Stadtarchiv Ludwigshafen -

Veröffentlichungen ab 2001 stehen kostenlos zum Download bereit unter
<http://www.ludwigshafen.de/nachhaltig/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

Nr.	1/2012	Bürgerumfrage 2011	5,00 €
		„Leben in Ludwigshafen“ -Textteil-	
Nr.	1/2012	Bürgerumfrage 2011	5,00 €
		„Leben in Ludwigshafen“ -Tabellenteil-	
Nr.	2/2012	Einzelhandels- und Zentrenkonzept Ludwigshafen 2011	5,00 €
Nr.	3/2012	Schulentwicklungsbericht 2011/12	5,00 €
Nr.	4/2012	Stadtumbau Ludwigshafen Statusbericht 2011	
		Laufende Beobachtungen des Stadtumbauprozesses der	5,00 €
		Ludwigshafener Innenstadt	
Nr.	5/2012	Kindertagesstättenbericht 2011/12 - Quantitative Aspekte der	5,00 €
		Tagesbetreuung von Kindern	
Nr.	6/2012	Statistischer Jahresbericht 2011	5,00 €
		Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit,	
		Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2011	
Nr.	7/2012	Passantenaufkommen in der Ludwigshafener City 2011	5,00 €
Nr.	8/2012	Räumliche Gliederungen in Ludwigshafen am Rhein	5,00 €
		Aufbau und Erläuterungen	
Nr.	9/2012	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2012 -Fortschreibung-	5,00 €
Nr.	10/2012	Nahversorgung im Wandel	5,00 €
		Lebensmittelangebot und Drogerien in Ludwigshafen 2001 - 2011/12	
Nr.	1/2013	Abschlussbericht Urban II	5,00 €
Nr.	2/2013	Straßenverzeichnis der Stadt Ludwigshafen am Rhein	5,00 €
Nr.	3/2013	Stadtumbau Ludwigshafen Statusbericht 2012	
		Laufende Beobachtungen des Stadtumbauprozesses der	5,00 €
		Ludwigshafener Innenstadt	
Nr.	4/2013	Kindertagesstättenbericht 2012/13 - Quantitative Aspekte der	5,00 €
		Tagesbetreuung von Kindern	
Nr.	5/2013	Schulentwicklungsbericht 2012/13	5,00 €
Nr.	6/2013	Kulturbericht 2012	5,00 €
Nr.	7/2013	Die Bundestagswahl am 22. September 2013	kostenlos
Nr.	8/2013	Statistischer Jahresbericht 2012	5,00 €
		Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit,	
		Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2012	
Nr.	1/2014	Der PKW-Bestand in Ludwigshafen zwischen 1990 und 2012	5,00 €
Nr.	2/2014	Straßenverzeichnis der Stadt Ludwigshafen am Rhein	5,00 €